

# UN

Langzeitarbeitslose

# ER

Nichtwähler

# HÖ

melden sich zu Wort.

# RT!

Denkfabrik – Forum  
für Menschen am Rande  
Sozialunternehmen  
NEUE ARBEIT gGmbH  
Stuttgart

## **Unerhört!**

Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort.

*„Es muss mehr bewegt werden in die Richtung, die Leute vorwärts zu bringen. [...] Aber es gehören nicht nur irgendwelche Beschäftigungsmaßnahmen [dazu], wo man die Leute mal sechs Monate beschäftigt, sondern es müssen Wege gebaut werden, es müssen Leitern aufgestellt werden, die nach oben gehen.“*

*(Herr L., Interview Nr. 6)*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Da-  
ten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande,  
Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.)  
Unerhört! Langzeitarbeitslose melden sich zu Wort  
Stuttgart: Sozialunternehmen Neue Arbeit 2019

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Ver-  
breitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

© 2019 by Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH, Stuttgart  
ISBN 978-3-00-063366-9

Die Studie „Unerhört! Langzeitarbeitslose melden sich zu Wort“ ist  
zum kostenlosen Download abrufbar unter:

<http://www.studie-nichtwaehler.de>

Die Studie kann als Buchausgabe kostenlos gegen eine Versand-  
kostenpauschale von 5 Euro bestellt werden bei:

Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH

Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande

Gottfried-Keller-Straße 18 c

D-70435 Stuttgart

E-Mail: [denkfabrik@neuearbeit.de](mailto:denkfabrik@neuearbeit.de)

Lektorat: Vera Belowski

Gestaltung und Satz: Presse und Medien,

Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH, Stuttgart

# **Unerhört!**

Langzeitarbeitslose Nichtwähler  
melden sich zu Wort.

Die vollständigen Interviews mit langzeitarbeitslosen Nichtwählern gibt es unter: [www.studie-nichtwaehler.de](http://www.studie-nichtwaehler.de)

Außerdem finden sich dort:

- Soziologische Rahmungen zu den Interviews
- Praktisch erprobte Veranstaltungsformate, die Politikern, Kirchengemeinden und anderen Gruppen helfen, mit Langzeitarbeitslosen ins Gespräch kommen
- Eine Auswertung zu unserer Umfrage bei den Bundestagskandidaten 2017
- Informationen zur Studie „Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose.“
- Medienecho
- Veranstaltungsberichte

### *Hinweise zum Text*

Soweit in den Artikeln Berufs-, Gruppen- oder Personenbezeichnungen Verwendung finden, ist auch stets die jeweils weibliche Form gemeint.

Die Zitate aus den Interviews wurden, wo nötig, anonymisiert. Hinter den Zitaten ist jeweils der oder die Befragte mit abgekürzten Namen und Interviewnummer angegeben. Über die Nummer gelangt man zu den vollständigen Interviews unter:

[www.studie-nichtwaehler.de](http://www.studie-nichtwaehler.de)

Insgesamt wurden 74 Interviews geführt, 66 waren zur Auswertung geeignet und wurden verwendet. Längere Sprechpausen in den Zitaten werden durch drei Punkte in runden Klammern angezeigt: (...). Kürzungen werden durch drei Punkte in eckigen Klammern angezeigt: [...]. Betonungen im Gespräch werden durch Großbuchstaben angezeigt. Schrägstriche markieren abgebrochene Sätze. Ergänzungen werden in eckige Klammern gesetzt. Sätze oder Wörter, die trotz mehrmaligen Anhörens unverständlich blieben, werden durch „(unv.)“ angezeigt. Sofern nichts anderes angezeigt wird, wird der oder die Interviewte zitiert. In den übrigen Fällen bezeichnet „B“ den Befrager. „I“ steht für die interviewte Person. Die Rechtschreibung folgt den aktuellen Regeln. Ausgenommen ist der Text „Verstehen“ von Pierre Bourdieu. Da er eine Übernahme aus „Das Elend der Welt“ ist, wurde die Originalschreibung belassen.

# Inhalt

- 10 Martin Tertelmann  
**Den Unerhörten eine Stimme geben**
- 14 Franz Schultheis  
**Soziologische Radiografie unserer  
Gegenwartsgesellschaft**
- 24 **Abstracts zu den Transversalen Analysen**
- 30 Franz Schultheis/Friedrich Kern  
**Hartz IV: Vom (Über-)Leben in verwalteter Armut**
- 53 Manuel Walter/Chafa Bouslimani  
**„Aber wo gibt's denn bitteschön die Vertretung der  
Hartz IV-Empfänger?“**  
*Zur gesellschaftlichen und demokratischen Beteiligung von  
(Langzeit-)Arbeitslosen*
- 65 Jan Velimsky/Chafa Bouslimani  
**„Sie kommen kaum rum, rum zum Leben. [...] Teilhabe  
am sozialen Leben, das können Sie alles vergessen.“**  
*Ausgrenzungserfahrungen von Langzeitarbeitslosen*

- 76 Luise Janke/Noémie Koenig  
**Alleinerziehende Frauen: Besonderheiten einer Lebenslage**  
*Erfahrungen Alleinerziehender mit Hartz IV*
- 84 Martin Tertelmann/Luise Janke  
**„Warum habe ich meine Arbeit nicht geschafft? Weil der Körper einfach nicht mehr mitmacht.“**  
*Krankheit macht arbeitslos. Arbeitslosigkeit macht krank*
- 100 Noémie Koenig/Robert Matanovic  
**Wenn der Kokon zum Gefängnis wird**  
*Entfaltungsmöglichkeiten und Hemmnisse in Hartz IV*
- 106 Chafa Bouslimani/Jan Velimsky  
**„Die Vergangenheit war arg schwer, die Gegenwart ist noch schwerer, Gott sei Dank haben wir keine Zukunft.“**  
 Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste von Langzeitarbeitslosen
- 115 Friedrich Kern/Manuel Walter  
**„Also warum soll man dann noch was tun?“**  
*Sicht auf die politische und gesellschaftliche Situation*
- 128 Robert Matanovic/Friedrich Kern  
**„Und vor allem wie ein Mensch behandelt wird.“**  
*Lösungsvorschläge, Forderungen und Wünsche der Befragten*
- 150 Friedrich Kern/Martin Tertelmann  
**Wir wollen etwas Besseres als das ewige „Besser als nichts“**  
*Forderungen langzeitarbeitsloser Nichtwähler an die Verantwortlichen in der Politik und an die Gesellschaft*
- 155 Ulrich Lilie  
**Unerhört! Diese Nichtwähler**
- 159 Uschi Götz  
**Welches Leben passt in zwei Minuten?**

- 164** **Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung tun?**  
*Befragung der Bundespolitik*  
Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU)  
Hubertus Heil (SPD)  
Uwe Witt (AfD)  
Pascal Kober (FDP)  
Katja Kipping und Bernd Riexinger (Die Linke)
- 201** Franz Schultheis  
**Citizen Science und Sozialwissenschaften – so nahe, und doch so fern ...**
- 206** Martin Tertelmann  
**„Das glaubt mir kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten und mich vor einen vollen Saal hingestellt habe.“**  
*Ein Plädoyer für die Einbeziehung Betroffener in Forschung und Aktion*
- 220** Chafa Bouslimani/Luise Janke/Friedrich Kern/Robert Matanovic/Andreas Rammig  
**Erfahrungsberichte**
- 228** Pierre Bourdieu  
**Verstehen**
- 257** Autorinnen und Autoren

Martin Tertelmann

## **Den Unerhörten eine Stimme geben**

Am Anfang stand der Wunsch, die Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler zu erforschen, weil diese überdurchschnittlich unter den Nichtwählern vertreten sind. Dabei ist ein unkonventionelles Projekt entstanden und Betroffene sind selbst zu Forschern geworden. Sie haben in einem außergewöhnlichen Forscherkollektiv unter wissenschaftlicher Begleitung über 70 Interviews auf Augenhöhe mit prekär lebenden Nichtwählern geführt. Die 2017 erschienene Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“<sup>1</sup> gibt nicht nur tiefe Einblicke in die Ursachen der Wahlverweigerung abgehängter Schichten, sie liefert auch deutliche Hinweise, was zu tun ist, um die Menschen, die sich vom Politikbetrieb und von der demokratischen Teilhabe abgewendet haben, wieder zurückzuholen.

Die Studie „Unerhört! Langzeitarbeitslose melden sich zu Wort“ basiert auf den Interviews der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“. Diese wurden nach wiederkehrenden Themen systematisch durchsucht, Materialsammlungen angelegt und in transversale Analysen gefasst. Die transversalen Analysen leuchten die verges-

1 Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.) 2017: „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Halem Verlag

sene und im Dunkeln liegende Lebenswirklichkeit von Menschen im Hartz IV-Bezug intensiv aus.

Die vorliegende Studie wird von der Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande im Sozialunternehmen Neue Arbeit Stuttgart in Kooperation mit dem Evangelischen Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS) herausgegeben. Professor Franz Schultheis von der Universität St. Gallen sowie Studenten und Studentinnen der Universität Stuttgart haben das Projekt wissenschaftlich begleitet.

Die Schilderungen der politikverdrossenen prekären Nichtwähler zeigen wie unter einem Brennglas Haltungen und Motive, die man auch bei anderen finden kann, nur in besonders prägnanter Weise. Das macht die Studie auch für eine breite Diskussion interessant und will anregen, darüber nachzudenken, was unsere Gesellschaft zusammenhält und was sie auseinanderdrängt.

Die Demokratie bröckelt an den Rändern der Gesellschaft, das rüttelt an den Grundfesten unserer Gemeinschaft und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In den Interviews wurde nicht nur über die Motive der Wahlenthaltung gesprochen. Die Menschen, die im gesellschaftlichen Abseits unter den sozialen Existenzbedingungen von Hartz IV leben und selten zu Wort kommen, haben die Gelegenheit genutzt, um ausgiebig über ihre prekäre soziale Situation zu sprechen. Es sind erschütternde und schockierende Lebensberichte von Bürgerinnen und Bürgern, die unter den Bedingungen des Existenzminimums leben. Sie widerlegen endgültig die Mär vom faulen, arbeitsscheuen Langzeitarbeitslosen, der sich in der sozialen Hängematte ein gutes Leben auf Kosten der Allgemeinheit macht.

Die Berichte der Prekären machen sehr deutlich, dass das Existenzminimum „Hartz IV“ in Wahrheit keine menschenwürdige Existenz erlaubt, sondern ausgrenzt und krank macht. Die Interviewten berichten aus einer Parallelwelt, die den meisten nicht zugänglich ist, da das offensichtlich Prekäre in der Nachbarschaft nicht gesehen wird oder nicht gesehen werden will, nicht zuletzt auch, weil die Betroffenen sich ihrer Misere schämen und sich selbst unsichtbar machen. Die Interviewten formulieren aber auch Wünsche und Lösungsvorschläge, die einen Anknüpfungspunkt bieten, wieder miteinander ins Gespräch zu kommen.

Die Berichte der langzeitarbeitslosen Nichtwähler betrachten das Leben in Deutschland von unten. Sie bringen ans Licht, was sonst im politischen Alltag untergeht und nicht wahrgenommen wird.

Die Herausgeber wollen den Abgehängten mit den beiden Studien eine Stimme geben, in der Hoffnung, dass sie von Politik und Gesellschaft gehört und zur Kenntnis genommen wird. Denn es geht um eine brennende soziale Frage. Wer die Interviews liest und sich berühren lässt, kann nicht mehr ruhigen Gewissens zur Tagesordnung übergehen. Er wird nach Lösungen suchen, um den Ausgegrenzten umfängliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Denn wenn Beteiligung an den Rändern der Gesellschaft nicht gelingt, geraten demokratische Strukturen ins Wanken.

Darum wurden neben den thematischen Analysen auch die im Bundestag vertretenen Parteien angefragt, mit welchen Konzepten sie der Demokratiekrise und der Wahlenthaltung in prekären Schichten begegnen wollen. Die Antworten finden Sie im hinteren Teil der Studie.

### *Danksagung*

Wir danken allen Mitwirkenden für ihre Mitarbeit und für ihr außergewöhnliches Engagement, vor allem den Interviewten, die bereit waren, in großer Offenheit und Ehrlichkeit über ihr Leben am Rand der Gesellschaft zu erzählen.

Ein besonderer Dank gebührt Friedrich Kern vom Sozialunternehmen Neue Arbeit Stuttgart. Ohne ihn wären wir nie fertig geworden. Er hat in mühevoller Kleinarbeit dafür Sorge getragen, dass alle Interviews der Öffentlichkeit in Gänze online<sup>2</sup> zur Verfügung stehen. Er hat transversale Analysen beigesteuert und weitere als Koautor intensiv begleitet. Er hat die redaktionellen Rahmenbedingungen definiert, das gesamte Vorlektorat erledigt, den Zeitplan überwacht und das Forscherkollektiv geduldig koordiniert und motiviert.

Den Mitarbeitenden der Denkfabrik, Chafa Bouslimani, Luise Janke, Jürgen Kaiser, Robert Matanovic und Andreas Rammig, sei für ihre Beiträge, Koautoren-Tätigkeit, ihr Engagement und ihre Geduld mit den Professionellen und Wissenschaftlern gedankt. Ihre Anwesenheit und Mitarbeit als Hartz IV-Erfahrenere hat uns immer nahe an der Lebenswirklichkeit langzeitarbeitsloser Menschen gehalten und den Fakten das richtige Gewicht gegeben.

Professor Franz Schultheis von der Universität St. Gallen hat die Studie engagiert wissenschaftlich begleitet. Wir haben immer ge-

2 [www.studie-nichtwaehler.de](http://www.studie-nichtwaehler.de)

spürt, dass es ihm ein echtes Anliegen ist, seine soziologische Professionalität für die betroffenen Menschen einzusetzen.

Die wissenschaftlichen Mitarbeitenden Jennifer Bast, Dastan Jasim, Noémie Koenig, Fabienne Minn, Jan Velimsky und Manuel Walter haben viel Zeit investiert und mit außergewöhnlichem Einsatz das Forscherkollektiv mit ihrer fachlichen und wissenschaftlichen Expertise begleitet und so das Projekt bereichert.

Martin Tertelmann vom Sozialunternehmen Neue Arbeit reflektiert in seinem Beitrag die Erfahrungen der Zusammenarbeit von Professionellen, Wissenschaft und Betroffenen und plädiert für die Beteiligung Betroffener in Forschung und Aktion.

Der Herbert von Halem Verlag hat uns freundlicherweise genehmigt, zwei Texte abzdrukken: zum einen „Verstehen“, ein Beitrag von Pierre Bourdieu aus der Studie „Das Elend der Welt“. Dieser Aufsatz hat das Forscherkollektiv durch die ganze Forschungsarbeit begleitet, inspiriert und geleitet. Der Beitrag „Wir wollen etwas Besseres als das ewige Besser als nichts“ aus der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ verdichtet in einzigartiger Weise die Klagen und Forderungen langzeitarbeitsloser Nichtwähler an und über Politik und Gesellschaft.

Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland, beschreibt in seinem Beitrag den besorgniserregenden Zusammenhang von Armut und Nicht-Wählen sowie den Wert des respektvollen Zuhörens. Er bindet die Studie in die bundesweite Diakonie-Kampagne „Unerhört!“ ein.

Uschi Götz, Redakteurin beim Deutschlandfunk, hat im Rahmen unseres Forschungsvorhabens zwei Veranstaltungen moderiert und die Studie mit einem Rundfunkbeitrag begleitet. Sie beklagt, dass ihr Berufsstand die Sorgen und Nöte von Menschen am Rand der Gesellschaft immer weniger erkennt und in der Reflektion versagt. Marc Hentschke, Katrin Hogh und Ines Nöbler vom Evangelischen Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS) haben die Studie kritisch begleitet und unterstützen bei ihrer bundesweiten Verbreitung. Sie haben die im Bundestag vertretenen Parteien mit den Ergebnissen der Studie konfrontiert und Antworten eingefordert. Die Fragen und Antworten sind unkommentiert im hinteren Teil der Studie abgedruckt. Damit lösen wir unser Versprechen gegenüber den beteiligten Langzeitarbeitslosen ein, die zur Bedingung gemacht haben, dass die Ergebnisse der Studie an die politisch Verantwortlichen herangetragen werden.

Franz Schultheis

# Soziologische Radiografie unserer Gegenwartsgesellschaft

Die hier vorgelegte Studie schließt an eine 2017 publizierte Untersuchung über die Ursachen der auffallend hohen Wahlabstinenz von Langzeitarbeitslosen an. Unter dem Titel *„Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose?“*<sup>1</sup> ging es einem Kollektiv an Laien-Forschern darum, die Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler zu erforschen, Politikerinnen und Politiker mit den gewonnenen Ergebnissen zu konfrontieren und diese dadurch in die politische Diskussion einzubringen.

Diese Studie beruhte auf 66 ausführlichen qualitativen Interviews mit Langzeitarbeitslosen im ganzen Bundesgebiet. Es kamen Mitmenschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts, verschiedenster Herkunft und Ausbildung und mit je individuellen persönlichen Lebensläufen und -schicksalen zu Wort. Was sie dennoch vereinte, war der Umstand, schon vor geraumer Zeit aus der Arbeitswelt „aus-sortiert“ worden zu sein, ohne je wieder Tritt fassen zu können: Dass mit diesem Zustand der Ausgrenzung für sie ein ganzes Ensemble

1 Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.) 2017: „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Halem Verlag

an materiellen und psychischen Nöten, Frustration und Scham betreffend tagtäglich erlittener Zumutungen und Willkür einherging, hat sie mit ihren Lebens-Berichten – trotz aller Verschiedenheiten – zu einem vielstimmigen Chor zusammengeschweißt.

Sie teilten des Weiteren ein extrem kritisches, distanziertes und pessimistisches Bild eines politischen Gemeinwesens, dessen demokratische Postulate ihnen als hohle Fassade erschienen, und die Entscheidung, dieser „Scheindemokratie“, wie des Öfteren zu hören war, den Rücken zu kehren. Die mehr oder minder bewusste und gezielte Weigerung, diesem System durch Wahlbeteiligung auch noch Legitimität zuzubilligen und moralische Absolution zu erteilen, wurde nach den Lebensberichten vieler Befragter begleitet von einem anderen wesentlichen Faktor des Rückzugs in eine Art inneres Exil, den eine seit Langem arbeitslose Kommunikations-Produkt-designerin von 35 Jahren stellvertretend für viele andere Befragte auf folgenden Nenner bringt:

*„Durch die Langzeitarbeitslosigkeit hat mich einfach alles nicht mehr interessiert. Du bist so mit dir selbst beschäftigt. Und du guckst so, dass du den Tag überstehst. [...] Da ist das Wählen, sag ich mal, dermaßen in den Hintergrund getreten, dass man halt einfach gar keinen Kopf mehr dafür hatte“ (Frau S., Nr. 8).*

Anders gesagt verweist die Befragte hier auf die lähmenden Effekte der durch Langzeitarbeitslosigkeit geprägten gesellschaftlichen Lage und psychischen Befindlichkeit. Diese mit sozialer Ausgrenzung und Entwertung einhergehenden Tendenzen zur Konzentration aller verbleibenden Energie und Sorge auf das sich Durchschlagen mit stets knappen ökonomischen Ressourcen überschatten ihr gesamtes Dasein. Die angesprochene Lähmung betrifft ja nicht nur das Wahlverhalten, sondern tendenziell auch alle anderen Formen gesellschaftlicher Teilhabe an Lebenschancen jedweder Art.

Die Befunde der Studie zum Zusammenhang von Langzeitarbeitslosigkeit und Rückzug aus dem politischen Gemeinwesen verwiesen bereits auf die Existenz eines ganzen Ensembles an solchen Grundbefindlichkeiten der Befragten. Hierzu zählten unter anderem:

- Das Gefühl der Ausgrenzung und des Abgehängt-Seins
- Die Angst vor weiterem sozialen Abstieg durch Abbau sozialer Sicherungen
- Scham und Peinlichkeit die eigene Lage betreffend
- Ein Gefühl erlittener massiver sozialer Ungerechtigkeit

- Ohnmachtsgefühle hinsichtlich empfundener bürokratischer Willkür
- Das Gefühl, nur Bürger oder Bürgerin zweiter Klasse zu sein
- Verlust an stabilisierenden normativen Orientierungen
- Vertrauensverlust in gesellschaftliche Institutionen mit Rückzug in die Privatsphäre

Angesichts dieser damals gewonnenen ersten Einblicke in die massiven sozialpathologischen Auswirkungen des Phänomens der Langzeitarbeitslosigkeit für die immerhin rund drei Millionen betroffenen Mitbürger entschied sich unser Forscherteam, es nicht bei der Frage nach den Gründen der hohen Wahlabstinz dieser Population zu belassen. Nach der Publikation der noch stark auf diesen thematischen Fokus konzentrierten Vorgängerstudie entschloss man sich, das weit über diese Thematik hinaus sozialwissenschaftlich relevante empirische Material nicht einfach zu archivieren und auf sich beruhen zu lassen, sondern es in einem zweiten Durchgang hinsichtlich einer thematisch verbreiterten und analytisch vertieften Bearbeitung und Auswertung für eine Art soziologischer Radiografie unserer Gegenwartsgesellschaft von unten zu verwenden. Auch hierbei handelt es sich, wie schon bei der Vorgängerstudie, um bewusst politisch engagierte sozialwissenschaftliche Forschung, die sich schon durch ihre Organisationsform – die Einbindung von selbst langzeitarbeitslosen Mitbürgern in ein kleines Forscher-Kollektiv – vom herkömmlichen akademischen Wissenschaftsbetrieb unterscheiden wollte, durch den Versuch der praktischen Realisierung einer konsequent zu Ende gedachten Vorstellung von Citizen Science<sup>2</sup>.

Auch die hier vorgelegte Nachfolge-Studie überrascht deshalb weniger durch ihre ja bereits wissenschaftlich intensiv erforschte, massenmedial beleuchtete und öffentlich diskutierte gesellschaftliche Problematik, sondern durch den bewusst gewählten, alles andere als konventionellen Zugang.

An interviewbasierten Untersuchungen zur sozialen Lage und Befindlichkeit von Arbeitslosen ist bekanntlich kein Mangel. Aber immer wurden hierbei bislang die ja hochgradig stigmatisierten und marginalisierten Betroffenen zu Forschungsobjekten sozial privilegierter wissenschaftlicher Experten und beim Interview oft genug mit einer Situation konfrontiert, die ihnen die eigene

2 Vgl. Schultheis, Franz: Citizen Science und Sozialwissenschaften – so nahe, und doch so fern ... S. 201–205 in vorliegender Studie

gesellschaftliche Ohnmacht nochmals exemplarisch vor Augen führt. Von Sozialwissenschaftlern „beforscht“ zu werden, kann, bei noch so viel gutem Willen beiderseits und noch so positiv gemeintem „so tun als ob“, nicht vergessen lassen, dass auf diesem Wege keine Kommunikation „auf Augenhöhe“ – ohne Verzerrungen durch ein offenkundiges soziales Gefälle und Fehlen von Reziprozität – zustande kommen kann. Um dieses grundlegende Dilemma konventioneller Forschungsansätze auszuhebeln, wählte die hier präsentierte kollektive Feldstudie bewusst ein empirisches Vorgehen, bei dem Langzeitarbeitslose selbst als Forschende auftreten und verstehende Interviews mit Betroffenen der gleichen sozialen Kategorie durchführen.

Hiermit zielte man darauf ab, die durch die Schiefelage der Positionen und Perspektiven von Forschern und Beforschten unvermeidlichen Verzerrungen, Knoten und (Selbst-)Zensuren herkömmlicher Interviewführung zu umgehen. Die in diesem Falle von Interviewten und Interviewenden geteilten soziobiografischen und lebensweltlichen Erfahrungen, die im Gespräch immer wieder zum Ausdruck kommenden Zeichen wechselseitigen Verstehens und solidarischen Mitfühlens eröffneten einen in dieser Form bisher noch nicht erprobten Spielraum für das Zur-Sprache-Bringen von zumeist von sozialer Scham verdrängten oder verschwiegenen Erfahrungen, Befindlichkeiten und Meinungen. Im Zwiegespräch mit einem „Schicksalsgenossen“ beziehungsweise einer „Schicksalsgenossin“ mussten die Befragten, metaphorisch formuliert, „aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen“, konnten es „ausschütten“ und „frei von der Leber weg“ ihre Selbst- und Weltbilder äußern. Im Unterschied dazu mussten die dieser Studie vorausgehenden, richtungsweisenden soziologischen Forschungen aus dem akademischen Elfenbeinturm heraus sich immer wieder die an Spinoza angelehnte forschungsethische Maxime „Nicht bemitleiden, nicht verlachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen“ vor Augen halten, um sich der Gefahren ihrer sozialen Distanz und Voreingenommenheit bewusst zu bleiben.

### *Vom Objekt zum Subjekt sozialwissenschaftlicher Forschung*

*„Mir wurde direkt am Anfang das ‚DU‘ angeboten, auch die gemeinsame Erfahrung mit der Langzeitarbeitslosigkeit und des Berufes hat positiv dazu beigetragen, dass man sich von Anfang an gut verstanden hat. Ich denke, wenn ein Soziologe oder jemand anderes das*

*Interview geführt hätte, der von den ‚Oberen 10.000‘ gekommen wäre, dann wäre das Interview nicht so gut gelaufen, da Herr [...] dies sehr oft angeprangert hat“*, so heißt es treffend in einem der Interviewprotokolle mit Blick auf eine außergewöhnliche Forschungspraxis. Dass hier „Laien“ mit Interviews betraut wurden, heißt aber keineswegs, dass die üblichen Standards wissenschaftlicher Praxis dabei zu kurz kamen. Vielmehr knüpfte man gezielt an eine spezifische Tradition qualitativer Sozialforschung und Public Sociology an und kooptierte auch deshalb mit dem Autor dieser Einleitung, um den angehenden Laien-Forschern im Sinne der Citizen Science die theoretischen und methodologischen Grundlagen qualitativer Sozialforschung zu vermitteln, sie bei der kollektiven Ausarbeitung eines Interviewleitfadens zu unterstützen und die Interviewer-Schulung zu begleiten. Zu diesem Zweck wurde ein Workshop mit Einführungen in die theoretischen und methodologischen Grundlagen und Probleme eines solchen Forschungsprojektes, mit Arbeitsgruppen zur Erstellung eines Fragebogens und mit Probe-Interviews in Zweiergruppen mit anschließender Präsentation und Diskussion im Plenum abgehalten, an dem rund 40 Personen teilnahmen. Daraufhin führten die Mitarbeiter des hier gegründeten Teams ihre Interviews in den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands nach den gemeinsam definierten Standards durch. Die Tonaufnahmen der Interviews von unterschiedlicher Dauer (durchschnittlich 30 bis 120 Minuten) wurden nach einheitlichen Vorgaben transkribiert, mit einem Protokoll der Eindrücke aus teilnehmender Beobachtung in der Interviewsituation versehen und an alle Mitglieder des Teams zur kritischen Lektüre verschickt. Für die Vorgängerstudie *„Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose“* wurden bei weiteren Arbeitstreffen des Teams die vorliegenden Interviews gesichtet und diskutiert, dann wurden ausgewählte Interviews jeweils einer Zweiergruppe für die Erarbeitung eines Vorspanns zugeteilt. Dieser sollte das sich im Interview abzeichnende Porträt der oder des Befragten rahmen, das heißt, die jeweilige biografische Flugbahn und Lebenssituation auf der einen und die geäußerten Meinungen zu und Bewertungen der gesellschaftlichen Situation im Allgemeinen und dem Zustand der Demokratie im Besonderen auf der anderen Seite, auf wesentlich erscheinende Aspekte hin zusammenfassen und deuten. Nicht alle der geführten Interviews sind gleichermaßen ergiebig und aussagekräftig. Manche unserer Gesprächspartner zeigten sich in dieser doch ungewohnten Situation gehemmt und wortkarg, während an-

dere die Gelegenheit, endlich einmal einen Zuhörer für das zu finden, was sie auf der Seele hatten, ausgiebig und wortreich nutzten. In den uns gelieferten Einblicken in die Alltagswirklichkeit vom Leben „in“ und „mit“ Hartz IV wurde eine breite Palette an Themen angesprochen, welche unser Forscherkollektiv nach gemeinsamer Absprache arbeitsteilig für dieses Buch in transversale Analysen umsetzte. Nach einem ersten Einblick in die allgemeinen Existenzbedingungen einer sozial verwalteten Form von Armut im Hartz IV-Regime (S. 30) folgt eine, an die Thematik der Vorgängerstudie angelehnte, Beschäftigung mit Fragen demokratischer (Nicht-)Teilhabe sowie politischer Einstellungen und Interessen von Langzeitarbeitslosen (S. 53). In der dritten transversalen Analyse geht es um die sich in vielen Interviews abzeichnende Erfahrung gesellschaftlicher Nicht-Existenz und ihrer Begleiterscheinungen in Form von Stigmatisierungen, öffentlicher Unsichtbarkeit und sozialer Scham die eigene Marginalität betreffend (S. 65). Das folgende Kapitel widmet sich dann ganz speziell noch der besonderen Problematik von Langzeitarbeitslosigkeit und Geschlecht, speziell unter dem Aspekt der besonders hart betroffenen alleinerziehenden Frauen und ihrer Kinder (S. 76), dann geht es um die Frage nach den Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit auf die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen (S. 84). Es folgt eine Auseinandersetzung mit den alltäglichen Erfahrungen Betroffener mit den zuständigen Sozialbürokratien. Hier geht es um das Gefühl, bevormundet zu werden und die persönliche Autonomie massiv eingeschränkt zu sehen, es geht um oft als willkürlich empfundene Zumutungen und Sanktionen (S. 100). Danach setzt sich die Studie mit den Zukunftsperspektiven und -ängsten auseinander, die unsere Gesprächspartner im Interview formulierten, etwa, wenn es um die ihnen drohende noch zugespitzte und ausweglose Altersarmut geht (S. 106). Einen Blick auf die Sichtweisen und Ansichten der Befragten hinsichtlich der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Situation, der politischen Großwetterlage, spezifischen Zukunftsszenarien und -ängsten entwirft die vorletzte transversale Analyse (S. 115). Zum Abschluss geht es dann um die von Befragten formulierten Vorschläge für eine Überwindung ihrer sozialen Ausgrenzung und Verbesserung ihrer Lebenschancen, aber auch um ihre Forderungen gegenüber den politisch Verantwortlichen, auch für sie Verantwortung zu übernehmen, um in den Augen der Wahlverweigerer wieder wählbar zu erscheinen (S. 128).

*Chancen und Grenzen qualitativer Forschung*

Aus dem zusammengetragenen reichen empirischen Material wurde für die hier präsentierte Vorstudie eine für den Gesamtkorpus repräsentativ erscheinende Auswahl getroffen. Aber wie steht es überhaupt um die Repräsentativität der vorgelegten Interviews betreffend einer Population von fast 3 Millionen betroffenen Mitbürgern? Die Autoren dieser Studie waren sich von Beginn an völlig bewusst, dass ihr qualitativer Forschungsansatz und die für die Interviews herangezogene Stichprobe von einigen wenigen Dutzend Probanden Repräsentativität im statistischen Sinne weder beanspruchen kann, noch behaupten will.

Befragt wurden Individuen mit je besonderen Lebenssituationen, ganz eigenen biografischen Werdegängen, sozialen Herkunft, Wohnregionen, schulischen Qualifikationen sowie beruflichen Ausbildungen und Tätigkeiten vor ihrer Langzeitarbeitslosigkeit, jede zitierte Aussage aus den Interviews spiegelt die subjektive Befindlichkeit und Weltsicht eines Individuums wider. Dies verhindert jedoch nicht, dass der geteilte Zustand langjähriger sozialer Ausgrenzung sich in grundlegenden kollektiv geteilten Erfahrungen der Verletzung persönlicher Integrität, dem Verlust sozialer Anerkennung und erschüttertem Selbstwertgefühl, materiellen Entbehrungen und mangelnder Autonomie der Lebensführung und Daseinsvorsorge und vielen anderen Nöten und Leiden niederschlägt. Diese Erfahrungen drücken sich in, durch alle Interviews hindurch les- und spürbaren, gemeinsamen Grundtönen und Leitmotiven aus, und trotz der versammelten Vielstimmigkeit lassen die Interviews in ihrer Gesamtheit nicht das Gefühl der Kakophonie und Beliebigkeit entstehen, sondern spiegeln klar Konvergenzen der Befindlichkeiten, Weltsichten und Selbstbilder von Opfern sozialer Ausgrenzung. Gleiches gilt für das politische Meinungsbild und die Einschätzung demokratischer Teilhabechancen der Befragten. Auch wenn sie unterschiedlich differenziert und informiert, rhetorisch mehr oder weniger gekonnt, im Urteil scharf oder resigniert und betreffend der Analyse ihrer Abkehr vom gegenwärtigen Politikbetrieb in unterschiedlichen Variationen des gleichen Themas argumentieren, entsteht doch in der Zusammenschau ihrer Stellungnahmen ein klar konturiertes stimmiges Gesamtbild, dessen politische Botschaft einiges an Sprengstoff transportiert. Wie steht es um den Anspruch eines politischen Gemeinwesens, universelle gesellschaftliche Teilhabe als staatsbürgerliches Grundrecht und demokratische Legitimation zu etablieren, wenn offenkundig

breite Bevölkerungskreise faktisch davon ausgeschlossen sind? Wie steht es um die verfassungsrechtlich geschützte Menschenwürde und den Anspruch, mittels eines garantierten Mindesteinkommens ein „menschwürdiges“ Dasein zu garantieren, wenn von „Menschenwürde“ in den alltäglichen subjektiven Erfahrungen und Befindlichkeiten der Interviewten kaum die Rede sein kann?

Es geht in den hier wiedergegebenen Zeugnissen ja nicht allein um materielle Dinge und Teilhabe am durchschnittlichen Konsum. Ebenso schwerwiegend, wenn auch so oft vergessen beziehungsweise verdrängt, ist die symbolische Dimension gesellschaftlicher Teilhabe in Form sozialer Anerkennung als „vollwertiges“, wenn nicht gar „geschätztes“ Mitglied der Gemeinschaft. Armut ist in unserer Leistungsgesellschaft, in der stetige Selbstverwirklichung und Selbstoptimierung der Individuen, maßgeblich gemessen an beruflichem Status und Erfolg und dem damit einhergehenden Lebensstil, mehr denn je stigmatisiert. Selbst wenn in unzähligen empirischen Untersuchungen aufgezeigt wird, wie schnell Mitmenschen durch Wechsel- und Unfälle des Lebens – von Scheidung, Todesfall, über Arbeitslosigkeit bis hin zur Überschuldung – in die Teufelsspirale der Verarmung geraten können, hält sich das von populistischen Ressentiments genährte Vorurteil von der sogenannten „selbstverschuldeten“ Armut hartnäckig und wird zur Quelle einer die Armut begleitenden Form moralischen Elends und Leidens, aber auch zur Zielscheibe politischer Ressentiments und Stigmatisierungen.

Die präsentierten Zeugnisse aus der alltäglichen Lebenswelt von Langzeitarbeitslosen sagen nicht nur viel über die besondere Lage der Betroffenen aus, sondern verweisen auf Schritt und Tritt immer wieder auf den gesamtgesellschaftlichen Kontext, in welchem sich die berichteten Misereen und Nöte situieren und in dem sie als Kontrastfolie zum allgemein gehobenen und komfortablen Niveau an Lebenschancen in unseren Gegenwartsgesellschaften fungieren. Langzeitarbeitslosigkeit lässt sich nicht einfach als eine Art Kollateralschaden sozioökonomischen Fortschritts und als Los einer *quantité négligeable* betrachten. Vielmehr muss aus soziologischer Sicht unterstrichen werden, dass dieses Phänomen wie auch andere Formen sozialer Ausgrenzung, mag man sie je nachdem mit Begriffen wie Armut, Prekarität oder Abgehängt-Sein umschreiben, immer direkt auf sozialstrukturelle Disparitäten der gesellschaftlichen Verteilung von Lebenschancen verweisen. Wenn Georg Simmel

in seinem Essay „Der Arme“<sup>3</sup> betonte, dass man eine Gesellschaft am besten begreifen könne, wenn man sich ihren Umgang mit den Armen anschau, so gilt dies ja auch vollumfänglich für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen, deren Los aus der Sicht von Marx als den kapitalistischen Produktionsverhältnissen sozusagen inhärent betrachtet werden kann. Das Changieren zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit war schon zu seinen Lebzeiten im industriellen Frühkapitalismus ein Grundcharakteristikum der arbeitenden Klassen. Dagegen bildete dauerhafte Beschäftigung eine Ausnahme. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund stellte Marx im „Kapital“<sup>4</sup> das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation auf. Demzufolge entstehe mit der Ausweitung des Proletariats mittelfristig eine „überflüssige oder Zuschuss-Arbeiterbevölkerung“. Auch gegenwärtig lässt sich in Bezug auf die je nach Konjunktur ab- oder zunehmende Population der Arbeitslosen durchaus noch von einer „Reservearmee“ sprechen, allerdings mit dem Zusatz, dass ein zu langes Verharren im Zustand der Überzähligen ganz besonders verwundbar macht und sich in einem Teufelskreis manifestiert, bei dem die Dauer der Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt dann als Indikator mangelnder Employability angesehen wird und die Chance einer Reintegration in die Arbeitswelt von Jahr zu Jahr massiv sinkt.

Versteht man unter Public Sociology den Einsatz sozialwissenschaftlicher Forschung jenseits akademischer Selbstgenügsamkeit an zentralen sozialen Brennpunkten und offensichtlichen öffentlichen beziehungsweise zivilgesellschaftlichen Problemlagen, so hat das Forscher- und Autorenkollektiv, welches die vorliegende Studie verantwortet, hier einen vorbildlichen Beitrag geleistet. Ihre Forschungen reihen sich in eine Tradition kritisch-engagierter Gesellschaftsanalyse ein, welche durch Pierre Bourdieu und Mitarbeitende im bahnbrechenden Werk „Das Elend der Welt“<sup>5</sup> initiiert wurde und dann verschiedene Nachfolger fand. Wie beim „Elend der Welt“ handelt es sich um eine kollektive Forschung einer ganzen Gruppe an Mitarbeitern, die von Beginn an jede Etappe dieser Forschung gemeinschaftlich konzipiert, diskutiert und umgesetzt hat, was dem Endprodukt ein deutlich von den üblichen „Kopfgeburten“ akademischer Einzelkämpfer abstechendes Gepräge gibt. Wie bei Bourdieu und Mitarbeitern arbeitete man hier mit verstehenden Interviews,

3 Vgl. Simmel, Georg 1908: Der Arme. In: Ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Kapitel VII, S. 347–376. Berlin: Duncker & Humblot

4 Vgl. Marx, Karl 1972: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (Ost): Dietz

5 Vgl. Bourdieu, Pierre 1997: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: Universitäts-Verlag Konstanz

das heißt mit einer qualitativen Forschungsmethode, bei der es darum geht, die subjektiven Erfahrungen von Mitmenschen angesichts spezifischer Lebensumstände und kontextueller Bedingungen so präzise und nachvollziehbar wie möglich zu beschreiben. Ebenfalls wird hier, wie beim Vorläufer, das Ziel verfolgt, Menschen, die sonst kaum eine Chance hätten, öffentlich Gehör zu finden, zu Wort kommen zu lassen und gehört zu werden, ihnen Aufmerksamkeit zu schenken und die „Feder“ zu leihen, das heißt, ihre Zeugnisse auf Papier zu bringen und mitteilbar zu machen sowie sie für einen kurzen Moment aus der Anonymität, aus dem Schatten der gesellschaftlichen Welt ins öffentliche Licht zu bringen.

## Abstracts zu den Transversalen Analysen

Die folgenden neun transversalen Analysen bilden den Schwerpunkt dieser Studie. Während in der ersten Studie, „*Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne langzeitarbeitslose Nichtwähler*“, die qualitativen Interviews vor allem durch acht exemplarische soziologische Rahmungen und ausführliche Auszüge aus den dazugehörigen Interviews ausgewertet wurden, wurde hier ein anderer Ansatz gewählt. Um das ganze brauchbare Material (66 von insgesamt 74 Interviews)<sup>1</sup> in die Analyse mit einzubeziehen, entschied man sich für die Form der „transversalen Analyse“. Bei dieser Form werden die Interviews nach thematischen Gesichtspunkten durchsucht. Durch immer weitere Verdichtung wird sichtbar, welche Probleme, Fragen und Wünsche den Befragten gemeinsam sind.

Um dabei eine möglichst hohe Objektivität der Auswertung zu erreichen, wurden die transversalen Analysen im Forscherkollektiv gemeinsam erarbeitet. Die Autoren sammelten zunächst die thematischen Aspekte, die in den Interviews enthalten sind, diese wurden dann so verdichtet, dass sich möglichst alle Aspekte in den neun Themen wiederfinden. Die Materialsammlungen wurden erstellt, indem jeder Autor jeweils einen Teil der Interviews nach Aussagen

1 Aussortiert werden mussten Interviews, bei denen sich herausstellte, dass der oder die Befragte doch wählen geht. Einige wenige Interviews waren so unverständlich, dass sie nicht transkribiert werden konnten.

zu allen neun thematischen Schwerpunkten durchsuchte. Für die eigentliche Analyse wurden Zweiergruppen gebildet, möglichst aus einem ehemals Langzeitarbeitslosen und einem Wissenschaftler. Im Folgenden finden sich zunächst die Zusammenfassungen zu den neun transversalen Analysen.

Franz Schultheis/Friedrich Kern

*Hartz IV: Vom (Über-)Leben in verwalteter Armut*

Was heißt es in unserer heutigen Gesellschaft, „von“ und „mit“ Hartz IV leben zu müssen? Welche materiellen Existenzbedingungen, aber auch subjektiven Befindlichkeiten kennzeichnen die von Hartz IV betroffenen Mitmenschen? Diesen Fragen geht der Beitrag auf der Grundlage ausführlicher qualitativer Interviews mit Langzeitarbeitslosen nach. Befragt von Interviewern, die selbst von Hartz IV leben müssen, berichten die Schicksalsgenossen besonders unumwunden und ungeschönt über ihre alltägliche Lebensführung, über materielle Bedingungen, gesellschaftliche Konsequenzen, psychische und gesundheitliche Befindlichkeiten sowie Begleiterscheinungen in Sachen (Nicht-) Teilhabe am kulturellen Leben.

Diese Gesellschaftsdiagnose „von unten“, entwickelt auf der Grundlage der hier versammelten Zeugnisse von Hartz IV, verdeutlicht, dass deren Bewohner gewissermaßen zu einer Form gesellschaftlicher Nicht-Existenz verdammt sind, und dies nicht allein durch die begrenzten materiellen Teilhabechancen am Alltag unserer Konsum- und Freizeitgesellschaft. Vielmehr arbeiten sie selbst am Unsichtbar-Machen ihrer Existenz mit, aus Scham und Peinlichkeit über ihre Abweichung von der Normalität. (S. 30)

Manuel Walter/Chafa Bouslimani

*„Aber wo gibt's denn bitteschön die Vertretung der Hartz IV-Empfänger?“ – Gesellschaftliche und demokratische Beteiligung von (Langzeit-)Arbeitslosen*

Das Bild von faulen, apathischen und politisch desinteressierten (Langzeit-)Arbeitslosen wird in dieser transversalen Analyse infrage gestellt. Im Rahmen der Studie zeigt sich das Interesse der Befragten an politischen Sachverhalten, Themen, Parteien und Beteiligungsmöglichkeiten.

Zentral für das Symptom der „Nichtwahl“ ist fehlendes Vertrauen und die Enttäuschung über nicht eingehaltene Wahlversprechen. Auch deshalb verwundert es nicht, dass politisches und soziales Engagement generell sehr geschätzt wird. Die Befragten engagieren sich selbst. Das Interesse an direktdemokratischen Partizipationsformen wird besonders deutlich, da hiermit dem Gefühl der fehlenden Responsivität durch eigene Gestaltungsmöglichkeiten entgegengewirkt werden kann. (S. 53)

Jan Velimsky/Chafa Bouslimani

*„Sie kommen kaum rum, rum zum Leben. Teilhabe am sozialen Leben, das können Sie alles vergessen“ – Ausgrenzungserfahrungen von Langzeitarbeitslosen*

Viele Langzeitarbeitslose machen Ausgrenzungserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Hinsichtlich des politischen Systems beruht die Ausgrenzung nicht darauf, dass politische Teilhabe verweigert wird, sondern vielmehr auf der Nicht-Berücksichtigung der eigenen Interessen und Bedürfnisse. Im gesellschaftlichen Kontext basiert die Ausgrenzung meist auf Vorurteilen der Gesellschaft gegenüber Langzeitarbeitslosen: Diese werden beispielsweise als faul dargestellt. Darüber hinaus schränkt die prekäre finanzielle Situation viele Langzeitarbeitslose in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe ein. Beide Mechanismen, Vorurteile und ein geringer finanzieller Spielraum, wirken auch im näheren sozialen Umfeld der Befragten und belasten in vielen Fällen die Beziehungen zu Familie, Freunden und Bekannten. In einigen Fällen führen die Ausgrenzungserfahrungen zu einer Art Selbstexklusion beziehungsweise Selbstisolation bei den Betroffenen. Diese schämen sich für ihre Arbeitslosigkeit und ziehen sich immer mehr zurück. (S. 65)

Luise Janke/Noémie Koenig

*Alleinerziehende Frauen: Besonderheiten einer Lebenslage – Erfahrungen Alleinerziehender mit Hartz IV*

Bei den alleinerziehenden Hartz IV-Bezieherinnen liegt der Anteil der Frauen bei 80 Prozent. Die Analyse konzentriert sich auf die drängendsten Fragen für alleinerziehende Frauen im Hartz IV-Bezug. Welche Auswirkungen hat das auf die Jobsuche? Und wie gewährleisten die Frauen, dass ihre Kinder einigermaßen unbelastet am

sozialen Leben teilhaben können? Welche Zukunftsängste haben sie für den weiteren Lebensweg ihrer Kinder?

„Ohne Job kein Kita-Platz, ohne Kita-Platz kein Job“ – dieses Zitat zeigt eines der Hauptprobleme von Alleinerziehenden bei der Jobsuche. In der Analyse wird offensichtlich, mit welchen Schwierigkeiten Alleinerziehende im Hartz IV-Bezug zu kämpfen haben, und wie sie versuchen, damit das Alltagsleben zu managen. (S. 76)

Martin Tertelmann/Luise Janke

*„Warum habe ich meine Arbeit nicht geschafft? Weil der Körper einfach nicht mehr mitmacht.“ – Krankheit macht arbeitslos. Arbeitslosigkeit macht krank.*

Arbeitslosigkeit hat viele negative Einflüsse auf alle Ebenen der Existenz, individuell, familiär und sozial. Kommen zur Arbeitslosigkeit zusätzlich gravierende gesundheitliche Probleme dazu, so verstärken sich beide in einer Abwärtsspirale. Die geschilderten Krankheitsgeschichten der Arbeitslosen in den Interviews sind fast durchgängig von einer bedrückenden Aussichtslosigkeit geprägt.

Die Gesundheitsversorgung und Therapieangebote zielen meist auf die Erhaltung, Steigerung und Wiederherstellung der vollen Beschäftigungsfähigkeit. Für diejenigen, die gesundheitlich so eingeschränkt sind, dass sie die Anforderungen des Arbeitsmarktes definitiv nicht mehr erfüllen können, gibt es nur wenige Alternativen. Die Wirtschaft ist auf Stärke, Effizienz und Leistung ausgerichtet. Kranke, die die erforderliche Flexibilität, Gesundheit und Belastbarkeit nicht mitbringen, bleiben auf der Strecke.

Wenn Krankheit die Aufnahme einer Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt unmöglich macht und wenn Arbeitslosigkeit krank macht, bedeutet dies umgekehrt: Arbeit kann, sofern sie an die eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Betroffenen angepasst ist, mit allen integrierenden und positiven Effekten zur Gesunderhaltung beitragen oder das Schlimmste verhindern. (S. 84)

Noémie Koenig/Robert Matanovic

*Wenn der Kokon zum Gefängnis wird – Entfaltungsmöglichkeiten und Hemmnisse in Hartz IV*

Wenn bei der Problematik um Langzeitarbeitslosigkeit häufig eine kausale Analyse herangezogen wird, so will dieser Beitrag sich auf die funktionalistischen Aspekte innerhalb der Interviewauswertung fokussieren. Das von den Langzeitarbeitslosen empfundene Spannungsverhältnis von Bevormundung und Autonomie wird in den Interviews immer wieder von den Befragten in organisationale Hintergründe eingebettet. Der gewählte Analyserahmen ermöglicht die Hervorhebung des strukturellen Anpassungsbedarfs, ohne in eine persönliche Vendetta zu verfallen. (S. 100)

Chafa Bouslimani/Jan Velimsky

*„Die Vergangenheit war arg schwer, die Gegenwart ist noch schwerer, Gott sei Dank haben wir keine Zukunft.“ – Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste von Langzeitarbeitslosen*

Insgesamt blicken die meisten Befragten pessimistisch auf ihre jetzige Lebenssituation und auf ihre Zukunft. Aktuelle gesellschaftliche Problemlagen werden von ihnen auch aufgrund der eigenen schon prekären Lebenssituation als besonders bedrohlich wahrgenommen. Von der Politik vermissen viele der Befragten Lösungen. Politiker werden in diesem Zusammenhang als von der eigenen Lebenssituation entfremdet wahrgenommen. Dementsprechend wenig Hoffnung haben die Befragten, dass Politik ihnen zu einer besseren Zukunftsperspektive verhilft.

Eng verbunden mit dem eigenen Schicksal ist das Jobcenter, welches häufig angesprochen und eher als Hindernis denn als Hilfe wahrgenommen wird. Die Angst vor der Zukunft, in der vielen Altersarmut droht, ist dementsprechend groß. Neben der eigenen Rente sorgen sich die meisten Befragten auch um die Zukunft ihrer Kinder. Genannt werden zudem gesundheitliche Beschwerden beziehungsweise die Angst davor, durch die Situation krank zu werden. Diese Befunde legen das vorsichtige Fazit nahe, dass Langzeitarbeitslosigkeit die Selbstverwirklichung der Betroffenen verhindert. Das ruft bei zahlreichen Befragten Ängste vor der eigenen Zukunft hervor und verstärkt bestehende Ängste, sodass sie für sich kaum eine Zukunftsperspektive sehen.

(S. 106)

Friedrich Kern/Manuel Walter

*„Also warum soll man dann noch was tun?“ – Sicht auf die politische und gesellschaftliche Situation*

Nach der gesellschaftlichen und politischen Situation gefragt, zeichnen die Befragten ein düsteres Bild: Spaltungen in der Gesellschaft, die soziale Lage sowie die Aufnahme von Flüchtlingen destabilisierter Deutschland und die Entwicklungen würden in Zukunft noch schlimmer werden. Die Befragten fühlen sich, als Menschen aus der prekären Schicht, besonders von diesen Entwicklungen betroffen. Die Politik erweise sich als unfähig, anstehende Probleme zu lösen. Als Gegenbild wird immer wieder die als „sozial gerecht“ bezeichnete alte Bundesrepublik (Bonner Republik) aufgerufen. (S. 115)

Robert Matanovic/Friedrich Kern

*„Und vor allem wie ein Mensch behandelt wird“ – Lösungsvorschläge, Forderungen, Wünsche der Betroffenen*

Diese transversale Analyse zeigt, dass die Befragten der Politik ein hohes Maß an Möglichkeiten, aber auch an Verantwortung für die positive Gestaltung der Gesellschaft und die Verbesserung der Lebenssituation jedes Einzelnen zusprechen. Dass sich die Politik aus dieser Verantwortung zurückgezogen und der neoliberalen Doktrin das Feld überlassen habe, mit der Folge der sozialen Spaltung der Gesellschaft, ist aus Sicht der Befragten der Kardinalfehler der vergangenen Jahrzehnte. Deswegen erwarten sie von den Politikern zuallererst, dass sie diesen Fehler korrigieren. Das wäre aus der Sicht der Interviewten die entscheidende Voraussetzung, wieder wählen zu gehen und sich zu engagieren.

Die Generalforderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ wird von den Interviewten in konkrete Forderungen differenziert, besonders für die Jobcenter werden Verbesserungsvorschläge, etwa ein besserer Betreuungsschlüssel, genannt. Im politischen Bereich sind die Hauptforderungen ehrliche Politiker, die Einhaltung von Versprechen, weniger Einfluss der Wirtschaft und eine klarere Positionierung von Politikern und Parteien. Insgesamt wünschen sich die Befragten, dass die Politiker sich um die Menschen kümmern, zuhören, auf die Situation und Wünsche der Betroffenen eingehen und ihre Lebensumstände verbessern. (S. 128)

Franz Schultheis/Friedrich Kern

## **Hartz IV: Vom (Über-)Leben in verwalteter Armut**

*„Und alles ist möglich. Und wir haben auch nicht jeden Luxus. Wir haben gebrauchte Möbel. Wir haben wenig Neues. Wo wir jetzt neu angesetzt haben, ist einfach für die Kinder, dafür haben wir lange jeden Cent gedreht und gewendet. Aber so ansonsten, wir besitzen auch nichts Neues. Ich gehe für mich im DRK einkaufen, damit meine Kinder sich neue Schuhe leisten können. Ist ganz einfach so. Ob ich mich jetzt nun zehnmal engagiere oder nicht. Dafür gehe ich dann für mich billig einkaufen. Da kostet dann eben halt bloß eine Hose fünfzig Cent. Es interessiert kein Schwein. Man sieht das auch nicht“ (Frau M., Nr. 20).*

*„Ja, wenn sie ihr Wahlversprechen mal halten würden, dass jeder Mensch in Menschenwürde leben kann. Und nicht jeden Monat oder knapp vorm, zwei Wochen vor Monatsende dann schauen müssen, dass sie was zu essen auf dem Tisch haben oder sonst was. Sondern dass alle Menschen mit Handicap oder ohne Handicap oder Geringverdiener das auch sagen können: ‚Ich habe den Monat, ohne dass ich großen Stress habe, hinter mich gebracht. Ich konnte auch mal ins Schwimmbad gehen. Ich konnte auch mal mich mit einer Freundin treffen und ins Kino gehen, was anderes sehen. Und nicht nur zuhause die vier Wände anstarren und mich verkriechen müssen wegen diesen Vorurteilen“ (Frau P., Nr. 23.).*

Zum Thema Hartz IV ist in den letzten 15 Jahren so viel geschrieben worden, dass man sich fragen muss, was dem Stand der Diskussion jetzt überhaupt noch hinzuzufügen wäre. Unzählige sozialpolitische Analysen dieser Maßnahme sind verfügbar, ebenso Studien zur ökonomischen und gesellschaftlichen Lage der Betroffenen. Vielleicht gelingt es der in diesem Band vorgelegten Untersuchung über die konkreten Existenzbedingungen und Befindlichkeiten unter dem Hartz IV-System aber dennoch, neue Akzente zu setzen, weil die zugrundeliegenden Forschungen selbst von Betroffenen dieser Form von Ausgrenzung durchgeführt wurden. In ihren qualitativen Interviews mit Schicksalsgenossen berichteten Letztere besonders unumwunden und ungeschönt über ihre alltägliche Lebensführung, materielle Bedingungen, gesellschaftliche Konsequenzen, psychische und gesundheitliche Befindlichkeiten sowie Begleiterscheinungen in Sachen (Nicht-)Teilhabe am kulturellen Leben.

Wichtig scheint, diese Zeugnisse nicht einfach unvermittelt für sich selbst stehen zu lassen, sondern sie gesellschaftlich zu kontextualisieren und zu fragen, in welcher Beziehung ihre Selbstthematizierungen zu bestimmten soziologischen Analysen und Interpretationen stehen.

### *Der Mythos von der bewältigten Armut*

In den späten 1950er Jahren etablierte man in Deutschland ein relativ großzügiges, weltweit herausstechendes Modell sozialer Mindestsicherung in Form von „Sozialhilfe“. In diesem Zusammenhang sprach man hierzulande noch von der „Armut des Volkes“ als einer Art kollektiv erlittenen Nachwirkung des Zweiten Weltkriegs, dessen direkte Folgeschäden es für Individuum und Gesellschaft zu bekämpfen galt. Der Gesetzgeber ließ sich bei der Einführung der Sozialhilfe von der Vorstellung leiten, dass diese umfassende soziale Grundsicherung nach einer gewissen Übergangszeit von selbst überflüssig würde, da ja die Nachwirkungen des Krieges in Gestalt von Kriegsgeschädigten verschiedenster Art (Invaliden, Kriegswitwen und -waisen etc.) irgendwann „überlebt“ sein würden. Mit der Einführung der Sozialhilfe einher ging aber auch die Vorstellung, dass „Armut“ als solche dank dieser garantierten Mindestsicherung definitiv behoben beziehungsweise „abgeschafft“ sei, ein grundlegendes Missverständnis mit enormen Konsequenzen für die gesellschaftliche Wahrnehmung von und den Umgang mit Armut.

„Arm“ ist in soziologischer Sicht gerade, wer qua Bezug von Unterstützung – hier „Sozialhilfe“ – als legitimer Angehöriger einer gesellschaftlichen Kategorie anerkannt wird, die sich jenseits eines gesellschaftlich definierten Minimums, der Armutsgrenze, situiert. Ebenso wie nur derjenige als „arbeitslos“ anzusehen ist, der Ansprüche aus der Arbeitslosen-Versicherung geltend machen kann, ist auch ein „Armer“ über die Zugangsberechtigung zur „Armen-Unterstützung“ definiert, das heißt, die beachtliche Zahl an nicht geltend gemachten berechtigten Ansprüchen auf Sozialhilfe fällt in den „toten Winkel“ der offiziellen Repräsentation von Armut. Die bis in die frühen 2000er-Jahre koexistierenden sozialen Sicherungen gegen Arbeitslosigkeit auf der einen und gegen Armut auf der anderen Seite sollten mit der Agenda 2010 der SPD-Grünen-Regierung von Gerhard Schröder unter der Bezeichnung „Hartz-Reformen“ weitgehend miteinander verkoppelt werden, mit fatalen Folgen für die unterschiedlichen betroffenen Klientelen des deutschen Sozialstaats. Der Mythos von der bewältigten Armut beruhte nicht zuletzt auch auf einer kruden materialistischen Sicht von Armut als einer primär, wenn nicht ausschließlich auf dem Fehlen lebensnotwendiger Güter beruhenden Mangellage. Eine solch ahistorische Vorstellung übersieht heute immer noch oft genug, dass man Armut nur in Bezug auf einen konkreten gesellschaftlichen Kontext und die Teilhabe an dessen jeweils als Normalität und Standard angesehenen Bedürfnissen und Bedingungen alltäglicher Lebensführung definieren kann. Armut steht hier in Kontrast zur Teilhabe an den durchschnittlich gegebenen Lebenschancen einer gegebenen Gesellschaft. Insofern passt hier auch der Begriff der Ausgrenzung oder – heute international gebräuchlich, da auch mit dem Englischen und Französischen identisch – der „Exklusion“ besser zur Beschreibung und Analyse des Ausschlusses von der Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern aller Art.

### *Armut als versagte gesellschaftliche Teilhabe*

Bei der Frage der Exklusion zählen aber nicht nur Einkommen und Vermögen und die damit verbundenen Möglichkeiten der Daseinsicherung und autonomen Lebensführung. Auch die Teilhabe am normalen gesellschaftlichen und kulturellen Leben gehört dazu, also die Möglichkeit – um bewusst banale Beispiele heranzuziehen –, von Zeit zu Zeit in ein Café oder ein Gasthaus zu gehen, Freunde zu sich nach Hause einzuladen, einmal im Jahr in die Ferien zu fahren,

den Kindern ein Weihnachtsgeschenk machen zu können und ihre Klassenfahrt zu finanzieren, bis hin zu einem Kino- oder Theaterbesuch. Wer einmal durchrechnet, wie groß – beziehungsweise wie klein – hier der Handlungsspielraum eines Hartz IV-Beziehers ist, kommt schnell zu einem rundum traurigen Gesamtbild der gelebten Wirklichkeit von Armut in der heutigen Gesellschaft. Führt man ausführliche qualitative Interviews mit den von dieser Erfahrung sozialer Ausgrenzung Betroffenen, so wird man mit einer Form der „Ökonomie des Mangels“ konfrontiert, bei der die gesamte Lebensführung durch die Notwendigkeit bestimmt wird, jeden Cent, wie der Volksmund es ausdrückt, dreimal umzudrehen und ständig mit der Wahl dieser oder jener Qual des Verzichts auf – in unserer Wohlstandsgesellschaft eigentlich doch so selbstverständlich erscheinende – Güter konfrontiert zu sein.

Doch es geht nicht allein um materielle Dinge und die Teilhabe am durchschnittlichen Konsum. Ebenso schwerwiegend, wenn auch oft verdrängt, ist die symbolische Dimension gesellschaftlicher Teilhabe in Form sozialer Anerkennung als „vollwertiges“ und „geschätztes“ Mitglied der Gemeinschaft. Armut ist in unserer Leistungsgesellschaft, in der stetige Selbstverwirklichung und Selbstoptimierung der Individuen gefordert und am beruflichen Status wie am damit einhergehenden Lebensstil gemessen wird, mehr denn je stigmatisiert und stigmatisierend. Selbst wenn in unzähligen empirischen Untersuchungen aufgezeigt wird, wie schnell Mitmenschen durch Wechsel- und Unfälle des Lebens aus der Arbeitswelt ausgeschlossen werden und in die Teufelsspirale der Verarmung geraten können, halten sich die auch von populistischen Ressentiments genährten Vorurteile von der sogenannten selbst verantworteten Arbeitslosigkeit („Wer Arbeiten will, findet schon was ...“) beziehungsweise der „selbstverschuldeten“ Armut hartnäckig und werden zur Quelle einer die Armut begleitenden Form moralischen Elends und Leidens.

### *Verschämte Armut als symbolische Gewalt*

Wenn Armut, so unsere These, in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität hierzulande so wenig sichtbar und hörbar ist, dann lässt sich dies nicht nur auf deren politische Leugnung oder ihr Ignorieren zurückführen. Auch nicht alleine auf den Umstand, dass Arme keine einflussreiche Lobby haben, keine gewerkschaftliche Vertretung kennen und sich bei keiner politischen Partei angemessen vertreten fühlen. Es gibt einen auf den ersten Blick paradox

anmutenden, in Wirklichkeit aber soziologisch hoch signifikanten Mechanismus, der die Armen unfreiwillig zu einem aktiven Mitspieler kollektiver Verdrängung macht. Arm sein ist in unserer Gegenwartsgesellschaft der Selbstoptimierer und Leistungsträger mehr denn je beschämend. Sie wird in breiten Kreisen als Symptom des Scheiterns, als Ausdruck mangelnder Leistungsbereitschaft oder -fähigkeit interpretiert. Dies führt unter anderem zum perversen Effekt, dass sich die Opfer gesellschaftlicher Ausgrenzung in der Rolle von „Überzähligen“, gesellschaftlich „Unnützen“ sehen und – psychologisch gut nachvollziehbar – dazu tendieren, sich selbst so weit wie möglich aus der öffentlichen Sichtbarkeit zurückzuziehen. Vieles spricht dafür, dass sich diese Tendenz, abhängig von der Dauer der Ausgrenzung, sukzessiv verstärkt und deshalb auch bei „unserer“ Population der Langzeitarbeitslosen besonders ausgeprägt zu beobachten ist.

Verschämte Armut ist ein Effekt symbolischer Gewalt, bei der die stigmatisierenden Fremdzuschreibungen von ihren Adressaten hin- beziehungsweise auf sich genommen und als ein für ihr Selbstverhältnis zentraler Aspekt verinnerlicht werden. Der Habitus der Armut in unserer zeitgenössischen Gesellschaft wird maßgeblich davon geprägt, dass die erlittene Marginalität – in ihrer Extremform in der Etikettierung als arbeitsscheue Nutznießer des Wohlfahrtsstaates in ihren sozialen Hängematten – zu einem Verlust von Selbstwertgefühl führt und dem Leiden an den materiellen Misereen noch ein, nicht minder belastendes, psychisch-moralisches Elend hinzufügt. Diese gesellschaftlich eingebettete, ja institutionell normalisierte Lage und Befindlichkeit erweist sich als besonders dramatisch, wenn Kinder schon von Geburt an in ihr sozialisiert werden und mit ihr aufwachsen. Wenn heute jedes sechste Kind in Deutschland nach offiziellen Statistiken armutsgefährdet ist<sup>1</sup> oder gar in manifester Armut lebt, so duldet eine der weltweit reichsten Gesellschaften den Fortbestand eines fatalen Reproduktionsmusters von Armut, die – durchaus wörtlich zu nehmend – „vererbt“ wird. Auch dem Umstand, dass Ausgrenzung in den meisten Fällen nicht nur als individuelles Schicksal erlebt wird, sondern Familienangehörige ebenso hart mit betrifft, ist bei der Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Konsequenzen des Hartz IV-Regimes Rechnung zu tragen. Lassen wir nun vor diesem Hintergrund Menschen zu Wort kommen, die mit und von Hartz IV ihr Leben fristen.

1 <https://www.tagesschau.de/inland/datenreport-105.html>, aufgerufen am 15.8.2019

### *Wege in Hartz IV*

Arbeitslosigkeit ist eine Misere, in die man auf vielen unterschiedlichen Wegen geraten kann. Alle unsere Interviewpartner hatten da eine je eigene Geschichte zu erzählen. Einer von ihnen, ein Mann mittleren Alters, wirkt selbst rückblickend überrascht, wie schnell er in diesen Mahlstrom sozialen Abstiegs geriet. Er erzählt uns:

*„[...] wo ich dann die Ich-AG habe müssen zumachen und ich ins Hartz IV gefallen bin, obwohl ich fünf Jahre jeden Monat (...) mit diesem Vertrag, den ich damals abgeschlossen hatte mit der Bundesanstalt für Arbeit, knapp hundertvierzig Euro jeden Monat Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlte und ich dann zum Jobcenter musste und die Dame mir sagte: ‚Sie haben kein Anrecht auf Arbeitslosengeld I. Und Sie fallen sofort in Hartz IV.‘ Das war 2010. [...] Im Jahre 2010 wurde auch noch die Privatinsolvenz eröffnet. [...] Und dadurch kamen Mietschulden auf und dadurch kam die Situation, dass die, der Vermieter [...] mir die Wohnung kündigte mit Räumungsklage, weil ich nicht mehr in Lage war aufgrund dessen, dass ich nach meiner Ich-AG-Zeit, von einer Sekunde auf die andere Sekunde, Hartz IV-Empfänger war, irgendjemand noch finanziell zu bedienen. Mit 396 Euro bedienen Sie niemanden mehr. Geht nicht. [...] diese Situation hat mir meine Existenz genommen“ (Herr W., Nr. 28).*

Seine Erzählung mit zum Teil sehr intimen Geständnissen über persönliche Schicksalsschläge, aber auch Fehltritte, verdeutlicht prototypisch, wie ein Malheur wie bei einem Domino-Spiel zu einer Verkettung von Ereignissen führt, die sich kumulativ verstärken. Ein anderer Gesprächspartner zum gleichen Thema:

*„Und bei erwerbslos bin ich eben, als Hartz IV eingefädelt wurde. Vorher bekam ich ja Arbeitslosenhilfe. (...) Ist ja abgeschafft worden. (...) Und so kam ich dann in Hartz IV. [...] Ich war Taxifahrer in [einer süddeutschen Metropole] und in [einer norddeutschen Metropole]. Anfang der achtziger Jahre, war von 1982 bis 1989. [...] Also richtig erwerbslos, ohne dass ich wieder gearbeitet hab, war 2002. Und ich hab' mich auch gewehrt, weil ich bin kein Niedriglöhner gewesen. [...] Und im Mai 2005 bekam ich ein Angebot, befristet bei denen zu arbeiten. Für 800 Euro. Aber 30 Stunden. Nee waren das 30 Stunden? Ich weiß nicht mehr. Alles was ich weiß, war, dass es 800 Euro waren [...]. Ich hab das abgelehnt. Da hab ich eine Sanktion gekriegt. [...] Aber ich bekam dann nichts mehr, keine einzige[n] Stellenangebote mehr. Bis*

*zum April 2012, wo ich bekam Ladenhüter, Zeitarbeitsunternehmen, aber nicht in [der norddeutschen Metropole], obwohl ich dort wohnte, sondern in [nennt verschiedene Metropolen in Deutschland] und so weiter. Nur nicht in [der norddeutschen Metropole]“ (Herr H., Nr. 67).*

In diesem Gespräch kommt die Rede auf eine von vielen Befragten thematisierte Form strukturellen, institutionalisierten Zwangs, der typisch für die Hartz IV-Praxis zu sein scheint. Der berichtende Langzeitarbeitslose beharrt auf seinem Anspruch, angesichts seiner vorausgehenden langjährigen Berufstätigkeit sich nicht einfach wie einen „Niedriglöhner“ behandeln und sich in, mit seinem Leben völlig inkompatible, Jobs manövrieren zu lassen, und wird dafür sanktioniert.

Oft sind diese Erfahrungen mit der „Rolltreppe abwärts“ in das Hartz IV-Dauerlos, wie mehrere Befragte berichteten, auch geschlechtsspezifisch. Eine Betroffene erzählt stellvertretend für ähnliche Fälle:

*„Meine jetzige Situation? Ich lebe mit meinen zwei Jungs alleine. Und (...) ja bin langzeitarbeitslos, weil ich halt nach / Ich war so optimistisch damals, als ich die Kinder bekommen habe und habe dann gesagt, ich werde jetzt Vollzeit-Mama. Dann kam die Trennung irgendwie dazwischen und seitdem bin ich nicht mehr richtig in den Tritt bekommen. Und mein Problem zurzeit ist halt, dass ich [...] diese Kinderbetreuung und Arbeitszeiten nicht unter einen Hut kriege, weil es gibt niemanden, der sich um die Kinder sonst kümmern kann“ (Frau J., Nr. 12).*

Anders gesagt: Das mit vielen Schicksalsgenossinnen geteilte Los, nach einer Scheidung oder Trennung als Alleinerziehende für Kinder sorgen zu müssen, reduziert ihre Chancen, wieder auf dem Arbeitsmarkt „Tritt“ fassen zu können.<sup>2</sup>

Festzuhalten ist, dass für viele Befragte das Kürzel „Hartz IV“ für einen sehr radikalen Umbau des deutschen Sozialstaats steht: Der Abbau der zuvor gegebenen sozialrechtlichen Ansprüche und die neuen „Unsicherheiten nach den Sicherungen“ werden als besonders belastend empfunden. Nach dieser kleinen Tour d’Horizon durch einige unterschiedliche biografische Flugbahnen in die Welt von

2 Vgl. Janke, Luise/Koenig, Noémie: Alleinerziehende Frauen: Besonderheiten einer Lebenslage, S. 76–83 in dieser Studie

Hartz IV wenden wir uns nun den dort gegebenen Lebensbedingungen aus der subjektiven Sicht der Bewohner zu.

### *Zur Ökonomie verordneter Prekarität*

Bekanntlich ist der Begriff „Ökonomie“ vom griechischen Wort „Oikos“ abgeleitet und bezeichnete ursprünglich das Wirtschaften mit knappen Mitteln im familialen Haushalt. Um genau dies wird es im Folgenden gehen, nämlich um die Frage, wie Langzeitarbeitslose mit den ihnen durch Hartz IV zugesprochenen finanziellen Mitteln wirtschaften. In Erinnerung sei gerufen, dass dieses Modell der Sicherung eines Mindesteinkommens nicht allein beansprucht, das Lebensnotwendige abzusichern, sondern ein Leben in Würde zu garantieren.

Aber hören wir einigen unserer Gesprächspartner zu, wenn sie den interviewenden Leidensgenossen und Leidensgenossinnen aus ihrem Alltag berichten. Auf die Frage: „Wie hat sich Ihr Leben durch die Langzeitarbeitslosigkeit verändert?“ erzählt einer von ihnen:

*„Ich musste natürlich durch die Veränderungen, vor allem im finanziellen Raten [Rahmen], sehr viele Einschränkungen hinnehmen. Man dreht sich jetzt jeden Cent nicht nur zweimal um, sondern lieber fünf- oder sechsmal, mit der Überlegung, ob man ihn ausgeben tut. Weil Hartz IV ist eigentlich zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Beachtenswert ist, dass Hartz IV von einem Wirtschaftskapitän [Peter Hartz] damals entwickelt wurde. Der, wie man ja noch weiß, ein persönlicher Freund des damaligen Bundeskanzlers war. Und wo sich nachher rausstellte, dass er selber mit Hartz IV, das wäre wahrscheinlich gerade die Kosten für eine Krawatte, die er trug. (...) Und ansonsten, ja, ich selber bin an Gicht erkrankt, kann mir aber durch Hartz IV nur Speisen erlauben in der Anschaffung, die eigentlich von der medizinischen Seite her total ungesund sind, aber zum fettarmen beziehungsweise fast fettfreien Speisen fehlt einfach das Geld, das ist mit Hartz IV gar nicht bewerkstelligt“ (Herr S., Nr. 53).*

„Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“ – diese gängige Redensart wurde des Öfteren in Interviews als Kurzformel für die Erfahrung mit dem Hartz IV-Regime benutzt. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass die hier vorgesehene Monatspauschale völlig von den konkret gegebenen Bedürfnissen des Empfängers abstrahiert wird und zum Beispiel auf gesundheitliche Notwendigkeiten keine

Rücksicht nimmt. Dies scheint besonders schmerzhaft, wenn Betroffene vor der Einführung von Hartz IV Leistungen der traditionellen Sozialhilfe erhielten. Auf die Frage „[...] wenn Sie mal so das im Vergleich sehen, (...) wie war es denn früher? War alles früher schlechter? Woran hat man es festgemacht?“, erzählt eine der Befragten:

*„Also, nein. Fand’ ich gar nicht. Also früher fand’ ich es besser. Da hat man dann Sozialhilfe gekriegt, so hieß das ja damals noch. Man bekam dann, ich glaube zweimal im Jahr, Bekleidungs-geld, wo man einfach mal einen großen Packen Kleidung kaufen konnte. Man konnte auch einen Antrag stellen, dass man mal eine neue Waschmaschine [bekommt] | Aber das gibt es heute ja alles nicht mehr.“*

Und auf die Nachfrage „Diese langfristigen Güter, die alle im Regelsatz nun drin sind, wo man früher extra beantragen konnte, wenn Bedarf war?“:

*„Genau. Das fehlt einfach jetzt mittlerweile. Wenn irgendwas kaputt geht, dann ja: ‚Ist im Regelsatz mit drin. Musst gucken, wie Du es weggespart kriegst.‘ Bei den ganzen Kosten heutzutage. Also, wenn ich mal eben für zwei Tage einkaufen gehe, dann habe ich meine sechzig Euro ausgegeben. (...) Man kann heute nicht mehr sparen. Von nichts. Wovon denn noch?“ (Frau J., Nr. 11)*

Das geschilderte Dilemma, immer nur gerade so über die Runden zu kommen und von der Hand in den Mund leben zu müssen, ohne irgendwelche Rücklagen für Notlagen und außergewöhnliche Anschaffungen machen zu können, wird im folgenden Bericht dann ganz konkret:

*„Entweder spart man für einen Trockner, den ich nicht besitze, vom Bedarfsregelsatz weg oder man muss sparen vom Bedarfsregelsatz. Was ich noch besitze aus besseren Zeiten, die ich ja mal hatte in meinem Leben, ist eine Waschmaschine. Gott sei Dank funktioniert die noch. Die ging einige Zeitlang nicht. Da hatte ich noch nicht einmal das Geld für den Keilriemen zu kaufen übrig, für den Keilriemen zu kaufen von der Waschmaschine. Also ich habe mir da wirklich vom Kühlschrank weg, von Lebensmitteln weggespart den Keilriemen, dass die Waschmaschine wieder funktioniert. Und dann zu sprechen: ‚Ja, die, der Hartz IV-Regelsatz wurde erhöht.‘ Zuerst von 396 auf 400. Und dann von 400 auf 404 mittlerweile. Also bei mir persönlich*

*sowieso egal, weil ich habe 251 Euro zum Leben. So sieht es bei mir aus. Also ganz schlimm“ (Herr W., Nr. 28).*

Deutlich wird in vielen Interviews, wie sehr die von Hartz IV oktroyierte ökonomische Knappheit zu einem Dauerstress ausarten kann:

*„Wenn bei mir irgendwas kaputtgeht, dann ist das erst mal ein Problem, was sich über Wochen hinzieht, weil ich [...] ich kann mir nix leisten“ (Herr R., Nr. 7).*

Oder:

*„[Hartz IV] reicht hinten und vorne nicht, und es sind manche Dinge nicht berücksichtigt. Ich hab’ Schuhgröße 49 und die kannst du dir halt nicht beim Aldi dir die Schuhe kaufen“ (Herr M., Nr. 27).*

Oder aber:

*„Da hat man dann schon mal auch am Monatsende, dass man vielleicht noch ein paar Euros im Schrank hat, kann ja immer mal was Unvorhergesehenes [kommen], brauch’ ja bloß ein Rezept sein, mal muss ich noch ein anderes Medikament holen und dann sind die fünf Euro oder sieben Euro nicht da“ (Frau T., Nr. 61).*

Ähnliches ist von einer anderen Befragten zu hören:

*„Du willst sparen, denkst du: ‚Ach komm, legst jetzt mal ein bisschen was weg.‘ Ja, dann kommt irgendwas reingeflattert oder irgendwas anderes ist, und dann kannst grad das Geld wieder nehmen und kannst da das Loch stopfen. (...) Und das finde ich (...) müssten DIE (...) vom Kasperle-Theater, müssten das mal alle so ein dreiviertel Jahr durchziehen oder ein halbes Jahr, dass die mal sehen: ‚OHJA, denen geht’s ja wirklich schlecht.‘ (...) Dass die mal wirklich sehen, wenn wir einkaufen gehen, auf was wir achten. (...) Auf Kleinigkeiten, Strom, wie auch immer. Oder wenn mal was kaputtgeht, dass wir nicht sagen können ‚Och‘ (schnippt mit dem Finger), das hol ich mir jetzt. Ich fahr jetzt dahin oder ich ruf da an, ich hätt’ gern mal das und das.‘ (...) Dass die wirklich mal sehen, wir müssen uns wirklich, auf gut Deutsch, ‚den Arsch aufreißen‘, überlegen, haben nachts Schlafstörungen, Essstörungen und denken: ‚Scheiße, wie kannst du jetzt den Kindern das Essen jetzt machen? Wie kannst du jetzt die*

*Waschmaschine neu kaufen, oder die Spülmaschine, oder weiß der Geier was?‘ Da macht sich keiner den Kopf“ (Frau K., Nr. 58).*

Reicht das Geld gerade so, wenn ein Monat ohne böse Überraschungen vorbeigeht, so wächst sich eine noch so banale Panne und für den Normalbürger schlichte Lappalie schnell zur Krise aus. Gleichzeitig schränkt diese verordnete Dauerknappheit auch die Handlungsspielräume der Betroffenen im Hinblick auf Eigeninitiativen zur Verbesserung ihrer Lage massiv ein, was uns zum Beispiel mit folgenden Sätzen verdeutlicht wird:

*„Wenn ich mich bewerben wollte, aus Eigeninitiative, also nicht vom Amt gedrängt. Da hat mir das Geld für die Passfotos gefehlt oder um mein Portfolio ausdrucken zu können, oder Einscannen zu können. Ich sage mal. Zuhause hatte ich es nicht vorhanden. Internet hatte ich auch nicht. Das waren alles so kleine Faktoren. Das hat dann so zusammengespielt, dass man immer irgendwie eine Entschuldigung hatte, warum es jetzt gerade gar nicht geht. Also wie gesagt, rückblickend, das ist echt erschreckend, wie lange es gegangen ist. Dass man sich so viele Jahre / Weil die waren ja nicht schön. Das hat ja nichts damit zu tun. Deswegen habe ich mich so extrem darüber aufgeregt, dass die [das Jobcenter] mir vorgehalten haben, ich habe keinen Bock“ (Frau S., Nr. 8).*

Seitens eines anderen Betroffenen hört man:

*„Ich glaube eher, dass es für die Leute noch schwieriger ist, dann aus Hartz IV wieder rauszukommen, weil sie zum Beispiel kein Auto mehr haben, weil sie zum Beispiel einen Wohnungswechsel nicht finanzieren können, um dann in der Nähe zum Arbeitsplatz zu wohnen, oder beziehungsweise erst mal in Vorleistung zu gehen, um ständig zum Arbeitsplatz zu fahren, mit öffentlichen Verkehrsangeboten oder sonstwie. Das kann ein Hartz IV-Empfänger ja fast schon nicht mehr leisten, da einen Monat in Vorleistung zu gehen [...] Da ist sein halbes Hartz IV weg. Es geht einfach nicht. Also ich denke eher, dass es das schwieriger noch macht, der niedrige Satz, für die Leute wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen“ (Herr M., Nr. 56).*

*Habitus der Knappheit – Strategien des Überlebens in Hartz IV*

Wie funktionieren Ökonomien der Knappheit? Welche Überlebensstrategien entwickelt man unter diesen Bedingungen? Dazu eine Befragte:

*„Ja man muss / (...) Ich bin von Haus aus sowieso ein geiziger Mensch, aber man lernt dann sparsamer zu werden. Und man sieht das gar nicht mehr, dass man ja eigentlich geizig ist. (...) Also bei mir wird jetzt wirklich nichts mehr weggeschmissen. Denn immer, wenn da was übrig geblieben ist, dann gibt es eine Auflauf-Form. ‚Raufdann-Blarüberso‘, Käse darüber. Alles was im Käse schwimmt, schmeckt meiner Tochter besonders gut und dann ist das auch verwertet“ (Frau T., Nr. 61).*

Und dieselbe Befragte später:

*„Ich sage, ihr müsst mal sparsam leben. Icke [Berlinerisch: Ich] kaufe mir nicht, von Montag bis Freitag, Brötchen morgens für die Arbeit. Ich sage, ich mach mir abends zu Hause meine Stulle [belegtes Brot] (...) Und wenn es bloß sechse [sechs Brötchen] sind, aber eben sechs an einer Reihe [an jeden nachfolgenden Tag], machen auch irgendwann ein Euro“ (Frau T., Nr. 61).*

Diese Philosophie des „Jeden Cent dreimal Umdrehens“ scheint nicht allen Betroffenen gleichermaßen zu liegen, wie eine Befragte aus ihrem Umfeld berichtet:

*„Also man entwickelt, glaube ich, jeder seine eigenen Möglichkeiten. Oder auch finanzielle Dinge, wo man sagt: ‚Braucht man es oder braucht man es nicht?‘ Und ich denke, da tickt jeder anders. Manche geben [hauen] halt gleich das ganze Geld auf den Kopf, dann hat er halt dann Mitte des Monats gar nichts. Oder manche sagen: ‚Okay, man braucht nur das Nötigste‘, gerade wie jetzt Lebensmittel oder Fahrkarte oder was-auch-immer, und man hat dann nachher nochmal bisschen einen Puffer, wo man sagt: ‚Okay, Ende des Monats ist was übrig, man kann sich dann was gönnen. Aber da hat jeder, glaube ich, seinen eigenen Trick raus“ (Frau M., Nr. 3).*

Dies hängt auch vom jeweiligen Kontext ab, der je nach Gegebenheiten ein Durchwursteln erleichtern kann, wie man uns erzählt:

*„Wenn Du arbeitslos bist, dann reicht die Kohle gerade mal so, um nicht zu verhungern. Und wenn man irgendwie mal für was anderes Geld ausgeben will, dann muss man sich das quasi vom Munde absparen. (...) Ich habe halt das Glück, ich wohne hier auch in einer Stadt, in der man ganz gut überleben kann, auch wenn man kein Geld hat. Hier gibt es ein Haufen Natur und Seen drumrum. Da fährt man hin. Das kostet nichts. Das tut der Seele gut. Aber wohnst Du in irgendeinem Kaff, wo Du gar keine Optionen hast, und wenn Du aus dem Fenster schaust und nur Plattenbauten siehst, dann kann man schon mal an einer [in eine] Depression verfallen. (...) Also mir geht es noch verhältnismäßig besser als den meisten anderen in solchen Situationen, würde ich jetzt mal [sagen], wenn ich mich vergleiche [...]“ (Frau W., Nr. 21).*

Ein anderer:

*„Der Hartz IV-Satz ist auf jeden Fall zu niedrig. Also wenn man nicht schlau ist und diverse Maßnahmen nutzen kann, wie jetzt zum Beispiel von der [nennt das Sozialunternehmen, von dem er betreut wird]. Da gibt es ja die Möglichkeit, mittags umsonst Brötchen und vom Bäcker vom Vortag zu kriegen. Oder für zwei Euro ein Mittagessen zu kriegen. Wenn man solche Maßnahmen nicht schlau nutzt, dann kann man mit 404 Euro im Monat kaum überleben. Und viele Leute, gerade Leute, die da frisch reingeraten, kennen sich da natürlich überhaupt nicht aus. Und brauchen dann erst mal Jahre, um festzustellen, wie man dann halbwegs damit über die Runden kommt“ (Herr M., Nr. 56).*

Und später:

*„Also ich gebe nahezu mein komplettes Hartz IV fürs Essen aus. Und alle anderen Bereiche bin ich halt inzwischen schlau genug, zum Beispiel zu wissen, wo man nahezu umsonst Klamotten herkriegt oder nahezu umsonst Schuhe herkriegt und so weiter. Weil ich halt lange da drin bin. Und dadurch komme ich jetzt halt zurecht. Aber ich denke, die meisten haben da große Schwierigkeiten. Wirklich, der Hartz IV-Satz, der reicht gerade mal so fürs Essen“ (Herr M., Nr. 56).*

Dieser Pragmatismus unter den Bedingungen dauerhaft knapper Mittel kommt auf vielfältige Weise immer wieder zur Sprache:

*„Ja, da muss man anders rechnen. Ich geh zur Tafel und hol' mein Essen. Also was es dort gibt, ne. Da spart man ja locker gute 100 Euro im Monat. Ich zahl da zwei Euro. Da kriegst du Brot, Gemüse, Obst, Wurst. Kriegt du alles. Gut, nicht das beste Zeug. Aber ist ja egal. Der Magen sieht's nicht“ (Herr M., Nr. 69).*

Oder:

*„Ich krieg' jeden Freitag von der Tafel, krieg' ich das geliefert [...]. Das wird mir geliefert. [...] Beispiel auch, Weihnachten gibt's ein Weihnachtspaket. Das finde ich nun auch schön“ (Frau L., Nr. 39).*

Manchmal bieten auch private Beziehungen ein wenig Unterstützung. Ein Betroffener erzählt:

*„[...] ich habe viele Freunde, die dann auch einmal sagen, O.K. Ich bezahle Dir einmal ein Bier oder sowas. Ja. (...) Wenn man mal unterwegs ist und ansonsten (...) naja man redet halt darüber. Ich glaube, manche schwierigen Dinge, die momentan da sind, die einen selbst betreffen, die haben die selber schon erfahren. Auch wenn sie noch in Arbeit stehen und so“ (Herr M., Nr. 27).*

Andere behelfen sich mit kleinen Jobs, um ein bisschen an den für Normalbürger gewohnten kleinen Freuden des Lebens teilhaben zu können:

*„Aber, man sucht ja Arbeit, aber dann sucht man sich halt in irgendwie so Privathaushalten Putzen, damit man wenigsten ein bisschen zu dem Hartz IV, was ja wirklich unter aller Kanone ist, dass man sich dann ein bisschen was leisten kann. Man möchte ja in Urlaub fahren auch einmal. Muss ja nicht weit sein, aber dass man sich bisschen / Ich bin nicht der Mensch, der / Wir haben auch früher oft mit meiner Tochter, haben wir auch Zeiten gehabt, wo wir nur Nudeln mit Soße essen konnten, weil wir nichts mehr anderes hatten“ (Frau S., Nr. 42).*

Angesichts der von der großen Mehrheit der Befragten geäußerten Kritik an zu geringen Hartz IV-Sätzen soll hier aber auch eine entgegengesetzte Meinung eines Langzeitarbeitslosen nicht verschwiegen werden, der betont:

*„[...] wenn ein Hartz IV-Empfänger sagt ‚Das Hartz IV reicht nicht aus zum Leben‘, dann entweder er raucht oder er sauft oder er schmeißt anderweitig das Geld raus. Aber ich muss ganz ehrlich aus eigener Erfahrung sagen, Hartz IV reicht ausreichend. Wenn man damit richtig umgeht, ein bisschen auf die Preise schaut und sich eben nicht den Kaviar gönnt oder, von mir aus, (...) meint, man müsste rauchen, saufen oder 25 Katzen haben oder sich zwei Hunde halten, dann reicht Hartz IV völlig aus“ (Herr L., Nr. 6).*

### *Leben unter Kuratel – bürokratische Zwänge im Hartz IV-Regime*

Nun lässt sich aber das Leben unter dem Hartz IV-Regime nicht allein auf die Einkommensfrage reduzieren, sondern betrifft ganz zentral auch die Frage von Autonomie beziehungsweise sozialer Kontrolle. Ein Langzeitarbeitsloser antwortet auf die Frage „Was macht Dir am meisten Angst und Sorgen?“:

*„Die Zukunft. (...) Wie soll es weitergehen? Es wird alles teurer. Renten werden immer weniger. Wie soll man seine Rente verdienen? (...) Man darf sich so im Verhältnis nichts groß ansparen. Das muss alles überall gemeldet werden. Das Arbeitsamt will jeden Zettel vom Konto abgeleuchtet haben. (...) Soweit wie ich weiß, sind die da gar nicht, das dürfen die gar nicht, die dürfen bloß Einsichten haben. Aber die wollen sie ja gleich abgeleuchtet haben. Und wenn dort eine Mark mehr ist oder das haut nicht hin oder ein Zettel fehlt, da werden die gleich verrückt. Da muss man gleich strammstehen, warum man es nicht hat. Wo soll man es denn hernehmen?“ (Herr G., Nr. 18)*

Noch vehementer bringt es dieser Befragte auf den Punkt:

*„Also, auf Deutsch gesagt, man unterschreibt eigentlich einen Vertrag mit (...) dem Teufel. Die wollen wissen, was für Unterhosen Du trägst, was für Farbe und sonst was. Ich kann es auch verstehen, aber halt / Es ist halt, die Menschenwürde ist dann plötzlich in dem Keller unten. [...] Er [der Hartz IV-Empfänger] muss [sich] nackig machen. Ich habe ja erlebt / Die haben mir geschrieben / Ich habe ja praktisch eidesstattliche [Angaben] gemacht. Und dann muss ich den gleichen Käse, Fragebogen muss ich nochmal ausfüllen, bei der Hartz IV das gleiche. ‚Haben Sie teure Lebensmittel?‘ (...) Habe ich gesagt: ‚Was soll der Quatsch? Ich habe Lidl-, Aldi-Linsen. Was soll ich denn ha-*

*ben? Hummer? Was soll ich mit Hummer anfangen? Kann ich mir sowieso nicht leisten.‘ Also so ein Blödsinn“ (Herr S., Nr. 24).*

Beklagt wird unter anderem die geringe Sensibilität der Jobcenter-Sachbearbeiter für die Lage und Nöte ihrer Klienten:

*„Was unhaltbar ist, ist der psychische Druck. Viele Berater vom Jobcenter verstehen nicht, was Sozialpädagogik bedeutet. (schmunzelt) (...) Sie sind einfach machtgeil und sie haben eine administrative Autorität und sie benützen sie sehr zynisch: Angstmachend, wirklich bedrohend und noch dazu, sie spielen Sigmund Freud, naja!?“ (Frau K., Nr. 37)*

Konkret manifestiert sich diese Macht darin, Anträge mehr oder minder wohlwollend zu beurteilen:

*„[...] ich habe gefragt, mein’ Staplerschein machen: ‚Abgelehnt!‘ Abgelehnt Staplerschein, abgelehnt alles, die lehnt bei mir prinzipiell alles [ab]. Ich habe einmal den Antrag gestellt, ich möchte mein Kind besuchen: ‚Abgelehnt!‘“ (Herr D., Nr. 2)*

Man hört ebenfalls,

*„[...] dass falsche Berechnungen stattfinden. Aufschübe. Gewisse (...) Unzulänglichkeiten bis Bösartigkeiten der Sachbearbeiter [...]“ (Herr M., Nr. 27),*

unter denen man zu leiden habe. Das hohe Maß an bürokratischer Kontrolle scheint auch Initiativen bei der Suche nach einer neuen Anstellung zu bremsen:

*„Man hat auf jeden Fall die Möglichkeit, gerade wenn man so bei Ein-Euro-Jobs ist, die haben oft die Möglichkeit, einem bei Bewerbungen zu helfen und so weiter. Dann kann man auch eine gewisse Förderung beantragen. Dass die einem, was weiß ich, zum Beispiel das Porto bezahlen. Oder da hinzufahren, zum Vorstellungsgespräch. Aber man muss das alles erst mal wissen. Man muss das alles erst mal beantragen. Das heißt, das ist ein großer Bürokratieaufwand für einen Hartz IV-Empfänger. Es wäre schon besser, wenn er die Mittel einfach selber hätte. Um das leisten zu können. Also da werden einem dann dadurch eher noch Hürden in den Weg gelegt und es schwierig gemacht“ (Herr M., Nr. 56).*

Letztlich geht es hier um die Frage des Vertrauens, dass die Betroffenen auch „[...] von selber irgendwie auch was machen wollen, wenn man ihnen halt die Bewegungsfreiheit gibt“ (Frau W., Nr. 21).

*Genug zum Überleben – zu wenig, um gesellschaftlich zu existieren*

Der Mensch lebt bekanntlich nicht vom Brot allein. Er ist durch und durch ein gesellschaftliches Wesen und die Teilhabe am sozialen Leben für seine psychische Gesundheit ganz wesentlich: Diese Teilhabe scheint jedoch nach den fast durchgängig zu hörenden Klagen unserer Befragten unter den Bedingungen von Hartz IV oft unmöglich. Stellvertretend für viele andere Stimmen hier ein Mann mittleren Alters:

*„Mein Leben hat sich komplett verändert, da durch die Arbeitslosigkeit ich immer mehr (...) einsamer wurde. Das heißt, Freundeskreis wurde immer weniger und (...) mit dem wenig[en] Geld kann man ja auch nicht mehr ausgehen großartig. Das heißt, mein Leben hat sich in der Hinsicht verändert, dass ich (...) ja, mehr oder weniger, zurzeit ganz alleine bin. (...) Zum großen Teil“ (Herr M., Nr. 32).*

Oft scheitert die Aufrechterhaltung von Freundschaften an den besetzten Mitteln:

*„Zu meinen ehemaligen Arbeitskollegen habe ich leider so gut wie keinen Kontakt mehr, da wir bei der Spedition ein weit verstreuter Haufen waren. [...] Und die Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sind für eine Person, die Hartz IV bezieht, [...] unerschwinglich, das ist nicht mehr tragbar“ (Herr S., Nr. 53).*

Durch diese Isolation reduzieren sich auch die Chancen, moralische Unterstützung und Verständnis von wenig nahestehenden Bekannten zu bekommen, im Unterschied zu Freunden. Ein Interviewter spricht davon, dass er seine Freunde, die weiter weg wohnen, gerne öfter sehen würden, der Hartz IV-Satz dafür aber nicht ausreicht. Dann fährt er fort:

*„Weil zu Bekannten, denen kann ich nicht einfach vorbehaltlos alles sagen. Wirklich gute Freunde, da kann ich halt alles sagen. Denen kann ich auch sagen: ‚Hey, mir geht’s so beschissen.‘ Da kann ich*

*auch sagen: ‚Ich weiß gerade nicht, wo mir der Kopf steht wegen den Finanzen.‘ Da kann ich auch mal Sachen loswerden, die ich so nicht jedem erzähle. [...] Ich würde da nicht bloß nur einmal im Jahr die [Freunde] sehen, sondern auch vielleicht ein zweites Mal. Dass ich sagen kann im Sommer und im Winter zum Beispiel“ (Herr D., Nr. 29).*

Immer wieder wird erzählt, wie sehr die minimalen finanziellen Ressourcen die Teilhabe an noch so bescheidenen und banalen gesellschaftlichen Aktivitäten verhindern. So heißt es zum Beispiel:

*„Ich konnte auch mal ins Schwimmbad gehen. Ich konnte auch mal mich mit einer Freundin treffen und ins Kino gehen, was anderes sehen. Und nicht nur zuhause die vier Wände anstarren und mich verkriechen müssen wegen diesen Vorurteilen“ (Frau P., Nr. 23).*

Neben den engen materiellen Grenzen verhindert aber auch die soziale Scham über die eigene Lage die Aufnahme von Kontakten. So berichtet man uns, ähnlich wie in anderen Fällen, von einer Tendenz zum Rückzug in die Privatsphäre:

*„Auf jeden Fall. Ja, ich habe mit meiner Langzeitarbeitslosigkeit eher ein bisschen / (...) Ja, ich war davor selbstständig und dann ging es nicht mehr finanziell und ich habe mich geschämt, muss ich echt ehrlich sagen [...]“ (Frau K., Nr. 9)*

Und ein anderer Interviewter: *„[...] bleibt mir zum Leben 251 Euro. Und da nehmen Sie mal bitteschön noch am sozialen Leben teil“ (Herr W., Nr. 28).*

Dass diese soziale Isolation durchaus mit Depression einhergehen kann, dürfte einleuchten, wenn man etwa folgende Bemerkung zu hören bekommt:

*„Ja. Es ist halt auch / man kommt mal raus. Man kann mal was unternehmen. (...) Jetzt nicht unbedingt jede Woche ins Kino. Aber wenn man halt mal [...] Freunde trifft, dann kann man sich unterhalten, man hat Spaß, kommt auf andere Gedanken. Ich sage mal (...) kann man, sagen wir mal, besser verhindern, dass man irgendwie in Depression oder sonst etwas verfällt. (...) Aber wenn man die gar nicht trifft, dann hockt man eh nur bloß daheim und hat den ganzen Scheiß. Und sieht halt nur ‚Mmmmh, ja, schön, jeden Monat bloß das bisschen Geld. Irgendwie muss ich rumkommen.‘ Und (...) andere Gedanken hat man dann fast nicht mehr“ (Herr D., Nr. 29).*

Zu den gesellschaftlichen Lebenschancen gehört auch die Teilhabe an kulturellen Aktivitäten. Diese sind zu einem guten Teil nicht gratis und hängen somit stark von finanziellen Ressourcen ab. So erzählt ein Langzeitarbeitsloser:

*„Oder ich lese sehr gerne, aber ja, Bücher kaufen ist halt auch nicht so einfach. Egal ob jetzt E-Book oder normales Buch. Kostet Geld. Jetzt woher das Geld nehmen? (...) Das muss man, wenn man sich was kauft, dann wieder irgendwo anders einsparen oder vom Ersparten nehmen, wenn man ein bisschen was sparen konnte. Und dann muss man wieder überlegen, wieviel kann ich nehmen im Hinblick auf was, wo müsste ich eventuell eine Nachzahlung einplanen oder wieviel muss ich einplanen, einfach auf der Seite zu haben, falls irgendwas kaputtgeht. Eine Reparatur oder eine Neuanschaffung. (...) Vielleicht einmal im Jahr kann man sich dann was leisten. Das ist dann halt auch arg wenig“ (Herr D., Nr. 29).*

Und eine andere Stimme:

*„Und mehr Hartz IV bezahlen. Der muss deutlich höher sein, der Satz. Damit man auch an der Gesellschaft noch normal teilnehmen kann. Also welcher Hartz IV-Empfänger kann sich es leisten, ins Kino zu gehen oder auf ein Stadtfest zu gehen? Oder auf den Weihnachtsmarkt zu gehen? Das ist für solche Leute alles nicht drin. Außer sie laufen wirklich einmal lang und gucken sich alles an. Da haben sie aber viel davon gehabt (lacht)“ (Herr M., Nr. 56).*

Noch schmerzhafter scheint diese soziale Ausgrenzung beim Zugang zu kulturellen Aktivitäten zu sein, wenn die eigenen Kinder betroffen sind. Eine Mutter berichtet:

*„Aber, das ganz wichtigste in meinem Leben, ist ganz sicher die Geburt meines Sohnes. (...) Ich hätte ihm alles gegeben / geben wollen, zum Beispiel: Sportliche, kulturelle Aktivitäten. Aber, leider. Leider. (...) Ich kann für ihn nicht mal eine schulische Nachhilfe oder Musikinstrument leisten“ (Frau K., Nr. 37).*

### *Zeit zu verschwenden – verschwendetes Leben*

Es scheint ganz so, als wären Knappheit und Mangel an ökonomischen Mitteln ein roter Faden quer durch alle Berichte aus dem

Alltag mit Hartz IV. Eine Ressource ist davon ausgenommen: Zeit scheint man als Hartz IV-Empfänger im Überfluss zu haben. Was dies aber für die Befindlichkeit der betroffenen Menschen bedeutet, steht auf einem ganz anderen Blatt:

*„Also die Anfangszeit, ja war auch mal schön, wenn Sie dann sagen können: ‚Hey, ich mach bis sechs Uhr früh und schlafe bis mittags um fünf.‘ Das war ganz okay, aber irgendwann hat’s für mich selber dann angefangen, wo ich dann gedacht habe: ‚Was machst Du eigentlich für einen Blödsinn? Das kann doch das Leben nicht weiterhin sein. Gehst irgendwann früh um acht ins Bett und schläfst dann bis abends um acht. Das kann ja nicht der Sinn vom Leben sein.‘ Und irgendwann hat man ja auch zuhause NICHTS mehr zu tun. Und dann fragt man sich: ‚Für was bin ich noch da?‘ [Weil] während der Ausbildung und den ersten Berufsjahren [man] mal gelernt hat: ‚Hey, klar, Arbeiten‘ (...) Und Arbeiten erfüllt ja auch seinen Zweck, da tut man ja was, ist man beschäftigt. Und dass Arbeiten WICHTIG ist, wenn man das gelernt hat. Und dann plötzlich GAR NIX mehr hat, dann kommt man sich nutzlos vor. Weil man halt nur noch daheim sitzt und ja nichts tut. Außer halt Haushalt, bisschen kochen und ansonsten / Ja, wenn mal ein Brief kommt, wo man reagieren muss, dann reagiert man oder auch nicht. [...] Und für mich war dann halt auch der Punkt, es kann nicht sein, dass ich einfach ein Schlendrian so weiter lasse. Wie gesagt, bis acht früh wach bin und dann erstmal bis abends acht penne. (...) Und dann da wieder rauszukommen, das ist verdammt schwer. (...) Und ja die Jahre dann auch arbeitslos und ständig nur: ‚Ich muss. Ich muss. Ich muss. Sonst kriege ich Kürzung oder sonst etwas.‘ Da kam man sich ja noch nutzloser vor. Wenn man tut, was man kann und (...) es passiert nix. Und auch selbst, wenn man sich bewirbt und alles und ambitioniert ist, ständig nur Absagen, das reißt einen halt voll runter. (...) Ja. (...) Anders kann ich das halt nicht sagen“ (Herr D., Nr. 29).*

Dieses Zeugnis macht auf beredte Art deutlich, dass das scheinbar grenzenlose Vorhandensein von Zeit als solches bei Weitem noch keinen Wert darstellt. Erst, wenn damit die Erfahrung von lebendiger Teilhabe, von sozialem Sinn verbunden werden kann, wird Zeit zu einer wertvollen Ressource. Interessanterweise betont ein anderer Gesprächspartner, dass bei einem normalen Arbeitsleben trotz der geringeren freien Zeit, etwa fürs Lesen, Zeit da einen anderen Genuss eröffnet:

*„Ja. Die Arbeit bringt ein normales Gehalt. [...] Da kann man sich dann halt so einen Luxus dann halt leisten. (...) Und da gewinnt halt auch die freie Zeit eine andere Qualität. Jetzt kann ich sagen: ‚Na gut. Ich sitze den ganzen Tag daheim. Kann ich zwar viel lesen, aber gibt keinen neuen Lesestoff.‘ Wenn ich dann aber normal arbeite mit einem normalen Gehalt, kann ich mir den Lesestoff holen, wie ich will. Wenn man dann mal einen Abend frei hat, dann genießt man das auch, sich mal hinzusetzen und auch zu lesen, oder am Wochenende genießt man, sich hinzusetzen, in die Sonne zu setzen und zu lesen, wenn man raussitzen kann. (...) Das ist dann halt einfach ein ganz anderer Genuss von der Freizeit. Weil so hat man ja Zeit ohne Ende“ (Herr D., Nr. 29).*

Ein anderer Befragter gibt uns folgende Diagnose dieser Situation:

*„Aber ich denke, dass das vielen Leuten, die fühlen sich dann halt komplett wertlos und wissen gar nicht, was sie mit ihrer ganzen Freizeit anfangen sollen. Mal abgesehen von der Freizeit oder nicht Freizeitgeschichte, ist es ja auch auf jeden Fall ein finanzielles Problem. Man fühlt sich irgendwann dann auch mal minderwertig, weil man sich nichts leisten kann. Ist halt die Frage, was man so für Vorstellungen hat und mit wem man sich vergleicht, aber (...) ja wie gesagt, es ist auch ein existenzielles Problem, wenn man nichts im Kühlschrank hat. Und das zieht einen natürlich auch runter. Oder, wenn man nicht ausgehen kann mit Freunden, weil man denen nicht auf der Tasche liegen will und selber nicht das Geld ausgeben kann. Das wirkt sich schon auf jeden Fall aufs physische, psychische Wohlbefinden aus, kann man sagen“ (Frau W., Nr. 21).*

Anders formuliert ist die sogenannte „Freizeit“ ohne Verknüpfung mit sozial sinnhaft eingesetzter und erfüllter Zeit „tot“ und vergeht, ohne Spuren zu hinterlassen. *„Man lebt in den Tag rein“* (Herr D., Nr. 2) und der Verlust an sozialen Koordinaten für die Lebensführung scheint auch mit der Tendenz einherzugehen, sich, wie man salopp sagt, etwas „gehen zu lassen“. Wenn man kein gesellschaftliches Leben mehr pflegt, ist die Pflege des Äußeren und des Auftritts nebensächlich. Ein Langzeitarbeitsloser sagt dazu:

*„Also, ich kümmerge mich nicht mehr so wie früher um das Äußere. Zieh’ mir praktisch nicht mehr ein Hemd oder eine Krawatte an. [...] Und zuhause lass’ ich auch manchmal den Haushalt so ein bisschen (...) rumstehen und: ‚Ach, das waschen wir morgen ab, wenn nicht*

*übermorgen. 'Also, schon ein bisschen vergammelt, würd' ich sagen. Man hat da keinen Anreiz mehr. [...] Wenn man nur zuhause rumhängt, dann vergammelt man' (Herr F., Nr. 60).*

Anders gesagt wird die Vernachlässigung des Äußeren zu einem Spiegel der inneren Leere, einer Lebens- und Sinnkrise, welche man gut nachvollziehen kann, selbst aber wiederum als ein die Misere verstärkendes Element betrachten muss, denn dieses „sich gehen lassen“ schränkt die Chance auf Reintegration in den Arbeitsmarkt und das „normale“ Alltagsleben stark ein.

*Schluss: Der bescheidene Traum vom normalen Leben jenseits von Hartz IV*

Zusammenfassend lässt sich zu den hier versammelten Zeugnissen aus der Welt von Hartz IV festhalten, dass deren Bewohner gewissermaßen dazu verdammt sind, in einem inneren Exil mitten unter den Normalbürgern, ihren normalen Biografien und normalen Alltagswelten zu existieren. Ihre gesellschaftliche Nicht-Existenz wird dabei nicht allein durch die begrenzten Teilhabechancen an den Praktiken der Konsum- und Freizeitgesellschaft bedingt. Vielmehr nehmen sie selbst an diesem Unsichtbar-Machen ihrer Existenz aus Scham und Peinlichkeit über ihre Abweichung von der Normalität teil. Das Elend der von Hartz IV mehr schlecht als recht Lebenden ist demnach ein doppeltes: dauerhafte materielle Prekarität als Elend ihrer sozialen Lage, Stigmatisierung und Selbstscham als Spiegel eines statusspezifischen Elends, wie man es in Anlehnung an Bourdieus Studie „Das Elend der Welt“<sup>3</sup> ausdrücken könnte. Lassen wir einem Betroffenen das Schlusswort, der uns von seinem Traum von einem normalen Leben erzählt, und auf die Frage: *„Und was würdest Du persönlich jetzt unter ‚normal leben‘ verstehen? Was Deine Bedürfnisse betrifft und so weiter?“*, antwortet:

*„Ja, dass man mal eine Wohnung hat. (...) Dass man eine Familie gründen kann, ohne dass man gleich Probleme hat. (...) So, dass man Lebensmittel, halt die normale Sachen halt hat, was man im Leben braucht. (...) Dass man auch mal in Urlaub kann. (...) Dass man sich auch mal ein bisschen was leisten könnte. (...) Das tät ja schon*

3 Bourdieu, Pierre 1997: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: Universitäts-Verlag Konstanz

*reichen. Muss ja nicht jeder Millionär sein. (...) Aber zumindest einmal sagen kann: ‚Ja, ich lebe.‘ (...) Und kommt nicht in Teufels Küche andauernd nur, weil ich nix habe“ (Herr Z., Nr. 26).*

Kurzum: Der bescheidene Traum gilt dem, was im Grundgesetz als „Würde des Menschen“ bezeichnet wird – nicht mehr und nicht weniger.

Manuel Walter/Chafa Bouslimani

## **„Aber wo gibt's denn bitteschön die Vertretung der Hartz IV-Empfänger?“<sup>1</sup>**

Zur gesellschaftlichen und demokratischen  
Beteiligung von (Langzeit-)Arbeitslosen

*„I Würden Sie sich einen Kontakt mit Politikern und Politikerinnen  
wünschen?“*

*B Ja, ich diskutier' gerne. [...] Manchmal denk' ich, ich müsste da in  
einer Talkshow sitzen [...].*

*I [...] Wie gut fühlen Sie sich von der Politik vertreten? Haben Sie  
Vertrauen in die Politiker?“*

*B Nee, überhaupt nicht. Die machen ja, was sie wollen. Jetzt ist  
wieder [...] kurz vor den Wahlen, jetzt will der Schulz hier längeres  
Arbeitslosengeld I. Und bei der anderen Wahl haben sie ja hier Rente  
mit 63. Das ist alles Bauernfängerei. Im Endeffekt muss ich sowieso  
wieder zum Jobcenter dann. Die machen einen auch noch fertig. Die*

*stellen einen dann so hin ‚Der Mann ist arbeitsfaul‘, nicht. Man will ja nicht, oder sonst noch was. Dann die soziale Hängematte.*

*I Haben Sie schon mal politisch etwas bewirken und verändern können? [...]*

*B Na, politisch eigentlich nicht, nee. Wenn man jetzt mit Freunden, Bekannten zusammen ist, dann quatscht man ja über die Politik. Eher so allgemein.*

*I Klar. Politik ist ja irgendwie immer, irgendwie immer da.*

*B Mein Arbeitskollege hat’s auch wieder erzählt, die haben hier wieder die Diäten erhöht, und alles sowas, nicht. Das ist halt Tagesgespräch. Viele sitzen da auch bloß gelangweilt rum und da unterhält man sich ja dann.*

*I Warum machen Sie beim Interview mit?*

*B Na, ich bin gerne so über Politik und Wissenschaftliches, das interessiert mich gerne. Wenn man so im Interview über Politik (...), das ist doch mal interessant. [...] Auch wenn man nicht wählen geht, kann man sich ja für die Politik interessieren“ (Herr F., Nr. 60).*

Das Bild von (Langzeit-)Arbeitslosen in der Öffentlichkeit ist mehrheitlich negativ konnotiert. In Bezug auf Armut stellt Richard Stang fest, dass sich das Bild „zwischen Tabuisierung und Dramatisierung bewegt [...]. Insgesamt zeigt sich in den öffentlichen Diskursen eher ein Trend zur Stigmatisierung als zum Empowerment“<sup>2</sup>. Es erfolgt eine Stigmatisierung ganzer Personenkreise anhand von Einzelfällen, was den sachlichen, öffentlichen Diskurs einschränkt<sup>3</sup>. Häufig wird unterstellt, dass (langzeit-)arbeitslose Bürgerinnen und Bürger apathisch seien, sich politisch kaum einbrächten und sich eher ins Private zurückzögen<sup>4</sup>.

2 Stang, Richard 2018: Armut und Öffentlichkeit. In: Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Gotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 823-837, hier S. 823

3 Vgl. Stang 2018, hier S. 829

4 Vgl. Schultheis, Franz 2017: Keine Wahl: Wenn langzeitarbeitslose Mitbürger der Demokratie den Rücken kehren. In: Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.): „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 9–22, hier S. 9 ff.

Dass Personen in prekären Lebenslagen von der Politik in Deutschland systematisch vernachlässigt werden, zeigt sich in der Studie von Elsässer, Hense und Schäfer. Es wird deutlich, dass die Interessen, Wünsche und Themen von Menschen in prekären Lebenslagen im Vergleich zu den Interessen von Bürgern mit einem höheren Einkommen kaum eine Rolle spielen<sup>5</sup>. Besonders bei Themen der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik wünschen sich Menschen in prekären Lebenslagen andere Entscheidungen von der Politik und werden kaum gehört<sup>6</sup>. Diese Interessen werden im politischen Diskurs zwar peripher erwähnt, aber meistens nur oberflächlich<sup>7</sup>. In der vorliegenden Studie bestätigt sich dieser Eindruck. Die Befragten (langzeit-)arbeitslosen Bürger spüren sehr genau, dass ihre Interessen kaum eine Rolle spielen. Frau J. drückt dies wie folgt aus:

*„Also ich habe immer das Gefühl, [...] es wird ignoriert, was das Volk sagt. [...] Da wird immer nur oben an die (...) Großen gedacht“ (Frau J., Nr. 11).*

Das Bild vom politisch desinteressierten und passiven (Langzeit-)Arbeitslosen ist weit verbreitet<sup>8</sup>. Dieses Bild stimmt jedoch nicht mit den Ergebnissen dieser Studie überein. Eine große Mehrheit der Befragten ist politisch interessiert, sowohl im Handeln, als auch, was das Wissen über Parteien, politische Konstellationen und Zusammenhänge angeht. Es zeigt sich, dass (Langzeit-)Arbeitslose durchaus über ein breites Wissen zu politischen Themen verfügen. Jedoch führt die gefühlte fehlende Responsivität der Politik zu drei großen Problemen. Zum einen besteht kaum Vertrauen den Politikern gegenüber. Zum Zweiten wird an deren Lösungskompetenz für real existierende Probleme gezweifelt, und drittens wird den Volksvertretern durch die Nichtwahl die Legitimation verweigert. Freunde, Bekannte oder Verwandte treten teilweise noch den Gang zur Wahlurne an. Diese werden, für die Stimmenabgabe und den Glauben an Einfluss und Verbesserung, von den (Langzeit-)Arbeitslosen dafür nicht selten belächelt (vgl. Frau Z., Nr. 55).

5 Vgl. Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin 2017: „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft August 2017, Volume 27, Issue 2, S. 161–180, hier S. 177

6 Vgl. Elsässer et. al., hier S. 177

7 Vgl. Baumgarten, Britta 2010: Interessenvertretung aus dem Abseits: Erwerbsloseninitiativen im Diskurs über Arbeitslosigkeit. Frankfurt a.M.: Campus, hier S. 109 ff.

8 Vgl. Kroh, Martin/Könnecke, Christian 2013: Arm, arbeitslos und politisch inaktiv? DIW-Wochenbericht, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Vol. 80, Iss. 42, S. 3–15, hier S. 5

Insgesamt ist es verwunderlich, dass die Wahlabstinenz als Desinteresse gewertet wird. Vielmehr handelt es sich im vorliegenden Fall um eine aktive Überlegung, ein Auseinandersetzen mit den Wahlmöglichkeiten und eine bewusste Entscheidung, mit der eigenen Stimme dem bestehenden System und den zur Wahl stehenden Parteien sowie Politikern die Legitimität zu verweigern. Die Nichtwahl ist somit als politisches Statement zu verstehen. Dies zeigt sich in der folgenden Analyse.

Eine häufig genannte Begründung ist das fehlende Vertrauen, sowohl in die handelnden Personen, als auch in deren Lösungskompetenz. Dieses Misstrauen gegenüber denen, „die da oben“ entscheiden, ist ein Effekt progressiver Entfremdung der Politiker von der sozialen Wirklichkeit (vgl. Frau J., Nr. 11). Hierzu exemplarisch zwei Zitate. Herr G. bezweifelt die Motivation und Ziele der Politiker: „*Die wollen doch für ihre Leute gar nichts Gutes haben*“ (Herr G., Nr. 18). Zum anderen steht die Aussage von Frau S. beispielhaft für verloren gegangenes Vertrauen in die handelnden Personen:

*„Das Volk wurde schon jahrelang an der Nase herumgeführt und immer wieder und immer wieder und das Vertrauen ist einfach weg und ich vertraue der Politik nicht mehr, überhaupt nicht mehr“ (Frau S., Nr. 13).*

Die Nichtwahl, das zeigt sich in der Äußerung von Frau S., ist ein schleichender Prozess, der Auslöser ist kein singuläres Ereignis. Die Entscheidung zur Wahlabstinenz liegt teilweise wenige Monate, häufig jedoch Jahre oder Jahrzehnte zurück, und hat sich dementsprechend verfestigt. „*Weil ich gemerkt habe, dass die Politik, in der Anfangsphase ihrer Wahlkampagne versprechen sie das Blaue vom Himmel. [...] Und sobald die Partei oder wer auch immer gewählt ist, kommt davon überhaupt nichts rüber*“ (Frau F., Nr. 23). Dieser Prozess hin zur Nichtwahl wird besonders mit drei Argumenten begründet. Zum einen (1) werden Wahlversprechen nicht eingelöst. Zum Zweiten (2) wird die Problemlösungskompetenz grundsätzlich infrage gestellt. Und zum Dritten (3) fehlen Parteien als echte Alternativen für die Wünsche, Themen und Interessen der (Langzeit-)Arbeitslosen. Zusätzlich zu diesen drei Aspekten tritt eine in der jeweiligen Sozialisation begründete Besonderheit auf. Die persönlichen Erfahrungen mit Wahlpflicht und Wahlmanipulation in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) haben hier einen Einfluss. Frau B., welche von sich selbst ausdrücklich sagt, nicht unpolitisch zu sein, begründet ihre Nichtwahl so: „*Das war es dann gewesen, weil das alles unter Zwang war und ich bin nicht der*

*Mensch, der so sagt: „Ich tu mich jetzt irgendeiner Partei anschließen“ (Frau B., Nr. 19).*

Die Kritik an nicht eingelösten Wahlversprechen (1) zeigt sich beispielsweise in den folgenden Stimmen: *„Die Politiker, die reden bloß und reden bloß. [...] Kurz vor der Wahl, da versprechen sie einem sonst was. (...) Und das wird eh nichts anders“ (Frau Z., Nr. 46).* *„Die [Politiker] haben die ganzen letzten Jahre alles versprochen, das, was versprochen wurde, ist nicht eingetreten, bis heute nicht“ (Frau S., Nr. 13).* *„Ja, die [Politiker] machen nur leere Versprechungen“ (Frau K., Nr. 9).* *„[Es] sind oft Wahlversprechungen gemacht worden, die dann nicht eingehalten worden sind“ (Herr M., Nr. 27).* *„Das haben wir ja oft genug erlebt, dass Wahlversprechen gemacht werden und sich dann hinterher nicht dran gehalten wird. Ich denke, man sollte Politiker dafür verantwortlich machen können, dass sie ihre Wahlversprechen einhalten. Weil dafür werden sie gewählt“ (Herr M., Nr. 56).*

Auch aus dieser Erfahrung heraus wird die Lösungskompetenz der Politiker (2) infrage gestellt: *„Es schafft keine Partei, die Probleme, die wir momentan, nicht nur in Deutschland, sondern auf der Welt haben, schafft keine Partei, die zu lösen. Weil die Menschen, die es betrifft, einfach außen vor sind“ (Frau H., Nr. 72).* Die Möglichkeit zur Lösung der Probleme wäre nach Meinung der Befragten da, deshalb sagt Frau W.: *„Wenn die Politiker mal die Augen wirklich mal aufmachen würden, wie das Volk ist, wie es leben muss mit Hartz IV oder auch mit anderen Sozialleistungen. Ich glaube schon, dass Politiker alles verändern könnten“ (Frau W., Nr. 52).* Geleistet wird dies nach Meinung der meisten Befragten jedoch nicht.

Der wahrgenommene Mangel an Alternativen (3) wird von Frau Z. in folgendem Zitat illustriert:

*„Ob dann der Mister X oder Mister Y an der Macht ist hier, oder so. Das wird ja eh nichts anders“ (Frau Z., Nr. 46).*

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD), welche sich selbst als Alternative zu den etablierten Parteien begreift, wird fast ausschließlich als Protestpartei anerkannt. Der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (SPD) wird wegen der Agenda-Politik nicht mehr vertraut, denn *„das ist ja keine soziale demokratische Sache, was der [Gerhard Schröder] da gemacht hat“ (Herr M., Nr. 27).* Besonders die Politik unter der Führung von Gerhard Schröder, im Zusammenhang mit dem Abbau des Sozialstaats und der Einführung von Hartz IV, ist ein häufig genannter Kritikpunkt (vgl. Herr M., Nr. 56). Die „Christlich Demokratische Union Deutschlands“ (CDU)

wird genau wie „Bündnis 90/Die Grünen“ (Grüne) und die Partei „Die Linke“ nicht als Alternative anerkannt. Mal ist die CDU zu weit nach „links“ gerückt, die Grünen zu weit in die „Mitte“ und die Linke erscheint trotz interessanter Ansätze als „zu extrem“. Die „Freie Demokratische Partei“ (FDP) spielt in den Überlegungen der Befragten gar keine Rolle. Lediglich die „Piratenpartei“ wird überraschend häufig als Gedankenspiel eingebracht, jedoch aufgrund fehlender Machtoption ebenfalls verworfen. Bei einigen Befragten wurde die Nichtwahl vom Angebot der Piratenpartei unterbrochen. Dieser Trend hielt, auch wegen der Auflösungserscheinungen der Partei, nicht an (vgl. Herr M., Nr. 56). Auch die Koalitionsmöglichkeiten und unterschiedliche Konstellationen werden kritisch hinterfragt (vgl. Herr F., Nr. 60).

Da in den Parteien keine Alternative gesehen wird und generell weder auf der europäischen Ebene noch in bundespolitischen Fragen Einflussmöglichkeiten erwartet werden, verwundert es nicht, dass die durchaus engagierten (Langzeit-)Arbeitslosen sich im lokalen und kommunalen Umfeld einbringen. Die große Mehrheit der Befragten schätzt soziales und politisches Engagement als besonders wichtig ein – nicht nur für die jeweilige politische Entscheidung oder die soziale Gruppe, sondern auch als Aufgabe und Struktur im Alltag. Dabei werden vielfältige und unterschiedliche Bereiche der Gesellschaft abgedeckt: *„Ich bin ja ehrenamtlich in der [Einrichtung eines Sozialunternehmens] tätig und merke, wie wichtig die Arbeit ist. (...) Und wie sehr sie Spaß macht“* (Herr H., Nr. 50). Die Betätigungsfelder erstrecken sich über die Hilfe im Altenheim, in der Nachbarschaftshilfe, für Wohnungslose, in einer Theater AG oder sogar in der Drogenprävention und Aufklärung anhand der eigenen Erlebnisse. Bei ihrem Engagement sind die Befragten nicht ausschließlich für die eigene Familie im Einsatz, um dort zu pflegen. Viele unterstützen auch Freunde, Bekannte oder fremde Menschen und leisten somit einen wertvollen Beitrag für das gesellschaftliche Leben und den Zusammenhalt. Selbst Personen, welche mit Krankheiten oder anderen Einschränkungen zu kämpfen haben, setzen sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im persönlichen, regionalen und kommunalen Umfeld ein (vgl. Nr. 23, Nr. 25). Politisch konzentriert sich das Engagement meist auf Demonstrationen. Einzelne Befragte haben zusätzliche Erfahrungen mit direkter Demokratie gesammelt, beispielsweise als Experten in Entscheidungsgremien, bei der Abstimmung zum Raucherentscheid in Bayern oder zum Thema „Stuttgart 21“ (vgl. Nr. 3, Nr. 25, Nr. 27, Nr. 29 u. a.).

Das soziale und politische Engagement ist ein weiterer Aspekt, welcher gegen die These einer apathischen und politisch desinteressierten Bevölkerungsgruppe spricht. Das vielfältige Engagement und Interesse zeigt deutlich, dass viele (Langzeit-)Arbeitslose weder apathisch noch desinteressiert sind. Viele setzen sich intensiv mit den politischen Entscheidungen auseinander, interessieren sich für politische Inhalte und werden in vielen Fällen selbst aktiv. Um sich eine Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Fragen zu bilden, werden unterschiedliche Medien konsumiert. Einige Befragte informieren sich über öffentlich-rechtliche Kanäle. Jedoch besteht besonders gegenüber der ARD und dem ZDF eine weit verbreitete Skepsis. Dies führt dazu, dass sich einige (Langzeit-)Arbeitslose ausschließlich im Internet bewegen. Zeitungen werden, auch aufgrund der ökonomischen Situation, nur selten konsumiert. Das Interesse an politischen Themen und der Informationsbedarf sind jedoch hoch, dies zeigt sich in der großen Mehrheit der Interviews. Herr F. bringt das Interesse auf den Punkt: *„Auch wenn man nicht wählen geht, kann man sich ja für die Politik interessieren“* (Herr F., Nr. 60). Unter den Befragten befindet sich auch Herr W. Er war ein aktives Parteimitglied und hat sich bereits als Wahlhelfer engagiert. Heute ist er jedoch Nichtwähler. Seine Haltung zeigt sich hier:

*„Eigentlich [ist] nichts mehr wählbar. Vielleicht noch [...] die AfD. Aber nur aus Protest. [...] Jetzt weiß ich im Moment nicht mehr, wo es weitergeht“* (Herr W., Nr. 28).

Viele (Langzeit-)Arbeitslose spüren deutlich, dass ihre Interessen, Forderungen und Wünsche im politischen Diskurs kaum eine Rolle spielen. Wie Frau J. festgestellt hat (siehe oben), besteht ein Gefühl, dass in der Politik nur *„oben an die Großen gedacht“* wird (Frau J., Nr. 11). Herr G. ergänzt: *„Um uns, normalen Leuten, geht es dort oben den wenigsten“* (Herr G., Nr. 18). Frau S. sagt: *„Also man fühlt sich hier komplett im Stich gelassen, also von der Polizei und vom Staat, fühlt man sich machtlos ergeben, also unterlegen“* (Frau S., Nr. 13). Dieses Gefühl der politischen Nicht-Existenz und Vernachlässigung der Positionen und Probleme von Menschen in prekären Lebenslagen wird durch die Publikation von Elsässer u. a. mit statistischen Analysen unterlegt<sup>9</sup>. Wie bereits in der Einleitung erwähnt,

9 Vgl. Elsässer et. al. 2017

werden die Unterschiede in den Positionen bei Themen der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik besonders deutlich<sup>10</sup>.

Die Themen, welche in dieser Studie eine zentrale Rolle spielen und von den Politikern bearbeitet werden müssten, befassen sich meist mit sozialen Notlagen, etwa der Arbeitslosigkeit mit allen Dimensionen der gesellschaftlichen Rolle sowie den finanziellen und gesundheitlichen Folgen. Es wird außerdem die Rolle von Kindern in der Gesellschaft und speziell in Hartz IV thematisiert (vgl. Frau S., Nr. 13). Außerdem werden immer wieder, als Ursachen für prekäre Arbeitsverhältnisse, die Leih- und Zeitarbeit sowie ein zu geringer Stundenlohn genannt (vgl. Herr W., Nr. 28).

Ein Thema, welches im Erhebungszeitraum (2016 und 2017) eine besondere Rolle gespielt hat, ist die Migrations-, Flüchtlings-, und Asylpolitik. Die Aussagen der Befragten in Bezug auf dieses Politikfeld sind daher im zeitlichen Kontext zu verstehen und einzuordnen. Die Notlage von Flüchtlingen wird meist anerkannt, die Konkurrenz bei der Versorgung durch den Sozialstaat wird jedoch häufig problematisiert. Herr D. sagt dazu:

*„Ich verurteile die Menschen nicht, ich verurteile unser System. (...) Dass jemand in ein Land fliehen muss, ein Land verlassen muss. Aber es kann nicht sein, dass die Regierung ihre eigenen Bewohner VERGISST“ (Herr D., Nr. 2).*

Aber auch weiterreichende Themen, wie die Situation auf dem Wohnungsmarkt, die innere Sicherheit (zum Beispiel Ausrüstung und Personal der Polizei), Waffenlieferungen und Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie die Inflation und Entwicklung von Geldwerten spielen in den Überlegungen der Befragten eine Rolle (vgl. Frau S., Nr. 13). Das Renten- und Gesundheitssystem sowie die vorhandenen Defizite in Bezug auf die Versorgungssicherheit bewegen die Befragten ebenfalls sehr stark (vgl. Herr G., Nr. 18). Auch die Außenpolitik, speziell das Verhältnis zur Türkei, wird thematisiert (vgl. Herr W., Nr. 28). Dort endet der Blick der (Langzeit-)Arbeitslosen nicht. Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA werden ebenfalls kritisch wahrgenommen (Herr D., Nr. 29). Im Bereich der (europäischen) Wirtschaftspolitik werden außerdem die Subventionen für Milchbauern und die Agrarpolitik allgemein negativ gesehen (Herr L., Nr. 6). Für Herrn M. ist eine Entstehung von Parallelgesellschaften zu vermeiden. Deutschland bräuchte ein Umdenken. Er fasst seine

<sup>10</sup> Vgl. Elsässer et. al. 2017, hier S. 177

Haltung zu notwendigen Veränderungen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit einem Appell an die soziale Marktwirtschaft zusammen: *„Wichtig finde ich, dass wir die soziale Marktwirtschaft wiederherstellen. Weil, wir orientieren uns viel zu sehr an den Amerikanern“* (Herr M., Nr. 56).

Das Leitmotiv solcher Umstrukturierungen formuliert Frau H. so: *„Ganz oben würde für mich stehen soziale Gerechtigkeit, denn das ist nach wie vor immer noch das Thema, wo Deutschland immer noch nicht ranreicht in keinsten Weise [...]“* (Frau H., Nr. 72).

Um dieses Ziel erreichen zu können, fordern die Befragten, dass die Bürger mehr in Entscheidungen mit einbezogen werden müssten, ganz grundsätzlich fehle die „Bürgernähe“, so Frau B. Sie geht davon aus, dass sie die kommunale Ebene beeinflussen kann, jedoch im Land, Bund oder der Europäischen Union machtlos ist (vgl. Frau B., Nr. 31). Aufgrund dieser Situation fordert eine große Mehrheit der Befragten mehr direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Ein Ausweg aus den thematischen Problemen wird teilweise in der direkten Demokratie gesehen, da hier, aus Sicht der Befragten, *„[...] bessere Ergebnisse rauskommen“* (Frau F., Nr. 23). Herr S. sagt dazu Folgendes: *„[...] was uns fehlen tut, sind Bürgerbefragungen beziehungsweise Volksabstimmungen, wie es in der Schweiz bei großen Entscheidungen geschehen tut, jedes Mal, das fehlt einfach in Deutschland“* (Herr S., Nr. 53). Außerdem wird bei diesen Entscheidungsformen eine größere Akzeptanz durch die direkte Beteiligung attestiert. Mit *„man akzeptiert es dann“* drückt Herr S. die gesteigerte Legitimität aus (Herr S., Nr. 38). Die Forderung nach mehr direktdemokratischen Partizipationsformen zeigt sich in der Gesamtgesellschaft ebenfalls<sup>11</sup>. Herr F. sieht darin großes Potenzial:

*„Jedenfalls die Politiker, die wollen ja nicht, dass das Volk mitentscheidet. Die mögen das nicht. Aber das wär schon mal eine Möglichkeit, um den Willen des Volkes mal kundzutun“* (Herr F., Nr. 60).

Die in der Literatur erwähnte Kontrollfunktion der direkten Demokratie wird durch die Befragten ebenfalls angesprochen. Herr G. spricht davon, dass in der Schweiz beispielsweise jedes Gesetz rückgängig gemacht werden könne (vgl. Herr G., Nr. 5). Frau H. hat dies hautnah bei der geplanten Gebietsreform in Thüringen erfahren. Hier hat sie diesen positiven Einfluss direkt anhand mehrerer loka-

11 Vgl. Vetter, Angelika/Remer-Bollow, Uwe 2017: Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS, hier S. 249 ff.

ler Bürgerentscheide gespürt und befürwortet deshalb direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten (Frau H., Nr. 73). Die Möglichkeit, eigene Positionen auf die politische Agenda zu setzen, wird von Frau G. besonders geschätzt:

*„Es wäre vorteilhafter, weil [...] wir leben ja hier, wir wollen ja auch, eine Zustimmung [...] über was entschieden wird, nicht nur [...] die großen Leute bestimmen über uns. Wir wollen ja auch unsere Stimme abgeben, das ist egal, ob es eine Bürgermeisterwahl oder sonst irgendetwas ist. [...] nur bei diesen großen [Entscheidungen] wird das Volk nicht gefragt“ (Frau G., Nr. 64).*

Deshalb ist es nicht überraschend, dass diese Interviewten, welche diese Meinung teilen, dem System der direkten Demokratie (nach Schweizer Vorbild) und Volksentscheiden allgemein positiv gegenüberstehen. Herr B. ist davon überzeugt, er sagt:

*„Das ist schon lange überfällig. Also es gehören mehr Volksabstimmungen gemacht, weil die direkte Volksabstimmung ist für mich wirkliche Demokratie. Also ich stimme der Volksabstimmung voll und ganz zu. Und befürworte die auch ganz“ (Herr B., Nr. 51).*

Die Forderungen nach mehr direkter Beteiligung sind nicht ausschließlich abstrakt. Einige (Langzeit-)Arbeitslose haben diese Form der Beteiligung erlebt. Wie bereits angesprochen haben sie an Abstimmungen zu Stuttgart 21, dem Raucherentscheid in Bayern oder als Experten in Entscheidungsgremien partizipiert. Das Instrument wird aber auch kritisch gesehen. Herr S. vertritt hier eine differenzierte Meinung: *„Volksabstimmung finde ich grundsätzlich gut. Kann man natürlich nicht wegen jedem Ding machen, aber es sollte schon auch in Erwägung gezogen werden. Gerade bei Großprojekten“ (Herr S., Nr. 48).* Manche Befragte differenzieren sogar zwischen thematischen Fragen, der Entscheidungsebene (Bund, Land oder Kommune) sowie zwischen den Initiatoren (vgl. Nr. 11, Nr. 21). Einzelne Befragte wären eher für ein Initiativrecht der Bevölkerung, andere befürworten die jeweilige Regierung in einer solchen Rolle. Die Politikverdrossenheit zeigt sich in diesem Kontext nicht in Lethargie und Passivität, sondern führt zu Engagement, Eigeninitiative und mündet in einen Appell für mehr Solidarität. Dadurch, dass Frau W. zwar von der Bundespolitik und den Parteien weitgehend enttäuscht ist, ist sie besonders im privaten Umfeld engagiert. Sie fordert deshalb, dass sich alle Bürger fragen,

*„[w]as man im Kleinen besser machen kann, damit es (...) vielleicht alles besser wird. [...] Mehr zu seiner eigenen Mündigkeit beizutragen und nicht immer nur nach unten zu treten [...]“ (Frau W., Nr. 21).*

Einige Befragte erwarten außerdem positive Effekte für die Wahlbeteiligung: *„Ich sage ja, wenn das Volk entscheiden kann, dann würde man sich auch engagieren [...]“ (Herr M., Nr. 27).* Dies widerspricht der These, dass bei direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten hauptsächlich Bürger mit einem hohen Einkommen und Bildungsgrad partizipieren, also dem Argument, dass die „soziale Selektivität“<sup>12</sup> bei direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten noch größer sei als bei klassischen Wahlen<sup>13</sup>. Diese empirisch bisher nicht ausreichend untersuchte These wurde von Angelika Vetter und Jan Velimsky auf kommunaler Ebene widerlegt. Sie finden in ihrer Studie heraus, dass die „soziale Selektivität“ bei direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten zwar ebenfalls vorhanden ist, jedoch nicht auf einem höheren Niveau als bei klassischen Wahlen, zumindest auf kommunaler Ebene<sup>14</sup>.

Eine große Zahl der Befragten geht davon aus, dass durch mehr direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten sie sich selbst und außerdem auch junge Bürger wieder mehr beteiligen würden. Frau S. *„wäre sofort dabei und würde das auch sehr befürworten“ (Frau S., Nr. 25).* Frau N. ergänzt dazu: *„Weil die Jungen würden dann auch mal hingehen und dann hat jeder wenigstens das Gefühl, ich habe jetzt meine Stimme abgegeben und dann kann das Volk entscheiden“ (Frau N., Nr. 44).* Herr M. kommt in seiner sehr differenzierten und durchaus kritischen Betrachtung zu folgendem Fazit:

*„Also die Volksbefragung sollte man hier in Deutschland auf jeden Fall einführen. Auf die eine oder andere Weise“ (Herr M., Nr. 56).*

12 Von sozialer Selektivität kann gesprochen werden, wenn die Teilhabe an politischer Partizipation zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten ungleich verteilt ist. Vgl. hierzu Bödeker, Sebastian 2012: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Frankfurt a. M.: Otto-Brenner-Stiftung, hier S. 6

13 Vgl. Merkel, Wolfgang/Ritzi, Claudia 2017: Direkte Demokratie oder Repräsentation? Zum Reformbedarf liberal-repräsentativer Demokratie im 21. Jahrhundert. In: Merkel, Wolfgang/Ritzi, Claudia (Hrsg.): Die Legitimität direkter Demokratie. Wie demokratisch sind Volksabstimmungen? Wiesbaden: Springer VS, S. 226–250, hier S. 230

14 Vgl. Vetter, Angelika/Velimsky, Jan 2018: Direkte Demokratie und soziale Selektivität: Bürgerentscheide und Kommunalwahlen im Vergleich. In: [https://www.dvpw.de/uploads/tx\\_powermail/vetter-velimsky\\_2018\\_soziale\\_selektivit\\_\\_t.pdf](https://www.dvpw.de/uploads/tx_powermail/vetter-velimsky_2018_soziale_selektivit__t.pdf), aufgerufen am 20.1.2019

### Fazit

Damit (Langzeit-)Arbeitslose wieder den Gang zur Wahlurne antreten, müssten weitere Aspekte berücksichtigt werden. Zum einen werden andere politische Inhalte und Entscheidungen gefordert. Themen, die das betrifft, wurden bereits genannt. Zum anderen werden eher weiche Faktoren genannt. Hierzu zählen Schlagwörter wie *„Redlichkeit, Anstand, Ehrlichkeit“* sowie die bereits angesprochene *„Bürgernähe“* (Herr S., Nr. 53). *„Ich denke, das wäre einer der wichtigsten Punkte, um die Politikverdrossenheit zu lösen, Politiker darauf festzunageln, ihre Versprechen wirklich einzuhalten. Und dass man die auch irgendwann einklagen kann“* (Herr M., Nr. 56). Diese Schlagwörter und das Zitat von Herrn M. spiegeln das fehlende Vertrauen in die politischen Entscheidungen und in die handelnden Personen wider. Da das Verhältnis zu den bestehenden Parteien von Misstrauen und Enttäuschung geprägt ist, wird auch gefordert, dass eine Partei entstehen müsse, welche die Interessen der (Langzeit-)Arbeitslosen vertritt und die koalitionsfähig ist (vgl. Herr F., Nr. 60). Andere Personen fordern, dass die Versprechen aus der Vergangenheit eingelöst werden, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Für Frau F. gilt, *„[...] wenn sie [die Politiker] ihr Wahlversprechen mal halten würden, dass jeder Mensch in Menschenwürde leben kann“* (Frau F., Nr. 23), würde sie auch wieder zur Wahl gehen. Andere fordern eine stärkere Fokussierung auf den sozialen Aspekt der Marktwirtschaft (vgl. Herr W., Nr. 28). Frau B. fordert mehr Transparenz, Bürgernähe, Offenheit und ist gegen das Totschweigen, auch bei harten Wahrheiten (Frau B., Nr. 19).

Insgesamt besteht somit, aus Sicht der Befragten, ein großer Bedarf an politischem Handeln, damit diese Bürger wieder zurückgewonnen werden können und verloren gegangenes Vertrauen wiederhergestellt werden kann. Es *„ist halt schwierig, da wirklich jetzt von heute auf morgen das Vertrauen wieder aufzubauen“*, sagt Frau M. (Frau M., Nr. 3). Zum Abschluss appelliert die von der Politik enttäuschte Frau H. an die Gesellschaft:

*„Die Politik macht sowieso, was sie will, das ist das Ding, aber vielleicht ein bisschen mehr Zivilcourage von den Leuten, [...] das würde ich mir wünschen“* (Frau H., Nr. 72).

Jan Velimsky/Chafa Bouslimani

**„Sie kommen kaum rum, rum  
zum Leben. Teilhabe am  
sozialen Leben, das können  
Sie alles vergessen.“<sup>1</sup>**

Ausgrenzungserfahrungen von  
Langzeitarbeitslosen

*„B Niemand hat es gehört oder wollte hören. (...) Mehr oder weniger. Man verschließt sich dann natürlich, wenn man die Krankheit hat. Man zieht sich von der Menschheit zurück. Man zieht sich von der Gesellschaft zurück. Man hat keinen Spaß mehr am Leben, an die Gesellschaft. Man geht nicht mehr weg, man geht nicht mehr ins Kino, man trifft sich nicht mehr mit Freunden. Man zieht sich komplett ins Schneckenhäus zurück, und wenn man noch die Krankheit hat und da nicht auch noch individuell noch Unterstützung bekommt, Anlaufstellen, die noch fehlen. Also ich [habe das] damals auch gemerkt, in der Zeit, wo ich eigentlich die Hilfe brauchte. [...] Es gab zwar Anlaufstellen, aber eigentlich für dieses spezielle Problem zu wenig. Zu wenig Anlaufstellen, Behörden. (...) Kleine Städte, Krankenhäuser, Psychologie, wo man / Oder Bürgerhäuser, wo man sagt, da könnte*

1 Herr W., Nr. 28

*man sich dran wenden, es gab einfach zu wenig. Und wenn man was bekommen hatte, dass man dann noch monatelang warten musste, das kam dann auch noch dazu. Und dann diese Ungeduld, dieses Warten, und dann wird einem was versprochen, was dann eh nicht gehalten werden konnte. Also es fehlt eigentlich an allen Ecken, sei es gesundheitlich, sei es psychologisch.*

*I Und da hat natürlich die Arbeitslosigkeit, natürlich nicht geholfen, sondern noch mehr in die Richtung.*

*B Genau, dann noch mehr in die Arbeitslosigkeit getrieben die Krankheit, ja. [...] Wenn man krank ist, man wird ja eh gleich auf das Abstellgleis gestellt. Das kommt dann auch noch hinzu. Man hat dann auch nicht / Die Menschen in der heutigen Zeit ist ja so, wenn man was hat, hat man was, ist man was. Hat man nichts, ist man nichts. Und das ist die Gesellschaft, die spaltet sich zwischen Arm und Reich. Kann man mit der Gesellschaft nicht mehr mithalten, wird man abgestempelt und das ist das Traurige. Und das geht aber auch nicht nur deswegen, es fehlt einfach auch an den Jobs, weil die Menschen einfach keine Perspektive mehr sehen. Diesen Halt haben sie vom Staat nicht mehr. Man bekommt keine Unterstützung. Man will ja auch gar nicht dieses Geld / Irgendwelche Gelder Unterstützung, man will irgendwo anerkannt werden. Man will dazugehören. Und das ist die Ausgrenzung, man wird einfach von allen ausgegrenzt.*

*[...] man sich auch dadurch schon ausgegrenzt, weil man einfach nicht mehr mithalten kann. Man kann nicht essen gehen, nicht Kino gehen, nicht mehr irgendwo mal einen Kaffee trinken gehen, mal ein Eis essen gehen, es geht einfach nicht mehr.*

*I Man dreht jeden Euro einfach um.*

*B Man dreht jeden Euro dreimal um. Es gab auch schon solche Zeiten, wo ich als normaler Mensch, was ich mir eigentlich nie hätte erträumen lassen, dass ich eben auch schon mal Containern gegangen bin.*

*[...] Dass man abends, mitten in der Nacht, wenn es dunkel ist, damit man wirklich nicht von den anderen Leuten erwischt wird oder gesehen wird, dass man sich Lebensmittel aus den Mülltonnen rausholt. (Betont): Weil man's nicht anders kann, weil das Geld einfach nicht reicht. Das ist eine traurige Gesellschaft, wir leben in einem deutschen Reich, in einem Deutschland, wo angeblich so viel Geld ist.*

*Da frage ich mich, warum müssen wir als normalen Bürger abends in der Mülltonne suchen gehen. Bekommen den Job nicht, weil wir arbeiten wollen, aber nein, weil wir die Altersgrenze überschritten haben, weil uns die Möglichkeit gar nicht mehr gegeben wird, mit 43, mit 42 überhaupt noch arbeiten gehen zu dürfen. Weil wir dafür zu alt sind. Wir könnten zu langsam arbeiten, weil wir vielleicht die Prioritäten des Chefs nicht erfüllen würden. Es gibt so viele Faktoren, da frag' ich mich, in welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?*

*I Oder dann als alleinerziehende Mutter. Natürlich ist man natürlich bisschen eingeschränkt auch mit den Arbeitszeiten. Da kommt vom Arbeitgeber einfach zu wenig rüber.*

*B Es kommt zu wenig rüber, zu wenig Angebote vom Arbeitgeber. Man wird ja sowieso als Mensch eh schon gar nicht mehr akzeptiert. Und wenn er denn noch liest: fünf Jahre krank gewesen. Erwerbsunfähigkeit. Dann könnten wir ja wieder Angst haben, dass sie ja wieder krank werden. Man bekommt ja nicht mal mehr die Chance zu arbeiten“ (Frau S., Nr. 13).*

Viele der befragten Langzeitarbeitslosen machen in ihrem täglichen Leben Ausgrenzungserfahrungen. Ausgrenzung findet auf vielfältige Weise statt und erstreckt sich auf viele unterschiedliche Lebensbereiche. Dieser Aufsatz widmet sich einigen Formen der Ausgrenzung, die aus Sicht der Betroffenen sogar zu einer gesellschaftlichen Nicht-Existenz führen können. Das Ziel ist, aus dem gebündelten Erfahrungsschatz der Befragten Muster und Mechanismen der Ausgrenzung abzuleiten und näher zu beleuchten. Es können keine repräsentativen Schlüsse gezogen werden, vielmehr soll ein tieferer Einblick in die Lebensrealitäten von Langzeitarbeitslosen gegeben werden. Es geht um kollektiv geteilte Erfahrungen sozialer Ausgrenzung, wie den Verlust sozialer Anerkennung oder ein erschüttertes Selbstwert- und Zugehörigkeitsgefühl<sup>2</sup>. Dokumentiert ist ausschließlich die Sicht der Befragten. Der Artikel hebt unterschiedliche Dimensionen dieser Exklusionserfahrungen hervor.

2 Vgl. Schultheis, Franz 2017: Keine Wahl: Wenn langzeitarbeitslose Mitbürger der Demokratie den Rücken kehren. In: Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.): „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 9–22, hier S. 17

*Das politische System:*

*„[...] da sehe ich absolut schwarz. [...] man steht ja eh schon jahrelang alleine da“ (Frau S., Nr. 13).*

Viele der Befragten fühlen sich aus dem politischen System ausgeschlossen. Es geht hierbei weniger um das Sich-Nicht-Beteiligen-Können oder -Dürfen als vielmehr um das Gefühl, nicht vertreten zu werden. Es wird eine vergleichsweise geringe Responsivität von Politikern gegenüber den eigenen Interessen wahrgenommen, wobei sich diese Wahrnehmung auch empirisch belegen lässt<sup>3</sup>. Eine große Anzahl der Befragten fühlt sich von der Politik geradezu *„[...] im Regen stehen gelassen“ (Frau S., Nr. 13)*. Einige beklagen in der Gesellschaft, aber insbesondere bei Politikern, eine *„[...] menschliche Kälte [und] Gleichgültigkeit“ (Herr S., Nr. 24)* gegenüber den Lebensrealitäten von Menschen in prekären Schichten. Die Politiker dagegen hätten ein abgesichertes Leben. Das Thema Langzeitarbeitslosigkeit, *„[...] das interessiert sie nicht“ (Herr F., Nr. 60)*. Vor Wahlen werde zwar viel versprochen, das sei aber *„[...] alles Bauernfängerei“ (Herr F., Nr. 60)*. Dieser Umstand führt zu Resignation und einer Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen System. Die Folge ist häufig der Rückzug aus jeglicher Form politischer Teilhabe. Damit droht ein aus demokratietheoretischer Sicht problematischer Teufelskreis: Menschen in prekären Schichten wenden sich von der Politik ab, da sie sich nicht repräsentiert fühlen. Das hat die Folge, dass sich Politik *„[...] noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert [...]“* und sich Menschen in prekären Schichten noch mehr exkludiert fühlen<sup>4</sup>.

Das Gefühl des politischen Ausgegrenzt-Seins stellt sich in vielen Fällen erst beim Gang in die Arbeitslosigkeit ein. Viele sind *„[...] dann richtig fassungslos, dass der Vater Staat sie so hängen lässt“ (Herr S., Nr. 24)*. Man werde *„[...] einfach [...] vom Sozialsystem [...] hingengelassen“ (Frau A., Nr. 52)*. Letztendlich scheint alles, wo das *„Wort ‚sozial‘ dranhängt, ist irgendwie für Politiker ein Kürzungs-Grund“ (Herr G., Nr. 5)*.

Insbesondere die Hartz IV-Reformen haben zu einer großen Frustration bei den Befragten geführt. Zum einen reicht der festgeschriebene Hartz IV-Satz kaum zum Leben, weil *„[...] die Lebenshaltungskosten manchmal höher sind, als die Politik das überhaupt*

3 Vgl. Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin 2017: „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, S. 161–180

4 Vgl. Elsässer et. al. 2017

wahrnimmt“ (Frau P., Nr. 23). Es stellt sich so bei vielen Befragten das Gefühl ein, dass die Bedürfnisse von Langzeitarbeitslosen bei politischen Entscheidungen nur einen geringen Stellenwert haben. Zum anderen hat die Politik mit diesen Reformen maßgeblich dazu beigetragen, in der Öffentlichkeit ein negatives Bild von Langzeitarbeitslosen zu erzeugen. Beschreibungen wie die der „sozialen Hängematte“ stellten Langzeitarbeitslose als „arbeitsfaul“ dar (vgl. Herr F., Nr. 60). Es ist ein Bild, das die Betroffenen gesellschaftlich exkludiert und sie auch emotional immer weiter vom politischen System distanziert.

Ein Befragter meint in diesem Zusammenhang, die Politik versuche, den Menschen einzureden, jeder sei „[...] sein eigenes Unternehmen“ (Herr G., Nr. 5). So werde man dann auch behandelt. Nach dem Motto: „[...] wenn Du was tust, geht es dem Unternehmen gut, wenn Du nix tust, geht es dem Unternehmen schlecht“ (Herr G., Nr. 5). Dieser Logik folgend werden Langzeitarbeitslose für die eigene prekäre Lage verantwortlich gemacht. „Du bist dann an Deinem Hartz IV bist Du selber schuld und nicht irgendjemand anders. [...] Du bist selber schuld, wenn Du keinen Job kriegst“ (Herr G., Nr. 5). In der Wahrnehmung vieler Befragter versucht die Politik so, die Schuld für ihr eigenes Versagen auf die Menschen in prekären Schichten abzuwälzen. Es fehlt der Glaube, dass es sich lohne, für die eigenen Interessen zu kämpfen (vgl. Frau S., Nr. 13). Man werde ja sowieso nicht gehört, weshalb einige keinen Sinn darin sehen, sich aktiv mit Politik zu beschäftigen: „Da ist mir meine Zeit und mein Leben irgendwie doch bisschen zu kostbar [...]“ (Frau S., Nr. 13). Denn letztendlich trauen viele Interviewte der Politik nicht zu, helfen zu können oder zu wollen. Die Ausgrenzung aus dem politischen System bezieht sich in diesem Kontext also vor allem auf eine aus Sicht der Befragten geringe Responsivität seitens der Politik hinsichtlich der Interessen und Bedürfnisse von Langzeitarbeitslosen. Das führt zu Resignation und in vielen Fällen zu Nicht-Partizipation<sup>5 6</sup>.

5 Vgl. Schultheis 2017, S. 11

6 Näheres zu den Gründen für die Nicht-Partizipation von Langzeitarbeitslosen findet sich in: Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.) 2017: „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Halem Verlag

*Gesellschaftliche Exklusion:*

*„Man ist WOHL nicht mehr so viel wert in der Gesellschaft [...] wenn man halt keine Arbeitsstelle hat“ (Frau S., Nr. 25).*

Viele Befragte fühlen sich nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft. In einer Gesellschaft, in der der soziale Status nach wie vor eng mit dem Erfolg im Berufsleben verknüpft ist, ist der Stellenwert von Menschen ohne Arbeit gering<sup>7,8</sup>. Man werde, je „[...] länger man arbeitslos ist, eigentlich auch behandelt wie Menschen zweiter Klasse“ (Herr P., Nr. 48). Das Gefühl, ein „[...] wertloses Mitglied der Gesellschaft zu sein“ (Frau W., Nr. 21), findet sich in einigen der Interviews wieder. Eine Mehrheit der Befragten wurde schon mit abwertenden Aussagen konfrontiert wie: „Ja, jetzt haben wir schon wieder einen Sozialschmarotzer. Wir dürfen für Dich bezahlen“ (Frau P., Nr. 23). Hierbei wird seitens der Befragten mehrfach beklagt, dass zu viel pauschalisiert und zu wenig differenziert werde (vgl. Herr G., Nr. 18). Zum einen könne nicht jeder, der arbeitslos wird, etwas dafür. Nicht selten sind gesundheitliche Probleme eine Ursache für den Verlust des Arbeitsplatzes<sup>9</sup>. So meint Frau M.:

*„Und wenn ich dann manche Leute hör: ‚Wenn man arbeiten will, kriegt man ja Arbeit.‘ [...] Dann sage ich immer: ‚Leute, wenn jemand krank ist und nur noch stundenweise arbeiten kann, wo will man denn arbeiten?‘“ (Frau M., Nr. 10).*

Zum anderen trifft das Bild des „faulen Arbeitslosen“ auf viele Langzeitarbeitslose nicht zu. Die Mehrzahl der Befragten möchte gerne arbeiten. Viele haben aber das Gefühl, dass sie kaum eine Chance bekämen, etwa, weil sie zu alt oder krank sind (vgl. Frau S., Nr. 13). Manche Firmen hätten zudem Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen, was deren Einstellungschancen verringere (vgl. Herr M., Nr. 56). „Das zieht einen runter, weil man das Gefühl hat, man wird nicht mehr gebraucht, nirgendwo [...]. Weil auf die geschätzten 500 Bewerbungen [...] habe ich nur ganz wenige Vorstellungstermine

7 Vgl. Boeckh, Jürgen 2018: Einkommen und soziale Ausgrenzung. In: Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Gotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 369–393, hier S. 370 ff.

8 Vgl. Baumann, Mareike 2010: Selbst- und Fremdbilder von Arbeitslosigkeit. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH Internationaler Verlag der Wissenschaften, S. 19 ff.

9 Vgl. Tertelmann, Martin/Janke, Luise: „Warum habe ich meine Arbeit nicht geschafft? Weil der Körper einfach nicht mehr mitmacht“, S. 84–99 in dieser Studie

bekommen“ (Frau O., Nr. 34)<sup>10</sup>. Durch die Arbeitslosigkeit fehlen auch häufig die notwendigen Kontakte in die Arbeitswelt, die einen Jobeinstieg erleichtern könnten. Durch die Arbeitslosigkeit verändert sich bei einigen das soziale Umfeld. Herr L. macht dazu eine interessante Beobachtung:

*„Wenn man arbeitslos ist, hat man komischerweise eher Freunde, die auch arbeitslos sind. Wenn man dann irgendwo in einer Firma mal wieder anfängt, dann lernt man automatisch wieder Leute kennen, wo auch schafft“ (Herr L., Nr. 6).*

Langzeitarbeitslose werden in vielen Lebenssituationen, nicht nur im Zusammenhang mit der Jobsuche, mit Vorurteilen in der Gesellschaft ihnen gegenüber konfrontiert. So gestaltet sich beispielsweise auch die Wohnungssuche schwierig, weil Vermieter sagen: *„Nein. Mit Hartz IV-Empfängern wollen wir nichts zu tun haben“* (Frau M., Nr. 10). Diese Einstellung basiert in Teilen auf schlechten Erfahrungen mit langzeitarbeitslosen Mietern, ist oft aber auch Vorurteilen geschuldet. In der Wahrnehmung einiger Befragter grenzten sich ganze Teile der Gesellschaft von Arbeitslosen ab, aus Angst, selbst abzurutschen, denn *„[...] die Gesellschaft will nix wissen von Krankheit, Tod oder Arbeitslosigkeit“* (Herr S., Nr. 24).

Einigen Befragten scheint es, als bräuchten Teile der Gesellschaft ein *„einfaches Feindbild“* (Frau W., Nr. 21). Dazu gehörten zurzeit vor allem Flüchtlinge, aber eben auch Langzeitarbeitslose. Dann heißt es: *„[...] die Hartz IV-Empfänger, die Assis, die hier da der Gesellschaft auf der Tasche liegen und den Reichen das Geld wegnehmen. [...] Aber so einfach ist es halt eben nicht“* (Frau W., Nr. 21). Aus diesem Grund wird vielfach der Wunsch geäußert, Langzeitarbeitslose nicht über einen Kamm zu scheren und stattdessen *„[...] den Leuten [...] auch mal zu vertrauen, dass die von selber irgendwie auch was machen wollen, wenn man ihnen halt die Bewegungsfreiheit gibt [...] Und alle würden am Ende mehr davon profitieren“* (Frau W., Nr. 21). Eine Verbesserung ihrer Lebenssituation würde Langzeitarbeitslose eben nicht automatisch dazu veranlassen, dass diese dann daheimblieben und sich zurücklehnten (vgl. Herr G., Nr. 5). Nein, die meisten möchten Teil der Gesellschaft sein und *„[...] wollen irgend-*

<sup>10</sup> Empirische Befunde hierzu gibt es aus den USA. So sinkt die Wahrscheinlichkeit, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, je länger die Arbeitslosigkeit andauert. Vgl. hierzu Kroft, Kory/Lange, Fabian/Notowidigdo, Matthew J. 2013: Duration Dependence and Labor Market Conditions. Evidence from a Field Experiment. In: The Quarterly Journal of Economics 128.3, S. 1123–1167

*wo wieder gebraucht werden und irgendwas halbwegs Sinnvolles tun und nicht immer sich wie der Abschaum der Gesellschaft fühlen“ (Frau W., Nr. 21).*

Ein weiterer Aspekt der Marginalisierung ist die Gegebenheit, dass viele Langzeitarbeitslose aus finanzieller Sicht überhaupt nicht in der Lage sind, an einer Vielzahl von gesellschaftlichen Aktivitäten teilzuhaben (vgl. Herr W., Nr. 28)<sup>11</sup>. So meint Frau W.: *„Wenn du arbeitslos bist, dann reicht die Kohle gerade mal so, um nicht zu verhungern. Und wenn man irgendwie mal für was anderes Geld ausgeben will, dann muss man sich das quasi vom Munde absparen“ (Frau W., Nr. 21).* Für Freizeitaktivitäten fehlt in der Regel das Geld: *„Früher ging man mit den Freunden, ich glaube einmal die Woche, ins Kino [...]. Man ging mindestens einmal die Woche zum Eis essen oder irgendwas anderes. Man ging schwimmen. Man hat so viel gemacht. Aber [...] mit 404 Euro [...] da machen Sie gar nix mehr. Das ist unmöglich“ (Herr W., Nr. 28).*

Auch die Jobsuche wird durch den geringen finanziellen Spielraum erschwert, da die Mobilität stark eingeschränkt ist. Ein Befragter ist der Ansicht,

*„[...] dass es für die Leute noch schwieriger ist, dann aus Hartz IV wieder rauszukommen, weil sie zum Beispiel kein Auto mehr haben, weil sie zum Beispiel einen Wohnungswechsel nicht finanzieren können, um dann in der Nähe zum Arbeitsplatz zu wohnen, oder beziehungsweise erst mal in Vorleistung zu gehen, um ständig zum Arbeitsplatz zu fahren, mit öffentlichen Verkehrsangeboten [...]. Das kann ein Hartz IV-Empfänger ja fast schon nicht mehr leisten, da einen Monat in Vorleistung zu gehen, um sich eine Monatsfahrkarte [...] zu holen, weil er da einen Job hat. Da ist sein halbes Hartz IV weg. Es geht einfach nicht“ (Herr M., Nr. 56).*

*Soziales Umfeld:*

*„Ja. Das soziale Netz fällt weg“ (Herr M., Nr. 56)*

Die alltäglichen Erfahrungen mit Vorurteilen in der Gesellschaft gegenüber Langzeitarbeitslosen konsternieren viele Befragte. Noch

11 Eine repräsentative Umfrage in Nürnberg liefert hierzu spannende Ergebnisse. Dort „[...] haben 90% der ärmeren Familien angegeben, aus Kostengründen kulturelle Angebote für ihre Kinder nicht wahrgenommen zu haben.“ Vgl. hierzu Glaser, Uli 2012: Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“ Nr. 3

schwerer wiegen solche Exklusionserfahrungen im eigenen sozialen Umfeld. Oft ist es eine Ungläubigkeit, dass der oder die Betroffene bei der guten Arbeitsmarktsituation keine Arbeit findet:

*„Es ist (...) eine Erfahrung (...), wo du nie gedacht hast, dass sowas passieren kann. Da merkst Du nämlich sofort, wer wirklich Deine Freunde sind, (...) Bekannte, Verwandte. Wenn Du die blöden Sprüche hörst: ‚Ah, bist selber schuld‘. Ja, und dann hast Du dann erfahren, dass Du nicht richtig gearbeitet hast“ (Herr S., Nr. 24).*

Aussagen wie *„Das gibt es doch gar nicht. Es gibt doch genug Arbeit“* oder *„Wer Arbeit will, der findet auch Arbeit“* (Frau O., Nr. 34) haben viele der Befragten schon zu hören bekommen. Es geschehe nur *„[...] selten, dass mal einer gesagt hat: ‚Das wird schon wieder“* (Herr Z., Nr. 26). So schildert Frau O.: *„Ich wurde im Verwandten- und Bekanntenkreis ewig auf Arbeit angesprochen, wann ich Arbeit hätte, ob ich überhaupt noch mich um Arbeit bemühe. Und dass es kein Mensch verstehen konnte, dass ich keine Arbeit finde“* (Frau O., Nr. 31).

Es gibt natürlich auch Familienangehörige und Freunde, die voll und ganz hinter den Befragten stehen und diese unterstützen (vgl. Frau K., Nr. 58). Dennoch haben viele Interviewte die Erfahrung gemacht, dass durch die Arbeitslosigkeit Beziehungen in die Brüche gegangen sind, sei es zu Bekannten, Freunden, aber auch zu Familienmitgliedern. Da werden sprichwörtlich *„[...] die Schotten dicht gemacht“* (Frau B., Nr. 59). Auch Frau S. berichtet: *„Es sind auch viele Freundschaften und Bekanntschaften kaputt gegangen, seit ich dann arbeitslos bin [...]“* (Frau S., Nr. 25).

Neben den genannten Vorurteilen haben die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen vieler Befragter auch in diesem Kontext negative Auswirkungen auf soziale Beziehungen. An vielen gesellschaftlichen Aktivitäten, etwa mit Freunden oder Bekannten, können sie nicht teilnehmen. Das weiß auch das Umfeld und schließt in einigen Fällen die Betroffenen von sozialen Aktivitäten aus. Herr Z. beschreibt diese Erfahrung wie folgt: *„Sogenannte Freunde, habe ich schnell gesehen, wo ich keine Kohle mehr gehabt habe, war ich abgeschrieben“* (Herr Z., Nr. 26).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass für die Marginalisierung von Langzeitarbeitslosen aus Sicht der Befragten Vorurteile in der Gesellschaft eine gewichtige Rolle einnehmen, ebenso wie die finanziell prekäre Situation der Langzeitarbeitslosen selbst.

*Selbstexklusion und Selbstisolation:  
Ich „[...] habe mich dann eingeeigelt“ (Frau J., Nr. 12)*

Die Interviews deuten darauf hin, dass die gemachten Exklusionserfahrungen bei einigen Befragten zu einer Art Selbstexklusion beziehungsweise Selbstisolation führen. In einigen Fällen schränken die Befragten selbst die sozialen Kontakte ein, etwa aus Scham, nicht mithalten zu können, oder, weil man den Freunden „[...] nicht auf der Tasche liegen will [...]“ (Frau W., Nr. 21). „Man fühlt sich irgendwann [...] minderwertig, weil man sich nichts leisten kann“ (Frau W., Nr. 21).

*Ein Beispiel von Herr M. beschreibt diesen Umstand eindrücklich: „Man schottet sich von sozialen Kontakten ab, weil man das Gefühl hat irgendwo, finanziell funktioniert das nicht [...] beispielsweise ein Kegelvein, wo ich weiß, da gehen wir alle zwei Wochen [...] hin und anschließend wird gegessen [...] [dann] funktioniert das nicht, weil man gleich das Gefühl hat, so nach dem Motto, du kannst dir das finanziell nicht leisten“ (Herr M., Nr. 32).*

Die Selbstexklusion beruht also auf finanziellen Aspekten. Ein weiterer Aspekt ist, dass die Arbeitslosigkeit auch das Selbstwertgefühl der Betroffenen angreift<sup>12</sup>. Es fehlt in vielen Fällen das Selbstbewusstsein, offen mit der eigenen Situation umzugehen, gerade zu Beginn der Arbeitslosigkeit. Manche versuchen, ihre eigene Situation zu kaschieren. Frau S. berichtet: „Aber ich habe halt nie nach außen die Leute merken lassen, in welcher Situation ich bin. Wenn sie mich halt kennengelernt haben oder so, hat das halt immer den Anschein gehabt, als wäre bei mir alles in Ordnung“ (Frau S., Nr. 8). Andere meiden soziale Kontakte, um nicht auf die eigene Situation angesprochen zu werden: „Ich habe [...] schön Abstand gehalten. Man verkriecht sich ja auch“ (Frau B., Nr. 59). Einige Befragte ziehen sich sogar komplett zurück und verlassen kaum noch ihren Wohnsitz, etwa, weil sie das Gefühl haben, dass man ihnen die Arbeitslosigkeit optisch ansieht: „Man schämt sich halt und man denkt [...], dass man anders beurteilt wird oder verurteilt“ (Frau S., Nr. 8). Es ist eigentlich paradox: Nicht die Gesellschaft oder die Vertreter des politischen Systems, schämen sich, dass es so viel Langzeitarbeitslosigkeit gibt. Vielmehr sind es die Betroffenen selbst, welche die

12 Vgl. Van der Meer, Peter. H./Wielers, Rudi 2016: Happiness, Unemployment and self-esteem. University of Groningen, Faculty of Economics and Business, Research Institute, Report No. 16016 – HRM & OB

Scham auf nehmen. Bourdieu spricht in diesem Zusammenhang von symbolischer Gewalt. Nicht selten ist solch ein Rückzug auch bedingt durch oder begleitet von psychischen Erkrankungen wie Depressionen<sup>13 14</sup>.

Zusammenfassend erfahren viele Langzeitarbeitslose Ausgrenzung in unterschiedlichen Lebensbereichen. Hinsichtlich des politischen Systems beruht die Ausgrenzung nicht auf einer physischen Exklusion, sondern vielmehr auf der Nicht-Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse Langzeitarbeitsloser. Die als gering wahrgenommene Responsivität von Politikern führt bei vielen Befragten zu Resignation und letztendlich zu der Aufkündigung ihrer politischen Teilhabe<sup>15</sup>. Im gesellschaftlichen Kontext basiert die Ausgrenzung auf Vorurteilen in der Gesellschaft bezüglich Langzeitarbeitsloser, etwa, wenn diese pauschalisiert als faul dargestellt werden. Darüber hinaus schränkt die prekäre finanzielle Situation viele Langzeitarbeitslose in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe ein. Beide Mechanismen, Vorurteile und ein geringer finanzieller Spielraum, wirken auch im näheren sozialen Umfeld der Befragten und belasten in vielen Fällen die Beziehungen zu Familie, Freunden und Bekannten. In einigen Fällen führen die Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen auch zu einer Art Selbstexklusion beziehungsweise Selbstisolation bei den Betroffenen. Diese schämen sich für ihre Arbeitslosigkeit und ziehen sich immer mehr zurück.

13 Vgl. Clark, Andrew. E./Oswald, Andrew J. 1994: Unhappiness and unemployment. In: *The Economic Journal* 104.424, S. 648–659

14 Vgl. Goldsmith, Arthur. H./Veum, Jonathan R./Darity, William 1996: The impact of labor force history on self-esteem and its component parts, anxiety, alienation and depression. In: *Journal of Economic Psychology*, vol. 17(2), S. 183–220

15 Vgl. Denkfabrik 2017

Luise Janke/Noémie Koenig

## **Alleinerziehende Frauen: Besonderheiten einer Lebenslage**

Erfahrungen Alleinerziehender mit Hartz IV

*„Ich hatte selber zwei Kinder zuhause. Alleinerziehend. Und meine letzte Schicht war nachts um zwölf zu Ende. (...) Und früh um neun sollte ich aber schon wieder im Betrieb sein. (...) Und dann habe ich gesagt: ‚Ich brauche noch eine zweite Kraft.‘ Dass ich auch mal, wenn ich jetzt mal krank bin oder irgendwie mal was ist, dass ich noch jemanden habe. Und da ich kein Fahrzeug habe, war das sowieso dann immer suboptimal. Und das habe ich nicht bekommen. [...] Und da habe ich gesagt: ‚Nein. [...] Und da höre ich erstmal auf.‘ (...) Habe dann auch drei Monate Sperre gekriegt. (...) Und da habe ich dann ein bisschen Angst bekommen, weil ich dann wirklich / Ich hatte gerade eine neue Wohnung angemietet und so und. [...] Wo ich immer sage, ich habe noch Verantwortung für ein Kind und ich / Arbeitslos ist man nicht gerne, aber man bekommt jeden Monat bekommst Du [...] wenn Du Dich dran hältst und so, bekommst Du Deine Sachen bezahlt. Ich will das nicht irgendwie kostenlos haben oder so. Deswegen habe ich mir dann immer wieder was gesucht, dass ich ehrenamtlich dann immer irgendwo wo drinnen war. [...] Auch wenn jetzt hier Ein-Euro-Job war, habe ich niemals gesagt, das ist nur Ein-Euro-*

*Job. Weil man hat ja auch gewisse viele Stunden dabei und da habe ich mir immer gesagt gehabt, im Grunde genommen, wenn man das mit dem Hartz IV aufrechnet, ist das im Grunde genommen wie ein richtiger (...) Lohn. Und so habe ich mir das immer gesagt. [...]*

*Ja. Also man muss wirklich jeden Pfennig umdrehen. [...] Der letzte Urlaub war vor vierzehn Jahren gewesen. Und das, was ich eben an Geldern hatte oder so, das ist eben dann in die Kinder reingeflossen. Aber (...) wenn man jetzt mal eine Waschmaschine braucht, immer muss man beim Amt nachfragen um Darlehen. [...] das Darlehen kannst Du Dir trotzdem nicht leisten. Du musst das ja wieder trotzdem dann noch abstottern. Und Du hast ja noch andere Sachen, die eigentlich auch laufen müssen und so. Das ist hart. (...) Trotz, dass ich mir da immer was noch gesucht hatte [...] Das ist eigentlich wirklich nur, dass man raus kommt. Unter die Menschen kommt. Und dass man weiß, man wird gebraucht. Aber dass man sich da irgendwie was anspart oder dass man da irgendwie, das kann man knicken“ (Frau B., Nr. 19).*

In Deutschland haben Alleinerziehende ein höheres Risiko, in Armut zu verfallen, als Familien mit Kindern. Zurzeit liegt der Anteil von Alleinerziehenden in Hartz IV bei 37,6 Prozent, davon sind über 89 Prozent Frauen. Von 1,92 Millionen Kindern und Jugendlichen, die Hartz IV-Leistungen beziehen, leben 968.750, also die Hälfte, in Alleinerziehenden-Haushalten.<sup>1</sup> Jede fünfte Familie in Deutschland wird von einem einzigen, in der Regel weiblichen, Elternteil gemangt. Dabei muss man unterscheiden, in welchem Alter und unter welchen Voraussetzungen die Frauen alleinerziehend wurden. Bei einer frühen Mutterschaft hat ein Großteil von ihnen keine Ausbildung. Sind die Frauen nach einer Trennung vom Lebenspartner beziehungsweise Ehemann alleinerziehend geworden, haben die meisten zwar eine Ausbildung und haben vor der Mutterschaft auch gearbeitet, aber sie sind durch die Mutterrolle unter Umständen schon längere Zeit aus dem Berufsleben ausgeschieden.

Bei Alleinerziehenden im Hartz IV-Bezug stellen sich mehrere Fragen: Welche Auswirkungen hat das auf die Jobsuche? Wie gewährleisten sie, dass ihre Kinder einigermaßen unbelastet am sozialen

1 Lenze, Anne 2014: Alleinerziehende unter Druck – Rechtliche Rahmenbedingungen, finanzielle Lage und Reformbedarf. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. In: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSst/Publikationen/GrauePublikationen/GP\\_Alleinerziehende\\_unter\\_Druck.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSst/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Alleinerziehende_unter_Druck.pdf), aufgerufen am 11.3.2019

Leben teilhaben können? Welche Zukunftsängste haben sie für den weiteren Lebensweg ihrer Kinder?

*Welche Schwierigkeiten haben Alleinerziehende im Hartz IV-Bezug bei der Jobsuche?*

Die erste Frage, die von jedem Arbeitgeber an eine Alleinerziehende gestellt wird, ist, ob die Betreuung der Kinder beziehungsweise des Kindes auch im Krankheitsfalle garantiert ist. Für Alleinerziehende stellt sich eher die Frage, ob sie im Falle eines Jobangebots sofort einen Platz in einer Kita bekommt, sollte sie noch keinen haben.

Frau J. war zum Zeitpunkt des Interviews 44 Jahre alt, geschieden und hatte zwei Kinder (7 und 11 Jahre). Sie hat eine abgeschlossene Ausbildung als Bürokauffrau und hat vor der Geburt der Kinder zehn Jahre bei einer Spedition gearbeitet. Frau J. hat in den letzten elf Jahren ihren erlernten Beruf nicht ausgeübt:

*„Ja und da hieß es dann immer: ‚Nein, Sie haben kein’ Platz für Ihr Kind, dann sind wir nicht für Sie zuständig. Wir können Sie nirgendwohin vermitteln. Wir können nichts mit Ihnen machen.‘ Und andersrum war es halt genauso. Ein Kindergartenplatz. ‚Nein, können Sie erst kriegen, wenn Sie einen Job haben.‘ Also habe ich mich drei Jahre lang im Kreis gedreht“ (Frau J., Nr. 12).*

Aber auch, wenn die Betreuung der Kinder irgendwann geregelt ist, heißt das noch lange nicht, dass die Chancen auf dem Ersten Arbeitsmarkt steigen. Denn für die Arbeitgeber ist es nicht ausschlaggebend, ob die Frauen arbeiten wollen und müssen, sondern dass sie uneingeschränkt für den Beruf zur Verfügung stehen.

*„Und ja mein Problem ist wirklich, das unter einen Hut zu kriegen, weil eine garantierte Kinderbetreuung / Hier das gibt gar nix. Also ich bin jetzt froh, dass ich meinen Lütten [niederdeutsch für ‚Kind‘] in der Grundschule habe, die hoffentlich diesen Ganz-Tag auch einhält bis 16 Uhr. Mein Großer ist elf und da fällt alle Jubel-, also fällt immer wieder aus. Jedes Mal stehe ich dann da. [...], Ja, haben Sie die Kinder garantiert betreut?‘ Ja, solange sie gesund sind, sind meine Kinder garantiert betreut“ (Frau J., Nr. 12).*

Auch bei dem Wunsch nach einer Ausbildung werden jungen Müttern auf dem freien Arbeitsmarkt Steine in den Weg gelegt. Frau S.

war zum Zeitpunkt des Interviews 19 Jahre alt, ledig und Mutter eines dreijährigen Kindes.

*„I Was für eine Ausbildung?*

*B Als Verkäuferin. Über den Bildungsträger dann. Im Betrieb habe ich keine gekriegt (...) mit der Begründung, alleinerziehende Mama und könnte ja so oft fehlen und (...) Schwachsinn eigentlich.*

[...]

*B Ich habe jetzt erstmal meinen Hauptschulabschluss nachgeholt. Dann war ich erstmal zu Hause mit meinem Kind und die Zeit ein bisschen genossen. Ja. (schmunzelt) (...) Dann hatte ich letztes Jahr auch schon angefangen Bewerbungen zu schreiben (...), mit auch über 50 Absagen“ (Frau S., Nr. 71).*

An diesem Beispiel kann man erkennen, dass motivierte Alleinerziehende ohne Sozial- oder Bildungsträger fast keine Chance auf eine Ausbildung haben. Hier stellt sich jedoch die Frage, warum es auf dem Ersten Arbeitsmarkt nicht möglich ist, auch hier vermehrt Teilzeitausbildungen anzubieten, wenn andererseits immer wieder auf den Fachkräftemangel hingewiesen wird.

Bei der Jobsuche ist es in manchen Bereichen und Branchen schwer, Beruf und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. Am folgenden Ausschnitt eines Interviews kann man sehen, dass häufig in den sogenannten Frauenberufen die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung nicht gegeben ist, da die Öffnungszeiten der Kitas nicht flexibel genug sind, und so viele Tagesmütter, die bei den Betreuungszeiten flexibler wären, nicht zur Verfügung stehen.

Frau Z. war zum Zeitpunkt des Interviews 34 Jahre alt und Mutter eines neunjährigen Kindes. Sie hat eine abgeschlossene Ausbildung als Einzelhandelskauffrau, hat aber, bevor sie arbeitslos wurde, zwölf Jahre in einer Fabrik Vollzeit gearbeitet.

Frau Z. sollte sich auf Wunsch des Jobcenters hin explizit in ihrem erlernten Beruf als Einzelhandelskauffrau bewerben. Die dort üblichen Arbeitszeiten sind, je nach Branche, von 7 bis 22 Uhr. Die Kitas betreuen überwiegend zwischen 7 bis 17 Uhr, in Ausnahmen bis 18 Uhr. Es stellt sich die Frage, warum es nicht möglich ist, in jeder Stadt ein oder zwei Kitas anzubieten, die rund um die Uhr geöffnet sind, damit Alleinerziehende sich auch auf Jobangebote bewerben

können, deren Arbeitszeiten von den herkömmlichen Öffnungszeiten der Kitas abweichen.

*„Weil ich [nicht] so flexibel sein kann mit Kind. (...) ist neun Jahre alt. Ich dürfte die ja gar nicht alleine, eine Stunde lang zuhause lassen, das ist ja noch Verletzung der Aufsichtspflicht. Ich habe mich da beim Jugendamt auch erkundigt. Wenn da was passiert / Darf ich ja gar nicht. Also ich müsste um 15.30 Uhr immer Feierabend haben“ (Frau Z., Nr. 55).*

*Wie gewährleisten alleinerziehende Hartz IV-Bezieher, dass ihre Kinder einigermaßen unbelastet am sozialen Leben teilhaben können?*

Bei der Frage sollte man bedenken, dass bei der Berechnung des Hartz IV-Regelsatzes von Alleinerziehenden sowohl der Unterhalt als auch das Kindergeld angerechnet werden. Unter dem Strich bedeutet das, dass jede Kindergelderhöhung mit dem Regelsatz verrechnet wird, sprich: Die, die ein höheres Kindergeld bräuchten, bei denen kommt es nicht an. Im Normalfall heißt das für die Alleinerziehenden, dass alles, was den Kindern zugutekommt, woanders eingespart werden muss. In den meisten Fällen sparen die Mütter bei sich.

Frau T. war zum Zeitpunkt des Interviews 55 Jahre alt, hat insgesamt vier Kinder großgezogen, wobei das jüngste Kind mit 13 Jahren noch bei ihr wohnt.

*„Also [die Arbeitslosigkeit ist] manchmal ein bisschen störend. Da komm ich mir dann schon vor, als wie, weil an meiner Person selber spare ich. (...) Also das heißt, ich trage meine Jacke auch zehn Jahre, weil wenn sie nicht kaputt ist, warum nicht. Manchmal komm ich mir dann schon vor als wie: ‚Sehen die Leute jetzt, dass du keine Arbeit hast, dass du dir nichts Neues holst?‘. Aber anders herum, denke ich dann wieder, dafür geht deine Tochter ja wie aus dem Ei gepellt, der sieht man das ja nicht an, (...). Aber manchmal kommt man sich schon ein bisschen schäbig vor, aber ist bloß eine Einbildung, weil jeder sagt: ‚Du hast eine Macke, das merkt man überhaupt nicht‘“ (Frau T., Nr. 61).*

An diesen Aussagen sieht man bereits, dass Alleinerziehende das Geld, das sie sich vom Munde ab- oder an Kleidung bei sich ein-

sparen, für ihre Kinder ausgeben. Sie unternehmen alles, damit die Kinder nicht als „Hartz IV-Kinder“ stigmatisiert oder gehänselt werden und mit den sogenannten „normalen Kindern“ mithalten können.

Die größte Beeinträchtigung erfahren Alleinerziehende jedoch beim Anrechnen des Verdienstes der Kinder auf den Hartz IV-Regelsatz, denn die Kinder zählen ja zur Bedarfsgemeinschaft.

Frau K. war damals 39 Jahre alt und lebte mit ihrem 19-jährigen Kind in einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft. Das Kind sollte im Jahr darauf das Fachabitur machen.

*„Wir kriegen jetzt SGB II, Hartz IV, wie auch immer, ja, und unsere Kinder, die arbeiten GEHEN, müssen uns dann noch die Hälfte unterstützen, wo ich mir denke, dann haben die AUCH nichts zum Leben. (...) Und wenn die dann mal (...) / Und manche sagen sich dann: ‚Ja, warum soll ich denn arbeiten gehen? Ich krieg doch eh kein Geld dafür. Ich muss das ja eh zu Hause abgeben.‘ Warum sollen UNSERE Kinder für UNS noch arbeiten gehen, wo wir nicht können? (...) Dass wir dann noch so gelinkt [betrogen] werden in dem Moment. Das finde ich SO traurig. Ich habe es gesehen, als [meine Tochter] letztes Jahr arbeiten war, da musste sie die Hälfte an mich abgeben. [...]*

*Natürlich waren das, in diesem Sinne, 200 Euro, wo sie für SICH hatte monatlich, aber trotzdem (...) denke ich mir so, die geht den ganzen Monat arbeiten, verdient 450 Euro und muss die Hälfte an mich abdrücken. (...) Traurig. (...) Das macht mich dann so zornig, wenn ich dann so denke, warum macht die Politik nichts für uns?“ (Frau K., Nr. 58)*

Tatsächlich ist dies der Fall. Kinder, die eine Ausbildung machen oder einen Nebenjob haben, deren Verdienst oder die Ausbildungsvergütung werden auf den Lebensunterhalt der Bedarfsgemeinschaft angerechnet. Vielleicht ist auch das einer der Gründe, weshalb Jugendliche aus Hartz IV-Familien zum Teil, abgesehen von anderen Hemmnissen, weniger Interesse an einer Beschäftigung oder Ausbildung haben. Wie sollen die Jugendlichen eine Zukunftsperspektive entwickeln, wenn sie einerseits von den Jobcentern zum Teil gezwungen werden, bis 25 zu Hause zu wohnen, und andererseits in dieser Zeit von ihrem Einkommen einen großen Teil für die Bedarfsgemeinschaft abgeben müssen?

*Welche Zukunftsängste haben alleinerziehende Hartz IV-  
Bezieher für den weiteren Lebensweg ihrer Kinder?*

Ein Großteil der Alleinerziehenden macht sich Gedanken über den weiteren Lebensweg ihrer Kinder: Klappt es mit dem Schulabschluss? Bekommen sie einen Ausbildungsplatz? Verdienen sie genügend, um eine Familie zu gründen? Und: Ist das Gehalt so hoch, dass sie nicht auf das Jobcenter angewiesen sind? Doch die größte Angst ist, dass ihre Kinder auch in Hartz IV leben müssen:

*„[...] wenn man noch ein Kind hat. Alleinerziehend Mutter ist und dann noch ein Kind ernähren muss. Jetzt ist mein Sohn 21, aber ich sehe das jetzt mit meinem Sohn genauso, er ist 21, möchte arbeiten, findet keine Ausbildung. Und früher / Unsere Politiker erzählen uns aber ständig, es gibt Firmen, viele Firmen, es gibt viele Ausbildungsplätze. Ja, mein Sohn bewirbt sich [bei] einer nach der anderen, kriegt eine Absage nach der anderen“ (Frau S., Nr. 13).*

*„Dass meine Kinder nicht so eine große Klappe und so ein Durchsetzungsvermögen haben, wie ich bin, ich meine, nicht mehr bin. Jetzt, wenn es dann, jetzt müssen sie alleine versuchen, aber wenn sie dann merken, dass die hier da alleine Schiffbruch [erleiden] mit irgendwelchen Sachen, was die da erledigen müssen, (...) dann springe ich ja doch ein. Wenn ich dann nicht mehr da bin, wer macht das dann? (...) Dann gehen sie, dann gehen sie alle baden“ (Frau T., Nr. 61).*

Diese Zukunftsängste belasten die Frauen und Mütter noch zusätzlich zu ihren sonstigen Sorgen, den Alltag der Familien zu managen. Dazu zählt das Einteilen der Grundsicherung, die sie vom Staat bekommen, damit am Monatsende noch genügend Geld zur Ernährung der Familie zur Verfügung steht. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten sie eigentlich zur Tafel gehen. Und dieser Weg kostet der einen oder anderen Alleinerziehenden Überwindung oder sie gehen aus Scham gar nicht.

Auch wenn es bei den Hartz IV-Gesetzen, im Gegensatz zu anderen Gesetzen, die meisten Änderungen und Verbesserungen gegeben hat, sind sie für die Betroffenen eine seelische Belastung. Vor allem die Alleinerziehenden haben mit diesen Belastungen zu kämpfen. Nicht nur werden die Frauen stigmatisiert, auch ihre Kinder haben unter dem Stigma zu leiden. Sei es, dass das Geld für ein Geschenk für einen Kindergeburtstag fehlt, oder die Kinder nicht mit ihren

Klassenkameraden oder Freunden ins Kino können. Alles, was außerhalb des normalen Monatsablaufs liegt, wird zur Belastung. Was oft außer Acht gelassen wird, ist, dass diese Frauen die Zukunft unserer Gesellschaft groß- und erziehen. Deshalb sollte diese Leistung von unserer Gesellschaft honoriert und auch dementsprechend finanziell unterstützt werden. Dazu zählt auch, dass die freie Wirtschaft die Frauen nicht nur nach ihrer Verfügbarkeit beurteilt, sondern hauptsächlich nach ihren Fähigkeiten. Dass die Frauen aufgrund von Erkrankungen der Kinder auch mal ausfallen können, sollten die Unternehmer in ihrer Personalplanung einfach mit einbeziehen. Um es etwas überspitzt zu sagen, erziehen die Frauen die Facharbeiter von morgen. Die Firmen können nicht einerseits über den Fachkräftemangel klagen und andererseits die unter Umständen ausgebildeten Frauen wegen der Erziehung der Kinder vom Anspruch auf einen Arbeitsplatz ausschließen.

Es muss noch darauf hingewiesen werden, dass 40 Prozent der alleinerziehenden Frauen von Armut bedroht sind. Selbst, wenn sie kein Hartz IV bekommen, leben sie trotzdem oft knapp über der Grundsicherung durch SGB II. Das aber bedeutet, dass sie auf manche Erleichterung, die es in der einen oder anderen Kommune gibt, keinen Anspruch haben, weil sie vielleicht den einen Euro zu viel zur Verfügung haben.

Unter dem Strich kann man sagen, als Alleinerziehende ist das Leben in unserer doch so reichen Republik kein Zuckerschlecken.

Martin Tertelmann/Luise Janke

## **„Warum habe ich meine Arbeit nicht geschafft? Weil der Körper einfach nicht mehr mitmacht.“<sup>1</sup>**

Krankheit macht arbeitslos. Arbeitslosigkeit macht krank.

*„Ich habe einen angeborenen Hüftfehler beidseits, das nennt sich Hüftdysplasie. Wurde auch schon etliche Male an der Hüfte operiert. Habe seit 2003 rechts ein künstliches Hüftgelenk. Durch die kaputten Hüften ist die Wirbelsäule mitbetroffen. Und andere Gelenke. Das Kniegelenk. Und ja. Und das ist halt schwierig, dann die passende Arbeit oder entsprechende Arbeit zu finden. [...]*

*Ja, ich arbeite im Krankenhaus in der Spülküche. Bin für die Essens-transportwagen zuständig. [...] Es ist ja eine sehr körperlich anstren- gende Arbeit. Und die Frühschicht ist wie Akkordarbeit. Und es fällt mir halt immer schwerer, diese Tätigkeit auszuüben, weil immer mehr gefordert wird. Und der Lohn sehr gering ist. Wenn man mit dem Chef spricht, dass man die Leistung nicht bringen kann, än- dert sich halt nix. Also statt weniger wird es immer mehr. (...) Und*

1 Frau H., Nr., 72

*das belastet mich halt sehr. Und wenn man nix arbeitet, dann kriegt man ja Druck vom Jobcenter. (...) Auch so wenn man nur halbtags arbeitet, wird man alle Viertel- oder Halbjahr ins Jobcenter einberufen und wird gefragt, warum man nicht mehr arbeitet und wie die berufliche Situation / Also man muss sich halt immer erklären, warum man jetzt nur halbtags arbeitet und warum man sich nicht noch einen Nebenjob anschafft, um aus dem Hartz IV rauszukommen. [...]*

*Die letzte Vollzeitarbeit, das war in den Achtzigern / Ende der Achtziger. Das waren zwei Jahre. Da habe ich in der Autobahnraststätte in der Küche, in der kalten Küche gearbeitet. Und dann musste ich die Stunden auch / aus gesundheitlichen Gründen die Stunden zurückschrauben. Und zum Schluss ging durch mein' Hüftschaden ging das einfach nicht mehr, dass ich weiter in Vollzeit arbeite. (...) Dann, wie gesagt, dann wurde ich ja wieder operiert. Dann habe ich ja die Kinder bekommen und habe Erziehungszeiten gehabt vier Jahre, (...) nein länger halt. Und erst wie die Kinder dann alt genug waren, dass sie alleine bleiben konnten, habe ich dann wieder eine Arbeit aufgenommen. Die ich meiner Gesundheit entsprechend angepasst habe und habe seitdem nur Teilzeit gearbeitet“ (Frau P., Nr. 23).*

Krankheit macht arbeitslos und Arbeitslosigkeit macht krank: Der wechselseitige Zusammenhang von Krankheit und Arbeitslosigkeit ist ein Teufelskreis.

Die 66 Interviews stecken voller Krankheitsgeschichten.

Die Schwierigkeiten und Probleme von Frau P., trotz Krankheit und Handicap am Arbeitsleben teilzuhaben, finden sich in vielen Interviews.

Die Krankheiten sind meist Ursache der Arbeitslosigkeit, sie erschweren eine Arbeitsaufnahme oder machen diese unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes sogar unmöglich. Aber auch umgekehrt führt Arbeitslosigkeit in die Krankheit. Die Schicksale der Interviewten sind im Kontext von Arbeitslosigkeit und Krankheit fast durchgängig von einer bedrückenden Ausweglosigkeit geprägt.

*Arbeitsplätze gibt es nur für die Gesunden*

Frau P. bringt hier für das Thema Entscheidendes zur Sprache: Der sogenannte Erste Arbeitsmarkt richtet sich nicht an den gesundheitlichen Einschränkungen der Menschen aus und nimmt keine

Rücksicht auf die Grenzen körperlicher Leistungsfähigkeit. Darum fordert Herr P., dass mehr für Menschen mit Einschränkungen getan wird:

*„Es müsste passieren, dass diese sogenannte soziale Gerechtigkeit, von denen alle Parteien sprechen, auch wirklich mal bei denen Leuten ankommen würde. Das müsste mal passieren. Und dass auch mehr getan wird, dass Leute, die ein Handicap haben, sei es körperlich oder geistig, besser in das Arbeitsleben wieder integriert wird [werden]. (...) Das müsste passieren“ (Herr P., Nr. 48).*

Der Erste Arbeitsmarkt fordert alles oder gar nichts, volle Leistungsfähigkeit wird erwartet. In der Wirtschaft ist für Menschen mit stärkeren gesundheitlichen Einschränkungen und Handicaps kaum Platz. Einen Hinweis darauf gibt die Integrationsbereitschaft deutscher Unternehmen bei der Beschäftigung Schwerbehinderter. So beschäftigen von 156.000 öffentlichen und privaten Arbeitgebern, die gesetzlich verpflichtet sind, 5 Prozent schwerbehinderte Menschen einzustellen, rund 40.000 überhaupt keine schwerbehinderten Menschen<sup>2</sup>.

Die Ökonomie ist auf Stärke, Effizienz und Leistung ausgerichtet: Die Menschen müssen funktionieren. Wer nicht mithalten kann, verliert seinen Arbeitsplatz.

So berichtet Frau W.:

*„Dann funktionieren halt die wirtschaftlichen Mechanismen. Du bist mal länger krank, da wirst du halt aussortiert [...]“ (Frau W., Nr. 21).*

Eine vom Jobcenter unabhängige Teilzeitbeschäftigung wäre für Frau P. nur möglich, wenn sie ausreichend verdienen würde. Wer aber, wie sie, im Niedriglohnbereich mit schwerer körperlicher Arbeit in Teilzeit beschäftigt ist, ist auf aufstockende Leistungen durch das Jobcenter angewiesen und muss sich darum regelmäßig vor dem Amt rechtfertigen und erklären, warum Vollzeitarbeit nicht möglich ist. Frau P. arbeitet bereits an ihrem persönlichen Leistungslimit, steht aber dennoch nicht nur vor dem Jobcenter unter Rechtfertigungsdruck. Sie ist auch im persönlichen Umfeld zusätzlich dem Verdacht des Sozialmissbrauchs ausgesetzt, weil sie nur in Teilzeit

2 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) 2017: BIH Jahresbericht 2016/2017. Arbeit & Inklusion. In: <https://www.integrationsaemter.de/jahresbericht/67c56/index.html>, aufgerufen am 24.6.2019

arbeitet und darum notwendige aufstockende Leistungen vom Jobcenter bezieht. Sie berichtet:

*„Ja, viele Freunde hatte ich keine. Und viele Nachbarn haben dann gesagt schon / Des Öfteren hast du zu Ohren bekommen (...) / Habe ich gesagt gekriegt ‚Ja, jetzt haben wir schon wieder einen Sozial-schmarotzer. Wir dürfen für Dich bezahlen‘ und so. Und da draufhin habe ich halt immer versucht, eine Arbeit zu finden. Was natürlich durch die Kinder und durch mein Handicap sehr schwer ist. Und hab’ halt dann auch Arbeiten angenommen, die meine[r] Gesundheit nicht förderlich sind (...) und auch förderlich waren. [...]*

*Ja es ist sehr erschreckend. Ich möchte ja arbeiten gehen. Ich habe immer schon arbeiten gehen wollen und wollte mein eigenes Geld verdienen. Aber was soll ich machen, wenn der Staat oder auch die Politik nur für die Gesunden Arbeitsplätze haben und auf die Bedürfnisse von Menschen mit Handicap nicht eingegangen wird. Da werden (...) Gesundheitsreformen gemacht. Da wird alles Mögliche, was den Politikern nützt und den Reichen nützt, wird alles gemacht. Nur die, wo wirklich arbeiten wollen, denen wird nicht geholfen“ (Frau P., Nr. 23).*

Frau P. steckt in einem Teufelskreis bestehend aus Krankheit, Behinderung, Niedriglohnarbeit und aufstockenden Leistungen fest. Sie arbeitet auch unter Bedingungen, die ihrer Gesundheit abträglich sind und versucht vergeblich, durch Qualifizierungen ihrer gesundheitlichen Situation angemessenere Jobs zu finden. Sie berichtet:

*„Ich habe mich zurückgezogen. (...) Habe immer wieder so Lehrgänge angenommen, in der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz, der für mich geeignet ist. Wobei (...) die Hoffnung immer zunichte gemacht / Oder besser gesagt die Hoffnung am Anfang immer sehr groß war. Wir haben Diskussionsrunden gehabt. Aber wir haben / (...) Wie gesagt, also in der Gruppe haben wir dann auch so politische Gespräche geführt. Und da ist halt rausgekommen, dass Menschen mit Handicap es sehr schwer haben, auf dem freien Arbeitsmarkt einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden“ (Frau P., Nr. 23).*

Diesen Eindruck von Frau P. erhärtet zum Beispiel die Tatsache, dass die Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen mehr als

doppelt so hoch ist wie bei Menschen ohne Einschränkung<sup>3</sup>. Die Integrationskraft des Ersten Arbeitsmarktes ist begrenzt.

Auch wenn es merkwürdig klingt, Frau P. steht im Gegensatz zu anderen Langzeitarbeitslosen mit schweren gesundheitlichen Problemen noch vergleichsweise besser dar. Trotz aller Zumutungen und Leiden, trotz Handicap, trotz prekärer Arbeit und Stigmatisierung im persönlichen Umfeld kann sie noch arbeiten, wenn auch nur in Teilzeit. Sie hat damit eine Tagesstruktur und sozialen Austausch mit Kollegen.

Arbeit ist nicht nur das A und O für die soziale Integration, sondern kann auch die psychische Gesundheit verbessern. Der Fehlzeiten-Report 2018 der Krankenkasse AOK zitiert Forschungsergebnisse, nach denen sinnstiftende Tätigkeiten, wie zum Beispiel Freiwilligenarbeit, Abhilfe schaffen und die psychische Gesundheit von Arbeitslosen verbessern können, wenn eine Arbeitsaufnahme unmittelbar nicht zu erreichen ist<sup>4</sup>.

Die Wechselwirkung zwischen Krankheit und Arbeitslosigkeit wird von Heinrich Alt, dem ehemaligen Vorstand Grundsicherung der Bundesagentur für Arbeit auf den Punkt gebracht:

„Arbeitslosigkeit wird von den Betroffenen als einschneidendes Erlebnis empfunden, das ihnen den Boden unter den Füßen wegzieht. Diese Belastung kann früher oder später eine Krankheit auslösen. Wer seine Gesundheit bereits soweit eingebüßt hat, dass darunter seine Beschäftigungsfähigkeit leidet, hat kaum eine Chance auf einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt“<sup>5</sup>.

Langzeitarbeitslosigkeit führt in die soziale Ausgrenzung. Frau S. beschreibt diese tragische Entwicklung wie folgt:

*„Wenn man krank ist, man wird ja eh gleich auf das Abstellgleis gestellt. Das kommt dann auch noch hinzu. [...] Die Menschen in der heutigen Zeit ist ja so, wenn man was hat, hat man was, ist man was. Hat man nichts, ist man nichts. Und das ist die Gesellschaft, die spaltet sich zwischen Arm und Reich. Kann man mit der Gesellschaft nicht mehr mithalten, wird man abgestempelt und das ist das Traurige.“*

3 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit der Aktion Mensch <https://www.aktion-mensch.de/inklusionsbarometer.html>, aufgerufen am 24.06.2019

4 Vgl. AOK-Bundesverband und Wissenschaftliches Institut der AOK (WiDO) 2018: Fehlzeiten-Report 2018. Sinnerleben im Beruf hat hohen Einfluss auf die Gesundheit. In: [https://aok-bv.de/imperia/md/aokbv/presse/pressemitteilungen/archiv/2018/02pressemitteilung\\_pk\\_fzr\\_2018.pdf](https://aok-bv.de/imperia/md/aokbv/presse/pressemitteilungen/archiv/2018/02pressemitteilung_pk_fzr_2018.pdf), aufgerufen am 24.6.2019

5 Alt, Heinrich 2012: Damit Arbeitslosigkeit nicht krank macht. In: [https://www.gkv-spitzenverband.de/presse/pressemitteilungen\\_und\\_statements/pressemitteilung\\_3649.jsp](https://www.gkv-spitzenverband.de/presse/pressemitteilungen_und_statements/pressemitteilung_3649.jsp), aufgerufen am 24.6.2019

*Und das geht aber auch nicht nur deswegen, es fehlt einfach auch an den Jobs, weil die Menschen einfach keine Perspektive mehr sehen. Diesen Halt haben sie vom Staat nicht mehr. Man bekommt keine Unterstützung. Man will ja auch gar nicht dieses Geld / Irgendwelche Gelder Unterstützung, man will irgendwo anerkannt werden. Man will dazugehören. Und das ist die Ausgrenzung, man wird einfach von allen ausgegrenzt“ (Frau S., Nr. 13).*

Zahlreiche Studien zeigen die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Gesundheit der Betroffenen<sup>6</sup>. Es zeigt sich unter anderem, dass sich die Sinnesempfindung reduziert, außerdem haben die Betroffenen aufgrund der Arbeitslosigkeit keinen Zugang „zu sinnstiftender und produktiver Arbeit“. Dies demotiviert die Betroffenen und fördert beispielsweise das Entstehen von Depressionen<sup>7</sup>. All diese Faktoren erschweren die Arbeitssuche. Die Dauer der Arbeitslosigkeit selbst führt dann mehr und mehr in eine ausweglose Situation ohne Perspektive, mit allen katastrophalen Auswirkungen. In den folgenden Auszügen aus den Interviews zeigen sich diese Folgen besonders deutlich. So berichtet Frau B.:

*„Ja man wird teilweise schon (...) depressiv. (...) Habe da auch eine schlimme Phase durchgemacht, dass ich anderthalb Jahre krank war. Konnte nicht vermittelt werden, ich bin damit nicht fertig geworden. (...) Und dann irgendwann, jetzt nach zwei bis drei Jahren, sagt man: ‚Ich will mal da raus.‘ Man kommt da nicht raus“ (Frau B., Nr. 59).*

Herr F. berichtet gar von Suizidversuchen:

*„Also, jetzt mit meinen Depressionen und Alkoholsucht [geht] gar nichts mehr. [...] Dann geh' ich ab und zu mal zu [einem Freund], weil der muss aus der Wohnung raus, entrümpeln und helfe ihm, dass er eine neue Wohnung kriegt, und sowas. Sonst schließe ich mich zu Hause ein. [...] Hab' auch manchmal Angst, aus dem Haus zu gehen. Also, wenn ich weiß, ich hab' Essen und Trinken, Tabak, alles zu Hause, dann geh' ich manchmal Freitag wieder nach Hause und*

6 Vgl. O-ton Arbeitsmarkt 2019: Arbeitslosigkeit und Gesundheit: Immer mehr Hartz-IV-Bezieher sind arbeitsunfähig. In: <http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/newsletter/arbeitslosigkeit-und-gesundheit-immer-mehr-hartz-iv-bezieher-sind-arbeitsunfaehig>, aufgerufen am 24.6.2019

7 O-ton Arbeitsmarkt 2019

*geh' erst Montag früh wieder raus. Da hab' ich keine Lust, raus zu gehen. [...]*

*Wenn jetzt meine Schwester noch sterben würde, dann wäre ich ganz alleine. Aber ansonsten – habe ich eigentlich mit meinem Leben abgeschlossen. Nehme jetzt ein Psychopharmaka, die halten einen ruhig, aber wenn mir alles über den Kopf wächst, ja, – ich wohne im zwei- undzwanzigsten Stock, dann springe ich dann. Ich leb' eigentlich bloß noch von Monat zu Monat. Von Jahr zu Jahr. Was danach kommt [...]*

*Da hab' ich Tabletten genommen, die haben nichts gewirkt, Elektrokabel ist gerissen, und das Abschleppseil hatte ich dann schon mal um den Hals – ich hätte dann bloß vom Hocker noch springen müssen. Aber ich hab's dann wieder abgemacht, und hab' dann aber was getrunken, und dann bin ich eingepennt. Und am nächsten Morgen kamen sie dann, entrümpeln. Zwangsräumung“ (Herr F., Nr. 60).*

Frau S. schildert auf dramatische Weise die negativen Folgen der Arbeitslosigkeit und ihren damit einhergehenden Rückzug in die gesellschaftliche Isolation sowie die ausweglose Situation wegen notwendiger, aber fehlender therapeutischer Hilfen:

*„Niemand hat es gehört oder wollte hören. (...) Mehr oder weniger. Man verschließt sich dann natürlich, wenn man die Krankheit hat. Man zieht sich von der Menschheit zurück. Man zieht sich von der Gesellschaft zurück. Man hat keinen Spaß mehr am Leben, an die Gesellschaft. Man geht nicht mehr weg, man geht nicht mehr ins Kino, man trifft sich nicht mehr mit Freunden. Man zieht sich komplett ins Schneckenhaus zurück, und wenn man noch die Krankheit hat und da nicht auch noch individuell noch Unterstützung bekommt, Anlaufstellen, die noch fehlen. [...] Es gab zwar Anlaufstellen, aber eigentlich für dieses spezielle Problem zu wenig. Zu wenig Anlaufstellen, [...] wo man sagt, da könnte man sich dran wenden, es gab einfach zu wenig. Und wenn man was bekommen hatte, dass man dann noch monatelang warten musste, das kam dann auch noch dazu. Und dann diese Ungeduld, dieses Warten, und dann wird einem was versprochen, was dann eh nicht gehalten werden konnte. Also es fehlt eigentlich an allen Ecken, sei es gesundheitlich, sei es psychologisch“ (Frau S., Nr. 13).*

### *Arbeitslosigkeit macht krank*

Auch wenn die Arbeitslosigkeit nicht durch eine Krankheit ausgelöst wurde, so ist heute durch viele Studien und Untersuchungen belegt, dass Arbeitslosigkeit selbst krank macht.

Die Befunde einschlägiger Studien zum Thema Arbeitslosigkeit und Krankheit sind eindeutig<sup>8 9 10</sup>. Exemplarisch sei hier nur der Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse aus dem Jahr 2005 zitiert. Im Rahmen dieser Studie haben Experten die Krankenstandsdaten für Berufstätige und Arbeitslose getrennt analysiert. „Das Ergebnis“, so eine Sprecherin der Techniker Krankenkasse, „war erschütternd“, denn Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank<sup>11</sup>. Vor allem psychisch. Die Gründe dafür sehen Experten vor allem im Gefühl, vom normalen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein, einen sozialen Abstieg zu erleben. Dadurch entstehe sozialer Stress, der erhebliche Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit hat. Die Angst vor dem sozialen Abstieg mache regelrecht krank<sup>12</sup>.

Auf die Frage, wie sich ihr Leben durch die Langzeitarbeitslosigkeit verändert habe, antwortete Frau O.:

*„Ja ich wurde depressiv, habe mich immer mehr zurückgezogen. Und hatte auch eigentlich keine Freude am Leben“ (Frau O., Nr. 31).*

Arbeitslosigkeit verursacht nicht nur für die Betroffenen ein höheres Krankheitsrisiko, sondern in der Folge notwendiger medizinischer Behandlung auch einen immensen finanziellen volkswirtschaftlichen Schaden<sup>13</sup>. Angststörungen und Depressionen verlieren sich

8 Vgl. Hörbst, Günther 2005: Arbeitslosigkeit macht krank. In: <https://www.abendblatt.de/politik/article107023035/Arbeitslosigkeit-macht-krank.html>, aufgerufen am 9.3.2019

9 Vgl. Pärli, Kurt/Guggisberg, Jürg/Hug, Julia/Oesch, Thomas/Petrik, Andrea/Rudin, Melania 2013: Arbeit und Krankheit. Berufliche Wiedereingliederung von Personen mit länger andauernder Arbeitsunfähigkeit – Eine Untersuchung zur Rolle des Rechts und des sozialen Umfelds. In: <https://www.zhaw.ch/storage/sml/institutezentrum/zsr/berufliche-wiedereingliederung/publikation-arbeit-und-krankheit-berufliche-wiedereingliederung.pdf>, aufgerufen am 10.3.2019

10 Vgl. Holleder, Alfons/Voigtländer, Sven 2016: Gesundheit und Gesundheitsverhalten von Arbeitslosen. In: [https://www.boeckler.de/wsimit\\_2016\\_05\\_holleder.pdf](https://www.boeckler.de/wsimit_2016_05_holleder.pdf), aufgerufen am 10.3.2019

11 Techniker Krankenkasse 2005: Gesundheitsreport. Auswertungen 2005 zu Trends bei Arbeitsunfähigkeiten und Arzneiverordnungen.

12 Vgl. Techniker Krankenkasse 2005

13 Vgl. Holleder et. al. 2002

nicht über die Dauer der Arbeitslosigkeit. Ohne echte Perspektive, aus der die Betroffenen Kraft für die Gestaltung der Zukunft schöpfen können, leiden die Langzeitarbeitslosen dauerhaft unter der gesellschaftlichen Ausgrenzung, der wirtschaftlichen Not und dem sozialen Abstieg. Auf die Frage, wie sich ihr Leben durch die Arbeitslosigkeit verändert hat, antwortet Frau H.:

*„Ich war ausgegrenzt. Bin krank geworden. Habe schwere Depressionen bekommen. Bin durch die Depressionen in eine Sucht geraten. (...) Hab' eine Therapie erfolgreich abgeschlossen. Bin jetzt seit zwölf Jahren trockener Alkoholiker“ (Frau H., Nr. 72).*

Ob am Anfang eine Krankheit Auslöser für die Arbeitslosigkeit oder die Arbeitslosigkeit Auslöser für die Krankheit war, lässt sich nicht immer genau nachvollziehen, wie Herr M. berichtet:

*„Ja das ist schwierig jetzt zu sagen, was wirklich von der Arbeitslosigkeit kam und was wirklich von meiner psychischen Erkrankung kam. Ich nahm anfangs an, dass es alles nur durch meine Arbeitslosigkeit war, dass es mir dadurch psychisch so schlecht ging. Aber es ist natürlich wirklich schwierig abzugrenzen, was ist das eine und was ist das andere. Was kommt vom einen, was kommt vom anderen“ (Herr M., Nr. 56).*

*„Es gibt in Deutschland kein Recht auf Faulheit.“<sup>14</sup>*

Dieser Satz des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder erscheint vor dem Hintergrund der Interviews brutal und gefühllos. Die Betroffenen selbst berichten, dass sie arbeiten wollen, um den negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu entgehen und gesellschaftlich dazuzugehören. Aber Krankheiten machen eine Arbeitsaufnahme unmöglich. In den Interviews erzählen die Betroffenen von ihren vergeblichen Versuchen und der Unmöglichkeit, mit ihrer Krankheit eine Arbeit aufzunehmen. Oft kommen noch andere Faktoren wie das Lebensalter hinzu. So Herr M.:

*„[...] entweder bist zu alt. (...) Meistens das. Dann hab' ich kaputte Bandscheiben. Da geht sowieso nichts mehr. Wenn ich von mir aus*

14 Schröder, Gerhard 2001: „Es gibt kein Recht auf Faulheit“. In: <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-126811.html>, aufgerufen am 24.6.2019

*bis zum Markt laufe – das sind zwei Kilometer. Bis zum Markt schaffe ich es, dann muss ich mich setzen [...]“ (Herr M., Nr. 69).*

*„War immer mal hier und dort arbeiten. Bin halt durch meine Wirbelsäulenfraktur weiterhin, ja, arbeitsunfähig. Würde gerne arbeiten, kann leider nicht so arbeiten [...]. Mir ist das schwergefallen, als ich vor vier Jahren GANZ aufhören musste, mit dem Arbeiten. [...] Ja und dann habe ich halt beim Praktikum, meinem einjährigen Praktikum, (atmet tief ein) (...) im Spätdienst Verdacht auf Herzinfarkt gehabt und dann wurde mir halt gesagt: ‚Arbeiten ist nicht mehr (...) möglich.‘ Was mir sehr, sehr schwergefallen ist. Dadurch bin ich auch erstmal (...) psychisch bisschen tief runtergerutscht. Und ich denke halt immer, ich KANN NOCH, oder tu mir viel zutrauen, (...) und dann krieg’ ich aber paar halb Wochen später die Retourkutsche und dann bin ich halt wieder oft im [...], also so zwei-, dreimal im Jahr im Krankenhaus.(...) Leider.*

*[...] Ich war halt immer mal hier und da arbeiten und wenn dann die Schulzeit kam, ist halt blöd alleinerziehend, (...) wie man das alles regelt mit dem Arbeiten. Da hatte ich noch meine Eltern damals zur Unterstützung und dann halt später ging es irgendwann nicht mehr halt. (...) Und jetzt bin ich halt seit vier Jahren KOMPLETT zu Hause und das ist halt schon so, wo ich sage, ‚Ich würde gern was machen, aber ich merk’ es halt immer wieder (...) geht nicht, so wie ich will.‘ Mein Kopf sagt ‚JA!‘ (...) mein Körper macht dann (lässt den Arm auf den Tisch fallen) (...) ‚Nein‘“ (Frau K., Nr. 58).*

*„Wegen meiner Arthrose. Ich habe ja ein Attest. Ich darf nicht lang sitzen. Ich darf nicht lang stehen. Jetzt finde mal einen Job [...]“ (Herr G., Nr. 5).*

*„Obwohl man selber oft nichts dafür kann, dass man arbeitslos geworden ist. Zum Beispiel auch, weil das auch gesundheitsmäßig sein kann. Wie ich zum Beispiel, habe zwei riesengroße Operationen gehabt. Habe Glück, dass ich noch lebe. Bin aber dadurch so gestellt, dass ich eben nicht mehr alles machen kann und schon bin ich zweites, drittes Rad am Wagen in dieser Gesellschaft“ (Herr G., Nr. 18).*

*„Bin arbeitslos, bin alleinerziehende Mutter von einer 13-jährigen Tochter, habe aber auch diverse Krankheiten, deshalb auf dem Ersten Arbeitsmarkt kein’ Fuß fassen will, aber für die Rente reicht es nicht. Die wurde mir also abgelehnt (...) und zu Hause bin ich langsam*

*verblödet, sage ich mal auf Deutsch gesagt so. [...] tja, dann habe ich gedacht, Mensch, jetzt musst du doch noch was machen bevor du 50 bist, musst du noch was machen. Und habe gefragt, ob ich nicht eine Umschulung zur Altenpflege machen kann. Habe dann Altenpflege und Betreuungsassistent gemacht. Das ging dann drei Jahre gut und dann hat meine Gesundheit brach gemacht [gemeint wohl: brach gelegen, im Sinne: Das ging gesundheitlich nicht mehr] und dann sowas, also nicht mehr möglich. [...] meine Schulter. Kann die Leute nicht mehr in den Transfer machen und (...) da wäre mir bald einer vom Bett in den Rollstuhl auf die Erde gefallen, weil ich es nicht mehr schaffe, weil die Schulter kaputt ist. [...] mir sind die älteren Herrschaften so sehr ans Herz gewachsen“ (Frau T., Nr. 61).*

*„Das kam gesundheitlich dazu. [...] ich habe zwei Thrombosen, deswegen ich nicht schwer heben darf. Ich habe eine kaputte Schulter und (...) und COPD [COPD: „chronic obstructive pulmonary disease“. Bei der Krankheit verengen sich die Atemwege irreversibel], also hoch, runter und das geht auch alles nicht“ (Frau T., Nr. 61).*

*„Ja. Da hatte ich einen Arbeitsunfall. Genau. (...) Und dann habe ich ein offenes Bein gehabt lange genug. (...) Und wollte ewig nicht zuwachsen. (...) Das war Katastrophe. Und danach war es noch schlimmer wegen Arbeit“ (Herr Z., Nr. 26).*

*„Und dann habe ich die Schneiderei eröffnet. (...) Ja, im fünften Jahr ging dann bei mir bandscheibenmäßig nun alles überhaupt nicht mehr“ (Frau B., Nr. 59).*

Wenn Arbeitslosigkeit krank macht, so trägt die Teilhabe am Arbeitsleben nicht automatisch zur Gesunderhaltung bei. Einige Interviewte sind durch Überforderung, Dauerstress, Schichtbetrieb und durch andere gesundheitsschädliche Bedingungen erkrankt und dann arbeitslos geworden (vgl. Nr. 24). Für sie ist die Rückkehr in den alten Beruf nicht mehr möglich. Exemplarisch drücken Frau S. und Frau W. diese ausweglose Situation in ihren eigenen Worten wie folgt aus:

*„Ich habe zwölf Jahre da gearbeitet. (...) Ich war auch Schichtleiterin. (...) Und zwölf Jahre Schichtdienst, drei Schichten, das ist genug. Das ist wirklich genug, weil das geht so auf die Gesundheit und auf deinen Körper. Diese Nachtschichten“ (Frau S. Nr. 55).*

*„Ja, in der [Grafik]-Branche hat man einfach mit vielen Egos auch zu tun. Ständig jedem recht machen. Und als kreativer Mensch immer so auf Knopfdruck zu funktionieren, fällt mir doch sehr schwer. Und (...) das verschleißt einen auch ganz schön. Irgendwann sitzt man halt da und hat (...) kann den Anforderungen vielleicht nicht so mehr genügen, die an einen gestellt werden und wird damit aber halt auch alleingelassen. Dann funktionieren halt die wirtschaftlichen Mechanismen. Du bist mal länger krank, da wirst Du halt aussortiert und dann hast Du halt keinen Job mehr. (...) Das System ist schwierig. [...] [Die Langzeitarbeitslosigkeit] prägt mein Leben ja immer mal wieder sozusagen. Es ist irgendwas, was man, auch wenn man im Job ist, man muss immer damit rechnen, man hat nie Sicherheit. Und wenn man arbeitet, hat man immer Stress, der Anforderung zu genügen. Wenn man nicht arbeitet, hat man den Stress, irgendwie [ein] wertloses Mitglied der Gesellschaft zu sein“ (Frau W., Nr. 21).*

*„Ich war durch den Stress und ich habe ja dann auch schon das Kind gehabt und ich habe immer noch dort gearbeitet Vollzeit (...). Und ja vor vier Jahren habe ich dann richtig schlimme Depressionen [bekommen] / die Krankheit wird ja nur verlacht, aber das ist wirklich, wünsche ich niemanden. Das ist ne ganz schlimme Krankheit. (...) Aber ich bin dankbar, dass ich das bekommen habe, weil sonst wäre ich vielleicht jetzt immer noch so irre. Ja, und würde jeden Tag aufstehen, da reingehen, arbeiten, heimkommen, total kaputt, schlafen, arbeiten“ (Frau S., Nr. 55).*

Ein besonders extremes Schicksal von Burnout erlitt Herr S. Nach dem plötzlichen Tod seines Vaters hat er im Alter von 26 Jahren dessen Handwerksbetrieb übernommen. Er berichtet:

*„Dann habe ich die Werkstatt mit, zusammen mit meiner Mutter übernommen. (...) Und dann halt, habe ich durchgehalten bis 2005“ (Herr S., Nr. 24).*

Ein zwölf Jahre andauernder schleichender Prozess der Überlastung und Überforderung führte in die Krankheit. Er selbst und sein familiäres Umfeld ignorierten die Warnzeichen, bis es nicht mehr ging. Nicht wahrgenommene, sogenannte stille Infarkte und eine Lungenentzündung führten letztlich zu irreparablen gesundheitlichen Schädigungen und in die Erwerbsunfähigkeit (vgl. Herr S., Nr. 24).

Zehn Jahre nach seinem Zusammenbruch fasst Herr S. seine Geschichte so zusammen:

*„Also, ich hatte praktisch eine sehr schwere Lungenentzündung. (...) Und kurz bevor ich ohnmächtig geworden [bin], bin [ich] in das Krankenhaus reingekommen. Und da haben sie auch festgestellt, dass ich halt was in der Lunge habe und was mit dem Herzen. [...] Ich habe drei stille Infarkte gehabt, ohne es zu merken [...] Meine Familie war in Urlaub. Und haben gesagt: ‚Ach, der simuliert nur. Der will nicht in Urlaub gehen und dann kann er ja ...‘ Und dann halt hat er meine Cousine gefragt. Ihr Mann ist Arzt gewesen. In der Werkstatt hat er gesagt: ‚Ab ins Krankenhaus‘. Eine Stunde später wäre ich umgefallen, hätte mich keiner gefunden. [...] Aber halt der Stress war katastrophal. Ich hätte nix mehr viel dann gemacht, dann wäre ich umgefallen, tot gewesen. Die Ärzte haben zu mir gesagt, ich soll lieber / Kannst dir aussuchen. Entweder (...) Du musst dich entscheiden, ob Du weitermachen willst oder nicht. Wenn Du weitermachst, bist Du in kurzer Zeit nix mehr da“ (Herr S., Nr. 24).*

Nach zehn Jahren Arbeitslosigkeit erhält Herr S. eine geringe Erwerbsunfähigkeitsrente, die er beim Jobcenter bis zum Existenzminimum aufstocken muss:

*„Also ich habe jetzt Erwerbsminderungsrente auf Dauer bekommen seit zwei Jahren. [...] Weil ich halt schwer herzkrank bin. [...] War vorher selbstständig. Und bin gleich von Selbstständigkeit in den Hartz IV-Keller reingerutscht. [...] Und bekomme noch zusätzlich, weil es zu wenig zum Leben ist und zu viel zum Sterben, kriege ich noch eine Grundsicherung. Das ist aber auch nicht gerade besonders viel“ (Herr S., Nr. 24).*

Für Herrn S. hat Krankheit und Arbeitslosigkeit in die Arbeitslosigkeit auf Hartz IV-Niveau geführt. Vor dem Rentenbescheid hat man vergeblich versucht, ihn im Rahmen von Eingliederungsmaßnahmen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren:

*„Da habe ich jetzt vor paar Jahren [...] Habe ich einen Kurs gemacht. So Integrationskurs. Und da haben sie uns praktisch, soll uns helfen, wieder ins Arbeitsleben zu kommen [...] Sagen wir so, jeder im Kurs hat irgendwie so eine Krankheit gehabt, die waren alle so wie angeschossene Arbeitnehmer. So Verletzungen oder Krankheiten und sonst was. Jeder hat es verarbeitet, so gut wie er kann. Und durch*

*die ganzen Geschichten, durch zweimal die Woche oder dreimal die Woche irgendwann, ist mir wieder das ganze Zeug wieder vorgekaut gekommen. (...) Statt sich zu helfen haben sie immer auf das Gleiche geritten, Bewerbungen, Bewerbungen, Bewerbungen, Bewerbungen, Bewerbungen“ (Herr S., Nr. 24).*

Herr S. bringt hier ein grundsätzliches Dilemma zur Sprache. Die Eingliederungsmaßnahmen, die Gesundheitsversorgung und Therapieangebote zielen meist auf die Erhaltung, Steigerung und Wiederherstellung der vollen Beschäftigungsfähigkeit. Das Ziel ist immer die Integration in den Ersten Arbeitsmarkt, der auf Effizienz und Leistung ausgerichtet ist. Die Wirtschaft bietet Arbeitsplätze, aber sie bringt auch Kranke hervor (vgl. Herr S., Nr. 24). Was will unsere Gesellschaft den Menschen anbieten, die physisch oder psychisch so stark eingeschränkt sind, dass sie die Anforderungen des Arbeitsmarktes definitiv nicht mehr erfüllen können, andererseits aber noch *zu gesund* für die Rente sind oder *nicht behindert genug* sind, um Zutritt zu besonderen Förderprogrammen zu erhalten (vgl. Herr F., Nr. 60)?

*„Und wenn ich irgendwie auf dem Ersten Arbeitsmarkt arbeiten würde / könnte, dann noch Teilzeit. Weil, ich habe starke Rückenprobleme. Ich nehme da starke Medikamente, hab’ auch da so ein Korsett, manchmal muss ich auch Spritzen kriegen, aber für die Rentenanstalt bin ich kerngesund. [...] Ja, ich bin 52 Jahre alt geworden, im Januar, und bin schon etliche Jahre Hartz IV-Empfänger. Ich geh’ dann mal von einer Maßnahme in die andere rein. Auf dem Ersten Arbeitsmarkt kriegt man keine anständige Arbeit, und es ist auch gesundheitlich bedingt. Ich hab’ nämlich letztes Jahr Arbeitsminderungsrente beantragt, wurde aber abgelehnt. Für die bin ich noch zu gesund“ (Herr F., Nr. 60).*

Wie sich bei Herrn S. zeigt, scheitern notwendige Therapien und Diäten zur Gesunderhaltung am knappen Hartz IV-Budget, das den Kauf notwendiger Lebensmittel und Medikamente nicht zulässt:

*„[...] ja, ich selber bin an Gicht erkrankt, kann mir aber durch Hartz IV nur Speisen erlauben in der Anschaffung, die eigentlich von der medizinischen Seite her total ungesund sind, aber zum fettarmen beziehungsweise fast fettfreien Speisen fehlt einfach das Geld, das ist mit Hartz IV gar nicht bewerkstelligt“ (Herr S. Nr. 53).*

Oder Herr G.:

*„Die jetzige Lebenssituation hat sich sehr verschlechtert [...] Ich bin zum Beispiel (...) regelmäßig beim Arzt bestellt. Habe Blutdruckprobleme, Zuckerprobleme. Meine Medikamente werden immer schlechter und mir geht es immer schlechter, weil das eine Wort kommt immer: Es muss gespart werden“ (Herr G., Nr. 18).*

Die Betroffenen leiden nicht nur unter den beiden extremen Krisen von Arbeitslosigkeit und Krankheit, sondern zusätzlich darunter, dass ihre Krankheit nicht ernstgenommen wird oder gar unterstellt wird, dass sie simulierten. Sie brauchen Unterstützung, denn aus der Abwärtsspirale von Krankheit und Arbeitslosigkeit gibt es ohne Hilfe kaum ein Entkommen (vgl. Frau K., Nr. 14).

#### *Auswege aus dem Teufelskreis Arbeitslosigkeit und Krankheit*

Wenn die Gesellschaft, in der wir leben, kranke arbeitslose Menschen nicht wie überflüssige Bürgerinnen und Bürger behandeln, sie auf niedrigstem Niveau in Hartz IV in Perspektivlosigkeit und Agonie belassen will, weil man für sie keine Verwendung mehr hat, weil sie im wirtschaftlichen Verwertungsprozess keinen Mehrwert mehr bringen, dann muss man Auswege aus den Sackgassen finden, in denen sich die Betroffenen befinden.

Der deutsche Mediziner, Psychiater und Psychiatriehistoriker Klaus Dörner fordert in seinem Buch „Das Ende der Veranstaltung“ ein zum Wirtschaftsparadigma der Produktivität und Effizienz komplementäres ethisches Handeln, um die Schwächsten der Gesellschaft wieder zu integrieren.<sup>15</sup>

Es ist bedrückend, die uns in den Interviews anvertrauten Geschichten von Krankheit und Arbeitslosigkeit zu lesen. Sie enthalten aber auch deutliche Hinweise auf mögliche Auswege. Wenn Krankheit die Aufnahme einer Beschäftigung im Ersten Arbeitsmarkt unmöglich macht, und wenn Arbeitslosigkeit krank macht, dann kann Arbeit,

15 „Wenn die Wirtschaft sich marktwirtschaftlich an der Ethik orientiert ‚Investieren wo es sich am meisten lohnt‘, weil dies die größte Produktivität (auch den größten Profit) garantiert, dann kann sie diese Ethik gesamtgesellschaftlich nur rechtfertigen, wenn sie sie in den Dienst der anderen komplementären Ethik stellt ‚Investieren wo es sich am wenigsten lohnt‘, sich also am jeweils Schwächsten und seinen Bedürfnissen zuerst orientiert; denn übergangen wäre er ausgegrenzt und ich könnte ihn nie wieder erreichen“. In: Dörner, Klaus 2001: Das Ende der Veranstaltung. Anfänge der Chronisch-Kranken-Psychiatrie. Neumünster: Die Brücke-Neumünster gGmbH

insofern sie an die eingeschränkte Leistungsfähigkeit der Betroffenen angepasst ist, mit allen integrierenden und positiven Effekten zur Gesunderhaltung beitragen beziehungsweise das Schlimmste verhüten. So berichtet Frau H., dass ihr die Arbeit im Rahmen geförderter Beschäftigung guttut:

*„Und man kann halt auch wieder abends ins Bett gehen. Man ist kaputt, aber man kann schlafen, man muss nicht nachgrübeln [über die Frage] ‚Warum habe ich meine Arbeit nicht geschafft?‘, weil der Körper einfach nicht mehr mitmacht“ (Frau H., Nr. 72).*

Der britische Psychiater Douglas Bennett sagte 1994 auf dem Sozialpsychiatrischen Weltkongress in Hamburg: *„Es gibt nichts Integrativeres als die Arbeit. Nur Arbeit schafft es, dass Zugehörigkeit zur Gesellschaft – also Teilhabe im engeren Sinne – realisiert wird.“*<sup>16</sup> Auf die Frage, wie sie aus ihrer 13 Jahre andauernden Alkoholabhängigkeit wieder herausgekommen ist, antwortet Frau K:

*„Richtig. Ja, genau. Und wie gesagt, dann war ich vier Monate in [einer norddeutschen Kleinstadt]. War dann noch ein’ Monat also arbeitslos oder arbeitssuchend. Und dann habe ich hier im [ein soziales Zentrum] eine Chance bekommen als Nachbarschaftshelferin auf Ein-Euro-Zwanzig (...) Job. Und bin hier jetzt also das achte Jahr und seit einem halben Jahr im Vertrag für drei Jahre. [...] Ja, also ich habe einen sehr guten Sachbearbeiter und der ist also so froh gewesen, dass ich das erstmal überhaupt geschafft habe und hier Fuß gefasst habe. Und das ist auch an und für sich so mein Job, den ich mir auch vorstelle. Eben halt auch für andere zu sorgen und ja seitdem bin ich hier. Und seitdem geht es, wie gesagt, auch mit mir bergauf“ (Frau K., Nr. 14).*

16 Bennett, Douglas 1994 beim Sozialpsychologischen Weltkongress. Zitiert in: Projektbericht, TAB, Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung für psychisch Kranke -Entwicklung regionaler, integrierter und personenzentrierter Hilfesysteme. (2004–2007) vorgelegt von AKTION PSYCHISCH KRANKE E.V. Bonn. Seite 5, [https://www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/aberi\\_tab\\_ent\\_17-01-2009.pdf](https://www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/aberi_tab_ent_17-01-2009.pdf), aufgerufen am 19.8.2019

Noémie Koenig/Robert Matanovic

## Wenn der Kokon zum Gefängnis wird

Entfaltungsmöglichkeiten und Hemmnisse in  
Hartz IV

*„Das [der Computerkurs] war ganz in Ordnung, damit ich mal weiß, wie man den ein- und ausschaltet, wie man was irgendwo sucht. Und dann wurde es mir dann langweilig, weil wir immer Bilder gemalt haben. Da hab' ich gesagt, ich geh' Computer lernen. Hab' immer geschaut, wo überall das Wetter ist und was für Sonderangebote, was weiß ich wo gibt, damit ich wenigstens irgendwo / Weil das hab' ich mir gedacht, nein. Also, da hab' ich mir auch gedacht: ‚Also sind die jetzt total bekloppt?‘ Aber wenn die Arge<sup>1</sup> das so will, dann will die das so“ (Frau S., Nr. 42).*

Die psychischen und sozialen Folgen einer Langzeitarbeitslosigkeit sind seit der Marienthal-Studie<sup>2</sup> bekannt. Was damals als Neuheit den Umgang mit Langzeitarbeitslosigkeit in den Sozialwissenschaften revolutionierte, hat sich in den gesellschaftlichen Kanon eingefunden. Nichtsdestotrotz scheint die Diskussionsfreude um das Thema bei Weitem nicht erschöpft zu sein. Die anhaltende Brisanz

1 Arge: „Arbeitsgemeinschaft“, frühere Bezeichnung für die Jobcenter

2 Vgl. Zeisel, Hans/Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F. 1975: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag

der Problematik fungiert als aussagekräftiger Indikator für den Anpassungsbedarf aktueller Strukturen.

Um Wiederholungen in der akademischen Debatte zu vermeiden, wird dieser Aufsatz sich nach einer funktionalistischen Auswertung der Interviews richten. Wenn sich ein Großteil der Interviewten auf das System als solches bezieht, so sollte an dieser Stelle auch ein systemtheoretischer Analyseschwerpunkt gesetzt werden. In dieser Hinsicht werden die kausalen Aspekte außer Acht gelassen. Ob der Ursprung für die Bevormundung arbeitsloser Personen nun bei einer defizitären Anreizsetzung des Staates liegt oder bei dem – häufig unterstellten – mangelnden Engagement des Arbeitssuchenden, ist ein Henne-Ei-Problem, welches es hier nicht zu adressieren gilt. Die Auswertung der Interviews, die im Rahmen der Studie durchgeführt wurden, legt die empfundenen Schwierigkeiten der Arbeitssuchenden offen und rührt an einem Spannungsverhältnis zwischen Bevormundung und Autonomie. Letzteres wird den Kernpunkt dieser Analyse bilden.

#### *Manifeste Bevormundung bei der Arbeitssuche*

Das Jobcenter begleitet den Arbeitssuchenden im Bewerbungs- und Weiterbildungsprozess. In diesem darf es Empfehlungen abgeben, die der Arbeitssuchende wahrnehmen muss. Die erzwungene Teilnahme an Kursen und Weiterbildungen, die weder mit dem Kompetenzbereich noch mit dem Arbeitswunsch übereinstimmen, wurde innerhalb der Interviews bemängelt. Die Untervergabe an Dritte und die dort gebotenen Aktivitäten würden nicht den Berufseinstieg fördern.

*„Ja, die haben uns dann Mandalas hingelegt und wir sollten malen. (Beide lachen) (...) Und dann irgendwelche Fensterdekorationen oder irgendwas basteln für Ostern oder Weihnachten. Ich weiß es nicht, braucht man ja eigentlich gar nicht, wenn man arbeiten will“ (Frau S., Nr. 71).*

#### *Latente Infantilisierung der Arbeitssuchenden*

Die Bevormundung nimmt jedoch noch weiteres Terrain ein. Ihren Höhepunkt erreicht sie bei der latenten Infantilisierung der Arbeitslosen. Vor dem Arbeitsamt müssen sämtliche Ausgaben

gerechtfertigt werden. Jedwede Möglichkeit einer selbstbestimmten Lebensweise, das Sparen auf Güter, aber auch die simple Präferenzbildung werden so behindert.

*„B Ich war die einzige auf dem Jobcenter auf dem Flur, die geschneitelt und gebügelt ankam, alle anderen haben, ja, also wirklich //*

*I Das Klischee dann ...*

*B Das Klischee vom Feinsten erfüllt. Und trotzdem bin ich mit denen über einen Kamm geschoren worden. Ich war vorher auch ein paar Monate im Ausland, habe da auch sehr sparsam gelebt, habe ich von meinem Ersparten wieder was mit zurückgebracht, das wollten die mir ankreiden vom Jobcenter. Da habe ich dann an den Vorgesetzten, ich weiß es nicht mehr, einen Brief geschrieben, dass ich auf Grund meines sparsamen Lebens und dass ich mich weiterbilden will, dass ich jetzt noch bestraft werde dafür. Das haben sie mir dann aber genehmigt mein Geld, das wurde mir nicht angerechnet, die 400 Euro, die ich wieder mit zurückgebracht hatte“ (Frau H., Nr. 73).*

Als Konsequenz wird das Leben nicht mehr als eigenverantwortlich empfunden. Es bleibt dem Arbeitslosen kein Lebensbereich, der nicht vom Staat durchleuchtet wird. Erschwerend wird die Omnipräsenz der kapitalistischen Rhetorik hervorgehoben. Das Individuum empfindet sich als Zahl in einer Statistik, oder als Geldbetrag:

*„B [...] In anderen Ländern sind die Leute entspannter, obwohl sie nicht so viel haben.*

*I Mehr Lebensqualität haben.*

*B Und auch mehr an Lebensqualität, Familie und so, [an] solchen (...) nicht mit Geld aufrechenbaren Werten interessiert sind als das hier ist. In Deutschland sind wir alle irgendwie Maschinen“ (Frau W., Nr. 21).*

*„Genau. [Hauptsache] Aus der Statistik raus und was gemacht. Kriegt ein Zertifikat in die Hand. Voll wichtig. Können Sie zuhause die Wohnung mit tapezieren“ (Frau J., Nr. 12).*

Die Verletzlichkeit der Arbeitslosen in besagtem Abhängigkeitsverhältnis schafft eine auffallende Eingriffstiefe:

*„Also, auf Deutsch gesagt, man unterschreibt eigentlich einen Vertrag mit (...) dem Teufel. Die wollen wissen, was für Unterhosen Du trägst, was für Farbe und sonst was. Ich kann es auch verstehen, aber halt / Es ist halt, die Menschenwürde ist dann plötzlich in dem Keller unten“ (Herr S., Nr. 24).*

### *Arbeitssuchende dennoch alleingelassen*

Doch wenn das Arbeitsamt strukturell allumfassend wird, so lässt sich auf der individuellen Ebene eine entgegengesetzte Tendenz vermerken. Mangels einer gezielten und konstruktiven Beratung findet die Arbeitssuche in ausgewählten Fällen maßgeblich autonom statt:

*„Da haben die mir Druck gemacht, mir irgendwelche absurden Vermittlungsvorschläge geschickt, die ich gar nicht bewerkstelligen konnte mit zwei Kindern. Und da ging gar nichts. Die haben mir auch nicht irgendwie geholfen oder gesagt: ‚Wir helfen Ihnen da.‘ Oder mir eine Kur angeboten oder irgendwas. Es ging gar nichts. Ich musste das auch alles immer alleine (...) bewerkstelligen. (...) Da ging gar nichts“ (Frau N., Nr. 44).*

*„Also ich bin Grafiker und da habe ich zum Beispiel / kriege ich eine Bewerbung zugeschickt, da soll ich mich bewerben als Textildesigner. Das ist halt nicht dasselbe. Ich habe dafür sowieso keine Qualifikation, aber das wird auch gar nicht differenziert. Man kriegt einfach irgendwas zugeschickt, das ungefähr so klingt wie das, was Du eigentlich kannst oder willst. Und dann wirst Du da irgendwie damit alleine gelassen. Also, das Arbeitsamt an sich zum Beispiel hilft mir persönlich mit meinem Berufsbild und so überhaupt nicht. Ich habe auch alle Jobs, die ich jemals ergattert habe, mir auf eigene Faust irgendwo gesucht. Das Arbeitsamt hat mich eigentlich nur behindert. (...) Eine wirkliche Hilfe war das nie. Und man hat auch wirklich das Gefühl, ja, die Leute sollen möglichst schnell raus aus der Statistik. (...) Und ob denen dann wirklich langfristig geholfen ist oder nicht, ist im Grunde scheißegal. Und wenn man was braucht und sucht, dann muss man sich selber kümmern. (...) Und das hat dann über kurz oder lang bei mir auch immer geklappt. Das waren aber auch nie langfristige Sachen. Ja“ (Frau W., Nr. 21).*

Doch auch solche Aussagen werden durch andere Erfahrungen nuanciert:

*„Ha ja. Und ich krieg bei allem Hilfe. Wenn ich jetzt eine Arbeitslosen-, diesen Bescheid ausfüllen wollte, könnte ich mir Hilfe holen. Oder sonst irgendwelche Probleme hab', ist jederzeit meine Beraterin für mich da. Ist also wunderbar hier“ (Herr M., Nr. 56).*

### *Willkür und Flexibilität*

Was sich aus solch abweichenden Erfahrungsräumen herauskristallisieren lässt, ist der nächste Punkt dieses Aufsatzes. Der Erfolg der Arbeitssuche hängt maßgeblich von der Kompetenz der Berater und der konstruktiven Kooperation beider Seiten ab. Der Faktor Glück spielt hierbei eine maßgebliche Rolle.

*„Ja, ich hatte bis jetzt immer recht Glück mit meinen Berater oder Beraterinnen. War immer sehr zufrieden. Ja“ (Herr L., Nr. 6).*

In einem System, in dem der Arbeitslose sich unter Androhung von Sanktionen dem Willen einer höheren Instanz fügen muss, wird der Faktor Glück auch als Willkür gelebt. Scheint der eigene Lebensweg von der Willkür an bestimmten Schlüsselpositionen abhängig zu sein, hat dies erheblichen Einfluss auf Erfolg und das Wohlbefinden eines Arbeitssuchenden. Dies kann und darf nicht ausschließlich von dem Glück abhängen, einer bestimmten Person zugeordnet zu werden. Strukturen müssen so aufgebaut werden, dass sie individuelles Versagen auffangen können. Strukturen, die eine totale „Hingabe“ und dadurch auch Verletzlichkeit der Arbeitssuchenden veranlassen, berücksichtigen nicht die Fehlbarkeit des einzelnen Sachbearbeiters. Doch mit gesteigerter Flexibilität ist hier keinesfalls ein Abbau von Strukturen gemeint. Strukturen ermöglichen Handeln und Flexibilität durch Rahmensetzung. Vielmehr sollten die Strukturen eine symmetrische Flexibilität anvisieren. Denn nur ein System, in dem sich die Partner ausbalancieren, kann Fehler absorbieren.

Bisher stoßen sich beide Seiten an Strukturen, die Berater und die Beratenen, welche sich mitunter wie Kinder behandelt fühlen. Denn auch Sachbearbeiter bemängeln zuweilen die vorgegebenen erzieherischen Maßnahmen.

*„Das ist ja das Problem. Aber wenn du es halt nicht machst, kriegst du halt sofort Sanktionen. Eigentlich ist es, sagt ja selbst meine Vermittlerin auf dem Amt, dass das eigentlich idiotisch war, aber sie hat da auch keinen Spielraum, hat sie mir gesagt“ (Herr H., Nr. 70).*

Weiterhin befinden sich die Organisationsstrukturen in fortschreitender Phasenverschiebung mit dem Arbeitsmarkt, der zunehmend Dynamik und Flexibilität von seinen Arbeitskräften fordert. Gesammelte Erfahrungsberichte weisen unter anderem eine Infantilisierung der Arbeitssuchenden auf, die sich keinesfalls den Prämissen des Arbeitsmarktes fügt. Aktuell deutet das Empfinden der Arbeitssuchenden auf ein Menschenbild hin, das spätestens seit der Erscheinung von „Überwachen und Bestrafen“ von Michel Foucault als obsolet betrachtet wird.

Wenn man alle Punkte zusammennimmt: die strukturelle Bevormundung vom Jobcenter, in der die individuelle Willkür in asymmetrischen Verhältnissen ausgelebt wird, sowie das Empfinden der Arbeitssuchenden, auf sich allein gestellt zu sein, so erscheint ein emergentes Spannungsverhältnis. Der Arbeitssuchende oszilliert immer weiter zwischen Bevormundung und Autonomie. Als fokaler Punkt erfährt er ein Ohnmachtsgefühl, das seine gesellschaftliche Außenseiterposition verschärft.

Wenn jedoch das Wissen um die gesellschaftliche Problematik der Langzeitarbeitslosen im öffentlichen Diskurs vorhanden ist, so handelt es sich immer um eine Suche nach dem Schuldigen. Das jetzige System wird von vielen Seiten als defizitär empfunden. Doch anstatt Individuen anzuprangern, müssen Kernpunkte herausgearbeitet werden. Individuelle Faktoren wird es immer geben, auf allen Seiten, und sind äußerst schwierig zu bekämpfen. Systemische Probleme hingegen können durch die Umstrukturierung von Organisationen angegangen werden. Genau hier setzt der gewählte Analyserahmen an. Denn so unpersönlich und inhuman der Fokus auf Institutionen, Strukturen und Organisationen erscheinen mag, so bewirkt er doch das Gegenteil: Er ermöglicht das Loslösen von persönlichen Attacken, hin zu konstruktiven Herangehensweisen. Wichtig ist hierbei, nicht das eigentliche Ziel aus den Augen zu verlieren. Ziel ist es nicht, den Bösewicht zu finden und zu bestrafen. Ziel ist die Integration von Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt, damit der Kokon nicht zum Gefängnis wird.

Chafa Bouslimani/Jan Velimsky

## **„Die Vergangenheit war arg schwer, die Gegenwart ist noch schwerer, Gott sei Dank haben wir keine Zukunft.“**

*Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste von  
Langzeitarbeitslosen*

*„Ich bin arbeitslos (...) jetzt seit 2002. (...) Es ist eine lange Zeit. Ich habe immer mal Gelegenheitsjobs gemacht, Hundert-Euro-Basis und Umschulungen, Weiterbildungen, und versucht, wieder am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Und (...) ja, das ist nicht, nicht so einfach, eben da einen festen Job zu kriegen. (...) Aufgrund eben auch meiner Gesundheit bin ich eben so lange arbeitslos, weil ich eben zwei große Operationen hatte und eben auch nicht mehr sehr schwere Sachen heben und machen kann. [...] Ja. Und mit der Arbeitsplatzsuche, das ist eben auch nicht so einfach, weil da spielen auch immer wieder große Beziehungen eine Rolle. (...) Das kommt manchmal auf die Gesundheit gar nicht so drauf an. Aber wie es eben meistens so ist, übers Arbeitsamt kriegt man gar nichts. Das kann man vergessen, was man dort kriegt. Das [sind] MEISTENS unseriöse Sachen. Man kann sich wie gesagt nur privat drum kümmern, weil sonst hätte ich noch gar nichts gehabt oder mal wieder eine kleine Chance in den ganzen Jahren jetzt, wo ich gedacht habe, es reicht dazu, ich kann mal anfangen.“*

*Dann wurde ich aber meistens wieder zu einer Umschulung verdonnert, sage ich mal so. Wo ich schon drei-, viermal in den Jahren die Chance hatte, anzufangen in einer Firma und ich wurde aber, ich sage es mal so, verdonnert, da die Umschulung beziehungsweise Weiterbildung hat höchste Priorität, obwohl da nichts rausgekommen ist. Im Gegenteil, den Staat sinnloses Geld gekostet hat. [...] Und wie man so weiß, wenn man an die Fünfzig herankommt, es ist nicht mehr so einfach, einen ordentlichen Job, beziehungsweise einen Job, der halbwegs tolerant ist und man ein paar Fänger (unv. Dialekt) verdient, zu erwerben. [...] Die Zukunft. (...) Wie soll es weitergehen? Es wird alles teurer. Renten werden immer weniger. Wie soll man seine Rente verdienen? (...) Man darf sich so im Verhältnis nichts groß ansparen. Das muss alles überall gemeldet werden. Das Arbeitsamt will jeden Zettel vom Konto abgelichtet haben. (...) Soweit wie ich weiß, sind die da gar nicht, das dürfen die gar nicht, die dürfen bloß Einsichten haben. Aber die wollen sie ja gleich abgelichtet haben. Und wenn dort eine Mark mehr ist oder das haut nicht hin oder ein Zettel fehlt, da werden die gleich verrückt. Da muss man gleich strammstehen, warum man es nicht hat. Wo soll man es denn her nehmen? (...) Und man täte einem gerne nochmal einen Job nehmen, einen ordentlichen, wo man ein bisschen was verdient. Aber woher?“ (Herr G., Nr. 18).*

„Die Vergangenheit war ARG schwer, die Gegenwart ist noch schwerer, Gott sei Dank haben wir keine Zukunft.“ Diese Ironie einer Befragten kurz nach einem Interview lässt eine latente Aussichtslosigkeit, eine Gegenwarts- und Zukunftsangst, erkennen. Ein Artikel mit dem Titel „Einmal Arbeitslos, immer wieder arbeitslos?“<sup>1</sup> weist treffend auf die subjektiv resignative Einschätzung der zu erwartenden beziehungsweise wahrscheinlichen Dauer der Erwerbslosigkeit hin. Viele Langzeitarbeitslose sehen bei der Bewertung der eigenen Lebenssituation keine Zukunftsperspektive. Dieser tief empfundenen Perspektivlosigkeit und den damit verbundenen Zukunftsorgen widmet sich dieser Beitrag.

Für viele Befragte hat die andauernde Erwerbslosigkeit grundlegende Auswirkungen auf ihr Zeitgefühl, die Gesundheit und die subjektive Empfindung. Der Verlust sozialer Teilhabe und einer zeitlichen Struktur im Alltag bewirkt in Teilen eine gewisse

1 Vgl. Schmillen, Achim/Umkehrer, Matthias 2014: Verfestigung von früher Arbeitslosigkeit: Einmal arbeitslos, immer wieder arbeitslos? IAB-Kurzbericht, 16.  
In: <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb1614.pdf>, aufgerufen am 1.3.2019

Orientierungslosigkeit<sup>2</sup>. Studien weisen darauf hin, „[...] dass Zeit als ein von Menschen konstruiertes Ordnungsprinzip zur Orientierung in der natürlichen und sozialen Umwelt zu begreifen ist“<sup>3</sup>. In dieser Hinsicht kommt der Dauer der Arbeitslosigkeit eine besondere Bedeutung zu. Denn eine lange andauernde Arbeitslosigkeit bewirkt bei vielen Befragten ein verändertes Zeitgefühl, das sich oftmals in einem andauernden Rückbesinnen auf eine als „verloren“ wahrgenommene Zeit ausdrückt und so zu sozialer Entfremdung, Erkrankung und Niedergeschlagenheit führen kann<sup>4</sup>. Manche sehen ihre verpassten Möglichkeiten als Existenzvergeudung, andere resignieren angesichts ihrer dauernden Erfolgslosigkeit und machen sich „Selbstvorwürfe“<sup>5</sup>. Eine Interviewte drückt diese Erfahrung so aus:

*„[...] rückblickend, ist [das] echt erschreckend, wie lange es gegangen ist. [...] ich habe mir nächtelang, tagelang den Kopf zermartert über die Situation. [...] Und letztendlich (...) denkst du dir, oh Gott, (...) sieben Jahre hast Du verschleudert, verschenkt“ (Frau S., Nr. 8).*

### *Gesellschaftliche Unsicherheit*

In der Gesellschaft breit diskutierte Themen wie die Flüchtlingsfrage, Rechtsextremismus oder Terrorismus werden auch von vielen Befragten mit einer gewissen Skepsis aufgegriffen und mit der eigenen Lebenssituation in Zusammenhang gebracht. Es scheint dabei, als würden gesellschaftliche Problemlagen und Unsicherheiten von den Befragten, bedingt durch die eigene prekäre Lebenssituation, als besonders bedrohlich wahrgenommen. Zudem können die meisten Befragten keine Verbesserung ihrer Lebenssituation in den letz-

2 Die Autoren der Marienthal-Studie sprechen in diesem Zusammenhang unter anderem vom „Zeitverwendungsparadox“. Es gibt eine Strukturierung des Alltags durch Arbeit. Der Zusammenhang von Langzeitarbeitslosigkeit und Apathie oder Depression ist auch heute aktuell.

Vgl. hierzu Zeisel, Hans/Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F. 1975: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag

3 Benthous-Apel, Friederike 1995: Zwischen Zeitbindung und Zeitautonomie. Eine Empirische Analyse der Zeitverwendung und Zeitstruktur der Werktags- und Wochenendfreizeit. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag

4 Vgl. Zeisel et. al. 1975

5 Goldsmith, Arthur H./Jonathan R. Veum/William, Darity Jr. 1997: Unemployment, Joblessness, Psychological Well-Being and Self-Esteem: Theory and Evidence. In: Journal of Socio-Economics Volume 26, No. 2, S. 133–158

„Die Vergangenheit war arg schwer, die Gegenwart ist noch schwerer“

ten Jahren und Jahrzehnten erkennen, was sie misstrauisch und pessimistisch gegenüber der eigenen Zukunft macht. Es würden kaum Lösungsperspektiven geboten. Vielmehr

„[...] weiß die Politik nicht, was sie gerade macht“ (Frau M., Nr. 3).

Herr D. stellt fest,

„[...] dass alle [die Politiker] gerade überfordert sind. Weil, ja, weil sie einfach nicht mehr einen klaren Kopf haben. [...] Es geht so nicht weiter. Wenn es so weitergeht, gibt es wirklich den Krieg“ (Herr D., Nr. 2).

Herr P. beschäftigt die stetig wachsende Zahl an Rechtsextremen. Er führt aus:

„[...] was mir am meisten Sorgen bereitet, ist, dass, wenn es so weitergeht hier in unserem Land, dass es hier irgendwann richtig knallt. Dass die Rechtsradikale[n] immer stärker werden [...], wobei ich sagen muss, dass die Politik NICHT ganz unschuldig daran ist“ (Herr P., Nr. 48).

Vielen politischen Akteuren fehle es an Glaubwürdigkeit. Als Beispiel werden die Arbeitslosenstatistiken genannt. Diese Statistiken über Arbeitslose oder Zahlenangaben über Arbeitsstellen, die der Öffentlichkeit präsentiert würden, seien fragwürdig, so Frau S. Viele dieser Statistiken seien unpassend ausgesucht und würden allzu oft falsche Erfolgsmeldungen propagieren:

„[N]ach meiner Ansicht, [...] wird alles einfach nur schöneredet, um die Bevölkerung bei Laune zu halten, bei Füßen zu halten, und dass die Statistik eben halt sehr schön aussieht. Aber wie es im wahren Leben aussieht. Die Politiker haben doch überhaupt gar keine Ahnung, wie das ist“ (Frau S., Nr. 13).

Das Gefühl, dass viele politische Entscheider die Alltagsrealität des Hartz IV-Lebens nicht kennen und daher kaum verstehen können, findet sich in einigen Interviews. Ohne die Situation Langzeitarbeitsloser zu verstehen, ist es aber schwierig, die Lebenssituation Langzeitarbeitsloser zu verbessern. Herr G. beschreibt die Situation aus seiner Sicht wie folgt:

„[...] Man müsste wirklich mal die Kanzlerin oder die ganzen, die

*dort oben sitzen, mal für den Hartz-Obolus mal einen Monat oder ein Vierteljahr leben lassen [...]. Dass die erstmal wissen, was los ist. Wie es aussieht und was man damit alles bewältigen muss. Da haben die gar keinen Dunst davon“ (Herr G., Nr. 18).*

Folglich werde die Ernsthaftigkeit der Lage Langzeitarbeitsloser verharmlost oder nicht gänzlich wahrgenommen:

*„[...] es wird alles nur ein bisschen schöngeredet in der Politik, in den Medien, dass wir ein bisschen beruhigt sind [...] Ja, die werden ja nicht weniger die Sorgen, wenn ich mir die Politik angucke (...) Es wird nicht besser. Ich habe diesen Eindruck, dass sich an der ganzen Situation überhaupt nichts ändern wird [...] Aber im Nachhinein, wir stürzen uns alle doch selber in den Krieg hinein“ (Frau S., Nr. 13).*

Für Herrn L. benötigt die Politik nicht nur schnelle und effektivere Lösungen für viele soziale Ungerechtigkeiten, sondern eine umfassende Sozialreform:

*„Wichtigster Punkt wäre, einen Ausgleich schaffen, dass [...] der Spalt zwischen Arm und Reich, [...] schrumpft. [...] es müssen Wege gebaut werden, es müssen Leitern aufgestellt werden, die nach oben gehen. Die Leute müssen nicht nur einfach sechs Monate hier Zwangsarbeit und da mache einmal. Sechs Monate musst Du Dich anstrengen, sonst streichen wir Deine Gelder [...]“ (Herr L., Nr. 6).*

Insgesamt fehle es an institutioneller und politischer Repräsentation. Eine parlamentarische Vertretung für die Langzeitarbeitslosen wäre eine Kommunikationsbrücke zur Politik:

*„Aber, ich glaube an den Scheiß einfach nicht mehr. [...] was die in Berlin machen, ist mir sowas von scheißegal. Laufen Sie mal durch Berlin, da gibt es dann die Vertretung der deutschen Brauer, die Vertretung der deutschen Tabakindustrie, die Vertretung der Tankstellenindustrien. Und, also für jeden Industriezweig gibt es eine Vertretung. Aber wo gibt es denn bitteschön die Vertretung der Hartz IV-Empfänger? Die Vertretung der armen Menschen? Die Vertretung der Flüchtlinge? Die Vertretung der Zeitarbeitsnehmer?“ (Herr L., Nr. 6).*

Eng verwoben mit der wahrgenommenen Perspektivlosigkeit sind die Themen Jobcenter und die Maßnahmen dieser Institution. Darauf wird im Folgenden gesondert eingegangen.

*„[...] übers Arbeitsamt kriegt man gar nichts. [...] was man dort kriegt. Das [sind] MEISTENS unseriöse Sachen“ (Herr G., Nr. 18).*

Perspektivisch betrachtet finden viele Befragte keine Opportunität und Hilfe, um auf den Ersten Arbeitsmarkt zu gelangen. Es fehlt somit eine Zukunftsperspektive. Die angebotenen Maßnahmen der Arbeitsagentur sowie die diversen Beschäftigungsformen auf dem Arbeitsmarkt – Leiharbeit, Mini-Jobs, unfreiwillige Teilzeitarbeit – weisen nur ein geringes Maß an sozialer Sicherheit auf und erschweren den Betroffenen soziale Teilhabe sowie eine planbare Zukunftsgestaltung. Nach Herrn S. geht es darum,

*„[...] so günstig wie möglich die Mitarbeiter zu bezahlen und zu beschäftigen. Und das ging dann nur, wenn man sie zu einem günstigen Betrag als Anfänger eingestellt hat und dann nach zwei Jahren [...] ausmusterte“ (Herr S., Nr. 53).*

Insgesamt kritisieren viele Interviewte prekäre Arbeitsverhältnisse als unbefriedigend und perspektivlos. Weder scheinen Mindestlohn oder Zeitarbeit die Lebensbedingungen substanziell zu verbessern, noch bieten sie eine Zukunftsperspektive.

Als besonders enervierend werden die Zwangsbewerbungen wahrgenommen, bei denen es mehr darum geht, sich mit einer großen Zahl an Bewerbungsschreiben blind zu bewerben, als zielorientiert an den Einzelfall angepasst die Jobsuche voranzutreiben. Solche *„[...] Null-Acht-Fünfzehn-Bewerbung, kann ich mir eigentlich sparen“*, meint Frau S. (Frau S., Nr. 41).

Auch Frau G. hat einige dieser Schreiben verfassen müssen:

*„Auf jeden Fall zehn Stück im Monat. Vielleicht bekomme ich was zurück, vielleicht auch nicht“ (Frau G., Nr. 64).*

Diese Lösungsangebote des Jobcenters sind aus Sicht vieler Befragter meist unbefriedigend und werden oft nur in Ermangelung an Alternativen angenommen oder um den Druck der Arbeitsagentur zu vermeiden. Solche Erfahrungen hat auch Herr M. gemacht:

*„[...] wenn du im Loch bist, keine Erwartungen mehr hast, ist diese Maßnahme eigentlich nur ‚Du musst dahin gehen, sonst kriegst kein Geld‘, [...] aber nicht dieses Gefühl, das hilft, oder da kommst du jetzt weiter, sondern eher dieses Gefühl, naja das sind jetzt eben halt [wieder] sechs Wochen“ (Herr M., Nr. 32).*

Andere Befragte möchten eine Soziale Teilhabe, um dem „*eigenen Nichtstun*“ (vgl. Nr. 1, Nr. 25, Nr. 8) und dem „*[Alleine] zuhause sitzen*“ (vgl. Nr. 12) zu entfliehen. „*Weil man sonst nur depressiv wird, man möchte arbeiten, aber man wird abgelehnt*“ (Frau S., Nr. 13).

Doch auch solche Angebote machen die Zukunft weniger planbar. Viele Befragte sorgen sich deshalb um ihre Zukunft, insbesondere, wenn sie in Rente gehen werden:

*„Es wird alles teurer. Renten werden immer weniger. Wie soll man seine Rente verdienen?“* (Herr G., Nr. 18).

Die am häufigsten geäußerte Angst betrifft die zu erwartende Rente. Schon heute liegt jede zweite Rente unter 1000 Euro. Einem immer größer werdenden Anteil der Bevölkerung und vor allem Arbeitslosen droht in absehbarer Zukunft die Altersarmut<sup>6</sup>.

*„Da macht man sich schon Sorgen auch, ob man hier jemals eine Rente bekommt. Ich glaube, ehrlich gesagt, nicht daran. Meine einzige Sicherheit in der Hinsicht ist, dass meine Eltern jetzt halt nicht so schlecht finanziell aufgestellt sind und ich vielleicht irgendwann mal ein halbes Haus erbe, in das ich ziehen kann, wenn ich in der Rente total verarmt bin“* (Frau W., Nr. 21).

Viele Befragte befürchten eine weitere Absenkung des Rentenniveaus und damit eine zusätzliche Verschlechterung ihrer finanziellen Situation. Auch Frau G. sorgt sich,

*„dass wir irgendwann mal keine Rente mehr bekommen oder Geld. Wenn jetzt zum Beispiel jemand arbeitslos ist und keine Unterstützung mehr bekommt“* (Frau G., Nr. 64).

Ähnlich geht es Frau K., die sich in einem Teufelskreis der Perspektivlosigkeit befindet: Der sich stetig wiederholende Ablauf von der Arbeitslosigkeit über unbefriedigende Maßnahmen des Arbeitsamtes zurück in die Arbeitslosigkeit mit dem Endergebnis einer geringen Rente bis hin zur „Altersarmut“ (vgl. Frau K., Nr. 9):

6 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2017: Entwicklung der Altersarmut bis 2036, Trends, Risikogruppen und Politiksznarien. In: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSst/Publikationen/GrauePublikationen/Entwicklung\\_der\\_Altersarmut\\_bis\\_2036.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSst/Publikationen/GrauePublikationen/Entwicklung_der_Altersarmut_bis_2036.pdf), aufgerufen am 15.7.2019

*„Ja. Ich arbeite jetzt hier in einer Sozialeinrichtung mit Vertrag mit einer Sozialen Teilhabe. [...] Und dann ist man wieder arbeitslos. [...] Aber dann geh' ich hier mit 64 in Rente. Hab' aber dann Abzüge. [...] Ich will noch nicht in Rente gehen“ (Frau K., Nr. 9).*

Neben der Sorge um die eigene Zukunft beschäftigt viele Befragte vor allem die Zukunft der eigenen Kinder:

*„Mich macht jetzt einfach so die Allgemeinheit, was mit Deutschland passiert, das macht mir momentan mehr Sorgen. Was auf den Straßen ist, wie es mit unser Sicherheit [ist]. (...) Ich mach mir mehr Sorgen um mein Kind“ (Frau S., Nr. 13).*

### *Besorgnisse bezüglich der Gesundheit*

Arbeitslose, die aufgrund einer Erkrankung nicht voll arbeitsfähig sind, haben es wesentlich schwerer<sup>7</sup>. Erkrankungen und die Feststellung des Grads einer Behinderung, die aktuell gültige Liste der bereits anerkannten chronischen oder psychosomatischen Erkrankungen und die Anträge für eine Frühberentung benötigen viel Zeit und sind oft mit vielen bürokratischen Hürden verbunden:

*„[...] Auf dem Ersten Arbeitsmarkt kriegt man keine anständige Arbeit, und es ist auch gesundheitlich bedingt. Ich hab' nämlich letztes Jahr Arbeitsminderungsrente beantragt, wurde aber abgelehnt. Für die bin ich noch zu gesund“ (Herr F., Nr. 60).*

Nicht selten beschreiben Betroffene, dass die Langzeitarbeitslosigkeit selbst ihre Gesundheit beeinträchtigt<sup>8</sup> und bei vielen dadurch konkrete Erkrankungen und Angstzustände ausgelöst habe, auch die eigene Zukunft betreffend:

*„[...] Ja, Angst, naja, dass (...) ich am Ende doch noch an irgendeiner Depression sterbe, wenn ich nicht bald (...) eine längerfristige Lösung (...) finde, wie ich A) meine Existenz sichern kann und B) auch meine Zufriedenheit mit meinem Dasein [...]“ (Frau W., Nr. 21).*

7 Vgl. Tertelman, Martin/Janke, Luise: „Warum habe ich meine Arbeit nicht geschafft? Weil der Körper einfach nicht mehr mitmacht“, S. 84–94 in dieser Studie

8 Vgl. Tertelmann Martin et. al., S. 84–99 in dieser Studie

Insgesamt blicken die meisten Befragten pessimistisch, wenn nicht sogar defätistisch auf ihre jetzige Lebenssituation und auf ihre Zukunft. Es fällt auf, dass insbesondere aktuelle Problemlagen in der Gesellschaft von vielen Befragten auch aufgrund der eigenen schon prekären Lebenssituation als besonders bedrohlich und existenzgefährdend wahrgenommen werden. Angesprochen auf die eigene Zukunft fällt die Bewertung dementsprechend negativ aus. Von der Politik vermissen viele Befragte Lösungen. Politiker werden in diesem Zusammenhang als von der eigenen Lebenssituation entfremdet wahrgenommen. Teilweise werde die Situation von der Politik, aber auch von Medien und der Gesellschaft verharmlost. Dementsprechend wenig Hoffnung haben die Befragten, dass Politik ihnen zu einer besseren Zukunftsperspektive verhilft.

Eng verbunden mit dem eigenen Schicksal und somit der eigenen Zukunft ist das Jobcenter, welches in diesem Zusammenhang häufig angesprochen wird und eher als Hindernis denn als eine Hilfe wahrgenommen wird. Viele als sinnlos gewertete Maßnahmen und eine fehlende Perspektive, auf den Ersten Arbeitsmarkt zu gelangen, kennzeichnen die Situation. Die Angst vor der Zukunft, in der vielen Altersarmut droht, ist dementsprechend groß. Neben der eigenen Rente sorgen sich viele Befragte auch um die Zukunft ihrer Kinder. Genannt werden zudem gesundheitliche Beschwerden beziehungsweise die Angst davor, durch die Situation krank zu werden. Hinzu kommt eine gewisse Orientierungslosigkeit, die von dem durch Arbeitslosigkeit bedingten Verlust sozialer Teilhabe und einer zeitlichen Alltagsstruktur hervorgerufen wird<sup>9</sup>. Das legt das vorsichtige Fazit nahe, dass Langzeitarbeitslosigkeit eine versteckte Form der psychosozialen Entmutigung und Demoralisierung bewirken kann. Sie verengt die soziokulturellen Spielräume und verhindert die Selbstverwirklichung vieler Betroffener. Das ruft bei vielen Befragten Ängste hinsichtlich der eigenen Zukunft hervor und verstärkt bestehende Ängste, was bei vielen dazu führt, dass sie für sich kaum eine Zukunftsperspektive sehen. Die Betroffenen brauchen neu durchdachte Perspektiven, die ihnen sozialen Aufstieg und damit eine sicherere Rente ermöglichen. Neben einer finanziellen und gesundheitlichen Unterstützung wären leichtere und konkretere Zugangsmöglichkeiten zu mehr sozialer und kultureller Teilhabe hilfreich.

9 Vgl. Zeisel et al. 1975

Friedrich Kern/Manuel Walter

## **„Also warum soll man dann noch was tun?“<sup>1</sup>**

Sicht auf die politische und gesellschaftliche Situation

*„I Was müsste denn eigentlich für Sie passieren, dass Sie wieder zur Wahl gehen würden und was sind für Sie die wichtigsten Themen in der Politik? (...)“*

*B [...] Ja dass man sich mal wieder auf das Wesentliche konzentriert. Also ich sage mal, das haben / Die Politiker haben immer alle: ‚Wohhh (staunend), da ist Krieg, das ist Krieg.‘ Und jeder guckt: ‚Wohhh (staunend) und EU.‘ Sondern ich sage mal so, ein bisschen Egoismus gehört für jedes Land dazu. Ich kann nicht immer NUR gucken, was andere machen, sondern ich muss vielleicht auch mal ins eigene Land reinhorchen [...].“*

*I Ist auf jeden Fall halt im Sozialbereich wenig passiert.*

*B Definitiv. [...] Also ich meine, Deutschland ist ein reiches Land. Aber trotzdem sind halt die Bevölkerung / Ich finde diese Schere / Früher, wie ich klein war, war das halt so, ja gut, wenn Du gearbeitet*

1 Herr D., Nr. 29

*hast, konntest Du Deine Familie ernähren. Du konntest vielleicht, wenn Du Glück hattest, einmal im Jahr auch kurz irgendwo nach Dänemark, nach Holland in Urlaub fahren. Das war halt mit einem normalen, NORMALEN Job war das halt möglich.*

*Aber heutzutage ist das so in Familien, also einer kann sich reinknien ohne Ende, der muss / Brauchst ja bald drei, vier Nebenjobs noch, um Deiner Familie überhaupt ja diese Existenz hier zu ermöglichen [...].*

*I Jetzt kommt eine sehr persönliche Frage. Was macht Ihnen am meisten Angst und Sorgen? Und zwar privat. Dann würde ich sagen noch national. So, was die Gesellschaft macht. Und dann noch also weltweit so. Ja, genau. Die drei Ebenen (...).*

*B Ja. Also was mir da wirklich Angst macht, ist halt, was ich schon gesagt habe, hier so in Deutschland speziell jetzt, dass dieser Hass, dass das so schlimm wird, dass man da zwischen die Linien gerät praktisch, weil ja jeder halt auf seine Meinung pocht. Und wenn man sich so umguckt, was die letzte Zeit passiert ist / (...) Was für bescheuerte Ideen Leute da kommen und andere niedermetzeln und so. Also das macht mir wirklich, wirklich Angst. Ja, dass diese Grenzen gar nicht mehr da sind. [...] Und wenn man dann hört, wie leicht man an Waffen und sowas rankommt, das / Sowas macht mir wirklich Bammel. Also mir persönlich jetzt, dass man halt auf solche Idioten trifft, die ihre feste Meinung haben und das mit Gewalt durchsetzen wollen.*

*Und (...) ja weltweit ist das halt genauso. Der Krieg. [...] In Paris hauen die dir / In Paris, in Belgien. Das ist nebenan. (...) Also es kommt halt alle / Diese Gewalt, das wird immer, immer schlimmer. Und diese Gewaltbereitschaft, das ist / (...) Sicherlich in diesen armen Ländern, wo die auf der Flucht / Es flüchten alle. Wo flüchten die hin? Ich meine, jeder rennt weg und das wird immer schlimmer. [...] Ja aber Waffenlobby oder so, was weiß ich denn, schubsen sie da ihre / ,Oh, nein, Krieg, voll dagegen. Wieviel Panzer wollt Ihr haben?‘ Das ist ein Atemzug. Ja. Also es tut auch keiner was. Wir stoppen dies. Wir stoppen Atomkraft. Ja, toll. Ja, wir stoppen das hier. Wir bauen die da drüben. (...) Ja, aber es ist eigentlich scheißegal, ob das nun direkt hier hochgeht oder ob es zwei Meter neben Dir hochgeht. Es ist dann im Eimer“ (Frau J., Nr. 12).*

In den letzten Jahrzehnten gab es in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Großwetterlage einschneidende Veränderungen. Der Fall der Mauer, Globalisierung, Digitalisierung, Flüchtlingsbewegung und Migration, Privatisierung von Staatsaufgaben und Sozialreformen, die Erweiterung der EU, Klimaveränderung und gesellschaftliche Umbrüche stellen für die Menschen eine große Herausforderung dar. Viele Entwicklungen greifen direkt in das eigene Leben ein, gewohnte Sicherheiten und Anschauungen werden infrage gestellt. Im Folgenden wird nachgezeichnet, welches Gesamtbild die Befragten von der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Situation haben. Beleuchtet werden zunächst einzelne Aspekte, um am Ende ein Fazit zu ziehen.

*Politikerbild: „Na, für was denn?“ (Frau T., Nr. 61)*

Es überrascht kaum, dass das von den Interviewten gezeichnete Politikerbild negativ ist. Gierig, faul, korrupt, verlogen, abgehoben und inkompetent, mit diesen Begriffen lässt es sich zusammenfassen (vgl. Nr. 53, Nr. 5, Nr. 1, Nr. 64, Nr. 13). Besonders die Bezahlung im Verhältnis zur Leistung spielt immer wieder eine Rolle, allerdings haben die Befragten kaum realistische oder gesicherte Fakten darüber oder über die Arbeitsweise des Parlaments:

*„[...] die tragen sich da ein, oder werden hier abgehakt, dass sie anwesend sind, und dann gehen die aus dem Saal wieder raus. Und da sitzt ja keine Sau, aber die kriegen da 130 Euro für, glaube ich, irgendwas sowas, irgendwie so eine Summe war das gewesen. Na, für was denn?“ (Frau T., Nr. 61).*

Zu den kritisierten Punkten gehören auch die Diäten mit ihren regelmäßigen Erhöhungen, die mit dem Hartz IV-Satz oder kleinen Renten verglichen werden (vgl. Herr S., Nr. 53). Ein Interviewter allerdings findet das Gehalt von Politikern im Vergleich zu Managern zu niedrig. Deshalb fehlten der Politik gute Leute (vgl. Herr M., Nr. 56).

Kritisiert wird auch die enge Verbindung von Wirtschaft und Politik, zum Beispiel über Aufsichtsräte. Nicht wenige sehen die Politik von der Wirtschaft gesteuert (vgl. Herr R., Nr. 7). Dabei sei die Absicherung, die Politiker genießen, eher hinderlich. Sie fördere keineswegs die Unabhängigkeit, sondern mache bequem:

*„Ich zum Beispiel, als fauler Hund, der ich bin, weil da würde ich sowieso die ganze Zeit durchschlafen. [...] Nach acht Jahren würde ich gehen, weil ich habe volle Pensionsansprüche und würde mich dann zur Ruhe setzen lassen“ (Herr G., Nr. 5).*

Die Sicherung der „Pfründe“ rücke am Ende in den Mittelpunkt des Handelns, unpopuläre Entscheidungen würden vermieden (vgl. Herr D., Nr. 29). Und auch wer mit Idealismus in die Politik gehe, werde am Ende vom System abgeschliffen und gebe politische Ziele auf:

*„Oder (...) viele gehen vielleicht auch mit Idealen in so eine Karriere rein und stellen dann aber fest, dass irgendwann die Strukturen halt nun mal so sind, wie sie sind, und sie selber wirklich als einzelne gegen den Willen der gesamten Partei oder so gar nichts bewirken können. (...) Und werden dadurch so halt auch irgendwie ein Teil in dem System und Rädchen, das dann halt so funktioniert, wie die ganzen Machtmechanismen oder Marktmechanismen dann eben funktionieren“ (Frau W., Nr. 21).*

Verständnis für Politiker und die Zwänge, unter denen sie stehen, gibt es eher dann, wenn persönliche Begegnungen stattfinden, etwa ein Besuch bei einer Bundestagsabgeordneten (vgl. Herr L., Nr. 6). Mehrmals wird gesagt, Politiker lebten in ihrer eigenen Welt. So zitiert ein Befragter den damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck:

*„Wissen Sie, was der gesagt hat. ‚Nicht die Eliten sind das Problem, sondern das Volk ist das Problem.‘ DER SAGT ES DOCH GANZ KLAR. Er spricht doch ganz klar von Eliten. Von besseren Menschen, auf Deutsch gesagt“ (Herr S., Nr. 1)<sup>2</sup>.*

Bei den gegenwärtigen Politikern vermissen die Interviewten Profil und Haltung, vor allem Angela Merkel wird fast durchgehend kritisiert. Als positiv genannt wird neben Politikern aus der Vergangenheit – vor allem Brandt und Schmidt, teilweise auch Kohl und Strauß – auch eine Politikerin, die trotz Morddrohungen Haltung

2 Tatsächlich rekrutieren sich Eliten hauptsächlich aus den eigenen bürgerlichen und großbürgerlichen Milieus. Zudem spielen soziale Fragen für sie eine weniger wichtige Rolle als für den Durchschnitt der Bevölkerung. Vgl. hierzu: Hartmann, Michael 2013: Soziale Ungleichheit. Kein Thema für die Eliten. Frankfurt am Main: Campus Verlag, hier S. 165 ff. und S. 170 ff.

beweist (vgl. Frau W., Nr. 21). Nur vereinzelt gibt es Gegenstimmen. So lobt eine Befragte Merkel und mahnt Kritiker, sie sollten selbst Verbesserungsvorschläge einbringen (vgl. Frau B., Nr. 19).

*Wahlen und demokratische Verfahren: „[...] denen ist egal, ob die Minderheit wählen geht oder nicht“ (Frau S., Nr. 8).*

Die Interviewten begründen ihre Nichtwahl vor allem damit, dass sich sowieso nichts ändere.<sup>3</sup> Darüber hinaus gibt es auch grundsätzliche Kritik am politischen System, etwa daran, dass die Nichtwähler im Endergebnis nicht berücksichtigt werden. Das spiegle nicht die Wirklichkeit wider und damit fehle es an politischer Legitimation (vgl. Herr D., Nr. 29). Diese Nichtberücksichtigung hat wiederum Folgen für das Wahlverhalten:

*„Und warum sollten die dann was Gutes tun, um die Wählerzahl nach oben zu bringen? Wenn es ihnen gar nichts bringt? Weil denen ist es egal, ob die Minderheit wählen geht oder nicht“ (Frau S., Nr. 8)<sup>4</sup>.*

Beklagt wird teilweise auch eine Einschränkung der Diskussionskultur und eine übertriebene „Political correctness“:

*„Man muss [...] das doch benennen dürfen, was mir Sorgen macht. Dann möchte ich nicht gleich hier in die rechte Ecke gestellt werden, sondern [das] sind [...] subjektiv meine Sorgen. Dann will ich da ernst genommen werden und dann kann man da auch aufgrund dessen, sauber darüber diskutieren. (...) Und dann halt auch, wie gesagt, erstmal wenn man diskutiert, auch Begriffe definieren, wie sie zu sehen sind“ (Herr D., Nr. 29).*

3 Vgl. Walter, Manuel/Bouslimani, Chafa: „Aber wo gibt's denn bitteschön die Vertretung der Hartz IV-Empfänger?“ Zur gesellschaftlichen und demokratischen Beteiligung von (Langzeit-)Arbeitslosen. S. 53–64 in dieser Studie

4 Dass die Politik Nichtwähler aus den prekären Schichten aus den Augen verliert, ist für die USA bereits nachgewiesen. Je weniger die prekären Schichten wählen, desto weniger werden ihre Interessen berücksichtigt – und umgekehrt. Vgl. hierzu: Alber, Jens/Kohler, Ulrich 2007: Die Ungleichheit der Wahlbeteiligung in Europa und den USA und die politische Integrationskraft des Sozialstaates. In: Leviathan, Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 4/2007, S. 510–539  
Auch in Deutschland gibt es erste Ergebnisse, dass die Wünsche einkommensschwacher Schichten in der Politik weniger berücksichtigt werden. Vgl. hierzu: Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin 2017: „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft August 2017, Volume 27, Issue 2, S. 161–180, hier S. 177

Wie verzweifelt die politische Lage in den Augen einiger Befragter ist, macht folgende Aussage deutlich:

*„Die einzigsten Möglichkeiten, da grundlegend was zu ändern, sind illegal und verboten und sind halt auch nicht die richtigen. Auch wenn es funktionieren würde. Man darf heute eben nicht einfach sagen: ‚So, Merkel, ab an den Galgen. Der Nächste unter die Guillotine‘“ (Herr L., Nr. 6).*

*Soziale Lage in Deutschland: „[...] dass der Vater Staat sie so eigentlich hängen lässt“ (Herr S., Nr. 24).*

Die soziale Lage in Deutschland wird von den Befragten beinahe durchgehend kritisiert:

*„Ganz oben würde für mich stehen soziale Gerechtigkeit, denn das ist nach wie vor immer noch das Thema, wo Deutschland immer noch nicht ranreicht in keinster Weise, obwohl so publiziert wird, ist nicht so“ (Frau H., Nr. 72).*

Hartz IV, Armut, Rente und Inflation stehen dabei ganz oben. Letztere wird häufig auf die Einführung des Euro zurückgeführt. Auch Zeitarbeit, Lohndumping, Mehrfachjobs sowie der Mangel an geeigneten Stellen und Arbeitsdruck werden kritisiert<sup>5 6</sup>.

Moniert werden auch falsche Informationen, so das „Märchen vom Fachkräftemangel“ oder falsche Arbeitslosenzahlen (vgl. Herr S., Nr. 1). Ein Befragter kritisiert allerdings auch, die meisten Menschen in Deutschland machten sich falsche Vorstellungen von den Sozialleistungen:

*„Aber dann, wenn Du sie siehst, [...] die selber irgendwas bekommen, eine Krankheit bekommen oder irgendwas bekommen, dann sind sie richtig fassungslos, dass der Vater Staat sie so eigentlich hängen lässt. (...) ‚Weil ich habe gedacht, das ist viel besser [...]‘“ (Herr S., Nr. 24).*

5 Vgl. Schultheis, Franz/Kern, Friedrich: Hartz IV: Vom (Über-)Leben in verwalteter Armut, S. 30–52 in dieser Studie

6 Vgl. Bouslimani, Chafa/Velimsky, Jan: „Die Vergangenheit war arg schwer, die Gegenwart ist noch schwerer, Gott sei Dank haben wir keine Zukunft.“, S. 106–114 in dieser Studie

Gegenüber früher bewerten die Befragten die Sozialpolitik durchgehend als schlechter:

*„Also früher fand ich es besser. Da hat man dann Sozialhilfe gekriegt, so hieß das ja damals noch. Man bekam dann, ich glaube zweimal im Jahr, Bekleidungsgeld, wo man einfach mal einen großen Packen Kleidung kaufen konnte. Man konnte auch einen Antrag stellen, dass man mal eine neue Waschmaschine [bekommt] | Aber das gibt es heute ja alles nicht mehr“ (Frau J., Nr. 11).*

Eine deutlich andere Perspektive nehmen einige Befragte allerdings ein, wenn es um den Vergleich mit anderen Ländern geht. Hier fällt das Urteil positiver aus:

*„Obwohl wir eigentlich trotzdem noch, also jetzt bei allem Gemecker, (...) das beste Sozialsystem haben wahrscheinlich, was es überhaupt irgendwo gibt. Woanders, wie gesagt, da verhungert man halt, wenn man keine Arbeit hat, und es interessiert auch niemanden, und du hast nicht mal eine Krankenversicherung“ (Frau W., Nr. 21).*

*Spaltungen in der Gesellschaft: „[...] es gibt Arme und Reiche. Nichts mehr zwischendurch“ (Frau S., Nr. 42).*

Die Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur und innerhalb des gesellschaftlichen Klimas werden von den Interviewten sensibel registriert. Festgemacht werden zahlreiche Brüche und Spaltungen, etwa in den Bereichen Rente, Kinder, Beruf und beim Kampf um Wohlstand.

*„Da sitzen wirklich noch welche, die vier-, fünftausend Euro Rente haben und wissen gar nicht ‚Wohin mit meinem Geld. Ich habe das alles im Schließfach auf der Bank.‘ Und Oma Wutzi (unv.) Steine getrümert hat und sieben Kinder großgezogen hat und zu Hause ist, die knabbert da mit ihrer, am Existenzminimum rum“ (Frau T., Nr. 61).*

*„Wir sind ja asozial. Auch so mit fünf Kindern, geht ja gar nicht. Also im neuen Stadtteil ist alles sehr oberflächlich, sehr versnobt. Man muss selbstständig sein. Man muss viel Geld haben. Und das ist viel wichtiger als (...) für seine Kinder oder die Familie da zu sein und so“ (Frau J., Nr. 11).*

*„Wenn Du einen Beruf hast und oder Du hast ein schönes Leben, hast Beruf, hast was, bist Du jemanden. Aber wenn Du nichts hast, bist Du praktisch (...) fumm. Kannst Du den Leuten in ihrem Gesicht sehen“ (Herr S., Nr. 24).*

*„Der eine vergönnt dem anderen den Dreck unter den Fingernägeln nicht. Ich wohne auf so einem Dorf da, wenn der eine einen BMW fährt, braucht der andere einen, was weiß ich, einen Audi“ (Frau S., Nr. 42).*

Den größten Graben sehen die Befragten aber bei Einkommen und Vermögen. Die Folgen dieser Spaltung sind ein durchgehendes Thema und spiegeln sich etwa in der immer wiederkehrenden Aussage, dass die Mittelschicht schrumpft, wider:

*„Na, es gibt Arme und Reiche. Nichts mehr zwischendurch. Früher gab es noch so einen Mittelstand“ (Frau S., Nr. 42).*

Die Interviewten betrachten dabei auch deutlich Gewinner und Verlierer dieser Spaltung:

*„Und die reichste Frau Deutschlands ist die Frau Klatten. Die hat eine Milliarde Dividende. Die Familie hat eine Milliarde Euro Dividende bekommen. Das muss man sich mal vorstellen. Das muss doch erarbeitet werden. Wer erarbeitet das? Die Beschäftigten“ (Herr H., Nr. 67).*

*Die soziale Spaltung und Existenzängste führen am Ende zur politischen Frustration:*

*„Das [Bonuszahlungen bei gleichzeitiger Entlassung von tausenden Menschen] ist in meinen Augen höchst asozial und das wird von den Parteien, wie auch immer, geduldet und sogar unterstützt“ (Herr S., Nr. 53).*

Eine Interviewte überlegt, was die Politik hier ändern könnte, etwa durch ein bedingungsloses Grundeinkommen:

*„Das würde, glaub‘ ich, vielen Menschen ein würdigeres (...) Leben wieder ermöglichen und auch (...) diese Bissigkeiten rauszunehmen von diesen ganzen frustrierten Leuten. Diese Pegida-/AfD-Wähler. Das sind ja jetzt alles keine (...) Extremisten, wie diese Glatzen-Na-*

*zis, die jetzt hier Ausländer verprügeln. Sondern das sind eigentlich alles brave Bürger, die aber auch genau solche existenziellen Ängste halt haben und dann halt ein Feindbild brauchen. (...) Weil die halt selber auch unter diesem existenziellen Druck stehen, dass sie nicht wissen, ob sie überhaupt mal eine Rente kriegen oder was passiert, wenn sie ihren Job im Supermarkt verlieren“ (Frau W., Nr. 21).*

*Flüchtlingspolitik: „Ein Asylant bekommt mehr wie ich!“ (Herr D., Nr. 2)*

Die meisten Interviews fanden im Sommer und Herbst 2015 statt, als die Aufnahme von Flüchtlingen die Politik und Öffentlichkeit beherrschte. Insgesamt sehen die Interviewten die Flüchtlingspolitik mit großen Problemen verbunden, differenzieren aber dabei. Es wird durchaus eine gewisse moralische Verpflichtung gesehen, die „echten“ Flüchtlinge, etwa aus Syrien, aufzunehmen (vgl. Frau G., Nr. 64). Bei Terroristen, kriminellen oder kriminell gewordenen Asylbewerbern dagegen wird eine harte Hand gefordert (vgl. Frau J., Nr. 11). Wirtschaftsflüchtlinge, darunter werden teilweise auch Arbeitsmigranten aus der EU subsumiert (vgl. Herr S., Nr. 38), werden als direkte Konkurrenz in den Bereichen Sozialsystem, Arbeit und Wohnung empfunden (vgl. Nr. 2, Nr. 3, Nr. 61). Es herrscht das Gefühl vor, dass Flüchtlinge besser behandelt werden als man selbst: *„Ich sage es ehrlich: Ein Asylant bekommt mehr wie ich!“* (Herr D., Nr. 2) Besonders stößt auf, wie viel Aufmerksamkeit und Geld für diese Gruppe vorhanden ist:

*„Auf der einen Seite finde ich es ja ganz geil, was unser Land auf die Beine stellen kann, wenn sowas ist, wie jetzt mit den Flüchtlingen. Auf der anderen Seite denke ich mir dann aber auch, wenn / Es heißt immer: ‚Ja dafür ist kein Geld, dafür ist kein /‘. Für Schulen, für Kitas und so weiter. Kein Geld vorhanden. Kein Geld vorhanden. Und dann kommen da ein paar Millionen Flüchtlinge und dann können die alles aus dem Boden stampfen“ (Frau J., Nr. 11).*

In einigen Aussagen findet sich zwar offener Rassismus, aber die meisten bemühen sich um einen gemäßigten Ton, sagen, dass nicht alles „schwarz-weiß“ ist oder dass man nichts gegen Flüchtlinge habe, solange sie sich benehmen (vgl. Frau J., Nr. 11). Vereinzelt versuchen Interviewte, sich in die Lage der Flüchtlinge zu versetzen, oder kritisieren den Ausländerhass (vgl. Frau S., Nr. 42).

Im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsthema wird auch die Frage der Souveränität Deutschlands angeschnitten. Gefordert wird, die Politik solle sich mehr um das eigene Land und seine Bevölkerung kümmern:

*„[...] ich sage mal so, ein bisschen Egoismus gehört für jedes Land dazu. [...] Ich meine, [...] also bin ich absolut für, dass man sich um andere Leute kümmert. Definitiv. Aber (...) man kann das nicht / Ich kann nicht hundertprozentig mich nur um andere kümmern und vergessen, was im eigenen Land passiert“ (Frau J., Nr. 12).*

Fluchtursachen, wie beispielsweise Waffenexporte, werden teilweise gesehen (vgl. Frau G., Nr. 64), kritisiert wird aber vor allem die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen. Diese seien – teils mit falschen Versprechungen – eingeladen oder angelockt worden, ohne dass „das Volk“ gefragt wurde (vgl. Nr. 1, Nr. 64). In diesem Zusammenhang wird immer wieder das bekannte Merkel-Zitat kritisiert: „Wir schaffen das.“ Wer ist wir?“ (Herr M., Nr. 27) Die Befragten fühlen sich dabei als Opfer einer aus ihrer Sicht übertriebenen Willkommenskultur:

*„Die Großen, die lachen sich einen ab. (...) Die kriegen trotzdem alles. [...] Und wir bleiben im Hintertreffen. (...) Das hat jetzt nichts mit Rassenhass zu tun. Aber Ungerechtigkeit ist da. [...] Für jeden das Gleiche. Und nicht der eine mehr, der andere weniger“ (Herr Z., Nr. 26).*

*Zukunftsaussichten: „[...] dass es hier irgendwann richtig knallt“ (Herr P., Nr. 48).*

Fragt man nach den Zukunftsaussichten, sind die Antworten extrem düster. Im persönlichen Bereich ist es vor allem die Altersarmut, die am meisten Angst macht<sup>7</sup>. Im politischen Bereich ist es die Angst vor Gewalt. Diese reicht vom Amoklauf über Terrorismus von Islamisten oder Rechtsradikalen bis hin zu Bürgerkrieg, Krieg oder sogar Weltkrieg. Umweltprobleme oder die Klimaveränderung spielen dagegen nur vereinzelt eine Rolle:

*„Ja. Also was mir da wirklich Angst macht, ist halt, was ich schon gesagt habe, hier so in Deutschland speziell jetzt, dass dieser Hass,*

7 Vgl. Bouslimani, Chafa/Velinsky, Jan, S. 106–114 in dieser Studie

*dass das so schlimm wird, dass man da zwischen die Linien gerät praktisch, weil ja jeder halt auf seine Meinung pocht. [...] Ja, dass diese Grenzen gar nicht mehr da sind. Dass, ich sage mal (...) ja, dass irgendjemand völlig ausflippt. Vielleicht hat man es früher nicht so mitgekriegt, wenn da jemand Amok gelaufen ist oder die sind nicht so /Aber ich finde das ist so extrem, extrem geworden“ (Frau J., Nr. 12).*

Bei der Angst vor Gewalt spielt die Aufnahme von Flüchtlingen und die Migration eine Rolle. Nicht nur, dass die Möglichkeit besteht, dass sich Terroristen einschmuggeln. Schon das Ausmaß von Flucht und Migration nach Deutschland sehen einige der Befragten als Problem (vgl. Nr. 1, Nr. 38). Das Zusammentreffen von unterschiedlichen Kulturen und Religionen führe unweigerlich zu Konflikten, die sich irgendwann gewaltsam entladen müssten (vgl. Nr. 1, Nr. 25). Die deutsche Kultur werde an den Rand gedrängt. Hierfür werden auch konkrete Beispiele aus dem eigenen Alltag genannt, etwa die Auseinandersetzung um ein Salamibrot in der Schule (vgl. Frau J., Nr. 11). Auffallend ist der Fatalismus, mit dem das Thema behandelt wird. Für viele ist ein gewalttätiger Konflikt unvermeidlich:

*„Oder ich sag mal, solche Zustände wie jetzt schon in Syrien herrschen oder an anderen Orten halt. Dass, wie gesagt halt, der allgemeine Frieden oder die allgemeine Grundversorgung einfach weltweit irgendwie nicht in den Griff bekommen wird“ (Frau S., Nr. 8).*

*„[...]und [ich] warte eigentlich bloß noch auf den nächsten Weltkrieg“ (Frau M., Nr. 3).*

Die kommenden gewalttätigen Konflikte erscheinen gleich Naturkatastrophen unabwendbar. Das unterscheidet sich durchaus von anderen Bereichen, etwa Sozialem oder demokratischen Verfahren, wo die Politiker nach Meinung der Befragten etwas tun könnten, aber nichts tun wollen<sup>89</sup>. In einigen Interviews wird allerdings auch kritisiert, dass die Bürger die Entwicklung passiv hinnähmen (vgl. Herr S., Nr. 1).

Reagiert wird auf diese Zukunftsängste oftmals mit einem Rückzug. Die Betroffenen versuchen, im privaten Raum, in der Familie, im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft positiv zu wirken (vgl.

8 Vgl. Vgl. Walter, Manuel et. al., S. 53–64 in dieser Studie

9 Vgl. Bouslimani, Chafa, et. al., S. 106–114 in dieser Studie

Herr L., Nr. 69). Zum Teil arbeiten die Befragten ehrenamtlich (vgl. Herr Z., Nr. 26) oder auf Anfrage auf lokaler Ebene (vgl. Frau S., Nr. 25).<sup>10</sup>

### *Fazit*

In der Summe zeichnen die Befragten ein fast durchweg pessimistisches Bild von der gegenwärtigen sozialen und gesellschaftlichen Situation in Deutschland. Die Befragten – in einer Situation, die nicht der gesellschaftlichen Norm entspricht, in der gesellschaftlichen Hierarchie unten stehend und mit kaum eigenen finanziellen Ressourcen ausgestattet – reagieren besonders sensibel auf die vorhandenen Desintegrationsprozesse und Verteilungskämpfe, denn diese treffen sie härter als andere. Als Gegenbild dient die stabile und „sozial gerechte“ alte Bundesrepublik, für die die Kanzler Brandt, Schmidt und Kohl stehen.

Die Interviewten kritisieren Ungleichbehandlungen, als deren Opfer sie sich sehen, was sie vor allem an der zum Zeitpunkt der Befragung aktuellen Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen festmachen. Aber auch in anderen Bereichen, bei Arbeit, Kindern, Schul- oder Bildungschancen werden Spaltungen innerhalb der Gesellschaft registriert. Da gleichzeitig die Mittelschicht schrumpft<sup>11</sup>, sehen die Betroffenen, dass sie – aber auch ihre Kinder und Enkel – kaum Chancen haben, aus ihrer Situation herauszukommen. Noch mehr: Sie befürchten, vollständig aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Als Folge ziehen sich die Betroffenen häufig weitgehend ins Private zurück, es bleibt nur die Hoffnung, das Wenige nicht auch noch zu verlieren, und das persönliche Glück auf bescheidenem Niveau zu suchen.

Die steigende Zahl Flüchtlingen, die zurzeit der Interviews nach Deutschland kamen, erzeugt nach Meinung vieler Befragter soziale, religiöse und kulturelle Spannungen, die unweigerlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen werden. Tiefgreifende Änderungen sind nicht zu erwarten, denn die Politiker sind nach

10 Vgl. Bouslimani et. al., S. 106–114 in dieser Studie

11 Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung ist die Mittelschicht seit 1997 um 5,5 Millionen Menschen oder von 65 auf 58 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der untersten Einkommen ist dagegen um 5 Prozent gestiegen. Vgl. hierzu: Bertelsmann Stiftung 2012: Die Mittelschicht in Deutschland schrumpft seit 15 Jahren. In: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/die-mittelschicht-in-deutschland-schrumpft-seit-15-jahren/>, zugegriffen am 31.3.2019

Meinung der Befragten weitgehend unfähig, unwillig oder ohne Macht, die Probleme zu lösen. Auch die Bürger verhalten sich nach Meinung einiger Befragter zu passiv. Aber wo keinerlei Hoffnung auf Veränderung besteht, ist Wählen sinnlos geworden (vgl. Nr. 6, Nr. 8). Das berührt am Ende die Systemfrage, die mehrfach angerissen wird. Ein Befragter fasst diese Aspekte so zusammen:

*„Viele sind unzufrieden und arrangieren sich halt so gut wie's geht damit. Aber sind halt unzufrieden und haben halt auch schon gelernt, sage ich jetzt mal, es bringt ja nix, irgendwas zu machen, weil es läuft ja weiter wie bisher, und es wird nicht besser. Egal, ob man was tut oder nicht, es bleibt, wie es ist, oder wird genauso weiter schlimmer, wie's bisher schlimmer geworden ist. Also warum soll man dann noch was tun?“ (Herr D., Nr. 29)*

Robert Matanovic/Friedrich Kern

## **„Und vor allem, wie ein Mensch behandelt wird“<sup>1</sup>**

Lösungsvorschläge, Forderungen und Wünsche der Befragten

*„Eine Reformation hätte ich gerne. Es muss alles unter die Lupe genommen werden. Wie gesagt, sei es drum, ob es jetzt das Hartz IV betrifft, das Bildungssystem, wir steuern in Deutschland auf einen Abgrund zu. Und wenn sich da nicht bald was tut, dann, ja, weiß ich nicht, dann kriegen wir keine Kinder mehr oder nur noch die Leute, die eigentlich nicht so viele Kinder kriegen sollten, weil die nur noch mehr Geld kosten. Die arbeitende Bevölkerung, die wird kaputtgemacht, die arbeitet bis 70, springt dann in [den] Sarg, wir haben kein Leben mehr, man hat nur noch Zukunftsängste und ja, es müsste grundlegend reformiert werden. Sicherlich, wir haben ja noch beim Bildungssystem, haben wir ja teilweise noch preußische Wurzeln. Sicherlich, mag ja alles schön und gut gewesen sein, aber, nein, das muss geändert werden. Oder Inklusion, Integration von Behinderten oder Flüchtlingen. Ja, das hört sich alles toll an, aber das kann man nicht einfach so hinschmeißen, das muss durchdacht werden und das braucht Jahre, um zu wachsen“ (Frau H., Nr. 73).*

1 Frau S., Nr. 55

*„Ich meine, das sind die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik. Aber die Sozialleistungen und alles, das wird meiner Ansicht nach immer weiter gekürzt“ (Herr M., Nr. 27).*

Schaut man durch die Interviews, erkennt man, dass die Befragten nicht nur Kritik üben, sondern zahlreiche Lösungsvorschläge, Wünsche und Forderungen aussprechen. Die Hauptforderung ist dabei „mehr soziale Gerechtigkeit“ beziehungsweise der „Abbau der sozialen Spaltung“. Sie zieht sich durch alle Interviews:

*„Es müsste passieren, dass diese sogenannte soziale Gerechtigkeit, von [der] alle Parteien sprechen, auch wirklich mal bei denen Leuten ankommen würde“ (Herr P., Nr. 48).*

Aus Sicht der Befragten handelt die Politik dabei weit unter ihren Möglichkeiten. Auf die Nachfrage hin, ob er glaube, dass die Politik für ihn und seine Situation etwas Positives bewirken könnte, antwortet derselbe Befragte:

*„[...] ich glaube schon, dass sie etwas bewirken kann, aber wie gesagt, da müsste man natürlich auch mal hergehen und nicht immer nur Versprechungen machen oder von sozialer Gerechtigkeit sprechen, sondern auch diese soziale Gerechtigkeit mal UMSETZEN“ (Herr P., Nr. 48).*

Neben der Forderung „soziale Gerechtigkeit“ gibt es auch zahlreiche Aussagen zu Politikern und zum Politikbetrieb. Hier zielen die Forderungen auf mehr Ehrlichkeit, größere Transparenz und mehr Bürgernähe:

*„Es müsste sich so viel ändern, dass ich sagen kann: ‚Ja, in Berlin hocken ganz, ganz viele Menschen, die sich um mich, um meine Artgenossen, sprich den Kleinen Mann, Gedanken machen und nicht sich von der Industrie kaufen lassen‘“ (Herr L., Nr. 6).*

Insgesamt könnten Änderungen und die Umsetzung von Versprechen dazu animieren, wieder zur Wahl zu gehen. Die befragten Nichtwähler nehmen dabei eine prüfende und beobachtende Position ein und wollen zunächst greifbare Verbesserungen und die Einhaltung von Versprechen hervorheben, bevor sie sich für eine Wahlbeteiligung entscheiden:

*„Ja, dass das mal eingehalten wird, was die versprechen. (...) Denn es wird ja nichts eingehalten. Gar nix. (...) Dann würde ich auch wieder zur Wahl hingehen“ (Frau K., Nr. 9).*

Die folgende transversale Analyse teilt sich, dem Material folgend, in zwei Teile. Der erste Teil dreht sich um Forderungen und Lösungsvorschläge im Hinblick auf die „soziale Gerechtigkeit“ und die Arbeit der Jobcenter. Der zweite Teil beschäftigt sich dann mit Aussagen zu Politikern und zum Politikbetrieb.

*„Damit es den Menschen besser geht. Allen und nicht nur einer kleinen Gruppe“ (Herr F., Nr. 60).*

Gefragt, was sich ändern müsse, nennen fast alle Befragten an erster Stelle das Thema „soziale Gerechtigkeit“ und die Überwindung sozialer Spaltung. Das sind damit die Hauptforderungen der Befragten. Nach ihrer Meinung wurde die „soziale Marktwirtschaft“, wie sie grundlegend für das gesellschaftliche System der Bundesrepublik ist, in den letzten Jahrzehnten zerstört und durch einen ungezügelden Wirtschaftsliberalismus ersetzt. So werde die Gesellschaft auseinandergerissen.

*„Soziale Marktwirtschaft ist der Grundstock des Zusammenlebens in der Bundesrepublik Deutschland. Haben sich auf jeden Fall mal unsere Gründungsväter 1949 was dabei gedacht. Aber das ist nicht mehr der Fall. Die soziale Marktwirtschaft wird abgeschafft. Beziehungsweise ist abgeschafft worden durch einen Sozialdemokrat. (...) Das müsste sich ändern. Die SPD müsste sich ändern“ (Herr W., Nr. 28).*

*„Und ich habe halt das Gefühl, dass das aber immer mehr verwässert hier. Dass die sozialen Standards halt immer weiter aufgeweicht werden (...) durch die globale Öffnung des Marktes, des Landes, der ganzen Welt“ (Frau W., Nr. 21).*

Einige Befragte sehen in den USA Entwicklungen, die sie auch für Deutschland und Europa befürchten:

*„Ich denk', es wäre billiger, da einfach den Sozialstaat zu fördern, als solche Verhältnisse hinzunehmen. Man sieht, dass wir, seitdem wir den Sozialstaat abgeschafft haben mit Hartz IV, uns immer mehr in diese Richtung bewegen, wie es auch in Amerika zugeht. Bildung von*

*Gangs. Bildung von Bereichen, wo die Polizei sich kaum noch reintraut. Und so weiter“ (Herr M., Nr. 56).*

Aus Sicht der Befragten ist die soziale Gerechtigkeit existenziell und umfasst das ganze Leben. Beschrieben wird dies mit Begriffen wie: „*Ein ordentlicher Job*“ (Herr G., Nr. 18), „*sich auch mal was leisten können*“ (Frau L., Nr. 39), „*Mittelschicht*“ oder „*Mittelstand*“ (vgl. Nr. 20, Nr. 56). Das Fazit ist: „*Wir wollen ein normales Leben führen*“ (Herr M., Nr. 56). Diese finanzielle und wirtschaftliche Normalität gehört für die Befragten selbstverständlich zu einem Leben in Würde. Doch während früher solch ein „normales Leben“ selbstverständlich gewesen sei, träfe das heute, wo sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr öffnet, für immer weniger Menschen zu. Die Politik habe die Aufgabe, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren:

*„Damit es den Menschen besser geht. Allen, und nicht nur einer kleinen Gruppe. Der Allgemeinheit“ (Herr F., Nr. 60).*

*„Auf jeden Fall mal dafür sorgen, dass die Gehaltsscheren nicht mehr so weit auseinanderklaffen. Dass man als Normalmensch in einem normalen Beruf genug verdient, um zum Mittelstand gehören zu können und nicht immer mehr Berufe immer mehr abdriften“ (Herr M., Nr. 56).*

Für die Finanzierung fordern die Befragten eine Umschichtung der Gelder – von oben nach unten, von den Konzernen und Großverdienern zu den „*Normalmensch*“ (Herr M., Nr. 56). Dies würde auch wieder mehr zum Arbeiten motivieren:

*„Vor allem, je mehr die die Steuern senken würden, (...) insbesondere Verdienst-, Lohnsteuer, desto mehr hätten auch Lust, arbeiten zu gehen, weil unterm Strich auch wieder was rauskommt. Umso mehr arbeiten gehen würden, würde umso mehr wieder in die Staatskassen einfließen“ (Herr L., Nr. 6).*

*„Dann müsste sich vor allem Folgendes ändern, die Politik müsste wieder für die Wähler da sein und nicht für Konzerne. (...) Weil momentan, die Klein-Leute, die werden ausgesaugt bis zum geht nicht mehr, die werden ausgepresst“ (Herr S., Nr. 53).*

Neben einem anderen Steuersystem sehen Befragte auch die Möglichkeit, innerhalb des Haushalts umzuschichten, speziell, um Bürokratie abzubauen (vgl. Frau W., Nr. 21).

*Hartz IV: „Man arbeitet, und das Geld, was man erarbeitet, [...] wird ja gleich wieder abgezogen“ (Frau P., Nr. 23).*

Hartz IV wird von den Betroffenen fast durchgehend abgelehnt, da es keine Perspektive auf ein normales Leben biete und die prekäre Situation der Betroffenen verfestige. Kritisiert wird vor allem, dass die Hartz IV-Situation krank mache<sup>2</sup>, dass es für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreiche<sup>3</sup> und dass es zu Ausgrenzung führe<sup>4</sup>. Kritisiert werden ebenso die Sanktionen und der Umgang mit den Betroffenen in den Jobcentern<sup>5</sup>. Zudem wird beklagt, dass man durch das Hartz IV-System für seine Leistungen und seine Arbeit bestraft werde. Hier fordern die Befragten einschneidende Veränderungen:

*„Wobei ich auch eine Weile gebraucht hab’, um das richtig zu merken eigentlich, wie krass die den Sozialstaat zerlegt und zerstört haben. Also wie schnell man jetzt zum Beispiel in die Arbeitslosigkeit reinrutscht, zum Hartz IV-Empfänger wird. Das ist eigentlich eine Schweinerei, wenn jemand, was weiß ich, 20 Jahre gearbeitet hat und dann nur, weil er seinen Job verliert, weil vielleicht ein jüngerer da ist, innerhalb von einem Jahr im Prinzip in eine absolute Armut abrutscht. Das ist Wahnsinn. Wir müssen da schon wieder zu den alten Verhältnissen zurück“ (Herr M., Nr. 56).*

*„Man arbeitet, und das Geld, was man erarbeitet, das ist, wird ja gleich wieder abgezogen (...) vom Jobcenter. Also arbeitet man quasi umsonst. [...] Es sollte belohnt, es sollte vom Gesetz her belohnt werden, dass man arbeiten geht [...]. Und nicht so, wie es im Moment ist,*

2 Vgl. Tertelmann, Martin/Janke, Luise: „Warum habe ich meine Arbeit nicht geschafft? Weil der Körper einfach nicht mehr mitmacht.“, S. 84–99 in dieser Studie

3 Vgl. Schultheis, Franz/Kern, Friedrich: „Hartz IV: Vom (Über-)Leben in verwalteter Armut“, S. 30–52 in dieser Studie.

4 Vgl. Velimsky, Jan/Bouslimani, Chafa: „Sie kommen kaum rum, rum zum Leben. [...] Teilhabe am sozialen Leben, das können Sie alles vergessen“, S. 65–75 in dieser Studie

5 Vgl. Koenig, Noémie/Matanovic, Robert: „Wenn der Kokon zum Gefängnis wird“, S. 100–105 in dieser Studie

„Und vor allem wie ein Mensch behandelt wird“

*dass zu 80 Prozent der Lohn angerechnet wird und Du quasi Dich umsonst krumm und bucklig arbeitest.“ (Frau P., Nr. 23).*

Viele Befragte verbinden mit dem Hartz IV-System auch die Ausweitung der Zeitarbeit und anderer prekärer Beschäftigungsformen. Sie stellen sie dabei auf eine Stufe mit Hartz IV:

*„Zeitfirmen [...] / Ich würde die komplett verbieten, abschaffen. Die Besitzer von Zeitfirmen, die würden wegen Sklavenhandel, würden die bei mir im Knast landen“ (Herr L., Nr. 6).*

*„Und Zeitarbeit, die gehört ganz abgeschafft meines Erachtens nach. Es gehört das 400-Euro-Gesetz gehört abgeschafft. Es gehört Hartz IV abgeschafft. (...) Oder auf jeden Fall mal aufgestockt, dieses Hartz IV“ (Herr W., Nr. 28).*

Die letzte Aussage zeigt, dass Hartz IV aus Sicht der Befragten immer nur die zweitbeste Lösung ist. Zwar müsse es verbessert werden (vgl. Herr M., Nr. 56), Priorität aber hat eine Beschäftigung, mit der man ein normales Leben führen kann.<sup>6</sup>

*„Gerechtere Mieten“ (Frau A., Nr. 52)*

Ein Punkt, den viele Befragte ansprechen, ist die Wohnungspolitik. Hier geht es um die Höhe der Mieten, aber auch darum, überhaupt eine Wohnung zu finden. Haben schon Normalverdiener Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden, verschärft sich die Situation für Menschen am Rande noch einmal (vgl. auch Herr F., Nr. 60).

*„Oder [bei] den MIETEN müsste mal ganz dringend was getan werden. Weil, jetzt ist es ja wohl ein Stopp. [...]. Aber was nützt denn das? Wir können ja JETZT die Mieten uns schon gar nicht mehr leisten“ (Frau T., Nr. 61).*

Ein konkretes Beispiel beschreibt Frau S. anhand einer Familie:

*„Ich habe jetzt halt persönlich zwei Bekannte in meinem Bekanntenkreis, die wirklich zu viert in einer 2-Zimmerwohnung [leben] und die Kinder bräuchten eigentlich mal ein eigenes Zimmer. Kann man aber*

<sup>6</sup> Siehe dazu auch den Abschnitt zu den Jobcentern weiter unten.

*nicht machen, weil sie einfach keine bezahlbare Wohnung finden. (...) Und das sind halt Sachen, wo mich denn ein bisschen ärgern, wo ich mir einfach denke, (...) mehr auf die Leute eingehen. [...] die Menschen, die kommen, die Hilfe suchen, (...) nicht sagen: ‚Ja, wir schreiben Sie in eine Liste, da kommen Sie vielleicht irgendwann dann mal in drei Jahren dran‘“ (Frau S., Nr. 25).*

Die Lösungsvorschläge liegen für die Befragten auf der Hand: sozialer Wohnungsbau und angemessene Mieten.

*„Dass der soziale Wohnungsbau einfach endlich mal (...) angekurbelt wird und / oder auch gerechtere Mieten, dass auch mal Jobcenter oder ein Langzeitarbeitsloser eine Wohnung finden kann“ (Frau A., Nr. 52).*

Gerade beim Thema „Wohnen und Mieten“ weisen die Befragten immer wieder auf die Konkurrenz mit Flüchtlingen hin, weil sich durch ihre Aufnahme der Wohnungsmangel verschärft habe. In diesem Zusammenhang wird auch die Integrationspolitik kritisiert. Einige fordern deshalb auch, dass Deutsche in diesem Bereich bevorzugt werden (vgl. Frau S., Nr. 25).

*Familien und Kinder: „Vielleicht diese ganzen Kindergartengeschichten ernster nehmen“ (Frau J., Nr. 12).*

Alleinerziehende und Familien mit drei oder mehr Kindern sind häufiger als der Durchschnitt von Armut und Hartz IV betroffen<sup>7 8</sup>. Einige der Befragten kennen die Probleme aus eigener Situation und formulieren entsprechende Wünsche und Forderungen:

*„Also für mich jetzt speziell als Alleinerziehende. Vielleicht diese ganzen Kindergartengeschichten, da mal etwas ernster nehmen. [...] In anderen Ländern ist das auch möglich. Die haben diese Betreuung. Und wenn ich erwarte, dass meine Leute im Land arbeiten gehen, dann muss ich auch was / Auf der einen Seite wird gebrüllt: ‚Hey, [wir] brauchen mehr Kinder.‘ Auf der anderen Seite, wenn welche da*

7 Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/alleinerziehend-in-deutschland-ueberdurchschnittlich-armutsgefaehrdet/22875296.html> und <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/familienpolitik/260000/kinderarmut>

8 Vgl. Janke, Luise/Koenig, Noémie: Alleinerziehende Frauen: Besonderheiten einer Lebenslage, S. 76–83 in dieser Studie

„Und vor allem wie ein Mensch behandelt wird“

*sind, dann, ja, Pech gehabt. [...] Nicht nur für Alleinerziehende. Ich sage mal, berufstätige Eltern trifft das genauso“ (Frau J., Nr. 12).*

*„Oder wenn man sagt: ‚MMM, mein Kind braucht jetzt Klamotten, ohhh, das geht jetzt den Monat nicht, weil ich jetzt den Monat was anderes zahlen muss.‘ Und das ist halt das, was ich so traurig finde, vom deutschen Staat her. (...) [...] früher wurde halt praktisch Wintergeld und Sommergeld gegeben. Das ist ja auch für uns gestrichen worden“ (Frau K., Nr. 58).*

Wie eng der finanzielle Spielraum mit Kindern ist, fasst eine Befragte so zusammen:

*„Wenn die Kinder auf die Welt kommen, dann machst’ den Geldbeutel auf und zu machst du ihn, bis das Kind, sagen wir mal, vielleicht Dreißig ist“ (Frau S., Nr. 42).*

Dass Familien mit Kindern besonders schwer eine Wohnung bekommen, wird ebenfalls angesprochen (vgl. Nr. 42, Nr. 25).

Ein besonderes Problem für Familien im Hartz IV-Bezug ist, dass alle Einkommen einer Bedarfsgemeinschaft verrechnet werden, auch hier gibt es Kritik und den Wunsch nach Änderung:

*„Natürlich waren das, in diesem Sinne, 200 Euro, wo sie [die Tochter] für SICH hatte monatlich, aber trotzdem (...) denke ich mir so, die geht den ganzen Monat arbeiten, verdient 450 Euro und muss die Hälfte an mich abdrücken. (...) Traurig. (...) Das macht mich dann so zornig, wenn ich dann so denke, warum macht die Politik nichts“ (Frau K., Nr. 58).*

*„Das ist eine totale Rentenkürzung“ (Herr H., Nr. 67)*

Die Angst vor Altersarmut ist groß und schließt die Sorge um die Kinder und Enkel mit ein (vgl. Nr. 18, Nr. 61). Geringverdiener und Hartz IV-Bezieher sind besonders von Altersarmut bedroht, weil sie nur wenig einzahlen können. Entsprechend wird nicht nur gefordert, die Menschen, die jetzt unter Altersarmut leiden, zu unterstützen. Es geht auch darum, eine ausreichende Alterssicherung für alle zu schaffen. Als ein Modell wird die Alterssicherung in Österreich angeführt:

*„Dann für unsere Senioren, für unsere kranken und alten Menschen (...) müsste mal irgendwas getan werden“ (Frau T., Nr. 61).*

*„Riesterrente. Das ist eine totale Rentenkürzung. In Österreich [bekommt] jemand, [der,] sagen wir mal, 45 Jahre arbeitet, wie in Deutschland, das gleiche Gehalt, Durchschnittsverdiener, der hat 800 Euro mehr Rente“ (Herr H., Nr. 67).*

*Jobcenter-Angebote: „Und sinnvollere (...) Maßnahmen“ (Frau O., Nr. 34).*

Alle Befragten teilen die Erfahrung, auf das Jobcenter angewiesen zu sein und mit diesem bei der Überwindung der Situation zusammenarbeiten zu müssen. Dies gilt besonders für die Fragen der Beschäftigung, der Qualifizierung oder der beruflichen Neuorientierung. Die Erfahrungen werden in den meisten Fällen als schlecht bis sehr schlecht beschrieben<sup>9</sup>, münden aber bei vielen Befragten in die Forderung, die Situation dort zu verbessern, mit konkreten Vorschlägen. Dabei geht es zum einen um die richtigen Maßnahmen:

*„Und sinnvollere (...) Maßnahmen. Also nicht einfach irgendwo, in eine Maßnahme gestopft, nur dass sie mal ein Monat oder zwei [aus der Statistik sind]“ (Frau O., Nr. 34)<sup>10</sup>.*

Viele Interviewte kritisieren aber auch immer wieder die Arbeit der Sachbearbeiter. Hier geht es um die Fachkenntnis, aber auch um deren hohe Arbeitsbelastung. Gefordert wird ein besserer Betreuungsschlüssel, damit sich für die betroffenen Leistungsbezieher endlich mal was ändere (vgl. Nr. 29).

Für sinnlose Maßnahmen steht – beinahe schon als ein Symbol – das Bewerbungstraining. Es werde nur gewählt, damit etwas ge-

9 Vgl. Koenig, Noémie et. al., S. 100–105 in dieser Studie

10 Auch der Bundesrechnungshof hat die Maßnahmenvergabe kritisiert: Vgl. hierzu: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/hartz-iv-empfaenger-jobcenter-stecken-klienten-in-kurse-um-eigene-ziele-zu-erreichen/21112464.html>, aufgerufen am 20.8.2019. O-ton-Arbeitsmarkt hat den Bericht aufgegriffen und kommentiert. Danach ist es für die Jobcenter schwierig, alle an die Maßnahmen geknüpften Erwartungen zu erfüllen. Vgl. hierzu: <http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/o-ton-news/vergabepaxisder-jobcenter-bundesrechnungshof-kritisiert-zuweisungen-in-massnahmen>, aufgerufen am 6.8.2019

schiebt oder der Betreffende aus der Statistik verschwindet – und diese so geschönt werde (vgl. Nr. 21, Nr. 34). Kritisiert werden dabei die Kurzfristigkeit und das Fehlen von längerfristigen Zielen:

*„Aber der Punkt ist ja ganz einfach, (...) über eine längere Strecke braucht man die Hilfe, nicht nur eben mal so sechs Wochen, weil die Hilfe ist ja nicht, wenn ich meine Bewerbung optimal mache, sondern eine Hilfe wäre ja eher darin, dass ich auch ein' Punkt im Leben finde, wo ich sagen könnte, daran lohnt sich zu arbeiten“ (Herr M., Nr. 32).*

Die Befragten beobachten hier eine Fehlsteuerung im großen Ausmaß. Die Jobcenter zeigten zu wenig Flexibilität, wenn es um die Unterstützung der Klienten geht. Gedacht werde bei den Jobcentern von den Maßnahmen her, nicht aus der Perspektive der Betroffenen. So blieben ihnen oft Weiterbildungen, die sie selbst wollten und die sie weiterbringen können, verwehrt, während sie zu anderen Maßnahmen gezwungen würden. Aus der Kritik erwächst die Forderung, die Maßnahmen besser an die individuelle Situation und an die individuellen Ziele anzupassen:

*„Es müssten halt einfach die ganzen Maßnahmen, die es gibt, die müssten optimiert werden. Auf die Probleme einzeln zugeschnitten werden, so dass halt wirklich auch das, was an Geldern dort irgendwie gestellt wird, wirklich halt auch dort ankommt, wo es ankommen soll“ (Frau S., Nr. 8).*

*„Dass die [die Jobcenter-Mitarbeiter] Leuten was anbieten können, was die wirklich reizt und wo sie wirklich motiviert dabei sind. Und nicht irgendeinen Kurs, um sie halt beschäftigt zu halten. Also, ich hab' das bei einer Freundin von mir mitgekriegt, die hat den deutschen Pass noch nicht so lange, die hat aber ein deutsches Abitur gemacht. Die wurde in einen Deutschkurs reingeschickt. In einen Grundkurs Deutsch“ (Herr M., Nr. 56).*

*„Und was ich auch oft gehört habe, mit Meister könnte ich MEHR oder bessere Chancen haben, aber die Unterstützung [geben], wenn mir jetzt noch was fehlt, warum auch immer, dürfen sie mich nicht. Aber jeden anderen Scheiß, einfach ein SPS-Kurs [SPS=Speicherprogrammierte Steuerung] oder was, dürfen sie mir zahlen“ (Herr D., Nr. 29).*

Auch die Situation am Arbeitsmarkt wird nach Meinung der Interviewten zu selten berücksichtigt:

*„Und dass halt auch, wie gesagt, auch die Stellenangebote sinniger sind. Oder dass sie auch qualifiziert sagen können: ‚Hey‘ – keine Ahnung – ‚der Festo, der sucht Elektriker, aber momentan bräuchte der die Qualifikation. (...) Was könnten wir einem Kunden, der da willig ist, auch sich weiter zu qualifizieren, was können wir dem da wirklich bieten?‘ [...] Aber ich weiß doch gar nicht, was auf dem Markt gerade an (...) Weiterqualifikation sinnvoll wäre“ (Herr D., Nr. 29).*

In den Interviews wird auch immer wieder reflektiert, dass die Menschen, die durch die Jobcenter betreut werden, recht unterschiedlich seien und deshalb unterschiedliche Maßnahmen benötigten:

*„Ein Bundesteilhabegesetz. [...] Solche Gesetze sollten fast noch intensiviert werden! Dass man sagt, das ist nicht nur für Behinderte oder Eingeschränkte, sondern auch vielleicht dann für die Asylanten oder (...), die dann halt auch Schwierigkeiten haben mit der Sprache. Dass man sieht: ‚Okay, der ist wohl Ausländer, kann aber GENAUSO mit Menschen, die auch gehbehindert oder anders eingeschränkt sind“ (Frau M., Nr. 3).*

Aus Sicht der Befragten müssen kurzfristige Maßnahmen ersetzt werden durch eine Strategie, die Schritt für Schritt vorgeht, ohne dass es dabei zu einem Missbrauch, etwa durch Lohndumping kommt (vgl. Herr M., Nr. 56). Aber dabei muss auch beachtet werden, dass die Betroffenen motiviert werden und motiviert bleiben. Herr L. erzählt von seinem positiven Beispiel:

*„Es muss mehr bewegt werden in die Richtung, die Leute vorwärts zu bringen. [...] Ja, gutes Beispiel: Das Arbeitsamt will irgendwo die AGH-Stellen abschaffen, weil sie sagen: ‚Es bringt nichts.‘ In meinem Fall muss ich sagen, AGH war für mich der Einstieg in ein neues Leben [...] Aber es gehören nicht nur irgendwelche Beschäftigungsmaßnahmen, wo man die Leute mal sechs Monate beschäftigt, sondern es müssen Wege gebaut werden, es müssen Leitern aufgestellt werden, die nach oben gehen. Die Leute müssen nicht nur einfach sechs Monate hier Zwangsarbeit und da: ‚Mache einmal. Sechs Monate musst Du Dich anstrengen, sonst streichen wir Deine Gelder.‘ Sondern da müssen reelle Wege nach oben her (klopft mehrmals bekräftigend mit seiner Hand auf den Tisch). Es müssen Karrieren geschaffen werden (klopft einmal bekräftigend mit seiner Hand auf den Tisch)“ (Herr L., Nr. 6).*

*„Mehr Mitarbeiter, die sich besser um die Kunden kümmern können“ (Herr D., Nr. 29).*

Neben den Maßnahmen werden auch die schlechte Betreuung und die Überlastung der Mitarbeiter beim Jobcenter angesprochen. Die Befragten merken, dass sich dies auf die Qualität der Betreuung auswirkt, auch wenn sie einzelne Jobcenter-Mitarbeiter persönlich schätzen.<sup>11</sup> Ein besserer Personalschlüssel ist aus Sicht der Befragten deswegen Voraussetzung für eine bessere, erfolgreiche Betreuung:

*„[...] ich denke dann, wenn die Jobcenter-Mitarbeiter weniger Kunden hätten, könnten die da auch mehr Kontakte mit Firmen machen und gucken und mit der Zeit erlernen, was ist sinnvoll zu machen und was nicht. (...) Und halt auch auf den Einzelfall besser gucken (...), was passt vom Berufsbild her und was passt vom persönlichen Werdegang zu verschiedenen Stellen. Oder wo müsste man vielleicht noch einen Schubs geben [...]. Ist halt nur eine Frage dessen, man muss Geld in die Hand nehmen und Personal entsprechend hinsetzen“ (Herr D., Nr. 29).*

*„Ich sehe ja, wenn ich Termine habe auf dem Amt, die schauen mich nicht richtig an, die reden fünf Minuten, Blablabla, irgendetwas vom Blatt runter und fertig. Aber wenn man dann mal spezifisch sagt, ich hätte gern mal das oder das, (Langes Einatmen): Um Gottes willen, nein, das können wir nicht machen, das ist außerhalb der Reihe und das geht nicht. Also, die sind da halt sehr maschinell geworden. Also, ich kann mich an frühere Arbeitsamt-Mitarbeiter erinnern, mit denen man noch reden konnte. Es hat sehr nachgelassen. Man wird mehr oder weniger abgefertigt. (...) Leider“ (Frau S., Nr. 25).*

Eine Ursache für die mangelhafte Unterstützung wird auch in der Bürokratie gesehen, für die viel zu viel Zeit verschwendet werde und dann sowohl Mitarbeitern des Jobcenters als auch den Langzeitarbeitslosen fehle:

*„Ja, das ist halt meine Lebensrealität, ich habe jetzt so lange mit vielen Anträgen, mit allem zu tun gehabt, es ist einfach teilweise echt*

<sup>11</sup> Die Erfahrungen mit den Jobcenter-Mitarbeitern sind sehr unterschiedlich. In einigen Fällen wird Willkür beklagt: „Sobald du [...] ein paar Deiner Rechte versuchst einzufordern, dann ändert sich dann das Verhalten“ (Herr G., Nr. 5). Viele teilen allerdings die Erfahrung von Frau S.: „Weil es gibt halt wirklich, wie überall, gibt es solche und solche“ (Frau S., Nr. 25).

*viel zu kompliziert, viel zu aufwendig und man muss viel zu oft, alles zehnmal bringen [...] und wenn nur ein kleiner Fehler drin ist, wird sofort alles abgelehnt und man darf den ganzen Antrag von vorne bei Null wieder anfangen [...]" (Herr D., Nr. 29).*

*„[...] die Politiker, die sind irgendwo auf einem ganz anderen Stern für mich [...]" (Frau S., Nr. 25).*

Neben der Frage der „sozialen Gerechtigkeit“ finden sich auch Forderungen nach mehr Glaubwürdigkeit von Politikern, nach mehr Transparenz und Überlegungen zu politischen Verfahren:

*„Als erstes müsste ich mal überzeugt sein von der Redlichkeit der Politiker, wo ich momentan keinen finde, der ein Wörtchen Anstand und Ehrlichkeit im Leib hat. Was die momentan versprechen, gilt genau bis zu dem Moment, wo sie wissen, dass sie gewählt sind, und dann heißt es, was interessiert mich der Quatsch, den ich letzte Woche verzapft habe“ (Herr S., Nr. 53).*

*„Es muss auch mal, nicht nur, es müssen auch Taten folgen, nicht nur reden. Und das ist es, was fehlt. Bei den Politikern sind immer nur die Reden. Reden, Reden, Reden, Reden. Nie wird was umgesetzt von dem“ (Frau S., Nr. 13).*

Das verlorene politische Vertrauen wird sehr oft mit dem Namen Gerhard Schröder (SPD), Hartz IV und der Agenda 2010 in Verbindung gebracht (vgl. Nr. 5, Nr. 56). Dagegen verbindet sich mit Politikern der „Bonner Republik“ ein positives Image, besonders mit sozialdemokratischen:

*„B Ja, ich bin halt Fan von Helmut. (...)*

*I Helmut Schmidt? (...)*

*B Ja. (...) [Und] Willy Brandt“ (Herr G., Nr. 5).*

Ehrlichkeit ist allerdings nicht das einzige Kriterium, das die Befragten von Politikern fordern. Das Anforderungsprofil und der Maßstab, den die Befragten hier anlegen, sind hoch. Zusammengefasst wünschen sie sich ehrliche, engagierte, qualifizierte, uneigennützig, selbstkritische, unabhängige, entscheidungsfreudige,

durchsetzungsfähige, beständige sowie bürgernahe Politiker, die zudem noch vorausschauend planen. Hiervon versprechen sich die Betroffenen eine größere Motivation, zur Wahl zu gehen:

*„Ich hab’ halt das Gefühl, die Politiker, die sind irgendwo auf einem ganz anderen Stern für mich, weil man da einfach wirklich unerreichbar [ist], es tut sich nichts. (...) Ich denke, wenn die Menschen merken würden, dass die auch wieder ein bisschen mehr runterkommen von ihrem hohen Thron, dann würden die anderen vielleicht auch wieder offener werden [...]“ (Frau S., Nr. 25).*

*„Wenn ich jetzt, zum Beispiel, morgens aufstehe und sage, ich gehe heute ins Geschäft und ich mach’ das. Dann stehe ich hinter meiner Sache, und das merke ich aber halt bei den Politikern einfach noch nicht wirklich, dass die sagen so (1 x Schnippen): ‚So machen wir das jetzt.‘ Und dann stehen die aber auch wirklich auf und machen das“ (Frau S., Nr. 25).*

*„Wir schaffen das‘. Dann soll sie’s zugeben, dann soll sie zugeben, da sind Fehler gemacht worden [...]“ (Frau S., Nr. 41).*

Die Befragten belassen es nicht dabei, sich bessere Politiker zu wünschen. Einige schlagen auch Regeln vor, um mehr qualifiziertes Personal in der Politik zu bekommen:

*„Eigentlich sollte sich die Partei oder sonst irgendwas, was da auch immer versprechen und so, die sollen sich doch erstmal bewähren. Also ich mein’, ich muss ja auch, wenn ich jetzt zum Beispiel: ich find ein[en] Job, dann hab ich erstmal sechs Monate Probezeit“ (Frau S., Nr. 41).*

*„Im alten Rom war es mal so. Wenn sie jetzt einen bestimmten Posten wollten, haben sie halt eine bestimmte Qualifikation gebraucht, eine Vorbildung. Dann haben sie ein Jahr auf dem Posten gearbeitet und wenn sie jetzt auf den nächsthöheren Posten wollten, mussten sie ein Jahr pausieren“ (Herr G., Nr. 5).*

*„Ich finde, Politiker sollten grundsätzlich nach Leistung bezahlt werden und zwar nach Ergebnisleistung und nicht nach: ‚Ich bin zwei Stunden dort schlafend im Saal gesessen, also kriege ich 2.000 Euro pro Sitzung.‘ [...] Von mir aus auch Abstufung zum Mindestlohn, den haben sie geschaffen, also können sie ihn auch mal genießen, um zu wissen, womit sie uns leben lassen“ (Herr L., Nr. 6).*

*„Nein, der Auslese-Prozess von Politikern oder Leuten, die in die Politik wollen oder von Beamten, der muss sich schwer verbessern. Da müssen wirklich so psychologische Tests rein, die relativ sicherstellen, dass [jemand] diesen Job nicht macht, weil's ein Job ist, sondern weil er dem Gemeinwohl dienen will“ (Herr G., Nr. 5).*

Einige wenige halten Politiker allerdings auch für unterbezahlt, deswegen gingen die fähigen Leute eher in die Wirtschaft (vgl. Herr M., Nr. 56).

*Transparenz statt Lobbyismus: „Die Politik muss öffentlich sein“ (Herr S., Nr. 53).*

Zu der geforderten Ehrlichkeit gehören auch Transparenz und weniger Lobbyismus. Beides nimmt in den Interviews einen großen Raum ein. Die Befragten wünschen sich deswegen, dass die Politiker sich dem Einfluss der Wirtschaft entziehen und ehrlich mit den Fakten umgehen:

*„[...] dass es eben weniger Berufspolitiker gibt, sondern Leute, die sich im Sinne der Politik [dafür einsetzen], dass sie mehr transparenter ist und offener ist und sich dem mehr stellt. Und es wird zu viel vertuscht und so weiter und so fort. Ich hatte es vorher mit Rechtsextremismus und so weiter. Auch im Vermögen, mit den Armutsberichten, das wurde auch immer Jahre lang unterdrückt. Bis es rauskommt“ (Herr H., Nr. 67).*

Besonders den Lobbyismus der Wirtschaft sehen die Interviewten kritisch: In ihren Augen ist der zu große Einfluss der Wirtschaft eine der wichtigsten Ursachen für die soziale Spaltung der Gesellschaft. Folgerichtig fordern sie, dass dieser Lobbyismus eingeschränkt oder ganz abgeschafft wird. Konkrete Vorschläge fehlen hier allerdings:

*„[In Bezug auf Riesterreute]. Ich will nie jemand widersprechen, der sagt ‚Der Staat ist gekauft‘. (...) Da könnte ich nicht widersprechen. Ich behaupte es nicht, aber ich würde [...] nicht widersprechen“ (Herr H., Nr. 67).*

*„Laufen Sie mal durch Berlin, da gibt es dann die Vertretung der deutschen Brauer, die Vertretung der deutschen Tabakindustrie, die Vertretung der Tankstellenindustrien. Und, also für jeden Industriezweig gibt es eine Vertretung. Aber wo gibt's denn bitteschön die Vertretung der Hartz IV-Empfänger? Die Vertretung der armen Menschen? Die Vertretung der Flüchtlinge? Die Vertretung der Zeitarbeitsnehmer?“ (Herr L., Nr. 6).*

*„Also meiner Meinung nach (...) steht die Politik nicht im Dienste der Bürger, sondern im Dienste der Wirtschaft und der[er], [...] denen sowieso schon alles gehört. Da müsste man eigentlich die komplette (...) Gesellschaft revolutionieren“ (Frau W., Nr. 21).*

*Alternativen: „Da sitzt man mit verschiedenen Leuten am Tisch und jeder ist aber gleich“ (Frau S., Nr. 25).*

Kritik geübt wird von den Befragten nicht nur an den Politikern. Auch die demokratischen Verfahren und das politische System insgesamt werden als mangelhaft, ineffizient oder als überfordernd empfunden. So gäbe es zu viele Parteien und es fehle eine Amtszeitbegrenzung für die Kanzlerschaft (vgl. Frau T., Nr. 61). Kompromisse seien eine schlechte Lösung, weil man sich dort in der Mitte trifft, und es gäbe keine Rückkoppelung mit dem Volk, stattdessen entschieden *„irgendwelche Interessen“* (vgl. Herr G., Nr. 5).

Die Lösungsvorschläge, die hier gemacht werden, sind sehr unterschiedlich und widersprechen sich teilweise. Fast von allen befürwortet werden Volksabstimmungen und andere Formen direkter Demokratie<sup>12</sup>. Auch, dass die Politik näher am Bürger sein müsse, wird von den Befragten durchgehend gefordert. In einigen Fällen wird aber auch über neue Verfahren nachgedacht oder der Wunsch nach einem „starken Mann“ oder einem völligen Neuanfang geäußert.

Dass man Nichtwähler mit den richtigen Mitteln für politisches Engagement gewinnen kann, zeigt das Beispiel von Frau S. Sie hat Erfahrungen mit einem runden Tisch auf kommunaler Ebene. Dabei betont sie das basisdemokratische Element:

<sup>12</sup> Vgl. Walter, Manuel/Bouslimani, Chafa: „Aber wo gibt's denn bitteschön die Vertretung der Hartz IV-Empfänger?“, S. 53–64 in dieser Studie

*„Da sitzt man mit verschiedenen Leuten am Tisch und jeder ist aber gleich. Und das finde ich einfach gut, dass dann das schon mal wenigstens in kleinerer Form einfach existiert. Und so wäre es natürlich auch schön nur, wenn es [genauso] nach oben weitergehen würde. Und von dem her (...) bin ich froh, dass ich da reingekommen bin und dass ich da an regelmäßigen Arbeitstreffen teilnehmen kann und mein Teil dazu beitragen kann“ (Frau S., Nr. 25).*

Der Gedanke taucht auch später im Interview noch einmal auf:

*„[...] wenn da mal [auf einem zentralen Platz in ihrem Wohnort] einfach so eine Versammlung wäre, wo man hingehen könnte, und wo man mal frei aussprechen könnte, was man denkt“ (Frau S., Nr. 25)<sup>13</sup>.*

Andere Vorschläge sind eher politiktheoretischer Natur. Im Folgenden wird dafür plädiert, die Abgeordneten des Bundestages per Los zu bestimmen. Der Befragte erhofft sich dadurch ein Aufbrechen der Strukturen:

*„Keine Einarbeitung, die muss wegfallen. (...) Es geht um die Spontaneität (...) Da haben festgefahrene Strukturen keinen Platz drin. [...] Das ist das Problem. Setzt Euch zusammen. Wir brauchen dafür eine Lösung.“ (...) Das funktioniert.“ (Herr G., Nr. 5).*

Herr G. bietet noch zwei weitere Vorschläge: Ein Mandat, das ausschließlich für die Opposition erworben wird, um dort die Regierung zu kontrollieren, sowie eine Sitzverteilung nach Wahlbeteiligung:

*„Wir haben 600 Abgeordnete. Eine Wahlbeteiligung von 60 Prozent. Das heißt also, nur 60 Prozent der Sitze werden (...) belegt sein. Die anderen 40 Prozent bleiben leer“ (Herr G., Nr. 5).*

Ein weiterer Vorschlag ist die Wahl nach Themen:

*„Noch besser: Kann man verschiedene Antwortmöglichkeiten ankreuzen. Zum Beispiel: ‚In der Familienpolitik bin ich dafür, dass Familien mit Kindern besser gefördert werden.‘ Und die Partei, die das dann dementsprechend im Wahlprogramm hat, kriegt dann den Stimmenanteil. Die das politisch vertritt“ (Herr M., Nr. 56).*

<sup>13</sup> Diese Vorstellung erinnert an die Landsgemeinden in der Schweiz. Vgl.: Stadler, Hans 2019: Landsgemeinde. In: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/010239/2008-11-13/>, aufgerufen am 30.7.2019

In einigen Interviews tauchen Überlegungen zu einer autoritären Führung oder sogar zu einer zeitlich begrenzten Diktatur auf (Nr. 5, Nr. 61). So soll den komplizierten demokratischen Entscheidungsprozessen etwas entgegengesetzt werden. Dabei sind sich die Interviewten durchaus bewusst, dass hier das Problem besteht, dass der Diktator *„keinen großen Schaden anrichtet“* (Frau T., Nr. 61) beziehungsweise *„die Macht wieder abgibt“* (Herr G., Nr. 5). Herr G., der sich stark in die politische Theorien eingearbeitet hat, nutzt das Interview, um verschiedene Alternativen zur bestehenden Demokratie durchzuspielen. So erläutert er kurz nach der Diktatur auch das Konzept der Anarchie. Auch der Gedanke, durch totale Arbeitsverweigerung einen politischen Neuanfang einzuleiten, taucht auf (vgl. Herr S., Nr. 1).

*„Wenn die Politiker mal die Augen wirklich mal aufmachen würden [...]“ (Frau A., Nr. 52).*

Als weiteres großes Manko sehen die Befragten die mangelnde Kommunikation zwischen Politik und Bürgern beziehungsweise „dem Volk“. Dies führe dazu, dass Probleme nicht mehr wahrgenommen und so auch nicht angegangen würden:

*„Wenn die Politiker mal die Augen wirklich mal aufmachen würden, wie das Volk ist, wie es leben muss mit Hartz IV oder auch mit anderen Sozialleistungen. Ich glaube schon, dass Politiker alles verändern könnten“ (Frau A., Nr. 52).*

*„Es ist natürlich schwierig, dass die zum Beispiel als Politiker der Presse gegenüber kein Muss haben. Die müssen nicht aussagen in dem Sinne, sondern die dürfen. Und die machen es meines Erachtens nach immer aus den falschen Gründen. Weil, wenn du die Leute versammelst und du hast dann wirklich mal eine Bandbreite von Menschen, die Fragen stellen, und wo es dann auch direkt Antworten gibt. (...) Und nicht aus irgendwelchen, wie soll man sagen, aus repräsentativen Gründen. Sondern, dass sie das einberufen, um mal selber zu wissen, was beschäftigt die Leute. Wie sieht das von DER Seite aus, das Problem oder so? Wie kann man das vielleicht noch anders angehen?“ (Frau S., Nr. 8).*

Auf die Veränderung der politischen Kommunikation durch das Internet und soziale Medien geht besonders Herr M. ein. Er betont,

dass die Politik diese nutzen müsse, um vor allem junge Menschen zu erreichen. Gleichzeitig zeigt Herr M. an diesem Beispiel, dass politische Kommunikation nur gelingt, wenn sie glaubwürdig ist:

*„B [...] Die müssten in den ganzen sozialen Medien viel stärker vertreten sein. Weil da sind die jungen Leute von heutzutage. [...]*

*I Und da zeigen die zu wenig Präsenz?*

*B Das haben die amerikanischen Politiker inzwischen viel besser erkannt. Wenn ich mir anschaue, was Obama zum Beispiel auf YouTube für einen erfolgreichen Wahlkampf geführt hat. Hat man teilweise so ein bisschen versucht, hier zu kopieren, ist aber ziemlich auf die Schnauze damit gefallen, weil man nicht die nötigen Experten hatte, um das auch überzeugend rüberzubringen. [...] wenn ich sehe, dass er sich in einem Bereich überhaupt nicht auskennt, wo er sich auskennen müsste, weil IT-Politik heutzutage ein Riesenthema ist, dann [fang] ich natürlich an, daran zu zweifeln, ob der in anderen Bereichen sich wirklich auskennt und wirklich Ahnung hat. [...] Da müssen die klassischen Parteien eben auch eine [...] vernünftige Computerpolitik machen. Da können sie sehr viele Nichtwähler wieder in die Wählerschaft reinholen“ (Herr M., Nr. 56).*

Ebenso wünschen sich die Befragten ein klares Profil der Politiker. Vermisst werden Persönlichkeiten wie Brandt, Schmidt, Strauss oder Blüm, die Lebenserfahrung und Ausstrahlung haben und möglichst keine Berufspolitiker sind. Die Parteien als Ganzes müssten sich klar positionieren:

*„Weil sie alle versucht haben, auf die Mitte zuzugehen, um mehr Wähler zu generieren. [...] und verstehen eigentlich gar nicht, warum sie immer mehr verlieren. Denk ich zumindest. Das hat viel damit zu tun, dass sie eben zu wischiwaschi geworden sind, zu sehr in der Mitte sind. Und man nicht mehr genau weiß, wofür die stehen“ (Herr M., Nr. 56).*

*„Ich würde mir [...] mehr Engagement von den Bundesbürgern wünschen“ (Herr B., Nr. 51).*

In einigen Fällen blicken die Befragten nicht nur auf die Politiker, sondern auch auf die Bürger. Vermisst wird Engagement, das

Eintreten für eigene Positionen, aber auch der Wille, die Politik zu kontrollieren und einzugreifen:

*„Es sollten sich mehr Menschen engagieren und ich bin eigentlich immer enttäuscht, wie wenig sich bei der Montagsdemo, was eher eine Kundgebung ist, sich da am offenen Mikro äußern. Ich würde mir da mehr Enthusiasmus und mehr Engagement von den Bundesbürgern wünschen“ (Herr B., Nr. 51).*

*„Weil ich mir immer denk', wenn alle so denken würden wie ich und sagen würden, ‚Ich geh' nicht, ich geh' nicht, ich geh' nicht!‘ [zur Wahl] / Letztes mal oben im Raucherraum hab' ich auch gesagt: ‚Wisst ihr was, wenn wir alle sagen: Wir gehen nicht, wir gehen nicht, wir gehen nicht, haben wir auch kein Recht, uns zu beschweren, wenn jetzt diese Regierung / ‘Alle schimpfen sie über die Merkel, alle schimpfen sie über den, und alle schimpfen sie über den. ‚Was schimpft ihr?‘, hab' ich gesagt, ‚Ich bin genauso wie ihr, wir sind lauter Deppen, weil wenn wir nicht wählen gehen, dann bleibt uns die Frau vielleicht bis in hundert Jahren auch noch da“ (Frau S., Nr. 42).*

*„Aber wir sollten wirklich so abstimmen wie in der Schweiz oder in Dänemark. [...] Die sind cleverer, wie [als] der dumme Deutsche, was das betrifft. Die lassen ihrem Parlament da nicht so viel freie Hand“ (Herr S., Nr. 53).*

*Fazit: „[...] dass man auch wieder Lust am Leben hat“ (Herr G., Nr. 18).*

Überblickt man das Material zum Thema „Lösungsvorschläge, Forderungen, und Wünsche“, zeigt sich auch hier, dass vom politischen Desinteresse der langzeitarbeitslosen Nichtwähler nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil: Bestehende Probleme werden vielfach genau auf den Punkt gebracht, über Lösungen wird nachgedacht. Einzelne Befragte haben sich sogar in politische Theorien eingearbeitet.

Insgesamt wird der Politik ein hohes Maß an Möglichkeiten, aber auch an Verantwortung für die positive Gestaltung der Gesellschaft und die Verbesserung der Lebenssituation jedes einzelnen zugesprochen. Dass sich die Politik aus dieser Verantwortung zurückgezogen und der neoliberalen Doktrin das Feld überlassen habe, mit der Folge der sozialen Spaltung der Gesellschaft, ist aus Sicht der Befragten

der Kardinalfehler der vergangenen Jahrzehnte. Deswegen erwarten sie von den Politikern zuallererst, dass sie diesen Fehler korrigieren. Das wäre aus der Sicht der Interviewten die entscheidende Voraussetzung, wieder wählen zu gehen und sich zu engagieren.

Übersetzt man die Generalforderung „soziale Gerechtigkeit“ in konkrete Maßnahmen, bieten die Interviews viele Punkte, an denen Politik ansetzen könnte. Besonders deutlich wird dies bei der Arbeit der Jobcenter, denn es ist die Institution, die den Alltag der Betroffenen entscheidend prägt. Die eher schlechten Erfahrungen dort münzen die Interviewten in Forderungen nach einem besseren Betreuungsschlüssel, individuellen Maßnahmen und besserer, nicht-prekärer Arbeit um. Es sind alles Forderungen, die eine Perspektive schaffen und den Weg aus Hartz IV ermöglichen sollen.

Andere Themen im sozialen Bereich – Miete, Familien, Rente – sind dagegen nicht Hartz IV-spezifisch. Der Ruf nach Verbesserungen im sozialen Bereich und nach einem Ausgleich zwischen den Schichten teilen die Befragten mit einem Großteil der Bevölkerung<sup>14</sup>. Zudem wünschen sich die Befragten, dass Versprechen eingehalten werden, Politiker ehrlich sind, Parteien eindeutig Position beziehen und es weniger Lobbyismus gibt<sup>15</sup>.

Insgesamt wünschen sich die Befragten, dass die Politiker sich um die Menschen kümmern und nicht um die eigenen Interessen oder die der Wirtschaft. Die Politiker sollen zuhören, auf die Lebensumstände und Wünsche der Betroffenen eingehen und deren Situation verbessern:

*„Ich denke, das wäre vielleicht bei vielen Parteien vielleicht mal sinnvoll. Einfach zu sagen, wir sollten auch mal auf die Leute hören, um die es uns nachher geht“ (Frau S. Nr. 25).*

*„Es müsste einfach gerechter für uns Deutschen zugehen und dass man auch wieder Lust am Leben hat. Und dass man auch wieder mal einen ordentlichen Job hat“ (Herr G., Nr. 18).*

14 Nach einer Umfrage meinen 79 Prozent der Deutschen, dass es an sozialer Gerechtigkeit mangelt. Vgl.: <https://yougov.de/news/2017/08/22/vier-von-zehn-deutschen-sehen-soziale-gerechtigkeit/>, aufgerufen am 6.8.2019

15 Auch bei der Frage Lobbyismus gibt es eine Übereinstimmung mit der Gesamtbevölkerung. Bei einer Umfrage gaben 82 Prozent der Befragten an, der Einfluss von Lobbyisten auf die Politik sei „zu hoch“ oder „viel zu hoch“. Genauso viele wünschen sich eine stärkere Regulierung: Vgl.: <https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2019-04-24/aktuelle-umfrage-grosse-mehrheit-will-offenlegung-von-lobbytreffen>, aufgerufen am 6.8.2019

„Und vor allem wie ein Mensch behandelt wird“

*„Und dass auch mehr getan wird, dass Leute, die ein Handicap haben, sei es körperlich oder geistig, besser in das Arbeitsleben wieder integriert [werden]. (...) Das müsste passieren“ (Herr P., Nr. 48).*

*„Ja. Zukunftswünsche. Das ist, dass jeder Mensch das Gleiche hat und kriegt [...]. Und vor allem wie ein Mensch behandelt wird. Schon alleine, man sagt ja, dass der Mensch, das gibt es gar nicht mehr. Nur noch Personen und Personal“ (Frau S., Nr. 55).*

*„Ich denke mal, unsere Wünsche sind, dass jeder seine Arbeit hat, dass es ihm besser geht“ (Frau G., Nr. 64).*

Friedrich Kern/Martin Tertelmann

## **Wir wollen etwas Besseres als das ewige „Besser als nichts“<sup>1</sup>**

Forderungen langzeitarbeitsloser Nichtwähler  
an die Verantwortlichen in der Politik und an die  
Gesellschaft

Die Mitarbeitenden der Denkfabrik haben für die Studie *„Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose?“* 44 Interviews auf Forderungen und Appelle durchsucht, die sich an die Politik und Gesellschaft richten und nachfolgend zusammengefasst und verdichtet sind. In der emotionalen und direkten Ansprache stimmen die subjektiven Aussagen der Interviewten in einen gemeinsamen Chor ein, der deutliche Worte findet. In den Forderungen kommt die ganze Tragödie der befragten Langzeitarbeitslosen gebündelt zum Ausdruck. Die Zumutungen und Leiden, denen sie ausgesetzt sind, bilden eine Projektionsfläche für die Abstiegsängste derjenigen, die nicht oder noch nicht am Rand der Gesellschaft stehen. Es gibt zwei Möglichkeiten, mit diesen Forderungen umzugehen. Entweder werden diese Menschen weiter ausgegrenzt

und für ihre Lage selbst verantwortlich gemacht, oder wir solidarisieren uns mit ihnen und versuchen, sie wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückzuziehen.

*1. Hört uns zu! Redet mit uns. Interessiert Euch für unsere prekäre Lebenswirklichkeit. Lernt uns kennen.*

Wir sind es leid, dass viel über uns, aber weniger mit uns geredet wird, dass jeder glaubt, uns genau zu kennen, gleichzeitig aber unsere Meinung ignoriert wird. Wir sind es leid, von den Volksvertretern ignoriert zu werden, während sich der Rest der Gesellschaft unsolidarisch von uns distanziert.

*2. Nehmt uns ernst mit unseren Problemen, Sorgen und Zukunftsängsten.*

Wir haben es satt, dass so getan wird, als würden sich unsere Probleme von selbst lösen, wenn die Wirtschaft nur gut läuft. Das passiert seit Jahrzehnten nicht. Wir brauchen keine kurzfristigen Scheinlösungen, sondern eine langfristige Perspektive.

*3. Wir wünschen uns ein normales Leben. Wir wollen einen guten und sicheren Arbeitsplatz. Wir wollen einen ausreichenden Lohn.*

Wir brauchen keine Warteschleifen und Zeitarbeit, sondern eine Arbeit mit einem Verdienst, der für ein normales Leben für uns und unsere Familien reicht. Wir wollen keine prekäre Arbeit, keine Zeitarbeitsverhältnisse, keinen Niedriglohn, keine geringfügige Beschäftigung und keine Aufstockung trotz Vollzeitarbeit. Wir haben es satt, zu hören, dass „Jede Arbeit besser als keine Arbeit ist“.

*4. Schafft mehr soziale Gerechtigkeit. Schafft einen Ausgleich zwischen Arm und Reich. Regiert nicht nur für die Wirtschaft und die Wohlhabenden.*

Wir sind wütend, dass die, die schon viel haben, noch mehr bekommen, während wir möglichst kurzgehalten werden. Es ist ungerecht,

dass sich die einen abrackern und kaum genug zum Leben haben, während die anderen mehr Geld haben, als sie jemals ausgeben können. Ohne einen sozialen Ausgleich fällt die Gesellschaft auseinander.

*5. Wir brauchen Weiterbildung, sinnvolle Förderung und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen. Was wir nicht brauchen, sind sinnlose Maßnahmen.*

Wir sind frustriert, dass wir in Maßnahmen geschickt werden, die uns nicht weiterbringen. Es demotiviert uns, das x-te Bewerbungstraining machen zu müssen. Es demotiviert uns, wenn eine Beschäftigung endet, in der wir gerade Fuß fassen. Es demotiviert uns, wenn wir uns qualifizieren wollen, es dafür aber kein Geld gibt. Es gibt nicht den Standard-Langzeitarbeitslosen, jede und jeder hat eigene Probleme und Möglichkeiten und braucht andere Unterstützung.

*6. Setzt Euch für uns ein. Verschafft uns Recht.*

Wir wissen, was wir wollen, aber wir haben keine Lobby. Wir sind damit beschäftigt, unser schwieriges Leben zu organisieren und es fehlt uns an Mitteln, Möglichkeiten und Kraft, um unsere Interessen zu vertreten. Wir brauchen jemanden, der uns vertritt und sich für unsere Rechte einsetzt. Das ist Eure Aufgabe!

*7. Behandelt uns respektvoll, so wie Menschen es verdienen.*

Wir sind verzweifelt, weil wir als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, zu Sündenböcken gemacht, als Faulenzer, als defizitär, als unmündig oder „selbst schuld“ hingestellt werden – nur weil wir keine Arbeit haben und Hartz IV beziehen. Wir sind Menschen. Wir wollen auf Augenhöhe behandelt werden. Wie jeder Mensch brauchen wir Unterstützung und Hilfe, aber keine Belehrung, wie wir leben sollen.

*8. Wir brauchen eine sichere und ausreichende Rente.*

Wir haben Angst vor dem Alter, weil wir wissen, dass wir als Langzeitarbeitslose auch bei der Rente ganz unten stehen – selbst wenn

wir alles getan haben, um wieder in Arbeit zu kommen. Wir wollen deshalb ein Rentensystem, das für ein ausreichendes Einkommen im Alter sorgt, ohne zum Amt gehen zu müssen. Und das nicht nur für uns, sondern für alle.

*9. Seid ehrlich, haltet Wahlkampfversprechen ein, gebt uns etwas, was wir wählen können.*

Wir sind enttäuscht, dass die Situation von Langzeitarbeitslosen oft schöneredet und schönerechnet wird. Wir wünschen uns, dass Ihr unsere Situation realistisch einschätzt, darauf schaut, was wir wirklich brauchen, und dann politische Konsequenzen zieht. Es lohnt sich für uns, zu wählen, wenn wir eine Perspektive haben.

*10. Erhöht Hartz IV. Wir wollen als Hartz IV-Empfänger sozial und kulturell teilhaben können.*

Wir fühlen uns ausgeschlossen, weil Hartz IV nicht für ein menschenwürdiges Leben reicht. Oft reicht es nicht einmal, um die Miete bezahlen und anständig Essen kaufen zu können. Noch schwieriger ist es, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und den Kontakt zu Freunden aufrechtzuerhalten, denn das kostet Geld. So werden wir isoliert, obwohl wir das nicht wollen.

*11. Erkennt unsere Leistung an.*

Wir sind enttäuscht, dass die Leistung, die wir erbringen, nicht anerkannt wird. Obwohl wir uns um Arbeit bemühen, uns bewerben, uns qualifizieren, im Ehrenamt, in Ein-Euro-Jobs oder öffentlich geförderter Beschäftigung arbeiten, gelten wir nicht als vollwertige Menschen, weil wir keine „richtige Arbeit“ haben. Das ist ungerecht und demotivierend. Wir wollen unsere Situation verändern und tun etwas dafür. Erkennt das an. Denkt daran: Jeder kann zum Beispiel krank werden und seine Arbeit verlieren. Vergesst nicht, dass viele von uns mit ihrer Arbeit vor der Arbeitslosigkeit zum Reichtum der Gesellschaft beigetragen haben.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Herbert von Halem Verlag. Friedrich Kern/Martin Tertelmann 2017: Wir wollen etwas Besseres als das ewige „Besser als nichts“. Forderungen langzeitarbeitsloser Nichtwähler an die Verantwortlichen und an die Gesellschaft. In: Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.): *„Gib mir was, was ich wählen kann.“* Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 54–58.

Der Text wurde leicht überarbeitet.

Ulrich Lilie

## **Unerhört! Diese Nichtwähler**

2019 ist Wahljahr in der Bundesrepublik. Vier Landtage – in Bremen, Brandenburg, Thüringen und Sachsen – werden neu zusammengesetzt. Dazu kommen Kommunalwahlen in neun Bundesländern und natürlich die Europawahl. Das allgemeine, gleiche, direkte, freie und geheime Wahlrecht wurde seit dem 19. Jahrhundert hart erkämpft, aber es ist schon lange nicht mehr jeder Frau und jedem Mann kostbar.

Bei der Bundestagswahl 2017 verzichteten fast 24 Prozent der Wahlberechtigten auf ihr Wahlrecht oder sie verweigerten sich. Das sind gut 14 Millionen Menschen.<sup>1</sup> Man muss sich das klar machen: Wenn die Nichtwählerinnen und Nichtwähler eine Fraktion im Bundestag bilden könnten, sie wäre die zweitstärkste Kraft im Parlament. Ob sich hier Desinteresse, Frustration oder Widerstand abbilden – diese Nichtbeteiligung ist ein demokratiepolitisches Problem: für das politische System und für die Menschen, die nicht vorkommen. Es untergräbt schleichend das Fundament unserer Gesellschaft.

Noch schwieriger wird dieser Befund, weil wir inzwischen ja gut belegt wissen, wie eng der Zusammenhang zwischen Armut und dem Nicht-Wählen ist:

1 <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/n/nichtwaehler.html>,  
aufgerufen am 22.3.2019

*„Je prekärer die Lebensverhältnisse in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland geht einher mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft. Unsere Wahlergebnisse sind, gemessen an der Sozialstruktur der Wählerschaft, nicht mehr repräsentativ.“<sup>2</sup>*

Zu diesem besorgniserregenden Ergebnis kam die Bertelsmann Stiftung im Jahr 2013. Ein Weckruf für die Demokratie.

In der Studie liest man weiter:

*„Die soziale Lage eines Stadtviertels oder Stimmbezirks bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung: Je prekärer die soziale Situation, d.h. je höher der Anteil von Haushalten aus den sozial prekären Milieus, je höher die Arbeitslosigkeit, je schlechter die Wohnverhältnisse und je geringer der formale Bildungsstand und die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, umso geringer ist die Wahlbeteiligung.“<sup>3</sup>*

„Die Kommune ist der Ernstfall der Demokratie“, lautet ein kluger Satz des verstorbenen Alt-Bundespräsidenten Johannes Rau. Wenn Menschen in ihrem Alltag, ihrer konkreten Nachbarschaft nicht mehr erfahren, dass die Versprechen der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft sich positiv in ihrem Leben niederschlagen – warum sollten sie der Demokratie vertrauen? Auch Bundestagswahlen werden letzten Endes in der Kommune gewonnen und verloren. Bereits die Denkfabrik-Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ gab Menschen Gesichter und Geschichten, die das Vertrauen in die Demokratie verloren haben. Sie machte erfahrbar, dass der Satz „Die da oben hören mir ohnehin nicht zu“ in der Regel gute Gründe hat, über die dringend gesprochen werden muss. Zuhören ist der Schlüssel. Wenn das respektvolle Zuhören vernachlässigt wird, hat das auch demokratiepolitische Folgen.

Denn die unerhörten Menschen sind immer die Heimatlosen im Land – ganz egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Und es gibt zu viele von ihnen. Unerhört sind nicht nur Wohnungslose oder Flüchtlinge, sondern auch viele Alte, Alleinerziehende, Suchtkranke, Menschen mit Behinderung oder eben Langzeitarbeitslose, die sich und ihre Lebensgeschichte entwertet sehen.

2 Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix 2013: Prekäre Wahlen 2013: Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, hier S. 6

3 Schäfer et. al. 2013, hier S. 10

Manche dieser Unerhörten radikalisieren sich und wählen populistische Parteien, die „dem System“ den Kampf ansagen, und laufen bei PEGIDA mit, aber noch mehr wählen eben gar nicht mehr. (Und eine ganz andere Spezies von Unerhörten zieht sich in ihre Villa, ihren Urlaub, in die Arbeit oder hinter den Computer, in den Kleingarten oder auf den Golfplatz zurück und nimmt keinen Anteil mehr an dem, was sie umgibt.)

Dabei werden auch die Erfahrungen dieser Menschen gebraucht, um gemeinsam zu guten Lösungen zu finden, die ein gutes Leben und Teilhabe für alle ermöglichen.

Für alle gilt: Wenn Menschen sich zu lange unerhört fühlen, birgt das Zündstoff für die Gesellschaft, in der sie leben. Wenn die Unerhörten sich dann laut, aggressiv, auch radikal zu Wort melden, ist das verstörend. Aber vielleicht auch verständlich?

Auch die soziale Entfernung vieler Männer und Frauen, die in Politik oder Wirtschaft Verantwortung tragen, von den Problemen der anderen, ist ein Hindernis. Den Spruch von den „Menschen draußen im Lande“ haben fast alle Politikerinnen und Politiker im Repertoire und häufig klingt es, als sprächen sie von einer fremden Lebensform. Im Frühjahr 2017 thematisierte „Die Zeit“ in einem mehrseitigen Artikel die Krise der Demokratie:

*„Viele Menschen, die heute Anhänger der Rechtspopulisten sind, haben sich schon vor Jahren von der Demokratie abgewandt. Der Anteil der Nichtwähler stieg und stieg. Die Demokratie hat es nur nicht so richtig gemerkt, jede Wahl hatte ja trotzdem einen Sieger. Einen Präsidenten, der seinen zahlreichen Unterstützern dankte. Einen Premierminister, der sich als Mann des Volkes fühlte. Eine Bundeskanzlerin, die sich in dem Glauben bestätigt sah, die Stimmung im Land zu erspüren. (...) In Wahrheit aber war die scheinbar so kräftige Flamme der Demokratie in den Arbeiter- und Plattenbauvierteln, den stillgelegten Fabriken und leeren Dörfern schon lange erloschen. Es war, als wären die Menschen weggezogen, in ein anderes Land. Jetzt sind sie wieder da. Und wählen Trump, den Front National, die AfD. Früher saßen im Deutschen Bundestag zahlreiche Abgeordnete, die bloß die Volksschule besucht hatten. Sie waren Werkzeugmacher, Handwerker, einfache Leute. Heute sind die meisten Abgeordneten studierte Juristen. Auch viele Politologen sind dabei, außerdem Leh-*

*rer, Ökonomen, Bankkaufleute, Ärzte. Es sind Akademiker, deren Eltern schon Akademiker waren.“<sup>4</sup>*

Das Nichtwählen, aber auch die Erfolge der AfD können auch als notwendige Korrektur eines Repräsentationsproblems gelesen werden, als Reaktion auf die Erfahrung, nicht gehört zu werden. Sie sind ein Symptom. Oder – wie der US-amerikanische Philosoph Michael Sandel es formuliert: *„Im Ruf nach einfachen Antworten spiegelt sich oft eine Sehnsucht nach anderen Fragen.“<sup>5</sup>*

Diese Einsicht reflektiert auch die aktuelle Unerhört-Kampagne der Diakonie. Unerhört ist ein uneindeutiges Wort: „Das ist unerhört!“, sagen manche, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen. „Unerhört“ bedeutet aber auch schlicht und einfach „nicht gehört werden“. Wer unerhört ist, kommt nicht vor.

Mit dieser sprachlichen Doppeldeutigkeit spielt die Kampagne mit den großformatigen violetten Plakaten, auf denen in weißen Lettern anstößige Slogans prangen, zum Beispiel: „Unerhört! Diese Obdachlosen.“; „Unerhört! Diese Migrantenkinder.“ Aber auch: „Unerhört! Diese besorgten Bürger.“ Oder „Unerhört! Diese Nichtwähler.“ Es geht darum, den Unerhörten eine Stimme zu geben.

Genau das tut auch die Studie „Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort.“ Sie hört den Unerhörten zu und sucht nach Wegen, damit ihr Wissen und ihre Lebenserfahrungen der Gesellschaft nicht verloren gehen. Bleibt zu hoffen, dass sie viele Nachahmer findet, die sich das Diktum des Philosophen Spinoza zu eigen machen: „Nicht belächeln, nicht bemitleiden, sondern verstehen.“

*Ulrich Lilie* ist seit 2014 Präsident der Diakonie Deutschland, seit 2017 Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung und seit 2018 Vizepräsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).

4 Berbner, Bastian/Stelzer, Tanja/Uchatius, Wolfgang 2017: Zur Wahl steht: Die Demokratie. In: <https://www.zeit.de/2017/04/rechtspopulismus-demokratie-wahlen-buergerversammlungen-politisches-system-griechenland>, aufgerufen am 15.8.2019

5 Sandel, Michael 2018: Die Menschen warten auf Fragen. In: <https://www.zeit.de/2018/44/michael-sandel-demokratie-gemeinwohl-philosophie>, aufgerufen am 22.3.2019

Uschi Götz

## **Welches Leben passt in zwei Minuten?**

Langzeitarbeitslose müssen viel aushalten. Das gilt auch, wenn über Menschen, die eine Grundsicherung erhalten, in den Medien berichtet wird. Besonders beliebt sind Enthüllungsgeschichten über sogenannte Sozialschmarotzer.

Kaum ist das Thema durch die mediale Mühle gedreht, folgen tieftraurige Geschichten über Hartz IV-Empfänger. Ein besonders beliebter „aktueller Aufhänger“ ist, wenn Vesperkirchen ihre Türen öffnen. Dann hat die Stunde der Vergessenen geschlagen. Landauf, landab erzählen Menschen von ihrer Kindheit, von Schicksalschlägen, von Krankheit und Einsamkeit. Die Berichte dauern in der Regel nicht länger als zwei Minuten.

Es gibt auch gute, bisweilen sozialwissenschaftlich fundierte Analysen, aber leider viel zu selten.

Der Grund: Vielen Journalistinnen und Journalisten ist das Gespür für die Wirklichkeit abhandengekommen. Den meisten von uns fehlt die Vorstellungskraft, was draußen passiert. Ein Beispiel von vielen: Wir beschäftigen uns wochenlang mit dem Fall eines aus dem Ruder laufenden Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen und seinem Vorgesetzten, CSU-Innenminister Horst Seehofer.

Ohne Zweifel interessiert das viele Menschen, und darüber muss berichtet werden. Ein großer Teil der Gesellschaft, Menschen jenseits des Politzirkus, hat aber ganz andere Sorgen. Nicht selten existenzi-

elle Sorgen. Diese Sorgen und Nöte der Menschen werden von uns Journalisten immer weniger erkannt. Das gilt gerade für Menschen am Rande der Gesellschaft.

Ich nehme mich da nicht aus. Seit fast dreißig Jahren arbeite ich als Journalistin. Mit meinen Kolleginnen und Kollegen lebe ich längst in einer Blase, in einer Welt, die wenig Schnittmengen mit dem Leben hat, das Menschen führen, die etwa auf staatliche Hilfen angewiesen sind. Längst gibt es ein Drinnen und ein Draußen.

Und wir Journalisten leben drinnen. Genau das aber wird für all diejenigen zum Fluch, die draußen leben, und die dringend auf die Solidarität von uns Stärkeren angewiesen sind.

Langzeitarbeitslose, Hartz IV-Empfänger, sind nicht nur von der Politik enttäuscht. Auch wir Journalisten versagen in unserer Reflexion, die in vielen Fällen mit Blick auf Gerhard Schröders Agenda 2010 viel zu undifferenziert ausfällt.

*Erst seit den AfD-Wahlerfolgen werden die Nichtwähler mehr beachtet*

Dabei sind wir doch solidarisch, mit all jenen, die im Schatten stehen. Journalistenherzen schlagen, empirisch belegt, größtenteils linksliberal. In Wahrheit ist unsere Gesinnung so zerrissen, wie derzeit die SPD selbst.

Wir beschreiben, wie die Schere zwischen Arm und Reich auch hierzulande weiter auseinandergeht. Kein Tag ohne einen Kommentar, welche Folgen das alles irgendwann, bald schon haben wird. Dabei hat es schon längst Folgen, aber andere, als wir sie beschreiben.

Viele Menschen am Rande der Gesellschaft gehören zu den Nichtwählern. Das stört uns anscheinend nicht, denn so tragen sie dazu bei, das viele Jahre durchaus stabile Parteigefüge nicht noch weiter durcheinanderzubringen. Seit dem Erstarken der Rechtspopulisten allerdings sind die, ich schreibe bewusst „abgehängten“, Nichtwähler wieder ins Rampenlicht geraten. Bisweilen wird ihnen – mal offen, mal unterschwellig – unterstellt, sie könnten aus Frust auch schon mal die neuen Rechtspopulisten wählen.

Kurz vor dem Bundestagswahlkampf 2017 wurde diese nicht kalkulierbare Gruppe aus Nichtwählern und eventuellen Protestwählern von den Medien neu entdeckt und ins Rampenlicht gehoben. Allen war klar: Die sogenannte „Alternative für Deutschland“, AfD, wird in den Bundestag einziehen. Es ging nur noch darum, ob ein- oder zweistellig. Der damalige CDU-Kanzleramtschef Peter

Altmaier sagte 2017, es sei besser, keinen Stimmzettel abzugeben, als die AfD zu wählen.<sup>1</sup>

Diese Aufforderung kam einem politischen Offenbarungseid gleich. Allerdings hielt sich die Empörung über diesen Rat in Grenzen. Auch das ein erschreckendes Indiz dafür, wie selbstherrlich anscheinend die Allianz aus Politik und Journalismus geworden ist.

Doch die Frage stand im Raum: Was werden Hartz IV-Empfänger wählen? Wo sind sie überhaupt zu finden? Werden sie von der AfD gezielt umworben? Das waren natürlich Fragen, die sich vor der Bundestagswahl auch Redaktionen stellten.

In Sozialwohnungen gingen die Scheinwerfer an und auf die Frage nach dem Wahlverhalten sagten viele: „Ich werde gar nicht wählen.“ Dabei hatte dieser Beschluss wenig mit Altmaiers Rat zu tun. Gerade unter den Menschen am Rande der Gesellschaft gibt es eine hohe Zahl von Nichtwählern.

### *Chance vertan und Wunder übersehen*

Aber plötzlich gab es wieder eine Berichterstattung über Menschen am Rande der Gesellschaft. Das lässt sich zwar als Reflex auf die Frage ansehen, ob Menschen, die eine Grundsicherung beziehen, eher dazu neigen, den Rechtspopulisten ihre Stimme bei Wahlen zu geben. Doch war vonseiten der Medienvertreter immerhin eine Annäherung zu spüren, die Chance zu ergreifen, wieder in Kontakt mit Menschen jenseits der eigenen Blase zu kommen.

Könnte uns eine ähnliche politische Entwicklung einholen wie in den USA mit Donald Trump? Gibt es bei uns auch ein selbstherrliches Establishment? Was wissen wir überhaupt noch von Menschen, die sich jenseits unserer Lebenswirklichkeit bewegen? Lebt in unserer Nachbarschaft ein Hartz IV-Empfänger? Kennen wir einen Langzeitarbeitslosen? In einigen Redaktionskonferenzen ging es genau darum.

Die Antwort wird nicht überraschen: Wie Politiker leben auch viele Journalistinnen und Journalisten in einer eigenen Welt. Einer Welt, die den Lebensalltag vieler Menschen nicht (mehr) kennt. Journalistisch war es eine ehrliche Phase.

1 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/kanzleramtschef-peter-altmaier-nichtwaehler-afd>, aufgerufen am 3.7.2019

Während der Bundestagswahl 2017 sind neue Formate entstanden, die einen anderen Blick auf Menschen am Rande der Gesellschaft zulassen. Dabei war in meinem redaktionellen Umfeld die Maxime: „Nicht wir erklären die Welt, die Betroffenen beschreiben ihre Situation.“ Und das länger als in zwei Minuten.

„Wir müssen mehr zuhören.“ Das war damals die Erkenntnis.

Und auf das Zuhören wird es nun auch ankommen, wenn wir über die Zukunft von Hartz IV, über einen möglichen Umbau des Sozialstaats berichten werden.

Es gab und gibt natürlich auch aktuell Berichte über Menschen mit psychischen Erkrankungen, die froh sind, den Abend lebend zu erreichen. Menschen, die nie ein Elternhaus hatten, in Heimen aufwachsen, und überhaupt erst lernen müssen, was die Gesellschaft unter einem normalen Leben versteht. Es gibt Menschen, die nie in ein normales Erwerbsleben integriert werden können.

Für die Armutsforschung sind das keine neuen Erkenntnisse. Doch wir Journalisten müssen dafür immer wieder neu sensibilisiert werden.

Der Draht zwischen Abgehängten und der Öffentlichkeit muss anders gespannt werden. Hierfür bedarf es Mittlern, Medienprofis, die Brücken zwischen den Welten schlagen können. Diese müssen auch den Bogen spannen, der hin zu der Frage führt, was es für eine Demokratie bedeutet, wenn bestimmte Milieus nicht mehr wählen. Den Faden wiederum müssen andere aufnehmen und in die Öffentlichkeit tragen. Das ist Aufgabe von Einrichtungen, wie etwa den Landeszentralen für politische Bildung. Hier ist die Schnittstelle zwischen Politik und den Bürgerinnen und Bürgern. Diese staatlich finanzierten Einrichtungen müssen das Thema Nichtwählen in allen Facetten ausleuchten.

Leider haben wir Medien ein kleines Wunder verpasst. Bei der Analyse von Wahlen, so auch bei der vergangenen Bundestagswahl, haben wir nicht gründlich berichtet, weshalb eine große Zahl von zuvor gefürchteten Protestwählern eben gar nicht gewählt hat.

Diese Analyse sind wir den Abgehängten schuldig. Nach der Wahl ist vor der nächsten. In vielen Gesprächen, auch mit den Machern der Denkfabrik, habe ich eins gelernt: Hartz IV-Empfänger sind nicht die schlechteren Demokraten.

Wir müssen raus aus den Milieus, rein in die Welt derer, die den Anschluss verloren haben und auf die Solidarität aller angewiesen sind.

Indem wir Nichtwähler am Rande der Gesellschaft akzeptieren, nehmen wir stillschweigend eine Verschiebung der Demokratie hin. Was zur Wahl steht, ist für einen Teil unter uns nicht mehr wählbar. Darüber müssen wir berichten. Und dafür bedarf es Anstoßen, wie sie aus der Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande immer dringlicher in unsere Richtung kommen.

*Uschi Götz* ist Landeskorrespondentin in Baden-Württemberg für Deutschlandradio.

# **Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung tun?**

Befragung der Bundespolitik

„Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung tun?“

Diese und andere Fragen haben wir den im Bundestag vertretenen Parteien Ende 2018 gestellt.

Diese Parteien wurden angefragt:

- Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
- Christlich-Soziale Union in Bayern, CSU
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
- Bündnis 90 / Die Grünen
- Die Linke
- Freie Demokratische Partei, FDP
- Alternative für Deutschland, AfD

Mit dieser Anfrage wird der ausdrückliche Wunsch aller an den Studien Beteiligten erfüllt.

Sie wollten, dass politisch Verantwortliche auf Bundesebene die Studienergebnisse zur Kenntnis nehmen und uns ihre Ideen und

Lösungsvorschläge zur Behebung der Demokratiekrise mitteilen. Die Befragten und die Interviewenden haben damit, trotz allem Pessimismus, die Hoffnung verbunden, dass ihre Stimme gehört wird und sich in ihrem prekären Leben etwas zum Besseren wenden wird. Die Antworten der Parteien, sofern sie geantwortet haben, finden Sie auf nachfolgenden Seiten.

## **Antworten von Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU)**

### *Frage 1*

*Wie nahe sind Sie der Lebenswirklichkeit von Langzeitarbeitslosen mit ihren Nöten, Sorgen und Wünschen? Wie oft hören Sie langzeitarbeitslosen Menschen zu? Geben Sie Langzeitarbeitslosen die Möglichkeit, ihre Anliegen in der Öffentlichkeit vorzubringen?*

Als saarländische Ministerpräsidentin und ehemalige Sozialministerin habe ich sehr oft Kontakte mit Langzeitarbeitslosen gehabt und mich um Programme und Strukturen gekümmert, die einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit bieten können. Arbeit ist für mich mehr als nur die Möglichkeit, Geld zu verdienen. Sie hat auch mit der Würde des Menschen zu tun. Deshalb ist mir das Thema auch in meiner neuen Funktion weiterhin wichtig.

### *Frage 2*

*Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung und die sich verschärfende Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung unternehmen? Mit welchen Ideen und Konzepten wollen Sie der Politikverdrossenheit in den prekären Schichten begegnen?*

Leider gibt es Politikverdrossenheit in allen Schichten, und es ist eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben, Menschen aus dieser Verdrossenheit herauszuholen. Das kann dann gelingen, wenn wir die Fragen, die diese Menschen stellen, wirklich aufnehmen und Antworten geben. Also so, wie wir es beim „Starke-Familien-Gesetz“ mit einer Reform des Kinderzuschlags gemacht haben. Oder indem wir beim Wohnen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen.

### *Frage 3*

*Langzeitarbeitslose sind Ziel gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. 49 beziehungsweise 60 Prozent der Befragten stimmen laut der repräsentativen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesplante Mitte. Feindselige Zustände“<sup>1</sup> diesen Aussagen zu:*

- *Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.*
- *Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.*

*Laut einer Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit<sup>2</sup> halten die Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen einer Überprüfung nicht stand.*

*Trägt die Politik dazu bei, dass diese Vorurteile so tief und breit in der Gesellschaft verankert sind (zum Beispiel Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2001: „Es gibt in Deutschland kein Recht auf Faulheit“)? Wie steuert die CDU dagegen?*

Die Gründe für Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit sind sehr vielfältig. Und natürlich gibt es auch Fälle, an denen sich die Vorurteile festmachen. Wir werden als CDU aber weiter alles dafür tun, dass alle die, die arbeiten wollen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch ein Angebot bekommen. Mit dem neuen Teilhabechancengesetz wollen wir die verfestigte Langzeitarbeits-

1 Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela 2016: Gesplante Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz

2 <https://faktor-a.arbeitsagentur.de/mitarbeiter-finden/vorurteile-gegen-langzeitarbeitslose-im-test/>, aufgerufen am 8.7.2019

losigkeit weiter aufbrechen und so den Betroffenen sehr konkret helfen. Erste kleinere Erfolge sind bereits sichtbar.

#### *Frage 4*

*Ein Bürgermeister und Bundestagkandidat hat uns auf die Frage „Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung tun?“ geantwortet: „Meiner Erfahrung nach gehen die, die Arbeit haben, in der Regel auch wählen.“*

*Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen demokratischer Teilhabe und Teilhabe am Arbeitsleben?*

Wer wählen geht, entscheidet für sich persönlich, aktiv zu werden und etwas zu tun. Wir wissen, dass gerade verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit Strukturen auflöst und regelrecht lähmend auf die Betroffenen wirkt. Deshalb muss deutlich sein: Wählen zu können ist ein Recht, das jeder hat, und das gerade nicht vom Arbeitsplatz abhängt.

#### *Frage 5*

*Die Studie „Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015“<sup>3</sup> hat belegt: je höher das Einkommen, desto stärker stimmen politische Entscheidungen mit den Meinungen der Befragten überein. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass Menschen in prekären Lebenslagen politisch unterrepräsentiert sind. Dabei soll unsere repräsentative Demokratie bei ihren Entscheidungen die Anliegen und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger in gleichem Maß berücksichtigen. Es darf keine systematische Verzerrung zugunsten einzelner Gruppen geben. In Aussagen wie „Die hören nicht zu“ oder „Wir haben nichts zu sagen“ bestätigen die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler den Befund der Studie.*

*Stimmen Sie diesem demokratierelevanten Befund zu? Wenn ja, wie wollen Sie den Grundsatz politischer Gleichheit von Menschen in prekären Lebenslagen wiederherstellen?*

3 Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Im deutschen Wahlsystem ist jede Stimme gleich viel wert. Aber vermutlich ist es für Menschen, die keine großen wirtschaftlichen Sorgen haben, einfacher, mit dem bestehenden System zufrieden zu sein. Aber gerade als Volkspartei müssen wir auch die Stimme für die sein, die meinen, dass sie mit ihren Worten kein Gehör finden. Aber nach unserer Auffassung ist auch jeder verantwortlich und in der Lage, seinen eigenen Beitrag dazu zu leisten.

#### *Frage 6*

*Die Interviewer/-innen der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ bestätigen, dass die befragten Nichtwähler, so enttäuscht von und so wütend sie auch auf Politik sind, grundsätzlich einfach zurückzuholen wären, würde man sie ernst nehmen, ihnen zuhören und sie nicht länger ignorieren. Wir haben erfahren, dass viele der interviewten Nichtwähler nach dem Interview wieder zur Wahl gegangen sind, weil sie das Interview dazu motivierte und es als Akt des Zuhörens und Ernstnehmens verstanden wurde.*

*Wie will die CDU die langzeitarbeitslosen Nichtwähler ansprechen und wieder zurückholen als demokratisch partizipierende Bürgerinnen und Bürger?*

Indem wir ihre Fragen und Probleme aufgreifen und dazu konkrete politische Vorschläge entwickeln. Zum Beispiel, wie unsere Politik ihre Situation verbessert und ihnen Teilhabe an unserem Wohlstandsversprechen ermöglicht. An diesem Ziel arbeiten wir, insbesondere durch den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, sehr intensiv. Aber einfach alles zu versprechen, funktioniert nicht.

#### *Frage 7*

*Auch wenn die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler zum Zeitpunkt des Interviews keine Möglichkeit sahen, mit ihrer Teilnahme an Wahlen etwas zu verändern, wollen sie partizipieren – wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch. Sie wollen ein „normales Leben“ führen, einen Arbeitsplatz und ausreichend Lohn und keine wirklichkeitsfremden Maßnahmen, die sie nur als Pseudolösungen empfinden. Wie der Interviewte Herr G., 50 Jahre, sagte: „Hallo, gib mir was, was ich wählen kann, dann wähle ich es auch.“*

*Was geben Sie Herrn G., damit er ein normales Leben führen und wieder wählen kann?*

Ich habe den Aspekt der Teilhabe ja gerade angesprochen. Darum geht es uns, und darum geht es auch Herrn G. Wir müssen es schaffen, diejenigen mitzunehmen, die von der sehr guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland und der hervorragenden Situation am Arbeitsmarkt bisher nicht profitieren konnten. Hierfür habe ich zum Beispiel das Teilhabechancengesetz bereits angesprochen. Das alleine reicht sicher nicht aus, ist aber ein Schritt.

*Frage 8*

*Die Armut der Armen hängt auch mit dem Reichtum der Reichen zusammen. In den Interviews wurde der zu niedrige Hartz IV-Satz, die mangelnde soziale Gerechtigkeit und die dramatisch zunehmende Ungleichheit zwischen Armen und Reichen beklagt und angeprangert.*

*Viele der Befragten machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder.*

*Wie will die CDU die Ungerechtigkeitsstrukturen verändern, damit soziale Gerechtigkeit hergestellt wird?*

*Was will die CDU tun, damit sich Armut und fehlende demokratische Teilhabe nicht vererben?*

Hartz IV bildet lediglich das Existenzminimum ab und wird von den Steuerzahlern finanziert. Jeder Euro, der in Hartz IV verteilt wird, muss zuvor von der Gesellschaft verdient werden. Weiterhin müssen wir das sogenannte Lohnabstandsgebot im Blick halten. Derjenige, der arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der dies nicht tut. Der entscheidende Punkt ist: Wie stärken wir Eltern, Familien und fördern Kinder so, dass sie alle ihre Talente so entfalten können, um ein selbstständiges und gutes Leben führen zu können? Dazu ist Bildung der Schlüssel Nr. 1.

*Annegret Kramp-Karrenbauer* ist Bundesvorsitzende der CDU und Bundesministerin der Verteidigung

## **Antworten von Hubertus Heil (SPD)**

### *Frage 1*

*Wie nahe sind Sie der Lebenswirklichkeit von Langzeitarbeitslosen mit ihren Nöten, Sorgen und Wünschen? Wie oft hören Sie langzeitarbeitslosen Menschen zu?*

*Wie verschaffen Sie Langzeitarbeitslosen eine Bühne, damit sie ihre Anliegen in der Öffentlichkeit vorbringen können?*

Ich komme aus einer Region in Niedersachsen, die einen heftigen Strukturwandel hinter sich hat. In meiner Heimatstadt Peine haben mal zehntausend Menschen in einem Stahlwerk gearbeitet – jetzt sind es noch 800. Das hat mich geprägt. Es ist für meine Arbeit als Bundesarbeits- und Sozialminister natürlich unerlässlich, dass ich mich mit Menschen austausche und versuche, so oft es geht ins Gespräch zu kommen. Deshalb besuche ich oft Betriebe, Jobcenter oder soziale Einrichtungen. Erst kürzlich habe ich mir ein Projekt angesehen, dessen Ziel es ist, junge Langzeitarbeitslose in Arbeit zu vermitteln oder auf einen Berufseinstieg vorzubereiten. Ich hatte auch sehr interessante und bereichernde Diskussionen bei Bürgerforen zu Fragen des Sozialstaates in verschiedensten Regionen Deutschlands. Ich arbeite dafür, die Grundlagen zu

schaffen, damit Menschen wieder eine Chance bekommen, einen Weg aus der Arbeitslosigkeit zurück in gute Arbeit zu finden. Denn Arbeit ist mehr als Broterwerb, sondern auch immens wichtig für das Selbstwertgefühl und die sozialen Kontakte. Deshalb nehmen wir vier Milliarden Euro in die Hand, um Menschen aus Langzeitarbeitslosigkeit herauszuhelfen. Mir ist es ein besonders wichtiges Anliegen, dass der Weg aus der Arbeitslosigkeit zurück in Arbeit gelingt – für jeden Einzelnen.

### *Frage 2*

*Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung und die sich verschärfende Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung unternehmen? Mit welchen Ideen und Konzepten wollen Sie der Politikverdrossenheit in den prekären Schichten begegnen?*

Erstens dürfen wir als Politiker nicht die Anbindung an diejenigen verlieren, für die wir Politik machen. Also Zuhören. Zweitens müssen wir das, was wir tun, auch besser erklären. Oft ist die Sprache der Politiker und der Gesetze zu weit weg vom Alltag derer, denen sie konkret helfen sollen.

Dass unsere Gesetze konkret im Alltag helfen, dafür kann ich viele Beispiele nennen: etwa, dass Arbeitgeber seit Beginn des Jahres [2019] Lohnkostenzuschüsse von bis zu 100 Prozent erhalten können, wenn sie Langzeitarbeitslose sozialversichert einstellen. Oder dass Kinder, deren Eltern Grundsicherung beziehen, besser unterstützt werden, indem sie künftig ein kostenloses Mittagessen erhalten, die Kosten für die Schülerbeförderung entfallen und die Kinder leichter Nachhilfe in Anspruch nehmen können. Zudem erhöhen wir zum Sommer [2019] das Kindergeld und den Kinderzuschlag. Wie immer verbreiten sich gute Nachrichten langsamer als schlechte.

### *Frage 3*

*Langzeitarbeitslose sind Ziel gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. 49 beziehungsweise 60 Prozent der Befragten stimmen laut der*

*repräsentativen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesplaltene Mitte. Feindselige Zustände“<sup>1</sup> diesen Aussagen zu:*

- *Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.*
- *Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.*

*Laut einer Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit<sup>2</sup> halten die Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen einer Überprüfung nicht stand.*

*Trägt die Politik dazu bei, dass diese Vorurteile so tief und breit in der Gesellschaft verankert sind (zum Beispiel Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2001: „Es gibt in Deutschland kein Recht auf Faulheit“)? Wie steuert die SPD dagegen?*

Ich habe da einen ganz anderen Eindruck und die Erfahrung gemacht, dass die meisten Langzeitarbeitslosen arbeiten wollen und eine Beschäftigung suchen. Ich halte es deshalb für fatal und falsch, all diejenigen, die schon lange keine Arbeit haben, unter Generalverdacht zu stellen. Für die meisten ist Arbeit auch mehr als reiner Broterwerb. Das hat etwas mit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu tun, mit einer Aufgabe, dem Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun, einen geregelten Alltag zu haben und sein eigenes Geld zu verdienen. Schwarze Schafe gibt es immer und überall. Sie sind aber nicht die Mehrheit. Ich bemühe mich deshalb, auf die zu schauen, die auf Unterstützung tatsächlich angewiesen sind. Keiner ist freiwillig bedürftig. Wenn man sich die Biografien von Langzeitarbeitslosen anschaut, dann gibt es da oft bewegende Schicksale. Ich weiß aus eigener Erfahrung mit einer plötzlich alleinerziehenden Mutter, wie schnell ein Abstieg möglich ist. Und ein einfaches und bequemes Leben hat man in der Grundsicherung sicher nicht.

1 Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela 2016: Gesplaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz

2 <https://faktor-a.arbeitsagentur.de/mitarbeiter-finden/vorurteile-gegen-langzeitarbeitslose-im-test/>, aufgerufen am 8.7.2019

*Frage 4*

*Ein Bürgermeister und Bundestagkandidat hat uns auf die Frage „Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung tun?“ geantwortet: „Meiner Erfahrung nach gehen die, die Arbeit haben, in der Regel auch wählen.“*

*Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen demokratischer Teilhabe und Teilhabe am Arbeitsleben?*

Ja. Ich glaube, Menschen wenden sich frustriert von der Politik ab, wenn sie sich nicht repräsentiert fühlen, wenn sie das Gefühl haben, nicht gesehen und nicht mehr verstanden zu werden. Sie verlieren damit auch die Motivation, zur Wahl zu gehen. Genau deshalb kommt es so sehr darauf an, dass Parteien und Politiker glaubhaft für Menschen eintreten, auch für diejenigen, die schon lange vergeblich Arbeit suchen. Das ist der einzige Weg, damit sie sich nicht abgehängt, sondern ernst genommen und wahrgenommen fühlen.

*Frage 5*

*Die Studie „Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015“<sup>3</sup> hat belegt: je höher das Einkommen, desto stärker stimmen politische Entscheidungen mit den Meinungen der Befragten überein. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass Menschen in prekären Lebenslagen politisch unterrepräsentiert sind. Dabei soll unsere repräsentative Demokratie bei ihren Entscheidungen die Anliegen und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger in gleichem Maß berücksichtigen. Es darf keine systematische Verzerrung zugunsten einzelner Gruppen geben. In Aussagen wie „Die hören nicht zu“ oder „Wir haben nichts zu sagen“ bestätigen die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler den Befund der Studie.*

Stimmen Sie diesem demokratierelevanten Befund zu?

*Wenn ja, wie wollen Sie den Grundsatz politischer Gleichheit von Menschen in prekären Lebenslagen wiederherstellen?*

3 Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Sprache ist ein wichtiger Punkt. „Wir“ und „die“ hat immer etwas Trennendes. Wichtig ist, dass die Gesprächsfäden nicht reißen. Aber natürlich werden Politikerinnen und Politiker auch an ihrer Arbeit gemessen und da müssen wir uns als Bundesregierung insgesamt anstrengen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Leben der Menschen konkret im Alltag verbessern. Uns ist bewusst, dass wir gerade in guten wirtschaftlichen Zeiten mit hohen Steuereinnahmen die Menschen unterstützen müssen, die geringe oder gar keine Einkommen haben. Nur wenn sich Menschen ernst genommen und unterstützt fühlen, funktioniert gesellschaftlicher Zusammenhalt und Solidarität.

#### *Frage 6*

*Die Interviewer der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ bestätigen, dass die befragten Nichtwähler, so enttäuscht von und so wütend sie auch auf Politik sind, grundsätzlich einfach zurück-zuholen wären, würde man sie ernst nehmen, ihnen zuhören und sie nicht länger ignorieren. Wir haben erfahren, dass viele der interviewten Nichtwähler nach dem Interview wieder zur Wahl gegangen sind, weil sie das Interview dazu motivierte und es als Akt des Zuhörens und Ernstnehmens verstanden wurde.*

*Wie will die SPD die langzeitarbeitslosen Nichtwähler ansprechen und wieder zurückholen als demokratisch partizipierende Bürger?*

Ich fürchte, da gibt es kein Gemeinrezept. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen und das geht nur durch vernünftige und gerechte politische Entscheidungen. Und die müssen wir gut und verständlich erklären, damit die Menschen das nachvollziehen können. Der Austausch und Dialog mit den Wählerinnen und Wählern ist dabei das wichtigste Instrument.

#### *Frage 7*

*Auch wenn die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler zum Zeitpunkt des Interviews keine Möglichkeit sahen, mit ihrer Teilnahme an Wahlen etwas zu verändern, wollen sie partizipieren – wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch. Sie wollen ein „normales Leben“ führen, einen Arbeitsplatz und ausreichend Lohn*

*und keine wirklichkeitsfremden Maßnahmen, die sie nur als Pseudolösungen empfinden. Wie der Interviewte Herr G., 50 Jahre, sagte: „Hallo, gib mir was, was ich wählen kann, dann wähle ich es auch.“*

*Was geben Sie Herrn G., damit er ein normales Leben führen und wieder wählen kann?*

Wir wollen, dass Herr G. eine anständige Arbeit findet, die ihm Spaß macht und wo er sich und seine Fähigkeiten einbringen kann. Deswegen haben wir auch für Menschen wie Herrn G. ein Instrument geschaffen, damit diejenigen, die lange raus aus dem Arbeitsalltag waren, endlich wieder eine echte Perspektive auf gute Arbeit erhalten. Wir wollen konkrete Unterstützung und keine kurzatmigen Maßnahmen. Seit dem 1. Januar 2019 können Langzeitarbeitslose vom Jobcenter in einen sozialversicherungspflichtigen Job vermittelt werden, bei dem der Arbeitgeber einen Lohnzuschuss bekommt, auch damit die Arbeitgeber ihre Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen aufbrechen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden dabei persönlich begleitet und unterstützt, wo es Bedarf gibt.

#### *Frage 8*

*Die Armut der Armen hängt auch mit dem Reichtum der Reichen zusammen. In den Interviews wurde der zu niedrige Hartz IV-Satz, die mangelnde soziale Gerechtigkeit und die dramatisch zunehmende Ungleichheit zwischen Armen und Reichen beklagt und angeprangert.*

*Viele der Befragten machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder.*

*Wie will die SPD die Ungerechtigkeitsstrukturen verändern, damit soziale Gerechtigkeit hergestellt wird?*

*Was will die SPD tun, damit sich Armut und fehlende demokratische Teilhabe nicht vererben?*

Mein wichtigstes Ziel ist es, Menschen in Arbeit zu halten und Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Arbeit muss sich immer lohnen, deshalb ist es mir wichtig, dass es wieder höhere Löhne in Deutschland gibt – zum Beispiel in den sozialen Berufen oder im Dienstleistungsbereich. Aber wir müssen insgesamt an vie-

len Stellschrauben drehen: Wir brauchen mehr und gute Kitas und Schulen, damit alle Kinder von klein auf gefördert werden können. Wir brauchen gute Rahmenbedingen für gute Berufsausbildungen. Wir brauchen aber auch eine gerechtere Besteuerung, Eindämmung von überteuerten Mieten in Ballungszentren und auch mehr sozialen Wohnungsbau. Um Existenzängste abzumildern, diskutieren wir auch gerade über eine Kindergrundsicherung oder ein längeres Arbeitslosengeld.

*Hubertus Heil* ist Bundesminister für Arbeit und Soziales.

## **Antworten von Uwe Witt (AfD)**

### *Frage 1*

*Wie nahe sind Sie der Lebenswirklichkeit von Langzeitarbeitslosen mit ihren Nöten, Sorgen und Wünschen? Wie oft hören Sie langzeitarbeitslosen Menschen zu?*

*Wie verschaffen Sie Langzeitarbeitslosen eine Bühne, damit sie ihre Anliegen in der Öffentlichkeit vorbringen können?*

Die Nähe der AfD und ihrer Mitglieder zu Langzeitarbeitslosen ist regional organisiert, unter anderem über die Landes- und Bundesausschüsse, genauso wie über die Orts- und Kreisorganisationen. Viele unserer Mitglieder sind seit Jahren in sozialen Projekten engagiert. Ein geringer Teil unserer Mitglieder gehört zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen. Einige unserer Mitglieder leben als Obdachlose in Wohnheimen.

### *Frage 2*

*Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung und die sich verschärfende Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung unternehmen? Mit welchen Ideen und Konzepten wollen Sie der Politikverdrossenheit in den prekären Schichten begegnen?*

Seit der Gründung der AfD stehen unsere Veranstaltungen allen Menschen offen. Wir bemerken seit Jahren ein großes Interesse aus allen Alters- und Einkommensgruppen. Dies trifft auch auf die Wahlbeteiligung zu.

Politikverdrossenheit entsteht dort, wo Menschen nicht mitgenommen werden. Das ist kein Problem unserer Partei.

### *Frage 3*

*Langzeitarbeitslose sind Ziel gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. 49 beziehungsweise 60 Prozent der Befragten stimmen laut der repräsentativen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung<sup>1</sup> „Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände“ diesen Aussagen zu:*

- *Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.*
- *Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.*

*Laut einer Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit<sup>2</sup> halten die Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen einer Überprüfung nicht stand.*

*Trägt die Politik dazu bei, dass diese Vorurteile so tief und breit in der Gesellschaft verankert sind (zum Beispiel Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2001: „Es gibt in Deutschland kein Recht auf Faulheit“)? Wie steuert die AfD dagegen?*

Selbstverständlich trägt die Politik zur Verbreitung von Vorurteilen bei, ob bei der Unterzeichnung des GCM [„Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“, der Migrationspakt der Vereinten Nationen], der Bankenrettung in Europa, der Deutschen Migrationspolitik und vieles andere mehr. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber Langzeitarbeitslosen ist aller-

1 Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz

2 <https://faktor-a.arbeitsagentur.de/mitarbeiter-finden/vorurteile-gegen-langzeit-arbeitslose-im-test/>, aufgerufen am 8.7. 2019

dings unseres Erachtens nach kein Problem der Deutschen Mehrheitsgesellschaft.

#### *Frage 4*

*Ein Bürgermeister und Bundestagkandidat hat uns auf die Frage „Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung tun?“ geantwortet: „Meiner Erfahrung nach gehen die, die Arbeit haben, in der Regel auch wählen.“*

*Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen demokratischer Teilhabe und Teilhabe am Arbeitsleben?*

Ob es einen Zusammenhang zwischen Teilhabe am Arbeitsleben und demokratischer Teilhabe gibt, lässt sich unseres Erachtens nach nicht abschließend feststellen. Rentner haben keine Teilhabe am Arbeitsleben, sind aber in Bezug auf die Wahlbeteiligung führend.

#### *Fragen 5*

*Die Studie „Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015“<sup>3</sup> hat belegt: je höher das Einkommen, desto stärker stimmen politische Entscheidungen mit den Meinungen der Befragten überein. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass Menschen in prekären Lebenslagen politisch unterrepräsentiert sind. Dabei soll unsere repräsentative Demokratie bei ihren Entscheidungen die Anliegen und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger in gleichem Maß berücksichtigen. Es darf keine systematische Verzerrung zugunsten einzelner Gruppen geben. In Aussagen wie „Die hören nicht zu“ oder „Wir haben nichts zu sagen“ bestätigen die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler den Befund der Studie.*

*Stimmen Sie diesem demokratierelevanten Befund zu?*

*Wenn ja, wie wollen Sie den Grundsatz politischer Gleichheit von Menschen in prekären Lebenslagen wiederherstellen?*

3 Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Die politische Unterrepräsentation von Menschen in prekären Lebenslagen hat verschiedene Ursachen. Menschen, die ihr tägliches Überleben sichern müssen, haben kaum Zeit für die politische Teilhabe in Parteien und Gruppierungen. Der Ansatz wäre, diesen Menschen über eine höhere Mindestsicherung (Anhebung des Hartz IV-Satzes) bessere Möglichkeiten der Teilhabe zu geben.

#### *Frage 6*

*Die Interviewer der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ bestätigen, dass die befragten Nichtwähler, so enttäuscht von und so wütend sie auch auf Politik sind, grundsätzlich einfach zurückzuholen wären, würde man sie ernst nehmen, ihnen zuhören und sie nicht länger ignorieren. Wir haben erfahren, dass viele der interviewten Nichtwähler nach dem Interview wieder zur Wahl gegangen sind, weil sie das Interview dazu motivierte und es als Akt des Zuhörens und Ernstnehmens verstanden wurde.*

*Wie will die AfD die langzeitarbeitslosen Nichtwähler ansprechen und wieder zurückholen als demokratisch partizipierende Bürger?*

Die AfD spricht Langzeitlose seit 2013 an. Wir geben diesen Menschen Motivation und Gelegenheit zum Mitmachen, zur Teilhabe und Gelegenheit dazu, Gemeinschaft im Kreise von Gleichgesinnten zu erleben.

#### *Frage 7*

*Auch wenn die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler zum Zeitpunkt des Interviews keine Möglichkeit sahen, mit ihrer Teilnahme an Wahlen etwas zu verändern, wollen sie partizipieren – wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch. Sie wollen ein „normales Leben“ führen, einen Arbeitsplatz und ausreichend Lohn und keine wirklichkeitsfremden Maßnahmen, die sie nur als Pseudolösungen empfinden. Wie der Interviewte Herr G., 50 Jahre, sagte: „Hallo, gib mir was, was ich wählen kann, dann wähle ich es auch.“*

*Was geben Sie Herrn G., damit er ein normales Leben führen und wieder wählen kann?*

Die Lebenssituation eines Menschen anhand eines Zitates einzuschätzen, erscheint uns unangemessen. Wie sollten wir aufgrund eines Satzes entscheiden, was der von Ihnen zitierte Herr G. benötigt?

*Fragen 8*

*Die Armut der Armen hängt auch mit dem Reichtum der Reichen zusammen. In den Interviews wurde der zu niedrige Hartz IV-Satz, die mangelnde soziale Gerechtigkeit und die dramatisch zunehmende Ungleichheit zwischen Armen und Reichen beklagt und angeprangert.*

*Viele der Befragten machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder.*

*Wie will die AfD die Ungerechtigkeitsstrukturen verändern, damit soziale Gerechtigkeit hergestellt wird?*

*Was will die AfD tun, damit sich Armut und fehlende demokratische Teilhabe nicht vererben?*

Wir setzen uns dafür ein, dass die Berechnungsgrundlage für den Hartz IV-Satz wieder auf Basis von 20 Prozent der niedrigsten Einkommen zurückgesetzt wird. Außerdem wollen wir die Zuverdienstmöglichkeiten erhöhen, damit Langzeitarbeitslose einen Anreiz haben, auch einen Mini- oder Midijob aufzunehmen.

*Uwe Witt* ist arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages.

## **Antworten von Pascal Kober (FDP)**

### *Frage 1*

*Wie nahe sind Sie der Lebenswirklichkeit von Langzeitarbeitslosen mit ihren Nöten, Sorgen und Wünschen? Wie oft hören Sie langzeitarbeitslosen Menschen zu? Geben Sie Langzeitarbeitslosen die Möglichkeit, ihre Anliegen in der Öffentlichkeit vorzubringen?*

Wir sprechen regelmäßig mit von Langzeiterwerbslosigkeit betroffenen Menschen individuell und persönlich, die sich im Gespräch oder schriftlich an uns wenden, die wir persönlich kennen oder auf Initiativen von sozialen Einrichtungen, Verbänden und Initiativen hin kennenlernen. Wir stehen im dauernden Austausch mit Fachleuten der Sozialverbände, sozialen Einrichtungen und Initiativen, mit Jobcentern, Kommunen, der Arbeitsagentur, Arbeitgebern sowie Vertretern der Wissenschaft, sowie Kolleginnen und Kollegen anderer Parteien, die einen anderen Blick auf dieselben Fragen haben und andere Folgerungen daraus ziehen und somit auch einen kritischen Blick auf die eigenen Positionen ermöglichen. Darüber hinaus sprechen wir mit Arbeitgebern, die (ehemals) langzeiterwerbslosen Menschen eine Anstellung ermöglicht haben oder dies erfolglos versucht haben. Einladungen zu Treffen, Foren und Diskussionen mit langzeiterwerbslosen Personen und ihren Unterstützern nehmen

wir regelmäßig an, wodurch wir auch die öffentliche Wahrnehmung der Probleme der Betroffenen unterstützen. Viele unserer eigenen Veranstaltungen sind öffentlich und daher für alle offen. Die Anliegen langzeiterwerbsloser Menschen sind häufig – häufiger als die Anliegen vieler anderer Menschen in unserem Land – Gegenstand parlamentarischer Debatten und medialer Berichterstattung.

### *Frage 2*

*Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung und die sich verschärfende Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung unternehmen? Mit welchen Ideen und Konzepten wollen Sie der Politikverdrossenheit in den prekären Schichten begegnen?*

Der Begriff „soziale Spaltung“ ist in seiner Undifferenziertheit untauglich für die Beschreibung und damit Lösung sozialer Problemlagen und abnehmender Wahlbeteiligung. Wir Freie Demokraten werben generell für eine sensiblere und dadurch differenziertere Wahrnehmung sozialer Problemlagen und des Wahlverhaltens der Bürgerinnen und Bürger. In allen Bildungs- und Einkommensgruppen ist die Wahlbeteiligung nicht zufriedenstellend. Das Leben in einer Demokratie erfordert von jedem Einzelnen die Übernahme von Verantwortung sich selbst und der Allgemeinheit gegenüber, soweit es die eigenen Möglichkeiten zulassen. Zur notwendigen Bereitschaft, Verantwortung für das Gemeinsame in einer Gesellschaft zu übernehmen, gehört auch die Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen (soweit es das Wahlrecht zulässt). Diese Haltung muss von allen Demokraten in unserer Gesellschaft gegenüber jedem eingefordert werden. Diese Erwartungshaltung dem inneren Pflichtgefühl der Bürgerinnen und Bürger gegenüber vertreten wir konsequent. Hiervon nehmen wir auch Menschen nicht aus, die von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen sind. Wir trauen ihnen zu, eine der Demokratie gegenüber positive Haltung nicht zu verlieren, und ermutigen sie zur politischen Partizipation.

Solange in anderen Demokratien Menschen mitunter stundenlang für die Abgabe ihrer Stimme warten müssen und Urlaub von ihrer Arbeit nehmen müssen, mitunter stundenlang unter widrigsten Umständen Wege zu Wahllokalen auf sich nehmen, mitunter gar ihr Leben für die Demokratie oder ihre individuelle Stimmabgabe riskieren müssen, gibt es in unserer Gesellschaft keine Entschuldigung, nicht wählen zu gehen. Darauf unermüdlich hinzuweisen, ist

Aufgabe der Zivilgesellschaft insgesamt. Es ist nicht zuvörderst die Pflicht „der Politik“, also jener wenigen, die sich für unsere Demokratie überhaupt engagieren und durch ihr Engagement überhaupt erst eine Wahl ermöglichen, die Wahlbeteiligung zu verantworten. Alle Politiker und Parteien werben unermüdlich um Verständnis und Zustimmung zu ihren Positionen und damit für politisches Interesse und Engagement und die Beteiligung an Wahlen.

### *Frage 3*

*Langzeitarbeitslose sind Ziel gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. 49 beziehungsweise 60 Prozent der Befragten stimmen laut der repräsentativen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesplaltene Mitte. Feindselige Zustände“<sup>1</sup> diesen Aussagen zu:*

- *Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.*
- *Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.*

*Laut einer Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit<sup>2</sup> halten die Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen einer Überprüfung nicht stand.*

*Trägt die Politik dazu bei, dass diese Vorurteile so tief und breit in der Gesellschaft verankert sind (zum Beispiel Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2001: „Es gibt in Deutschland kein Recht auf Faulheit“)? Wie steuert die FDP dagegen?*

Die FDP wirbt wie keine andere Partei für die Wahrnehmung des Menschen als Individuum und lehnt Pauschalisierungen, wenn es um Menschen geht, grundsätzlich ab. Verallgemeinernde Begriffe, wie „die Politik“ in dieser Fragestellung verstärken die undifferenzierte Wahrnehmung von Menschen, wie wir sie ablehnen. Die genannte Studie offenbart, dass zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit,

1 Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela 2016: Gesplaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz

2 <https://faktor-a.arbeitsagentur.de/mitarbeiter-finden/vorurteile-gegen-langzeitarbeitslose-im-test/>, aufgerufen am 8.7.2019

Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Abwertung von Sinti und Roma, Abwertung von asylsuchenden Menschen, Abwertung von homosexuellen Menschen, Abwertung von wohnungslosen Menschen, Abwertung von Menschen mit Behinderung und auch die Abwertung von langzeiterwerbslosen Menschen gehören. Einzelne Äußerungen aus der Politik können zu einer vorurteilsbehafteten Wahrnehmung von langzeiterwerbslosen Menschen beitragen. Gleichwohl liegen die Ursachen für entsprechende Einstellungen tiefer und sollten nicht durch den Verweis auf einzelne aus dem Zusammenhang gegriffene Zitate von Politikern verharmlost werden. Die Forschung nennt zwei Wege, Vorurteilen zu begegnen: Aufklärung und persönliche Begegnung. Die Forschung beobachtet die größten Erfolge bei der Bekämpfung von Vorurteilen, wenn persönliche Begegnungen mit Personen der abgewerteten Gruppe ermöglicht werden. Gravierender dürfte sich daher die „indirekte“ Begegnung mit der voyeuristisch-inszenierten Darstellung von Menschen in prekären Lebenslagen in entsprechenden Fernsehformaten auswirken, die immer wieder Vorurteile durch entsprechende Einzelpersonen oder bewusste Inszenierungen bestätigen. Auch dieser Fragebogen und das damit skizzierte Bild sind bedauerlicherweise geeignet, Vorurteile gegenüber langzeiterwerbslosen Menschen zu verstärken.

#### *Frage 4*

*Ein Bürgermeister und Bundestagkandidat hat uns auf die Frage „Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung tun?“ geantwortet: „Meiner Erfahrung nach gehen die, die Arbeit haben, in der Regel auch wählen.“*

*Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen demokratischer Teilhabe und Teilhabe am Arbeitsleben?*

Die Aussage des „Bürgermeisters und Bundestagskandidaten“ ist als „persönliche Erfahrung“ gekennzeichnet und beansprucht daher offenbar keine Allgemeingültigkeit. Nichtwähler gibt es auch bei Erwerbstätigen in (zu) großer Zahl. Unter „demokratischer Teilhabe“ verstehen wir auch mehr als nur die Beteiligung an Wahlen. Langzeiterwerbslosigkeit bedeutet nicht, sich zwingend nicht für Politik zu interessieren oder sich nicht an Wahlen zu beteiligen. Es gibt allerdings unter Langzeiterwerbslosen nicht wenige, die den mit Langzeiterwerbslosigkeit einhergehenden, sie gesellschaftlich

isolierenden Folgen aus eigener Kraft wenig entgegenzusetzen vermögen. Diesen Zusammenhang sehen wir mit Sorge. Daher sehen wir primär unsere Aufgabe darin, politische Mehrheiten für die Überwindung von Erwerbslosigkeit zu gewinnen. Daneben gilt es aber auch, allen gesellschaftlichen Tendenzen entgegenzutreten, die langzeiterwerbslose Menschen (zusätzlich) entmutigen.

### *Frage 5*

*Die Studie „Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015“<sup>3</sup> hat belegt: je höher das Einkommen, desto stärker stimmen politische Entscheidungen mit den Meinungen der Befragten überein. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass Menschen in prekären Lebenslagen politisch unterrepräsentiert sind. Dabei soll unsere repräsentative Demokratie bei ihren Entscheidungen die Anliegen und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger in gleichem Maß berücksichtigen. Es darf keine systematische Verzerrung zugunsten einzelner Gruppen geben. In Aussagen wie „Die hören nicht zu“ oder „Wir haben nichts zu sagen“ bestätigen die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler den Befund der Studie.*

*Stimmen Sie diesem demokratierelevanten Befund zu?*

*Wenn ja, wie wollen Sie den Grundsatz politischer Gleichheit von Menschen in prekären Lebenslagen wiederherstellen?*

In der Tat bildet „die repräsentative Demokratie“ in der Pluralität der Parteien die Interessen und Perspektiven aller Bürgerinnen und Bürger bestmöglich ab. Verantwortungsvolle Politik im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu vertreten bedeutet aber nicht, alle Einzelinteressen gleich prioritär zu verfolgen, sondern verantwortungsvolle Politik bedeutet, das Ganze und Langfristige, die Interessen gegenwärtiger und künftiger Generationen und Ursachen- und Wirkungszusammenhänge zu beachten. Die zitierte Umfrage spiegelt die subjektive Wahrnehmung von Bürgerinnen und Bürgern wider – nicht tatsächliche Gegebenheiten. Die Aussagen „Die hören uns nicht zu“ oder „Wir haben nichts zu sagen“ hören wir aus-

3 Elsässer, Lea/Hense, Svenja / Schäfer, Armin 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

nahmslos aus allen gesellschaftlichen Milieus. Zugleich erleben wir aber auch ein sehr differenziertes Urteilsvermögen und politisches Denken in allen Milieus. Da sind langzeitarbeitslose Menschen explizit keine Ausnahme. Wie keine andere Partei setzt sich die FDP für die Überwindung prekärer Lebenslagen ein. Wir bedauern daher ausdrücklich, dass uns die demokratischen Mehrheiten zur Überwindung prekärer Lebenslagen für möglichst alle Menschen fehlen. Das bedeutet für uns im Umkehrschluss aber nicht, dass wir es den Kolleginnen und Kollegen anderer Parteien, die unseren Ideen und Konzepten nicht zur demokratischen Mehrheit verhelfen, abprechen, sich nicht ebenfalls ernsthaft darum zu bemühen, mit ihrer Politik die Interessen aller Gruppen – einschließlich der Menschen in prekären Lebenslagen – in den Blick zu nehmen.

#### *Frage 6*

*Die Interviewer der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ bestätigen, dass die befragten Nichtwähler, so enttäuscht von und so wütend sie auch auf Politik sind, grundsätzlich einfach zurückzuholen wären, würde man sie ernst nehmen, ihnen zuhören und sie nicht länger ignorieren. Wir haben erfahren, dass viele der interviewten Nichtwähler nach dem Interview wieder zur Wahl gegangen sind, weil sie das Interview dazu motivierte und es als Akt des Zuhörens und Ernstnehmens verstanden wurde.*

*Wie will die FDP die langzeitarbeitslosen Nichtwähler ansprechen und wieder zurückholen als demokratisch partizipierende Bürger?*

Dass „die Politik“ die Menschen „nicht ernst nehmen“ würde, ihnen nicht „zuhören“ würde oder sie „ignorieren“ würde, entspricht nicht den Tatsachen. Es gibt neben der in Frage 3 thematisierten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auch eine gruppenbezogene Politikfeindlichkeit. Vorurteilen begegnet man am besten durch Information und Begegnungen. Es lässt sich leicht belegen, wie sehr und häufig soziale Themen „die Politik“ beschäftigen. Die FDP hat weitreichende Konzepte zur Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit öffentlich vorgelegt, debattiert diese und die Vorschläge anderer Parteien regelmäßig öffentlich und wirbt unter allen Wählerinnen und Wählern um Zustimmung, um die für die Umsetzung notwendigen Mehrheiten zu erzielen.

### Frage 7

*Auch wenn die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler zum Zeitpunkt des Interviews keine Möglichkeit sahen, mit ihrer Teilnahme an Wahlen etwas zu verändern, wollen sie partizipieren – wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch. Sie wollen ein „normales Leben“ führen, einen Arbeitsplatz und ausreichend Lohn und keine wirklichkeitsfremden Maßnahmen, die sie nur als Pseudolösungen empfinden. Wie der Interviewte Herr G., 50 Jahre, sagte: „Hallo, gib mir was, was ich wählen kann, dann wähle ich es auch.“*

*Was geben Sie Herrn G., damit er ein normales Leben führen und wieder wählen kann?*

Die einzelne Wahlstimme eines langzeiterwerbslosen Wählers bewegt politisch so viel wie die Stimme jedes anderen Wählers. Alle Stimmen zählen gleich. Bei der Bundestagswahl 2017 wurden etwa 46,5 Millionen Stimmen abgegeben. Bei jeder und jedem kann der Eindruck entstehen, die einzelne Stimme zähle nichts. Die Demokratie aber lebt davon, dass die Wählerinnen und Wähler den Sinn in der Wahlbeteiligung nicht von dieser „Rechnung“ abhängig machen.

In der Tat gab es in der Vergangenheit viele arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen, die den Betroffenen nicht wirklich weitergeholfen haben, sondern der Integration in den Ersten Arbeitsmarkt entgegenstanden. Ein besonders griffiges Beispiel hierfür sind die in den 1990er Jahren weit verbreiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, von denen eher Kommunen, Vereine und Wohlfahrtsverbände profitiert haben als die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ein Beispiel aus jüngerer Vergangenheit ist beispielsweise das sogenannte „Rechtsvereinfachungsgesetz“ für das Sozialgesetzbuch II. Dieses hatte sich zum Ziel gesetzt, entbürokratisierend zu wirken, paradoxerweise hat es aber vermutlich sogar zu mehr Bürokratie in der Grundsicherung und damit zu weniger Zeit für die eigentliche Aufgabe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern geführt – die individuelle Unterstützung langzeiterwerbsloser Menschen.

Aber auch Ideen wie das solidarische Grundeinkommen könnten dazu führen, dass langfristig nicht die Teilnehmerinnen und Teilnehmer profitieren, sondern in erster Linie die Kommunen, die sich so „günstige“ Arbeitskräfte sichern könnten, ohne diese aber über eine Stabilisierung und Stärkung hinaus wirklich langfristig bei der persönlichen Entwicklung zu fördern.

Statt einer Verlängerung des Bezugs von Grundsicherungsleistungen und Förderinstrumenten, die eher einer „Arbeitssimulation“ gleichen, sollten wir eher unsere Anstrengungen in Richtung nachhaltiger Integration in den Arbeitsmarkt und vor allen Dingen in die Prävention von Problemlagen verstärken.

Was ist dafür notwendig:

Nicht jeder Langzeiterwerbslose ist – beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen – unmittelbar in der Lage, sofort eine Arbeit am Arbeitsmarkt aufzunehmen. Hier bedarf es einer individuelleren Wahrnehmung der die Arbeitsaufnahme benachteiligenden Faktoren. Hierzu muss der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern verbessert werden, aber auch die überbordende Bürokratie reduziert werden. Anschließen müssen sich entsprechende, auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmte Maßnahmen, wie psychosoziale Förderung, gesundheitliche Reha, Sucht- und Schuldenberatung und Ähnliches. Solche Angebote sollten die Jobcenter in Zukunft verstärkt machen können, soziale Träger ihre Konzepte innovativ weiterentwickeln.

Bei manchen Personen muss zunächst für eine den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechende Qualifikation gesorgt werden. Dies kann zunächst eine Alphabetisierung oder der Erwerb von Grundkompetenzen sein, eine Erstausbildung oder eine Umschulung. Daher fordern wir, dass zukünftig mehr Menschen der Erwerb von Grundkompetenzen ermöglicht wird. Zudem wollen wir, dass auch dreijährige Umschulungen förderfähig sind, damit es wirklich auch jedem ermöglicht wird, seinen Berufsabschluss nachzuholen und nicht nur denjenigen, die in der Lage sind, eine vollständige Ausbildung in zwei Jahren zu absolvieren. Alle Qualifikationsmaßnahmen sollten sich möglichst am Bedarf des Ersten Arbeitsmarktes orientieren, wo immer möglich in einem Arbeitsverhältnis des Ersten Arbeitsmarktes oder ein solches Arbeitsverhältnis begleitend. Wir müssen verhindern, dass Menschen am Arbeitsmarkt und damit an ihren Chancen vorbei qualifiziert werden.

Die Aufnahme eines Vollzeitberufs ist in vielen Fällen nicht sofort möglich, in manchen ohne stete Unterstützung nicht möglich. Die finanzielle Unterstützung seitens der Jobcenter in Form von Lohnkostenzuschüssen müssen wir ausbauen. Wir sprechen uns dafür aus, dass das Instrument des sogenannten Passiv-Aktiv-Tauschs flächendeckend eingeführt wird und durch die Umwidmung der passiven Mittel in Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik mehr Menschen der Einstieg in eine Arbeit ermöglicht wird.

Im aktuellen System lohnt sich für viele Leistungsbezieher die Aufnahme einer Arbeit finanziell kaum. Vor allem dann, wenn auch

Kinder im Haushalt leben. Daher müssen im ersten Schritt die Hinzuverdienstgrenzen angepasst werden. Es kann nicht sein, dass man von seinem hart erarbeiteten Geld 80 Prozent und mehr an den Staat zurückgeben muss. Das wollen wir ändern und die Hinzuverdienstgrenzen deutlich motivierender ausgestalten. Alleine durch diesen Schritt würden nach Berechnungen des IFO-Instituts 300.000 Menschen neu in Arbeit gelangen. Herr G. könnte einer von ihnen sein.

Die Jobcenter müssen wieder mehr Zeit für die Vermittlung haben (siehe oben). Die Vermittlung darf nicht ein standardisierter Prozess des Angebots von möglichst vielen Stellen sein. Vielmehr müssen sich die Arbeitgeberservices und auch die Vermittler stärker für die Kunden einsetzen und nicht nur stärker Arbeitgeber akquirieren, sondern die Stärken der Bewerberinnen und Bewerber für den Arbeitgeber sichtbar machen.

#### *Frage 8*

*Die Armut der Armen hängt auch mit dem Reichtum der Reichen zusammen. In den Interviews wurde der zu niedrige Hartz IV-Satz, die mangelnde soziale Gerechtigkeit und die dramatisch zunehmende Ungleichheit zwischen Armen und Reichen beklagt und angeprangert.*

*Viele der Befragten machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder.*

*Wie will die FDP die Ungerechtigkeitsstrukturen verändern, damit soziale Gerechtigkeit hergestellt wird?*

*Was will die FDP tun, damit sich Armut und fehlende demokratische Teilhabe nicht vererben?*

Es ist unklar, was der Fragesteller mit „Ungerechtigkeitsstrukturen“ meint. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist Garant für eine freiheitlich-demokratische Ordnung und Struktur unserer Gesellschaft. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Ein Drittel des der bundesdeutschen Gesellschaft zur Verfügung stehenden Einkommens fließt in soziale Aufgaben. Noch nie in der Geschichte war die Gesellschaft so wohlhabend wie heute und wurde so viel Geld an Steuern eingenommen wie heute. Das bestätigt eindrucksvoll die von der FDP

stets verteidigte Wahrheit, dass nicht hohe Steuersätze, sondern die richtigen Steuersätze zu mehr Steuereinnahmen und Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen führen. Wir werden jede Steuerpolitik ablehnen, die unter dem Deckmantel vermeintlich gerechten Vermögens- und Einkommensausgleichs die notwendigen Einnahmen für unseren Sozialstaat gefährdet und mittelfristig zu Arbeitslosigkeit und womöglich zu Leistungskürzungen für die Schwächsten führt und damit deren Lebensgrundlage einschränkt. Der unternehmerische Mittelstand ist in Deutschland verantwortlich für die meisten Arbeitsplätze. Dieser wiederum befindet sich zumeist in privater Hand und wird als privates Vermögen in der Statistik gezählt. Das Vermögen der einen ist damit die Grundlage des Einkommens der anderen.

Jahr für Jahr gelingt glücklicherweise den allermeisten jungen Menschen der erfolgreiche Abschluss der Schule, dann der der Ausbildung beziehungsweise des Studiums und der erfolgreiche Start ins Berufsleben. Sie gehören allen Einkommens- und Bildungsmilieus an. Der erfolgreiche Start in das selbstverantwortete Leben ist die Regel und nicht die Ausnahme.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass sich immer wieder auch junge Menschen finden, die bereit sind, ein Unternehmen zu gründen und denen, die die Selbstständigkeit für sich ablehnen oder nicht erfolgreich schaffen, einen Arbeitsplatz bieten. Voraussetzung ist, dass unsere Unternehmen immer wieder in die Erneuerungen ihrer Produkte und Dienstleistungen investieren können und wollen, damit diese auch künftig gekauft werden und damit ein verlässliches Einkommen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewähren.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft erlaubt es jeder und jedem in unserer Gesellschaft, Vermögen zu bilden. Jede und jeder, dem es gelingt, andere von der eigenen Arbeitskraft oder seiner beziehungsweise ihrer Idee für ein Produkt oder eine Dienstleistung zu überzeugen, hat je nach Fähigkeiten beziehungsweise Überzeugungskraft die Chance auf ein hohes Einkommen und Vermögensbildung. Warum der Diakonie in Deutschland die Arbeitskraft ihres Präsidenten jährlich über 200.000 Euro wert ist, ist nicht eine Frage, die die Politik in einer freiheitlichen Gesellschaft zu verantworten hat. Würde es eine nennenswerte Zahl an Menschen irritieren oder als ungerecht empfinden, die Spendenbereitschaft zum Beispiel empfindlich zurückgehen, würde es die Diakonie sicherlich ändern.

Täglich entstehen in unserer Marktwirtschaft neue Unternehmen, wird Vermögen neu gebildet und wechselt den Besitzer. Unsere

freiheitliche Gesellschaft zwingt aber niemanden zum Kauf von Produkten oder Dienstleistungen – also von Arbeitskraft –, für die er keinen Nutzen oder Wert für sich sieht. Die Ursache von Erwerbslosigkeit ist, dass für die vom Einzelnen zur Verfügung gestellte Arbeitskraft, Idee oder Dienstleistung andere Menschen nicht hinreichend Bedarf für sich sehen und dafür nichts von ihrem verdienten Einkommen bezahlen wollen.

Entscheidend ist, dass wir mit den geeigneten politischen Maßnahmen gewährleisten, dass möglichst jede und jeder in unserer Gesellschaft die Chance erhält, seine oder ihre Begabungen immer wieder neu zu entdecken, zu entwickeln und auszubilden, damit diese die entsprechende und für ein Erwerbseinkommen notwendige Anerkennung anderer Menschen finden.

Deshalb liegt der Fokus der Politik der FDP ganz klar darauf, Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, indem wir sicherstellen, dass jedes Kind die maximal mögliche Förderung seiner Talente erfährt. Der Weg aus der Armut und in die demokratische und kulturelle Teilhabe ist aus unserer Sicht: Bildung. Das beziehen wir nicht nur auf die Kinder, bei denen sie beginnen muss, sondern ausdrücklich auch auf Menschen in der Mitte ihres Lebens, denen wir zutrauen, durch Bildung ihre Möglichkeiten auszubauen und verbessern zu können.

Auch die bereits in der Frage 7 erwähnten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von erwerbslosen Menschen würden einer Vererbung von Armut entgegenwirken.

Neben einer qualitativen Stärkung der frühkindlichen Bildung und einer qualitativen Verbesserung der Schulen müssen Instrumente wie SGBII §16h deutlich ausgebaut werden, Jugendberufsagenturen evaluiert und flächendeckend eingeführt werden, Schulen, Jugendhilfe und Jobcenter besser miteinander verzahnt werden, Eltern mit Kindern in der Grundsicherung prioritär gefördert werden.

*Pascal Kober* ist sozialpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages.

# **Antworten von Katja Kipping und Bernd Riexinger (Die Linke)**

## *Frage 1*

*Wie nahe sind Sie der Lebenswirklichkeit von Langzeitarbeitslosen mit ihren Nöten, Sorgen und Wünschen? Wie oft hören Sie langzeitarbeitslosen Menschen zu?*

*Wie verschaffen Sie Langzeitarbeitslosen eine Bühne, damit sie ihre Anliegen in der Öffentlichkeit vorbringen können?*

Die Partei DIE LINKE ist geprägt von den Protesten gegen Hartz IV und die Agenda 2010, also vom Widerstand gegen den Betrug an Millionen Menschen, die unverschuldet ihre Arbeit verloren haben, und gegen die Demütigung und Drangsalierungen erwerbsloser Menschen. Als Vorsitzende dieser Partei ist es uns ein Anliegen, langzeiterwerbslosen Menschen regelmäßig Öffentlichkeit zu bieten. Dazu nutzen wir die Publikationen der Partei ebenso wie Kundgebungen, Diskussionsveranstaltungen, Sprechstunden und Parlamentsreden. Regelmäßig stehen unsere Mitglieder, auch wir beide, vor dem Jobcenter, bieten Kaffee, Gespräche und konkrete Hilfe an. Zum Beispiel über das Sozialberatungsangebot von „DIE

LINKE hilft!“ Mit großer Überzeugung machen wir Politik mit und für langzeiterwerbslose Menschen. Nicht nur für sie, sondern mit ihnen gemeinsam planen und realisieren wir politische Kampagnen, beispielsweise gegen die Sanktionen bei Hartz IV.

### *Frage 2*

*Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung und die sich verschärfende Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung unternehmen? Mit welchen Ideen und Konzepten wollen Sie der Politikverdrossenheit in den prekären Schichten begegnen?*

Gegen die soziale Spaltung hilft eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen. Dazu gehören unter anderem höhere Steuern auf Milliardenvermögen, auf Unternehmensgewinne und Finanztransaktionen. Dazu gehören auch ein höherer Mindestlohn, die Aufwertung sozialer Berufe und die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse. Gegen die soziale Spaltung muss die Arbeitswelt vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Normal muss wieder sein, was den Menschen dient, nicht, was dem Profit der Unternehmen nutzt. Es geht um Löhne, die zum Leben reichen, und um Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind nicht das Ergebnis von Naturgewalten, sondern von Menschen gemacht; sie können folglich auch verändert werden. Unser Ziel ist es, Menschen Zuversicht zu vermitteln und sie zu animieren, die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Sinne zu verbessern.

### *Frage 3*

*Langzeitarbeitslose sind Ziel gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. 49 beziehungsweise 60 Prozent der Befragten stimmen laut der repräsentativen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände“<sup>1</sup> diesen Aussagen zu:*

- *Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.*

1 Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz

- *Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemeres Leben machen.*

*Laut einer Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit <sup>2</sup> halten die Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen einer Überprüfung nicht stand.*

*Trägt die Politik dazu bei, dass diese Vorurteile so tief und breit in der Gesellschaft verankert sind (zum Beispiel Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2001: „Es gibt in Deutschland kein Recht auf Faulheit“)? Wie steuert DIE LINKE dagegen?*

Nicht die Politik als Ganzes, aber zahlreiche Parteien haben systematisch dazu beigetragen, dass sich Vorurteile gegen erwerbslose Menschen tief in das kollektive Denken der Bevölkerung eingegraben haben. DIE LINKE hat sich stets dem neoliberalen Zeitgeist widersetzt, demzufolge jeder Einzelne seines Glückes Schmied sei – und folglich auch individuell Schuld am Verlust des Arbeitsplatzes trage. Erwerbslosigkeit ist ein gesellschaftliches Problem, auf das kollektive Antworten gegeben werden müssen, etwa, indem Bund, Länder und Kommunen sichere, gute bezahlte Arbeitsplätze in Bereichen schaffen, die der Gesellschaft insgesamt nutzen. Die Individualisierung, die dem neoliberalen Mantra entspringt, kann überwunden werden, indem Menschen zu kollektivem Engagement für ihre Interessen motiviert werden. Dazu leisten wir einen Beitrag, wann und wo immer es möglich ist.

#### *Frage 4*

*Ein Bürgermeister und Bundestagkandidat hat uns auf die Frage „Was wollen Sie gegen die soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung tun?“ geantwortet: „Meiner Erfahrung nach gehen die, die Arbeit haben, in der Regel auch wählen.“*

*Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen demokratischer Teilhabe und Teilhabe am Arbeitsleben?*

Es ist nicht zu bestreiten, dass es einen starken Zusammenhang zwi-

2 <https://faktor-a.arbeitsagentur.de/mitarbeiter-finden/vorurteile-gegen-langzeitarbeitslose-im-test/>, aufgerufen am 8.7. 2019

schen Teilhabe am Arbeitsleben und Teilhabe an demokratischen Prozessen gibt. Ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in einem Wahlkreis hoch, ist die Wahlbeteiligung vergleichsweise hoch. Je niedriger die Durchschnittseinkommen, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus. Da Erwerbslosigkeit zu niedrigen Einkommen führt, ist die Wahlbeteiligung dort besonders niedrig, wo die Erwerbslosigkeit besonders ausgeprägt ist.

### *Frage 5*

*Die Studie „Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015“<sup>3</sup> hat belegt: je höher das Einkommen, desto stärker stimmen politische Entscheidungen mit den Meinungen der Befragten überein. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass Menschen in prekären Lebenslagen politisch unterrepräsentiert sind. Dabei soll unsere repräsentative Demokratie bei ihren Entscheidungen die Anliegen und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger in gleichem Maß berücksichtigen. Es darf keine systematische Verzerrung zugunsten einzelner Gruppen geben. In Aussagen wie „Die hören nicht zu“ oder „Wir haben nichts zu sagen“ bestätigen die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler den Befund der Studie.*

*Stimmen Sie diesem demokratierelevanten Befund zu?*

*Wenn ja, wie wollen Sie den Grundsatz politischer Gleichheit von Menschen in prekären Lebenslagen wiederherstellen?*

Die Gesetze, die die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten im Parlament beschließt, kommen selten der Mehrheit der Bevölkerung zugute. Da langzeiterwerbslose Menschen – anders als die Automobilindustrie oder die Energiekonzerne – keine wirkmächtige Lobby haben, finden sie bei den herkömmlichen Parteien kein Gehör. Die referierten Probleme der sozialen asymmetrischen Demobilisierung haben wir in Partei und Parteivorstand seit Jahren im Blick und eine Reihe von Maßnahmen entwickelt. Es zeigt sich ja in den Studien, dass Menschen mit schlechterem Einkommen sich nicht –

3 Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

wie oft nahegelegt wird – weniger oder gar nicht für Politik interessieren, sondern, dass sie wenig davon erwarten.

Zu unseren Gegenmaßnahmen gehören zum Beispiel aufsuchende Wahlkampfformen, die sich gezielt an Menschen in einkommensarmen Nachbarschaften („sozialen Brennpunkten“) richten. Auch die Befragungen an Haustüren und öffentlichen Plätzen machen es möglich, dass Menschen DIE LINKE als Partei im Alltag erfahren können. Unsere Projekte zielen darauf, dass wir uns zusammen mit Menschen auch außerhalb von Wahlen für ihre Belange einsetzen. So haben wir in vielen einkommensarmen Nachbarschaften Mieter-Selbstorganisierungen gegründet (linkes Community Organizing). „Politik der 1. Person“, die also von den Leuten selbst gemacht wird. Das erhöht auch ihr Selbstbewusstsein und im positiven Sinne ihre Anspruchshaltung an Politik – sie fordern ihre Interessen aktiver ein und beteiligen sich stärker an Wahlen.

#### *Frage 6*

*Die Interviewer der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ bestätigen, dass die befragten Nichtwähler, so enttäuscht von und so wütend sie auch auf Politik sind, grundsätzlich einfach zurückzuholen wären, würde man sie ernst nehmen, ihnen zuhören und sie nicht länger ignorieren. Wir haben erfahren, dass viele der interviewten Nichtwähler nach dem Interview wieder zur Wahl gegangen sind, weil sie das Interview dazu motivierte und es als Akt des Zuhörens und Ernstnehmens verstanden wurde.*

*Wie will DIE LINKE die langzeitarbeitslosen Nichtwähler ansprechen und wieder zurückholen als demokratisch partizipierende Bürger?*

Die Partei DIE LINKE setzt sich für politische Forderungen ein, von denen die Mehrheit der Bevölkerung profitiert, ganz besonders langzeiterwerbslose Menschen. Das reicht von der kostenlosen Kita über den ticketfreien Nahverkehr bis zur armutsfesten Rente. Indem DIE LINKE gezielt in Stadtteilen mit niedriger Wahlbeteiligung präsent ist, bemüht sie sich um Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Doch es geht uns und unserer Partei nicht ausschließlich darum, dass Nichtwählerinnen und Nichtwähler alle paar Jahre einen Stimmzettel in eine Urne werfen. Das Ideal der partizipierenden Bürgerin und des partizipierenden Bürgers meint für DIE LINKE, dass Menschen ihr

Schicksal selbst in die Hand nehmen, gemeinsame Interessen formulieren und Auseinandersetzungen zu ihrer Durchsetzung führen.

### *Frage 7*

*Auch wenn die von uns interviewten langzeitarbeitslosen Nichtwähler zum Zeitpunkt des Interviews keine Möglichkeit sahen, mit ihrer Teilnahme an Wahlen etwas zu verändern, wollen sie partizipieren – wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch. Sie wollen ein „normales Leben“ führen, einen Arbeitsplatz und ausreichend Lohn und keine wirklichkeitsfremden Maßnahmen, die sie nur als Pseudolösungen empfinden. Wie der Interviewte Herr G., 50 Jahre, sagte: „Hallo, gib mir was, was ich wählen kann, dann wähle ich es auch.“*

*Was geben Sie Herrn G., damit er ein normales Leben führen und wieder wählen kann?*

Die meisten Menschen haben eine genaue Vorstellung vom guten Leben: eine sinnvolle Arbeit, einen auskömmlichen Lohn, Gesundheit und Muße für Familie und Hobbys und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Die Partei DIE LINKE versteht sich als eine Kraft, die der Mehrheit der Menschen ein gutes Leben ermöglichen möchte. Sie ist deshalb für Herrn G. eine Wahlalternative. Mehr noch: Wir laden Herrn G. ein, Mitglied in der Partei DIE LINKE zu werden, um gemeinsam mit vielen anderen Menschen diese Gesellschaft gerechter, friedlicher und demokratischer zu machen.

### *Frage 8*

*Die Armut der Armen hängt auch mit dem Reichtum der Reichen zusammen. In den Interviews wurde der zu niedrige Hartz IV-Satz, die mangelnde soziale Gerechtigkeit und die dramatisch zunehmende Ungleichheit zwischen Armen und Reichen beklagt und angeprangert.*

*Viele der Befragten machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder.*

*Wie will DIE LINKE die Ungerechtigkeitsstrukturen verändern, damit soziale Gerechtigkeit hergestellt wird?*

*Was will DIE LINKE tun, damit sich Armut und fehlende demokratische Teilhabe nicht vererben?*

DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Sie setzt sich ein für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die anders als Hartz IV Armut tatsächlich verhindert. DIE LINKE tritt dafür ein, dass Jede und Jeder das Recht auf Arbeit hat und das Recht, konkrete Arbeitsangebote abzulehnen, ohne Sperrzeiten oder andere Sanktionen fürchten zu müssen. Sie wirbt für eine armutsfeste, solidarische Rente für alle, die paritätisch von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird und den Lebensstandard im Alter sichert. Damit Armut nicht vererbt wird, engagiert sich DIE LINKE außerdem für eine Kindergrundsicherung und für ein exzellentes und gebührenfreies Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule.

*Katja Kipping* und *Bernd Riexinger* teilen sich den Vorsitz der Partei „Die Linke“.

Franz Schultheis

## **Citizen Science und Sozialwissenschaften – so nahe, und doch so fern ...**

Paradoxerweise, oder gerade nicht, ist Citizen Science<sup>1</sup> bis heute in den Sozialwissenschaften weitestgehend Fremdwort und Fremdkörper geblieben. Während in den Naturwissenschaften Citizen Science bei Erhebungen zur Tiervielfalt im urbanen Raum, zu Migration von Zugvögeln, zur Verbreitung von Krankheitserregern der Stechmücken oder zu meteorologischen Bestandsaufnahmen erfolgreich zum Zuge kommt, lassen sich für die Sozial- und Kulturwissenschaften leider nur wenige nennenswerte Pendanten finden, man denke etwa an eine groß angelegte Studie zum Brauchtum in Deutschland in der Zwischenkriegszeit.

Worauf beruht das mangelnde Interesse der Sozialwissenschaften an einer ähnlichen Öffnung für die Partizipation von Laien-Forschern an ihren einschlägigen Studien zu Fragen der gesellschaftlichen Welt? Könnte man diese Zeitgenossen – heute mehrheitlich mit beachtlichem Bildungskapital ausgestattet und an vielfältigen sozialen, ökonomischen und kulturellen Fragen interessiert – nicht als kompetente ethnografische Informanten über ihre jeweiligen

1 Mit Citizen Science (Bürgerwissenschaft) wird im angelsächsischen Sprachraum eine Form der Offenen Wissenschaft bezeichnet, bei der Projekte unter Mithilfe oder komplett von interessierten Laien durchgeführt werden.

Lebenswelten und -umstände gewinnen, anstatt sie immer aufs Neue zu Forschungsgegenständen zu machen? Eine aktive Einbeziehung von interessierten Bürgern in Studien über brennende Gegenwartsfragen, sozioökonomische Transformationen und tiefgründigen kulturellen Wandel unserer zeitgenössischen Gesellschaften schiene doch in vielerlei Hinsicht möglich, wenn nicht gar naheliegend.

Warum sollten die in den heutigen Sozialwissenschaften stark beforschten Probleme sozialer Exklusion denn nicht von den konkreten Alltagserfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund, spezifischen sexuellen Orientierungen oder physischen beziehungsweise psychischen Belastungen beim Zugang zu solchen Fragen profitieren können? Wären Mitbürger nicht die prädestinierte Zielgruppe für die Gewinnung von Primärinformationen zu Fragen der (Un-)Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geschlechtsspezifischen Ungleichverteilungen von häuslicher Arbeit oder dem so oft nur top-down aus dem akademischen Reservat betrachteten Problem der gläsernen Decke beim geschlechterspezifischen Zugang zu beruflichen Positionen und Lebenschancen?

Warum nicht Vertreter unterschiedlicher Berufe im Service Public in Studien über die Auswirkungen des New Public Management auf ihre Arbeitsbedingungen und das Betriebsklima aktiv einbinden oder arbeitslose ältere Arbeitnehmer auf der Suche nach einer Anstellung direkt als ethnografische Informanten bei Studien zum Arbeitsmarktproblem der Generation „50+“ zum Einsatz kommen lassen? Als sozial handlungsfähige, reflektierte und mit einer – oft breiten – Palette an Kompetenzen ausgestattete Zeitgenossen sollte man doch meinen, hier eine wertvolle Ressource für die Erforschung unserer Gegenwartsgesellschaften und ihrer vielfältigen Widersprüche und Spannungen zu finden!

Leider scheint jedoch diese Meinung in der sozialwissenschaftlichen Scientific Community bisher kaum vertreten zu sein. Man beforscht diese Mitbürger, anstatt ihnen Teilhabe und Teilnahme anzubieten, weil der *Mainstream* dieser Disziplinen hier weiterhin eine exklusive Kompetenz eines hochspezialisierten Homo academicus sieht und diesen Monopolanspruch vehement verteidigt. Man könnte hier vermuten, dass diese Tendenz zur Abschottung auf einem schon chronischen Legitimationsdefizit gegenüber den Naturwissenschaften beruht, welches die Sozialwissenschaften seit ihrer Genese im späten 19. Jahrhundert wie ein Stigma begleitet. Mangels der Möglichkeit, soziale Prozesse in Laborsituationen experimentell zu studieren und im Stile der Naturwissenschaften postulierte Gesetzmäßigkeiten nachprüfbar zu verifizieren oder falsifizieren, sieht

man sich in diesen Disziplinen gezwungen, diese Handicaps durch besonders *sophisticizierte* epistemologische Wachsamkeit und methodologische Schärfe zu kompensieren. Hierbei tritt der akademische Diskurs oft explizit, und dies wohl auch mit einiger Berechtigung, in Gegenlage zu den gesellschaftlichen Sichtweisen und Urteilen von Alltagsmenschen. Diese gelten dem Homo academicus dahingehend als suspekt, als sie ja immer aus der Sicht spezifischer Positionen mit je eigenen Interessenlagen zustande kommen. Man etikettiert sie daher als „spontan-wissenschaftlich“ und vermutet häufig, wenn nicht grundsätzlich, Verzerrungen der Sicht und des Urteils durch weltanschauliche oder ideologische Vorannahmen.

Bekanntlich ist nun aber auch der professionelle Sozialforscher mit dem Anspruch der Werturteilsfreiheit ständig gefordert und oft genug auch überfordert. Um diesem Problem entgegenzutreten, entwickelte die Scientific Community forschungsethische Spielregeln und Arrangements intersubjektiver Kontrolle, die jeder, der in dieses Feld eintritt, erlernen muss, um legitimer Mitspieler werden zu können. Hier stellt sich dann die Frage, ob diese regulativen Prinzipien denn nicht auch an eine, über den akademischen Berufsforscher hinausgehende, Population von interessierten und engagierten Laien vermittelt werden kann, und ob diese Vermittlung, analog zu den bereits erfolgreich erprobten Formen von Citizen Science, auch für die Sozialwissenschaften in mehrerer Hinsicht sinnvoll und fruchtbar ist.

Zum einen könnte man hier dem seit einigen Jahren immer aufs Neue beschworenen Anspruch besser gerecht werden, die Sozialwissenschaften aus ihrem Elfenbeinturm zurück in die gesellschaftliche Alltagswelt zu holen, ein Anspruch, für den das Konzept *Public Sociology* zum prominenten Leitmotiv wurde. Eine solche Einbettung sozialwissenschaftlicher Diskurse könnte auch ein Ausweg aus der *splendid isolation* sein, in die sich die Sozialwissenschaften durch eine immer stärkere Selbstreferenzialität hineinmanövriert haben, und in der man für Publikationen meistens nur noch eine kleinere, handverlesene Leserschaft hochspezialisierter Journals findet, was nicht gerade zur öffentlichen Sichtbarkeit und Anerkennung beiträgt.

Aber auch die Ergebnisse von partizipativ angelegten Forschungen werden in ihrer Produktion und Rezeption positiv beeinflusst. Die Kluft zwischen Forscher und Beforschten, die zum Beispiel bei Interviews mit sozial Benachteiligten so oft eine unüberwindbare Kommunikationsbarriere bildet, ließe sich durch Schulung und aktiven Einsatz von Betroffenen als Interviewende beheben, denn in

diesem Falle begegnen sich Interviewende und Befragte „auf Augenhöhe“, wie der Autor selbst in einem gerade abgeschlossenen Projekt zum Verhältnis von Langzeitarbeitslosen und Demokratie aus eigener Erfahrung feststellen konnte.<sup>2</sup>

An interviewbasierten Untersuchungen zur sozialen Lage und Befindlichkeit von Arbeitslosen ist zwar kein Mangel, immer aber werden bislang die Betroffenen zu Forschungsobjekten wissenschaftlicher Experten und werden in der Interviewsituation selbst mit einer für ihre Erfahrungen mit sozialer Ausgrenzung typischen Schiefelage konfrontiert, nämlich einem einschüchternden sozialen Gefälle, das es verunmöglichlicht, unbefangen die eigene Lebenssituation zu schildern. Von Sozialwissenschaftlern „beforscht“ zu werden, kann – bei noch so viel gutem Willen beiderseits und noch so positiv gemeintem „so tun als ob“ – nicht vergessen lassen, dass auf diesem Wege keine Kommunikation „auf Augenhöhe“ ohne Verzerrungen durch ein offenkundiges soziales Gefälle und Fehlen von Reziprozität zustande kommen kann. Um dieses grundlegende Dilemma konventioneller Forschungsansätze auszuhebeln, wählte man bei der hier anvisierten kollektiven Feldstudie bewusst ein empirisches Vorgehen, bei dem Langzeitarbeitslose selbst als Forscher auftraten und verstehende Interviews mit Betroffenen der gleichen sozialen Kategorie durchführten. Die in diesem Falle von Interviewtem und Interviewer geteilten soziobiografischen und lebensweltlichen Erfahrungen, die im Gespräch immer wieder zum Ausdruck kommenden Zeichen wechselseitigen Verstehens und solidarischen Mitfühlens eröffneten einen in dieser Form bisher noch nicht erprobten Spielraum für das „zur Sprache bringen“ von zumeist von sozialer Scham verdrängten oder verschwiegenen Erfahrungen, Befindlichkeiten und Meinungen. Im Zwiegespräch mit einem „Schicksalsgenossen“ beziehungsweise einer „Schicksalsgenossin“ mussten die Befragten für einmal, metaphorisch formuliert, „aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen“, konnten es „ausschütten“ und „frei von der Leber weg“ ihre Selbst- und Weltbilder äußern. Im Unterschied dazu mussten sich die dieser Studie vorausgehenden und richtungsweisenden soziologischen Forschungen aus dem akademischen Elfenbeinturm hinaus immer wieder die an Spinoza angelehnte forschungsethische Maxime „Nicht bemitleiden, nicht verlachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen“ vor Augen halten, um sich der

2 Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.) 2017: „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Halem Verlag

Gefahren ihrer sozialen Distanz und Voreingenommenheit bewusst zu bleiben.

Partizipative „Citizen Science“ dieses Typs heißt natürlich nicht, dass man einem Mitmenschen bloß ein Aufnahmegerät in die Hand geben muss, er ins Feld geht und mit einem anderen Zeitgenossen kommuniziert, sondern es bedarf einer gewissen Vorbereitung und Schulung bei einem solchen *joint venture* von Berufsforschern und Laien. Ähnlich gute Erfahrungen konnten bei einer Zusammenarbeit von Sozialwissenschaftlern und Ärzten in der Schweiz und in Griechenland gemacht werden, wo man gemeinsam der Frage nach Symptomen und Ursachen der Erschöpfung in der Arbeit nachging, oder einer Forschung, bei der es um die (Selbst-)Ausgrenzung von ökonomisch schwachen Patienten von ärztlicher Versorgung im Krankheitsfalle ging.<sup>3</sup>

Mit diesen konkreten Beispielen soll nicht insinuiert werden, dass Citizen Science in sozialwissenschaftlicher Forschung ein „Kinderspiel“ sei. Natürlich hat man es hier mit vielfältigen Problemen bei der Einübung in Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens und der Vermittlung methodischer Kenntnisse zu tun. Selbstverständlich bedarf es auch seitens der Berufsforscher vielfältiger Lernprozesse und kritischer Auseinandersetzungen mit dem eigenen akademischen Habitus und den Grenzen des für sie Denkbaren. Der Aufwand aber lohnt sich, und zwar für beide Seiten einer solchen Partnerschaft.

3 Forschungsprojekt OEKAME: Ökonomie – Arbeitswelt – Medizin, Universität St. Gallen unter Leitung von Franz Schultheis

Martin Tertelmann

**„Das glaubt mir kein Mensch,  
dass ich da und da einen  
Vortrag gehalten und mich vor  
einen vollen Saal hingestellt  
habe.“<sup>1</sup>**

Ein Plädoyer für die Einbeziehung Betroffener in  
Forschung und Aktion

Seit dem Jahr 2013 sind langzeitarbeitslose Menschen intensiv in die Arbeit der Denkfabrik<sup>2</sup> an der Konzeption und Organisation von politischen Veranstaltungen und Projekten sowie in die Forschungsarbeit an den beiden Studien<sup>3 4</sup> eingebunden.

1 Mitarbeiterin der Denkfabrik

2 Die Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande im gemeinnützigen Sozialunternehmen Neue Arbeit Stuttgart besteht seit dem Jahr 2012. Die Themen der Denkfabrik sind die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und die Spaltung der Gesellschaft. [www.denkfabrik.neuearbeit.de](http://www.denkfabrik.neuearbeit.de)

3 Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.) 2017: „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Halem Verlag

4 Die vorliegende Studie: Unerhört! Langzeitarbeitslose melden sich zu Wort.

„Das glaubt mir kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten habe.“

Dieser Beitrag will die Erfahrungen und Erkenntnisse dieser intensiven partizipativen Arbeit mit Interessierten teilen und dokumentieren. In den Beitrag fließen nicht nur Erfahrungen aus der Forschungsarbeit der beiden Studien, sondern auch die nebenläufigen, durch die beiden Studien evozierten Ereignisse und Projekte mit ein. Seit 2013 haben in der Denkfabrik Professionelle<sup>5</sup> und Wissenschaftler mit über 15 Betroffenen, die über langjährige Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Hartz IV-Bezug verfügen, über Zeiträume von bis zu drei Jahren intensiv in einem Forschungs- und Arbeitskollektiv an den beiden Nichtwählerstudien, an Konzepten, Veranstaltungen und Publikationen zusammengearbeitet. Bei den Studien waren die Langzeitarbeitslosen die tragende Säule<sup>6</sup>. Darüber hinaus haben viele Langzeitarbeitslose temporär an der Studie als Interviewer oder im Rahmen von politischen Veranstaltungen mitgewirkt.

Wir haben in diesen ungewöhnlichen Kooperationen Höhen und Tiefen erlebt. Um es vorneweg zu sagen: Trotz aller Schwierigkeiten halte ich die Einbindung Betroffener für unverzichtbar. Ihr Wissen und ihre Präsenz als Experten und Expertinnen in eigener Sache nicht zu nutzen, ist aus meiner Sicht mehr als unklug. Die Beteiligung Betroffener hat eine Vielzahl positiver Effekte, auf die ich später eingehen werde.

Beginnen möchte ich mit einem Beispiel aus der jüngeren deutschen Geschichte, bei dem vollständig auf die Partizipation Betroffener verzichtet wurde, obwohl es Millionen Menschen betrifft.

Eine der größten Sozialreformen in der deutschen Geschichte, die Einführung von Hartz IV, wurde ohne die Befragung und Einbindung Betroffener entworfen und durchgeführt. Die Hartz IV-Kommission<sup>7</sup>, unter der Leitung des mittlerweile rechtskräftig verurteilten Peter Hartz<sup>8</sup>, versammelte die Elite der deutschen Wirtschaft, Banken und Gewerkschaften. Man kann davon ausgehen, dass die

5 Mit Professionellen sind Mitarbeitende aus Institutionen, Wohlfahrtsverbänden und andere gemeint, die beruflich Langzeitarbeitslose und Menschen in prekären Lebenslagen bei der Integration in Arbeit beraten und begleiten.

6 Vgl. Tertelmann, Martin 2017: Den Abgehängten eine Stimme geben und sie beteiligen. Langzeitarbeitslose Forscher sind die tragende Säule dieser Studie. In: Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.): „Gib mir was, was ich wählen kann.“ Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/-innen. Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 23–33

7 Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Hartz-Konzept#Hartz-Kommission>, aufgerufen am 29.6.2019

8 Vgl. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/schmiergeld-prozess-gericht-verurteilt-hartz-zu-bewaehrungsstrafe-a-462278.html>, aufgerufen am 8.7.2019

Mitglieder der Kommission allesamt keine besondere oder gar keine Nähe zu Arbeitslosen und deren Lebenswirklichkeit hatten. So wurde die Perspektive der Betroffenen auch nicht indirekt oder vermittelt eingebracht. Es ist verwunderlich, dass niemand daran gedacht hat, Betroffene einzubeziehen, betreibt man doch in der Wirtschaft bei jeder Neueinführung von Produkten und Dienstleistungen intensiv Marktforschung, um Akzeptanz und Ablehnung der Kunden besser einschätzen zu können. Wirft man aber einen Blick in die damalige Zeit und hört, wie die politischen Entscheidungsträger die Reform vorbereiteten, so versteht man, warum die Hartz IV-Kommission keine Beteiligung Betroffener wünschte.

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte der Bildzeitung: „*Es gibt kein Recht auf Faulheit.*“<sup>9</sup> Nach seiner Ansicht gingen die Arbeitsämter viel zu zimperlich mit Arbeitslosen um, die bereits einen Job abgelehnt hatten, und er forderte diese auf, härter gegen arbeitsunwillige Erwerbslose vorzugehen. Wer arbeiten könne, aber nicht wolle, könne nicht mit Solidarität rechnen.<sup>10</sup>

Der damalige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle sagte:

*„Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spät-römischer Dekadenz ein.“*<sup>11</sup>

Westerwelle hat diese Aussage zwar später bereut, aber er hat die Diskriminierung Arbeitsloser mit dieser Aussage erheblich befeuert. 2005 gab das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein offizielles Papier mit dem bezeichnenden Titel „Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat“ heraus. In dem Papier, zu dem der zuständige Minister Wolfgang Clement ein Vorwort schrieb, heißt es:

*„Biologen verwenden für Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen leben, übereinstimmend die Bezeichnung Parasiten“*<sup>12</sup>.

9 Gerhard Schröder am 6.11.2002 im Manager Magazin, <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-126811.html>, aufgerufen am 8. 7. 2019

10 Gerhard Schröder am 6.11.2002 im Manager Magazin

11 Westerwelle, Guido 2010: An die deutsche Mittelschicht denkt niemand. In: <https://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-denkt-niemand.html>, aufgerufen am 8.7.2019

12 Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2005: Vorrang für die Anständigen – gegen Mißbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt, hier S. 10

„Das glaubt mir kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten habe.“

Man reibt sich heute die Augen und hält es nicht für möglich, dass solche menschenverachtenden und würdverletzenden Äußerungen in einer offiziellen Publikation eines Bundesministeriums stehen.

Wer Arbeitslose unter den Generalverdacht des Sozialmissbrauchs stellt, wer sie als Parasiten und Sozialschmarotzer verunglimpft, der sieht auch keinen Mehrwert darin, mit ihnen zusammenarbeiten. Er kommt nicht auf die Idee, ihre Expertise wertzuschätzen oder ihnen gar Mitspracherecht einzuräumen. Wer so denkt, rechnet nicht damit, dass Betroffene zur Lösung von Problemen beitragen können, sondern betrachtet sie als Schmarotzer, die bekämpft werden müssen.

Bis heute sind langzeitarbeitslose Menschen Ziel gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und nicht haltbarer Vorurteile.<sup>13</sup>

Vor diesem Hintergrund und mit dem Rückblick auf die Anfänge der Hartz IV-Reform ist es nicht verwunderlich, dass bis heute langzeitarbeitslose Menschen so gut wie gar nicht an Konzeptionen und Strategien zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit oder an der Entwicklung von Eingliederungsmaßnahmen beteiligt werden.

Was wäre wohl aus den Hartz IV-Reformen geworden, hätte die Hartz-Kommission Betroffene einbezogen?

Doch zurück zu den Partizipationserfahrungen in der Denkfabrik. Wir haben seit 2013 Beteiligung in verschiedenen Intensitäten erprobt. 2016 rief uns Monika Neth vom „Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland“ an. Sie hatte im Rahmen eines EU-Projektes die Aufgabe, Projekte in Deutschland zu suchen, die Betroffene einbinden. Sie brachte uns erstmals richtig zu Bewusstsein, dass wir in der Denkfabrik in ungewöhnlicher Weise mit Betroffenen zusammenarbeiten.

Nachfolgend sollen die Erfahrungen und Erkenntnisse der Denkfabrik mit der Beteiligung und Einbindung Betroffener entlang einiger Thesen deutlich gemacht werden. Die Thesen beziehen sich

13 Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz

49 beziehungsweise 60 Prozent der Befragten stimmen laut der repräsentativen Studie diesen Aussagen zu:

- „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.“
- „Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.“

Laut einer Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2012 halten die Vorurteile gegenüber Langzeitarbeitslosen einer Überprüfung nicht stand. Vgl. <https://faktor-a.arbeitsagentur.de/mitarbeiter-finden/vorurteile-gegen-langzeitarbeitslose-im-test/>, aufgerufen am 8.7.2019

schwerpunktmäßig auf das Feld der politischen Arbeit für Menschen am Rande der Gesellschaft und die Forschungsarbeit im Rahmen der beiden Studien.

Ich möchte über ein persönliches Schlüsselerlebnis berichten, das mich bestärkt hat, Betroffene zu beteiligen. Nach dem Erscheinen der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ wurde ich 2017 zur Erwerbslosentagung Baden-Württemberg nach Bad Herrenalb eingeladen, um die Ergebnisse vorzustellen. In diesem Zusammenhang wurde ich auch gebeten, einen Workshop mit dem Titel „Wie kann man Langzeitarbeitslosen und Ausgegrenzten eine Stimme geben und damit Teilhabe ermöglichen?“ zu leiten. Trotz drückender Hitze und Beginn um 14 Uhr nach der Mittagspause haben über 30 Erwerbslose in diesem Workshop mit großem Engagement und viel Energie über vier Stunden an diesem Thema gearbeitet, das dann in der Frage mündete: „Wie können wir gesellschaftliche Solidarität für Arbeitslose erwirken?“ Mir ist in diesen vier Stunden auf besondere Art und Weise klar geworden, dass es für die Betroffenen wirklich um ihre Existenz geht, dass sie unter der mangelnden Solidarität und gesellschaftlichen Ausgrenzung leiden, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten Zeit und Ressourcen investieren wollen, um Veränderungen herbeizuführen, dass sie gute Ideen haben, aber auch Strukturen und Unterstützung benötigen.

*Professionelle brauchen die Betroffenen und die Betroffenen brauchen die Professionellen.*

Langzeitarbeitslosen Menschen stehen in der Regel weniger Ressourcen und Know-how für politische und akademische Arbeit zur Verfügung. Es fällt ihnen schwer, in der Öffentlichkeit aufzutreten und sich als Arme und Arbeitslose zu outen und ihre Forderungen vorzutragen. Die Auswirkungen von Prekarität wie die verschämte Armut und das Stigma gesellschaftlicher Ausgrenzung sind die Gründe dafür.<sup>14</sup> Es fehlt zudem oft am Allernotwendigsten, zum Beispiel Geld für Fahrkarten, Mittel für den Zugang zum Internet, Hard- und Software oder Softwarekenntnisse. Politische Arbeit und

14 „Prekarität hat bei dem, der sie erleidet, tiefgreifende Auswirkungen. Indem sie die Zukunft überhaupt im Ungewissen lässt, verwehrt sie den Betroffenen gleichzeitig jede rationale Vorwegnahme der Zukunft und vor allen Dingen jenes Mindestmaß an Hoffnung und Glauben an die Zukunft, das für eine vor allem kollektive Auflehnung gegen eine noch so unerträgliche Gegenwart notwendig ist.“ Vgl.: Bourdieu, Pierre 1998: Gegenfeuer, Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK Universitätsverlag

„Das glaubt mir kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten habe.“

Forschungstätigkeit ist überwiegend akademisch geprägt, zum Beispiel mit Arbeit an Texten, Konzepten und Strategien. Das ist für Langzeitarbeitslose meist nicht leistbar, weil ihre Berufsbiografien eher in den nicht akademischen Berufswelten angesiedelt sind.

Auf der anderen Seite befinden sich die Professionellen, die über das notwendige akademische Know-how verfügen, aber von der Lebenswirklichkeit der Betroffenen meist weit entfernt sind. Sie können sich bestenfalls einfühlen, aber sie stehen nicht unter dem gleichen Leidensdruck, sie müssen nicht die Perspektivlosigkeit, die Zumutungen und Ängste der Betroffenen aushalten. Zudem laufen Professionelle Gefahr, zu denken, dass sie wüssten, was das Beste für die Betroffenen wäre.

Sie müssen sich klar machen, dass Betroffene Stakeholder sind, für die etwas auf dem Spiel steht. Und von denen, für die etwas auf dem Spiel steht, kann man grundsätzlich Einsatz erwarten. Das mag für Stakeholder in der Wirtschaft klar sein. Für langzeitarbeitslose Menschen sieht das anders aus. Prekäres Leben ist geprägt von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, Krankheit und den täglichen Sorgen und Nöten am Rande des Existenzminimums, das einhergeht mit vielerlei Ängsten, die lähmen und Engagement blockieren. Um Betroffene zu motivieren und zu mobilisieren, braucht es darum Ermutiger, Ressourcen, Orte und Strukturen, die es ermöglichen, die Interessen der Langzeitarbeitslosen einzubringen und nutzbar zu machen.

*Niemand kann die Forderungen, Bedürfnisse und Vorschläge der Betroffenen in der Öffentlichkeit authentischer vortragen als die Betroffenen selbst. Professionelle Unterstützung hilft dabei.*

Betroffene Langzeitarbeitslose haben für die große arbeitsmarktpolitische Veranstaltung „Pro Arbeit Sozial“ in Stuttgart<sup>15</sup> gemeinsam mit Mitarbeitenden der Wohlfahrtsverbände Forderungen an die Kommunalpolitik formuliert. Von dem Miteinander auf Augenhöhe haben beide Seiten profitiert. Die Forderungen der Betroffenen, die sie aus ihrer konkreten Lebenswirklichkeit abgeleitet haben, und die Forderungen der Wohlfahrtsverbände ergänzten sich gut. Beide Seiten konnten sich die Forderungen der anderen zu Eigen machen. Es wurde vereinbart, dass die Betroffenen selbst die Forderungen in

einem Plenum mit circa 200 Personen den Vertretern des Stuttgarter Gemeinderates vortragen. Dazu wurde das Vortragen der Forderungen geprobt und zeitlich und rhetorisch optimiert. Das anschließende Vorbringen im Saal und die Rückmeldungen der Stadträte haben gezeigt, dass das Vortragen durch die Betroffenen selbst viel authentischer ist und viel mehr Kraft hat, als wenn professionelle Fürsprecher es für sie getan hätten. Aber ohne die Begleitung und die strategische Vorbereitung durch Professionelle hätten die Forderungen nie die notwendige professionelle Qualität erreicht, zum Beispiel die Beschränkung auf die kommunalpolitischen Bezüge. Oft verfügen die Betroffenen über eine verblüffende Sprachfertigkeit und rücken die Dinge ins richtige Licht, weil sie nicht theoretisch, sondern lebenspraktisch aus ihrer eigenen Erfahrung berichten. Wer sich zum Anwalt Betroffener macht, muss nahe an ihnen dran sein und sie befähigen, für sich selbst einzutreten. Wer Konzepte erstellt, die für die Lebensrealität Betroffener relevant sind, bezieht diese sinnvollerweise mit ein.

*Partizipation Betroffener hält deren Bedürfnisse, Ängste und Lebensrealitäten ständig präsent. Sie sind Experten in eigener Sache.*

Wer die Interviews mit langzeitarbeitslosen Nichtwählern liest<sup>16</sup>, taucht, sofern er nicht selbst Hartz IV bezieht, in eine unbekannte Parallelwelt ein, die von Ressourcenknappheit, Krankheit, Ängsten und Ausweglosigkeiten geprägt ist.

Betroffene berichten uns aus einer Welt, in der die Nicht-Prekären nicht zu Hause sind, wo sie nicht sein wollen, wo Armut herrscht, Ausgrenzung stattfindet, wo Menschen Behördenwillkür ausgesetzt sind, wo Apathie ihren Anfang nimmt und sich verfestigt. Sie berichten uns von Abwertung, den Zumutungen der Zeitarbeit und davon, wie es sich als *Working Poor* lebt. Sie zeigen uns die hässlichen Seiten der Gesellschaft, wo die zu Hause sind, die keine Chancen haben. Gerade, weil die Lebenswirklichkeit der Langzeitarbeitslosen die Abstiegsängste der Arbeitenden bedrohlich konkret und real macht, schauen die, die noch Arbeit haben, nicht gern hin. Darum macht sich der Münsteraner Theologe Johan Baptist Metz dafür stark, für fremdes Leid empfindsam zu bleiben. Diese Haltung

<sup>16</sup> Vgl. Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.) 2017

„Das glaubt mir kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten habe.“

findet er im deutschen Wort „Mitleid“ zu sentimental und unpolitisch ausgedrückt, weshalb er auf den englischen Begriff „compassion“ zurückgreift. Damit meint Metz die unverzagte Bereitschaft, dem Leid anderer nicht auszuweichen.<sup>17</sup>

Die Betroffenen helfen uns dabei, an den Nöten ihrer Lebensrealität dranzubleiben.

Denn Professionelle können das Leidwissen der Betroffenen nur bedingt nachempfinden, sie sind in dieser Welt nicht wirklich zu Hause, sondern bleiben Zuschauer von außen. Die Probleme sind für die Betroffenen jedoch existenziell. *Sie* leiden unter dem Leben mit Hartz IV, *sie* werden in Zeitarbeit gedrängt, *ihre* Berufsbiografien werden entwertet, *sie* müssen die Ausgrenzungserfahrungen und die Perspektivlosigkeit aushalten und verarbeiten. Niemand fühlt die Dinge so tief wie die, die sie selbst erfahren haben. Die Professionellen brauchen das Leidwissen der Betroffenen, sonst laufen sie Gefahr, halbgare, blutleere und nicht funktionierende Konzepte zu erstellen. Betroffene sensibilisieren uns, das macht ihre Beteiligung so wertvoll.

Die Betroffenen machen uns auf exkludierende Faktoren aufmerksam, die wir nicht wahrnehmen oder vielleicht nicht so ernst nehmen, weil wir sie nicht erleiden müssen. So haben uns die langzeitarbeitslosen Mitarbeitenden im Rahmen der beiden Studien immer wieder auf Zusammenhänge hingewiesen, die für die Professionellen nicht sichtbar oder bedeutsam waren. Sie haben die Perspektive und die Lebensrealitäten Langzeitarbeitsloser im Projekt ständig präsent gehalten und den Fakten, wo notwendig, ein anderes Gewicht gegeben.

Wenn in den Augen der Professionellen Interviewaussagen zu dramatisch oder als zu individuell erschienen, dann haben die Hartz IV-erfahrenen Interviewer diese, wo erforderlich, ins rechte Licht gerückt und objektiviert. Im Hinblick auf prekäre Arbeit haben uns die Betroffenen immer wieder vor Augen geführt, dass nicht nur das sozial ist, was Arbeit schafft<sup>18</sup>, sondern das, was würdige und nachhaltige Perspektiven für die Menschen schafft.

17 <https://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/jesu-blick-gilt-dem-leid>, aufgerufen am 29.6.2019

18 Vgl.: Für Wachstum – Sozial ist, was Arbeit schafft. Gemeinsamer Beschluss der Präsidien von CDU und CSU. München, 4. Mai 2003

*Partizipation macht Betroffene stark, steigert deren Selbstwertgefühl, ihre Autonomie und das Bewusstsein der Selbstwirksamkeit.*

Nach der Veröffentlichung der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ wurden die Forschenden zu zahlreichen Veranstaltungen eingeladen, um die Forschungsergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren. Bei diesen Veranstaltungen sind Professionelle, Wissenschaftler und die Betroffenen in den meisten Fällen gemeinsam aufgetreten. Eine Mitarbeiterin der Denkfabrik, die über zehn Jahre arbeitslos war, bevor sie über ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm zum Projekt kam, sagte nach den ersten öffentlichen Veranstaltungen:

*„Das glaubt mir kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten und mich vor einen vollen Saal hingestellt habe. Wenn ich diese Auftritte nicht gemacht hätte, dann wäre ich nicht da, wo ich heute stehe. Als ich mit der Arbeit begonnen habe, habe ich mir das nicht vorstellen können.“*

Es war gut, den Betroffenen viel zuzutrauen, sie nach vorn zu stellen und sie zu ermutigen, zu ihrer Lage zu stehen und zu sagen: Ich bin arbeitslos und arm und das ist meine Lebenswirklichkeit, für die habe nicht *ich* mich zu schämen, sondern diejenigen, die diese prekären Verhältnisse hervorgebracht haben.

Aber allein das Mitwirken an den beiden Studien, das Dabeisein, wenn es darum ging, die Langzeitarbeitslosen ihrer Unsichtbarkeit zu entreißen, der eigenen Not eine Stimme zu verleihen und sie in die Öffentlichkeit zu bringen, zeigte positive Wirkung. Dass man ihnen zutraute, soziologische Interviews zu führen und ihre Hartz IV-Expertise wertschätzt, dass sie dabei waren, als ein Buch gemacht wurde und sie selbst als Autor oder Autorin erscheinen, dass sie sehen, es bringt etwas, wenn ich politisch aktiv werde, wenn die Medien, die Politik, Verbände und Kirchengemeinden Interesse an unseren Themen haben und sich für mein Leben interessieren, all das hat die Teilnehmenden Stolz und Selbstwirksamkeit empfinden und ihr Selbstbewusstsein wachsen lassen. Die oben zitierte Mitarbeiterin hat später im Rahmen einer Lesereise nach Norddeutschland in Zukunftsworkshops selbst Langzeitarbeitslose ermutigt, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, ihre Forderungen zu formulieren und diese an die Politik und in die Öffentlichkeit zu tragen.

„Das glaubt mir kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten habe.“

### *Partizipation ist anstrengend.*

In langen Redaktionssitzungen, die im Rahmen der beiden Studien stattfanden, mussten oft sehr langwierig und mühsam Missverständnisse ausgeräumt werden und fehlendes Vertrauen und Verständnis zwischen Professionellen und Betroffenen hergestellt werden. Es gab heftige Auseinandersetzungen, Streitigkeiten, überzogene Empfindlichkeiten und ungerechtfertigte Unterstellungen. In diesem Zusammenhang fiel irgendwann zur humorigen Entspannung der Satz „Partizipation ist anstrengend“ und wurde zum geflügelten Wort.

Partizipation im politischen Feld ist überwiegend akademisch geprägt. Strategien, Konzepte, Präsentationen erstellen und Texte verfassen, das können viele Betroffene nicht. Sie haben darum die berechtigte Sorge, von den Professionellen, die diese Arbeit in der Regel beherrschen, nicht ernst genommen oder gar übervorteilt zu werden. Sie befürchten Scheinpartizipation in Form von Alibi-Übungen, bei denen in Wirklichkeit die Professionellen die Fäden zusammenhalten. Darum ist das Miteinander auf Augenhöhe in der gemeinsamen Arbeit sehr wichtig.

Da sind die berechtigten Ansprüche und Bedenken der Professionellen an sachgerechte Qualität: Sie achten die Laien als Experten in eigener Sache, aber sie müssen auch mit deren Defiziten umgehen. Die erforderliche Qualität und Professionalität in Zusammenarbeit mit fachfremden Betroffenen zu gewährleisten, ist eine Herausforderung und bietet viel Stoff für Auseinandersetzungen und Diskussionen. Professionelle sind oft der Meinung, genau zu wissen, was richtig ist. Sie verwenden oft, wenn auch ungewollt, Fachsprache, die Betroffene meist schwer verstehen.

Betroffene sind häufiger krank. Sie haben überdurchschnittlich oft psychische Probleme, die die Kommunikation erschweren und mühsam machen. Die Probleme der Langzeitarbeitslosen mit den Behörden, mit Schulden, Ängsten, Krankheiten und existenziellen Nöten, die fehlende Zukunftsperspektive, all das ist immer präsent und überschattet die Zusammenarbeit. Die Betroffenen haben den Kopf oft nicht frei. In diesem Umfeld ist die Zusammenarbeit zwar manchmal anstrengend, aber dennoch unverzichtbar.

Im Rahmen der Forschungsarbeit an beiden Studien haben wir immer wieder Sternstunden erlebt, wie den Auftaktworkshop, bei dem Wissenschaftler und Langzeitarbeitslose gemeinsam und auf Augenhöhe die kollektive Forschungsarbeit vorbereitet, außerdem den Interviewleitfaden und die Interviewfragen erarbeitet haben.

Das Bewusstsein, gemeinsam an etwas Großem und Bedeutsamem mitzuwirken, hat alle Teilnehmenden gleichermaßen beflügelt.

*Beteiligung kann Motor für soziale Innovationen sein.*

Die Einbeziehung Betroffener kann zu ganz neuen Wegen und Ideen führen. Das berühmte Innovationsmantra „*Thinking outside the box*“ fordert dazu auf, außerhalb des Gewohnten zu denken. Das Expertenwissen und die Bedürfnisse der Betroffenen sind Potenziale, die zu sozialen Innovationen<sup>19</sup> und zu neuen Konzepten und Projekten führen können. Man darf damit rechnen, dass Menschen vom Rand der Gesellschaft gute Ideen zur Lösung sozialer Probleme beisteuern. Der deutsche Philosoph Wolfgang Iser beschreibt eine förderliche Haltung, um zu sozialen Innovationen zu kommen. Er fordert, mit der Begrenztheit der eigenen Konzepte zu rechnen, danach zu handeln und den anderen grundsätzlich Wahrheit zuzugestehen. So lockert man die Sperrn eingefahrener Wirklichkeitsauffassungen und entdeckt Alternativen und Öffnungen ins Unbekannte.<sup>20</sup>

19 Wolfgang Zapf hat als erster in Deutschland den Begriff der sozialen Innovation definiert: „Soziale Innovationen sind neue Wege, Ziele zu erreichen, insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels verändern, Probleme besser lösen als frühere Praktiken, und die deshalb wert sind, nachgeahmt und institutionalisiert zu werden.“ Vgl. Zapf, Wolfgang, 1989: Über soziale Innovationen. In: Soziale Welt, 40. Jg., H. 1–2, S. 170–183

20 „Wer durch die Schule der Kunst gegangen ist und in seinem Denken der Wahrnehmung Raum gibt, der weiß nicht nur abstrakt um die Spezifität und Begrenztheit aller Konzepte – auch seines eigenen –, sondern er rechnet mit ihr und handelt demgemäß. Er urteilt und verurteilt nicht mehr mit dem Pathos der Absolutheit und der Einbildung der Endgültigkeit, sondern erkennt auch dem anderen mögliche Wahrheit grundsätzlich zu – noch gegen die eigene Entscheidung. Er ist nicht nur prinzipiell davon überzeugt, daß die Lage aus anderer Perspektive sich mit gleichem Recht ganz anders darstellen kann, sondern dieses Bewußtsein geht in seine konkrete Entscheidung und Praxis ein – und bewirkt nicht etwa deren Stillstellung, sondern versieht sie mit einem Schuß Vorläufigkeit und einem Gran Leichtigkeit. Seine Handlungsweise wird im einzelnen spezifischer und im ganzen durchlässiger sein. Er achtet den Unterliegenden, vermutet einen Rechtskern im Unrecht Scheinenden, rechnet wirklich mit Andersheit.“

Vgl. Iser, Wolfgang 2003: Ästhetisches Denken. 6. erweiterte Auflage. Stuttgart: Philipp Reclam jun, hier S. 76

„Das glaubt mir kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten habe.“

### Innovationsbeispiel 1

Aus der Forschungsarbeit an den beiden Studien ist das Projekt Demokratiebegleiter/-innen entstanden. In diesem gemeinnützigen Projekt versuchen Langzeitarbeitslose, das Demokratiebewusstsein in prekären Schichten zu stärken. Sie organisieren bürgernahe Bürgergesprächstunden mit Politikern und besuchen Orte der Demokratie.

### Innovationsbeispiel 2

Viele der Interviewten haben in den Interviews gefordert, dass man ihnen zuhört und ihre Anliegen ernst nimmt. Vor diesem Hintergrund ist das Veranstaltungsformat „Betroffene berichten – Politiker hören zu“<sup>21</sup> entstanden und wurde bereits mehrfach erfolgreich umgesetzt. In der circa zweistündigen Veranstaltung berichten Langzeitarbeitslose aus ihrem prekären Leben. Politiker und Politikerinnen hören ihnen zu und erhalten dann die Möglichkeit, zu antworten. Das Veranstaltungsformat ist in besonderer Weise dafür geeignet, politisch Verantwortliche und Langzeitarbeitslose, die sonst keine Berührungspunkte haben, miteinander ins Gespräch zu bringen, Vorurteile abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu wecken.

### Innovationsbeispiel 3

In der Zukunftswerkstatt Solidarität<sup>22</sup> arbeiten Wissenschaftler, Professionelle und Betroffene gemeinsam an der Frage, wie gesellschaftliche Solidarität mit Menschen am Rand der Gesellschaft erwirkt werden kann. In diesem Zusammenhang entstand die visionäre Idee, sich für ein „Schulpflichtfach Solidarität“ einzusetzen. Schulen sollen sich in Projekten einem Solidaritätscheck unterziehen und ihren Grad an Solidarität mit einkommensschwachen und benachteiligten Schülern bestimmen lassen. Das Projekt will der zunehmenden Ökonomisierung und der Entsolidarisierung etwas entgegenzusetzen. Die Idee ist in der Welt und wartet noch auf ihre Umsetzung.

21 <http://denkfabrik.neuearbeit.de/index.php/veranstaltungen/betroffene-berichten-politiker-hoeren-zu>

22 Die Zukunftswerkstatt Solidarität ist im Jahr 2017 aus der Erwerbslosentagung Bad Herrenalb entstanden, als dort vor Erwerbslosen die Ergebnisse der Nichtwählerstudie „Gib mir was, was ich wählen kann“ erstmals präsentiert wurden. Erwerbslose, die Erfahrung mit Langzeitarbeitslosigkeit und Armut haben, arbeiten mit Mitarbeitenden des Diakonischen Werkes Württemberg, dem Sozialunternehmen Neue Arbeit und ehrenamtlichen Mitarbeitenden gemeinsam an der Frage, wie gesellschaftliche Solidarität für Menschen am Rand der Gesellschaft erwirkt werden kann.

*Die Partizipation Betroffener ist eine enorme Herausforderung. Sie ist aber unverzichtbar, um zu guten nachhaltigen Lösungen bei sozialen Fragen zu kommen. Es braucht neue Orte und kreative Formate, um die Partizipation gesellschaftlicher Randgruppen zu ermöglichen.*

Auch wenn das Thema Bürgerbeteiligung in aller Munde ist, die bekannten Formate sind überwiegend akademisch geprägt und reichen Randgruppen nicht oder nur sehr unzureichend. Im Rahmen einer Lesereise zur Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ fand in Kiel ein zweistündiges Gespräch zwischen Langzeitarbeitslosen und Mitgliedern des Landtags statt. Anwesend war auch die Beauftragte der Stadt Kiel für Bürgerbeteiligung. Sie wollte von den Langzeitarbeitslosen wissen, wie sie diese an den Bürgerbeteiligungsformaten der Stadt teilhaben lassen könne und wie sie diese am besten ansprechen solle. Ein Erwerbsloser antwortete darauf, dass sie einfach seine prekäre Lebenslage verstehen müsse. Er wäre psychisch labil und lebe von Hartz IV. Wenn er vor diesem Hintergrund und der permanenten Geldknappheit vom Jobcenter zum Beispiel 50 Euro nicht fristgerecht überwiesen bekomme, dann würde ihn das so existenziell treffen, in Anspruch nehmen und aus der Bahn werfen, dass er keine Zeit und Energie dafür habe, sich um Stadtprojekte zu kümmern. Und diesen Situationen sei er ständig ausgesetzt. Die Beauftragte für Bürgerbeteiligung hat sich nach diesem Gespräch vorgenommen, mit Langzeitarbeitslosen zu sprechen, um deren Lebenswirklichkeit besser verstehen zu können.

Konzepte für die partizipative Einbindung Benachteiligter sind entweder noch nicht am Start oder noch nicht ausgereift. Oft müssen die Betroffenen erst sprachfähig gemacht werden, dafür braucht es sensible Moderatoren. Und es braucht Orte und Strukturen wie die Zukunftswerkstatt Solidarität oder die Arbeitslosenparlamente in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, die Erwerbslosen eine Plattform bieten, in regelmäßigen Abständen ihre Forderungen zu Gehör zu bringen. Die Betroffenen verfügen in der Regel nicht über die Kraft und das Know-how, diese Strukturen aufzubauen. Sie brauchen dazu Unterstützer, Ermutiger und die Professionellen. Menschen in prekären Lebenslagen müssen sich fragen, ob sie sich trotz der Dauerbelastung und Perspektivlosigkeit, die mit einem Leben in Armut einhergehen, die notwendige politische Arbeit zutrauen und sie mitgestalten wollen. Ob sie zur Kooperation mit

„Das glaubt mir kein Mensch, dass ich da und da einen Vortrag gehalten habe.“

den Professionellen bereit sind. Ob sie ihre Angst überwinden und selbstbewusst aus der verschämten Armut heraustreten wollen.

Die Professionellen müssen sich fragen lassen, ob sie den Rat Betroffener schätzen und wo sie Orte, Gelegenheiten und Formate für Beteiligung schaffen wollen, bei welchen Gelegenheiten sie Betroffene selbst sprechen lassen und wie sie deren Expertenwissen bei Neukonzeptionen und in der Projektentwicklung nutzen wollen. Der Autor dieses Beitrags ist davon überzeugt, dass da, wo beide Seiten kooperativ und auf Augenhöhe zusammenarbeiten und die sicher aufkommenden Schwierigkeiten durchstehen, eine innovative Zusammenarbeit entstehen kann, die einen nachhaltigen und wertvollen Beitrag dazu leistet, die drängenden sozialen Probleme anzugehen.

*Zum Weiterlesen:*

*Wirkstatt Plön*

[https://sempreploen.files.wordpress.com/2017/11/flyer-wirkstatt\\_2017.pdf](https://sempreploen.files.wordpress.com/2017/11/flyer-wirkstatt_2017.pdf)

*Denkhaus Bremen*

Zukunftslabore von unten: Plattform für Initiativen aus dem einkommensschwachen Teil der Bevölkerung

<https://denkhausbremen.de>

*Armut, Macht und Ohnmacht. Strategien der Ermutigung*

Diakonie Texte Strategie 08.2018

<https://www.diakonie.de/diakonie-texte/082018-armut-macht-ohnmacht-strategien-der-ermutigung/>

# Erfahrungsberichte

Chafa Bouslimani

*Welche Motive haben langzeitarbeitslose Nichtwähler?*

Zu Beginn meiner Mitarbeit beim Projekt, das die Gründe und Motive zur Wahlenthaltung bei Langzeitarbeitssuchenden erforscht, erwartete ich eine meinen bisherigen Universitätsarbeiten ähnliche oder gleichartige methodische und analytische Vorgehensweise. Diese Einschätzung habe ich im Laufe der Arbeit immer weiter revidiert und den Blick erweitert.

Die rein theoretische Analyse der Interviews weit übersteigend forderte die Studie eine sehr viel engagiertere Arbeit von, über und mit den Betroffenen selbst. Es ging darum, gemeinsam die Lebenssituation und die politische Haltung der Befragten zu erforschen und sich in diesem kommunikativen Prozess auch klarer zu werden über die eigene Stellung als Interviewender und Langzeitarbeitsloser in Personalunion, denn damit ging eine stetige Änderung des zugrunde liegenden Subjekt-Objekt-Verhältnisses einher: Spiegelung der eigenen Langzeitarbeitslosigkeit durch den interviewten Langzeitarbeitslosen, Ich-Du, Dialog und so weiter. Mir war klar, dass ich auf jeden Fall an diesem Citizen-Science-Projekt teilnehmen wollte.

Zuallererst zeigen die Interviews, dass es sich bei den Befragten um keine homogene Gruppe handelt. Vielmehr umfasst die Gruppe das ganze gesellschaftliche Spektrum: Männer, Frauen, Akademiker, Nicht-Akademiker, Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss,

Alleinstehende, Alleinerziehende oder ganze Familien, Jugendliche und Menschen mit einer Behinderung: Keiner scheint immun gegen Langzeitarbeitslosigkeit zu sein.

Zentraler Erkenntnisgewinn für mich sind die verheerenden Konsequenzen, die die Langzeiterwerbslosigkeit auf das Individuum, seine Angehörigen, seine Kinder und den sozialpolitischen Habitus haben kann.

Auch wenn einige der Beteiligten widerstandsfähig und optimistisch bei der Arbeitssuche bleiben, ist die überwiegende Mehrheit doch, durch die multiplen Mechanismen einer fortdauernden Exklusion, politisch sehr verdrossen und enttäuscht.

Mehrere revoltieren wütend und erwarten, dass ihnen ihr politisches Engagement eine soziale, kulturelle und politische Teilhabe ermöglichen könnte. Einzelne lehnen kategorisch die etablierte Parteienlandschaft ab oder sympathisieren sogar – oft aus Protest – mit politischen Extremen.

Etliche identifizieren sich mit keiner der bestehenden Parteien, wollen die aktuelle Regierung nicht legitimieren oder erklären ihre Nicht-Partizipation an den Wahlen selbst zum politischen Handeln und betrachten sich folglich als politische Nichtwähler. Explizite apolitische Haltungen oder totale Resignation sind selten zu treffen. Es gibt auch diejenigen, die durch Geldnot, Immobilität, Isolierung und Stress mit diversen Lebenssituationen keine Lust oder Zeit haben, ihr politisches Interesse zu (re-)aktivieren und sich aktiv politisch zu betätigen.

Nicht wenige Erwerbslose sind durch anhaltende Ausgrenzung, unbefriedigende Beschäftigungsformen, langjährige Ausweg- und Perspektivlosigkeit chronisch erkrankt und bleiben politisch meist zwangspassiv oder selten reagierend.

Nicht selten sind darüber hinaus Menschen mit einer Behinderung oder Schwerbehinderung, Kranke und Menschen in rentennahem Alter oder kurz vor einer Zwangsrente sowie Alleinerziehende mit ihren kollateral mitbestraften Kindern allein gelassen, in ihrer sozialen Existenz verwundet und in einem ständigen Kampf um das Überleben.

Die faktischen Erlebnisse dieser verschiedenen Lebensschicksale bedeuten für mich, dass die verfehlte Sozialpolitik, und die damit ursächlich zusammenhängende neoliberale Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte, die Hauptarchitekten dieser Existenzen am Rand der Gesellschaft sind und die anschwellende Politikverdrossenheit zentral begründen.

Aus dieser Erkenntnis heraus kann man folgenden Schluss ziehen: Asozial ist nicht der Vergessene der Gesellschaft, apolitisch wird auch nicht der Erwerbslose, der politisch wählt, nicht wählen zu gehen. Niemand ist unsozialer und apolitischer als jener Politiker, der die Langzeiterwerbslosigkeit nicht ernstlich und beizeiten bekämpft, sondern deren Vorhandensein mit Selbstverschuldung oder Bemühungslosigkeit der Betroffenen hinweg zu ideologisieren versucht. Es sind die Armut und die Langzeiterwerbslosigkeit, die zu bekämpfen sind, nicht die Armen und nicht die Erwerbslosen. Und bezüglich unserer Arbeiten hoffe ich sehr, dass unsere Studie eine kommunikative Schnittstelle zwischen den Fachleuten, den Langzeitarbeitsuchenden, den Politikern und dem breiten Publikum bildet.

Luise Janke

*Was hat die Mitarbeit an der Studie mir gebracht?*

Ich habe ja leider erst im Dezember 2017 bei der Denkfabrik der Neuen Arbeit angefangen. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich schon die eine oder andere Mitarbeiterin und den einen oder anderen Mitarbeiter kennengelernt. Bei einer Veranstaltung wollte ich mir dann die Studie „*Gib mir was, was ich wählen kann. Demokratie ohne Langzeitarbeitslose*“ kaufen. Beim Blick auf den Preis blieb mir als Hartz IV-Empfängerin die Luft weg. Ich ging mich beim Verantwortlichen, Martin Tertelmann, beschweren und so kam ich zu meinem neuen Arbeitsplatz.

Ich fand an der Studie von Anfang an faszinierend, dass Langzeitarbeitslose diese Interviews geführt haben und dadurch die Gespräche auf Augenhöhe stattfanden.

Ich selber konnte leider keine Interviews mehr führen, weil dieser Teil der Studie schon abgeschlossen war. Ich konnte jedoch noch eines der letzten Interviews transkribieren und hatte so noch Einblick in diesen Teil der Arbeit.

Ein Großteil meiner Aufgabe bestand am Anfang darin, bei Präsentationen der Studie in der Öffentlichkeit mitzuwirken und bald war ich soweit, dass ich auch eine Präsentation selbstständig abhalten konnte.

Hauptsächlich habe ich an der hier vorliegenden Studie gearbeitet, sowohl bei der Festlegung der Schwerpunktthemen als auch bei der Ausgestaltung. Unsere Aufgabe war nun, alle Interviews auf die Themen der Transversalen Analysen abzuklopfen, also querzulesen, und mit den gefundenen Passagen Materialsammlungen zu erstellen.

Der spannendste Teil war für mich die Fertigstellung der transversalen Analysen, jeweils im Tandem von einem Laien und einem Wissenschaftler. Mein Thema war „Frauen in Hartz IV“ mit dem Schwerpunkt „alleinerziehende Frauen“.

Durch die Arbeit an der Studie bekam ich viel mehr Einblick in das Leben mit Hartz IV, mit all seinen Höhen und Tiefen. Aber ich habe auch festgestellt, dass Langzeitarbeitslose, trotz aller Enttäuschungen und Apathie, politisch interessiert sind und auch Forderungen an die Gesellschaft haben.

Auch ich habe mich wieder mehr politisch engagiert und möchte in Zukunft mehr Lobby-Arbeit für alle prekären Schichten machen. Denn eins habe ich bei meiner Öffentlichkeitsarbeit festgestellt: Es ist wichtig, den Erwerbslosen und allen anderen prekären Schichten ein Gesicht zu geben, um sie aus der Anonymität herauszuholen.

Mein politisches Engagement wurde auch durch die Mitarbeit in der „Zukunftswerkstatt Solidarität“<sup>1</sup> geweckt, in der Langzeitarbeitslose und Fachleute Konzepte und Forderungen entwickeln, um gesellschaftliche Solidarität mit Menschen am Rand wieder in den Mittelpunkt der politischen Arbeit zu bringen. Ein Beispiel für zukünftige Lobby-Arbeit habe ich durch zwei Besuche in Norddeutschland kennengelernt. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es seit über zwanzig Jahren ein Erwerbslosen-Parlament. Dieses hat zwar inzwischen etwas Spinnweben angesetzt und auch die politische Unterstützung hat nachgelassen. Doch durch die Durchführung von Workshops während meines zweiten Besuches, diese sollten die Erwerbslosen wieder zu mehr politischem Engagement motivieren, habe ich festgestellt, dass der Wille zu politischen Veränderungen noch da ist.

Mein zukünftiges politisches Ziel ist es, mit der Zukunftswerkstatt und anderen Initiativen für prekäre Gruppen in Baden-Württemberg ein Forum zu schaffen, in dem mit und von prekär lebenden Menschen politische Lobby-Arbeit gemacht wird. Das Ziel muss sein, dass die Politik nicht mehr an uns vorbeikommt.

1 Die Zukunftswerkstatt Solidarität ist im Jahr 2017 aus der Erwerbslosentagung Bad Herrenalb entstanden, als dort vor Erwerbslosen die Ergebnisse der Nichtwählerstudie „Gib mir was, was ich wählen kann“ erstmals präsentiert wurden. Erwerbslose, die Erfahrung mit Langzeitarbeitslosigkeit und Armut haben, arbeiten mit Mitarbeitenden des Diakonischen Werkes Württemberg, dem Sozialunternehmen Neue Arbeit und ehrenamtlichen Mitarbeitenden gemeinsam an der Frage, wie gesellschaftliche Solidarität für Menschen am Rand der Gesellschaft erwirkt werden kann.

Friedrich Kern

*Hier steht alles. Ihr braucht nicht mehr.*

Im Gegensatz zu den anderen Autoren hier bin ich schon länger beim Sozialunternehmen Neue Arbeit. Meine Zeit als Langzeitarbeitsloser liegt schon einige Jahre zurück, zur Neuen Arbeit bin ich durch einen 1,50-Euro-Job gekommen. Ich habe für die Studien nur ein Interview geführt, aber ich habe alle Interviews gelesen, immer wieder und wieder und wieder. Und immer wieder hatte ich den Impuls: Ich drücke sämtlichen Politikern einige Interviews in die Hand und zwingt sie dazu, sie gründlich zu lesen. „Nehmt Euch einmal zwei, drei Stunden Zeit und Ihr wisst, warum viele Langzeitarbeitslose nicht mehr wählen. Hier steht alles. Ihr braucht nicht mehr.“

Ich komme aus gutbürgerlichen Verhältnissen und war, trotz Langzeitarbeitslosigkeit, nie wirklich „unten“. Ich hatte immer Unterstützung aus meiner Familie und auch meine Erfahrungen mit den Jobcenter-Mitarbeitern sind eher gut. Ich hatte also Glück. Glück auch, weil Akademiker auf dem Jobcenter anders behandelt werden und andere Möglichkeiten haben als Nicht-Akademiker. Unverdientes Glück, man kann auch sagen: Ich profitierte und ich profitiere von gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten. Eigentlich unterscheidet sich meine Position nicht so sehr von der der Politiker. Wäre ich nicht beruflich mit dem Themen Hartz IV und Langzeitarbeitslosigkeit befasst, ich müsste wohl immer wieder drauf gestoßen werden.

Bewirken wir etwas? Das frage ich mich oft. Ich denke, wir bewirken etwas, aber es geht alles viel zu langsam. Die Politik könnte mehr tun, schneller handeln. Bei anderen Fragen rast sie geradezu: Finanzkrise, Flüchtlingsfrage, innere Sicherheit. Bei den als wichtig ausgerufenen Themen geht plötzlich so vieles – auch viel politisch und rechtlich Fragwürdiges. Aber sind Altersarmut, Leben unter dem Existenzminimum, chancenlose Kinder und Rückzug in die Isolation von Millionen Menschen etwa keine wichtigen Themen? Warum spielen sie in Politik und Öffentlichkeit eine so untergeordnete Rolle? Deswegen sind die Befragten so oft frustriert, ungeduldig, aber auch müde. Manchmal bin ich das auch.

Trotzdem muss man weitermachen. Der Fortschritt ist leider eine Schnecke, aber auch eine Schnecke, so die Hoffnung, kommt am Ende voran.

Robert Matanovic  
*Interessanter Abstecher in die Politik*

Im Mai 2016 kam ich zur Denkfabrik. Ich kam aus einer Maßnahme zur gesundheitlichen Wiedereingliederung nach einer schlimmen Burnout-Erkrankung, davor hatte ich bereits an einer Maßnahme im Bereich Bearbeitung und Wiederverkauf gebrauchter Bücher teilgenommen. Dadurch hatte ich bereits Erfahrung mit Textverarbeitung gesammelt. Hauptursache für das Burnout war eine Tätigkeit bei einer Zeitarbeitsfirma. Das mehrfache Arbeitspensum, bei gleichzeitig halbiertem Lohn, war der wesentliche Grund dafür, dass ich mich ständig krank fühlte. Deshalb lehnte ich beim Jobcenter eine erneute Vermittlung in die Zeitarbeit kategorisch ab. Ich sagte denen, also nochmal Zeitarbeit nur „über meine Leiche“.

Ich bekam bei der Denkfabrik und einem sehr kollegialen Team eine wesentlich bessere Sinnggebung in Bezug auf eine sinnvolle Tätigkeit und eine bessere Tagesstruktur. Darüber hinaus hatte ich inzwischen durch die schlechte Bezahlung bei der Zeitarbeit erhebliche Schulden, wovon die Studie zur Nichtwahl auch ganz gut ablenkte. Ich hatte nach wie vor einige private Probleme, aber ich spürte sie bei der Bürotätigkeit nicht mehr so ganz extrem.

Bereits zu Beginn der Nichtwählerstudie war ich sehr motiviert und gespannt, wie dieses interessante Projekt ablaufen würde und wie gut es klappen würde, sich als Interviewer zu betätigen, um Nichtwähler zu befragen, warum sie denn eigentlich nicht mehr wählen gehen, denn für mich ist dies doch eher ein Recht als eine Bürgerpflicht. Doch die anfängliche Unsicherheit wich sehr schnell einer Projekteuphorie, vor allem weil unser Projektteam gut aufgestellt war. Zu ihm gehörten Experten der Neuen Arbeit, Studenten der Universität Stuttgart und der Soziologe Prof. Franz Schultheis.

Die Vorbereitung der Befragung durch Interviews und die Ausarbeitung eines speziell dafür passenden Fragenkataloges verlief wirklich reibungslos und auch sehr zügig, weil jeder in der Projektgruppe engagiert mitarbeitete und in großartiger Teamarbeit alles schnell vorankam.

Die spannende Tätigkeit und die gute Einarbeitung in eine ganz neue politische Thematik – bisher war ich nur kaufmännisch tätig – hat mich mit Freude erfüllt.

Andreas Rammig

*Langzeitarbeitslosen Menschen zuhören und sie ernst nehmen.*

Wer hätte das gedacht, dass ich bei so etwas einmal mitmachen würde? Mitarbeit bei einer wissenschaftlichen Studie? Mich hat das Thema von Anfang an sehr interessiert. Das Hauptargument für mich war, dass langzeitarbeitslose Menschen diese Studie durchführen und auswerten. Ein Gespräch auf Augenhöhe, Gleichgesinnte unter sich.

Ich habe insgesamt 24 Interviews in ganz Deutschland geführt. Die Offenheit, Ehrlichkeit und Emotionalität, die ich erfahren durfte, war unglaublich. Einige haben mir sehr persönliche Erfahrungen erzählt, die ich niemals vergessen werde. Danke an die vielen tollen Menschen für ihr Vertrauen. Natürlich war nicht alles gut, wenn sich zum Beispiel aus Enttäuschung, Ignoriert-Werden und „Sich-alleine-gelassen-Fühlen“ seitens der Politik latenter Rassismus zeigte oder offener Rassismus geäußert wurde. Aber auch diese Meinungen mussten gehört werden. Es war für mich nur schwierig, da neutral zu bleiben. Gut, dass es wenige Ausnahmen waren.

Durch die Studie wurde ich auch zur nak (Nationale Armutskonferenz) und zur Jahresversammlung des EFAS (Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e. V.) in Berlin eingeladen, um über die Ergebnisse zu berichten und darüber zu diskutieren. Natürlich gab es auch viele andere Workshops und Diskussionsrunden, bei denen ich sehr viele tolle Menschen kennenlernen durfte. Ein Projekt lag mir besonders am Herzen. In der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ wurden die Interviewten gefragt, ob sie ihre Langzeitarbeitslosigkeit künstlerisch darstellen wollen. Mit den tollen Ergebnissen wurde dann eine Wanderausstellung organisiert, an der ich maßgeblich beteiligt war. Die Ausstellung wurde in vielen Städten gezeigt.

Auch habe ich durch die Mitarbeit bei der Studie mein eigenes Interesse an Politik wiedergefunden. Ich engagiere mich seither bei der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV und bei der Partei DIE LINKE. Die Lobbyarbeit für Menschen am Rande der Gesellschaft darf nicht vernachlässigt werden.

In den fast zweieinhalb Jahren habe ich viel gelernt und werde diese Zeit nie vergessen. Danke an die netten Kollegen und Kolleginnen. Die Interviews liefern reichlich Material, das es ermöglichte umfangreiche Themen wie „Die gefühlte Armut im Hartz IV-System“ oder die „Zukunftsängste der Menschen am Rande der Gesellschaft“ zu analysieren. Solche Themen werden auch in der zweiten Studie

behandelt. Bei dieser neuen Arbeitsphase wäre ich auch gerne dabei gewesen. Leider lief die „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ im Projekt „Denkfabrik-Forum für Menschen am Rande“ aus.

Pierre Bourdieu

## Verstehen

Ich habe nicht die Absicht, hier allzu ausführlich auf theoretische Reflexionen einzugehen, die sich lediglich an diejenigen richten würden, die selbst in der Forschung tätig sind. Montaigne hat einmal gesagt: „Wir tun nichts anderes, als uns ständig gegenseitig zu kommentieren“. Aber selbst wenn es nur hierum gehen sollte, wenn auch auf ganz andere Weise, so möchte ich dennoch und gerade scholastische Abhandlungen zur Hermeneutik oder zur „idealen Kommunikationssituation“ vermeiden, denn ich glaube, daß man die Kommunikationsbeziehung in ihrer Allgemeinheit auf keine realere und realistischere Weise erforschen kann, als wenn man sich an die untrennbar praktischen und theoretischen Probleme hält, auf die man im Einzelfall der Interaktion zwischen einem Interviewer und demjenigen, der befragt wird, trifft.

Deshalb glaube ich nicht, daß man sich auf die unzähligen sogenannten methodologischen Schriften über Befragungstechniken verlassen kann. So nützlich sie auch sein mögen, insofern sie diesen oder jenen Effekt verdeutlichen, den der Interviewer *unwissentlich* ausüben kann, haben sie doch fast immer ein wesentliches Manko, was wohl daran liegt, daß sie sich noch immer an alte methodologische Prinzipien halten, welche, wie beispielsweise das Ideal der Standardisierung der Verfahren, aus dem Wunsch hervorgegangen sind, die äußeren Merkmale der Strenge von denjenigen wissenschaftlichen Disziplinen zu imitieren, die die größte Anerkennung genießen. Jedenfalls scheint es mir, daß diesen Schriften etwas ent-

geht, was diejenigen Forscher immer gewußt und getan haben, die ihren Gegenstand mit größtem Respekt behandelt haben und einen Blick hatten für die quasi unendlichen Subtilitäten der Strategien, die die gesellschaftlichen Akteure in ihrem gewöhnlichen Alltagsleben an wenden.

Einige Jahrzehnte der Durchführung von Befragungen in allen ihren Formen, von der Ethnologie bis zur Soziologie, vom sogenannten geschlossenen Fragebogen bis zum offensten Interview, haben mich zu der Überzeugung gebracht, daß diese Praxis weder in den Vorschriften einer häufig eher wissenschaftsgläubigen als wissenschaftlichen Methodologie noch in den antiwissenschaftlichen Warnungen der Mystiker des emotionalen Verschmelzens ihren adäquaten Ausdruck findet. Aus diesem Grund erscheint mir der Versuch unumgänglich, die Intentionen und Prinzipien explizit zu machen, die wir in der vorliegenden Forschungsarbeit angewandt haben. Dies soll den Leser in die Lage versetzen, bei der Lektüre die Konstruktions- und Verstehensarbeit, aus der die Texte hervorgegangen sind, nachzuvollziehen<sup>1</sup>.

Auch wenn sich die Befragungssituation von der Mehrzahl der Austauschbeziehungen des alltäglichen Lebens insofern unterscheidet, als sie sich die reine Erkenntnis zum Ziel setzt, bleibt sie doch unausweichlich eine *soziale Beziehung*, die ihre (entsprechend der verschiedenen Parameter, die wirksam werden können, variablen) Effekte auf die Ergebnisse ausübt, die man erhält<sup>2</sup>. Natürlich

1 Im Laufe verschiedener Arbeitstreffen habe ich die Ziele der Forschungsarbeit und die (vorläufigen) Grundsätze für die Interviews vorgestellt, die ich aus Erfahrungen abgeleitet hatte, welche ich selbst und einige meiner engen Mitarbeiter (insbesondere Rosine Christin, Yvette Delsaut, Michel Pialoux und Abdelmalek Sayad) in den letzten Jahren gemacht hatten. Die Wahl der möglichen Themen und der Form des Interviews in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Merkmalen des potentiellen Interviewpartners wurde jedesmal sorgfältig unter die Lupe genommen. In vielen Fällen hat das Anhören oder Lesen des ersten Interviews viele neue (Sach- oder Interpretations-)Fragen aufgeworfen, die ein zweites Interview nötig machten. Im Rahmen meines im Jahre 1991–92 am College de France durchgeführten Seminars wurden dann die Probleme und Schwierigkeiten, auf die die einzelnen bei der Durchführung ihrer Interviews trafen, und die Schlußfolgerungen, die sie für ihr weiteres Vorgehen daraus zogen, regelmäßig diskutiert. In der fortwährenden Konfrontation der Erfahrungen und Überlegungen der einzelnen Mitarbeiter kristallisierte sich die Methode in Form der Ausformulierung und fortschreitenden Kodifizierung der in der Praxis konkret durchgeführten Verfahren Schritt für Schritt immer klarer heraus.

2 Der traditionelle Gegensatz zwischen den sogenannten quantitativen Methoden, wie der Umfrage per Fragebogen, und den sogenannten qualitativen Methoden, wie dem Interview, verschleiert eine Gemeinsamkeit der beiden, nämlich daß sie beide auf sozialen Interaktionen beruhen, die unter dem Zwang gesellschaftlicher Strukturen stattfinden, und den Verfechtern beider Methodenkategorien ist gemein, daß sie diese Strukturen ignorieren, wie beispielsweise die Ethnomethodologen,

schließt die wissenschaftliche Befragung per Definition die Intention aus, jedwede Form symbolischer Gewalt auszuüben, die die Antworten beeinflussen könnte; nichtsdestotrotz kann man sich in diesen Dingen nicht allein auf den guten Willen verlassen, denn bereits in der Struktur der Befragungsbeziehung an sich sind alle möglichen Verzerrungen angelegt. Es geht darum, diese Verzerrungen zu erkennen und zu kontrollieren, und dies eben genau in der Ausübung einer Praxis, die reflektiert und methodisch sein kann, ohne die Anwendung einer Methode oder die praktische Umsetzung einer theoretischen Reflexion zu sein.

Allein die Reflexivität, die ja ein Synonym von Methode ist, aber eine *reflexartige Reflexivität*, die auf dem soziologischen „Beruf“, dem soziologischen „Auge“ beruht, erlaubt es, *im Feld*, also während das Interview geführt wird, die Effekte der gesellschaftlichen Struktur, innerhalb der sich dieses Interview vollzieht, wahrzunehmen und zu kontrollieren. Wie könnte man von sich behaupten, die Wissenschaft der Vorverständnisse zu betreiben, ohne an einer Wissenschaft der eigenen Vorverständnisse zu arbeiten? Und dies geschieht eben dadurch, daß man sich um einen reflexiven Umgang mit den Errungenschaften der Sozialwissenschaften bemüht, um die Effekte der Umfrage zu kontrollieren und die Befragung auf der Grundlage dieser Beherrschung der unumgänglichen Effekte einer Befragung durchzuführen.

Denn der positivistische Traum von der perfekten epistemologischen Unschuld verschleiert die Tatsache, daß der wesentliche Unterschied nicht zwischen einer Wissenschaft, die eine Konstruktion vollzieht, und einer, die das nicht tut, besteht, sondern zwischen einer, die es tut, ohne es zu wissen, und einer, die darum weiß und sich deshalb bemüht, ihre unvermeidbaren Konstruktionsakte und die Effekte, die diese ebenso unvermeidbar hervorbringen, möglichst umfassend zu kennen und zu kontrollieren.

### *Eine „gewaltfreie“ Kommunikation*

Wenn man versucht zu verstehen, was man tut, wenn man eine Interviewbeziehung eingeht, bedeutet dies zunächst einmal den Versuch, die Effekte zu erkennen, die man unwillkürlich durch dieses

deren subjektivistische Weitsicht sie den Effekt ignorieren läßt, den die objektiven Strukturen nicht nur auf die Interaktionen (z.B. zwischen Ärzten und Krankenschwestern) ausüben, die sie erheben und analysieren, sondern auch auf ihre eigenen Interaktionen mit den Personen, die beobachtet oder befragt werden.

*Eindringen und Sicheinmischen* ausübt, welches immer ein wenig beliebig ist und den Ausgangspunkt jeden Austausches bildet (besonders durch die Art und Weise, sich und die Umfrage zu präsentieren, durch zugestandene oder verweigerte Ermutigungen usw.). Das bedeutet, man versucht herauszufinden, wie sich die Situation für den Befragten darstellt – die Umfrage im allgemeinen, die besondere Beziehung, in der sie sich etabliert, die Ziele, die sie verfolgt – und die Gründe zu benennen, die ihn dazu bewegen, in diese Austauschbeziehung einzuwilligen. Der Interviewer muß sich also zunächst einen Eindruck davon verschaffen, wie groß und welcher Art das Gefälle zwischen dem Gegenstand der Umfrage, wie er vom Befragten verstanden und interpretiert wird, und dem Gegenstand in seinen eigenen Augen ist, um die daraus entstehenden Verzerrungen mindern oder um zumindest verstehen zu können, was gesagt werden kann und was nicht. Es geht also darum, die Zensur zu begreifen, die bewirkt, daß bestimmte Dinge nicht gesagt werden, und die Beweggründe dafür zu erkennen, daß andere betont werden. Es ist der Interviewer, der das Spiel beginnt und die Spielregeln bestimmt; er ist es auch, der auf einseitige Weise und ohne vorherigen Aushandlungsprozeß über die manchmal, zumindest in den Augen des Befragten, schlecht definierten Gegenstände und Verwendungsweisen des Interviews bestimmt. Diese Asymmetrie wird immer dann, wenn der Interviewer in der Hierarchie der verschiedenen Kapitalsorten, besonders des kulturellen Kapitals, eine höhere Position als der Befragte besetzt, durch eine gesellschaftliche Asymmetrie noch verstärkt. Der *Markt der sprachlichen und symbolischen Güter*, der anlässlich des Interviews entsteht, variiert seiner Struktur nach in Abhängigkeit von der objektiven Beziehung zwischen dem Interviewer und dem Interviewten oder, was auf dasselbe hinausläuft, in Abhängigkeit von der Relation zwischen dem einem jeden von ihnen verfügbaren Kapital jeglicher, insbesondere aber sprachlicher Art. Da wir diese beiden Eigenschaften der Interviewbeziehung als unumgänglich erkannt haben, haben wir uns darum bemüht, alles in Bewegung zu setzen, um deren Effekte zu kontrollieren (ohne zu meinen, man könne sie ausschalten), oder genauer gesagt, um *die symbolische Gewalt, die durch die Interviewbeziehung zur Ausübung kommen kann, so weit wie irgend möglich zu reduzieren. Wir haben deshalb versucht, eine Beziehung des aktiven und methodischen Zuhörens zu schaffen, die vom reinen Laissez-faire des nicht-direktiven Interviews genauso weit entfernt ist wie vom Dirigismus eines Fragebogens. Ein scheinbar widersprüchliches Postulat, an das sich in der Praxis zu halten nicht leicht ist. Denn es verbindet*

eine Haltung des sich rückhaltlos der befragten Person Zur-Verfügung-Stellens, des sich der Einzigartigkeit ihrer besonderen Geschichte Unterwerfens – was durch eine Art mehr oder weniger kontrollierten Effekt der Anpassung dazu führen kann, deren Sprache anzunehmen und sich ihre Sichtweisen, Gefühle und Gedanken zu eigen zu machen – mittels einer methodischen Konstruktion, die von der Kenntnis der objektiven Bedingungen gesättigt ist, welche einer ganzen gesellschaftliche Kategorie gemeinsam sind.

Damit eine Befragungsbeziehung diesem idealen Schnittpunkt so nah wie möglich kommt, müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein. Es genügt nicht, wie es jeder „gute“ Interviewer ganz von selbst tut, auf das einzuwirken, was bewußt oder unbewußt in der *Interaktion* kontrolliert werden kann, also besonders das verwendete Sprachniveau und alle verbalen und nichtverbalen Signale, die die befragten Personen zur Mitarbeit ermuntern können, wobei die Befragten nur dann eine Antwort geben können, die diesen Namen auch verdient, wenn sie sich die Befragung aneignen und zu deren Subjekten werden können. In manchen Fällen muß auch auf die eigentliche *Struktur* der Beziehung Einfluß genommen werden (und dadurch auf die Struktur des sprachlichen und symbolischen Marktes), und zwar durch die *Auswahl* der befragten Personen und der Interviewer.

Wir haben uns deshalb dafür entschieden, den Interviewern die Möglichkeit zu geben, ihre Interviewpartner unter ihren *Bekannt*en oder Leuten, denen sie durch Bekannte vorgestellt werden konnten, auszuwählen. Denn gesellschaftliche Nähe und Vertrautheit ermöglichen, daß zwei Bedingungen „gewaltfreier“ Kommunikation erfüllt sind. Erstens: Ist der Interviewer demjenigen, den er befragt, gesellschaftlich sehr nahe, kann sich der Befragte aufgrund dessen, daß einer am Platz des anderen stehen könnte, davor sicher fühlen, daß seine subjektiven Beweggründe nicht auf objektive Ursachen und seine als freie Wahl erlebten Entscheidungen nicht auf die Folge objektiver, in der Analyse offengelegter Determinismen reduziert werden. Zweitens ist in diesem Fall außerdem sichergestellt, daß ein unmittelbares und ständig neu bestätigtes Einvernehmen hinsichtlich der Vorverständnisse zu den Inhalten und Formen der Kommunikation besteht. Dieses Einvernehmen bestätigt sich in Form eines Aussendens von für beide verständlichen Signalen, das nur schwer bewußt und absichtlich produziert werden kann, eines Aussendens all dieser nichtverbalen Zeichen, die den verbalen beigefügt sind und entweder anzeigen, wie diese oder jene Aussage interpretiert werden muß, oder wie der Gesprächspartner sie

### *Das Aufdrängen einer Problematik*

Manchmal ist man erstaunt darüber, wieviel guten Willen und Entgegenkommen die Befragten aufbringen, um auf so törichte, beliebige und deplazierte Fragen zu antworten, wie sie ihnen oft, besonders in Meinungsumfragen, „verordnet“ werden. Natürlich genügt es, ein einziges Interview geführt zu haben, um zu wissen, wie schwierig es ist, seine Aufmerksamkeit pausenlos auf das, was gerade gesagt wird (und nicht nur in Worten), zu konzentrieren und sich ständig im voraus Fragen zu überlegen, die sich „natürlich“ in das Gespräch einfügen, zugleich aber einer Art theoretischer „Linie“ zu folgen. Das heißt, niemand kann sich vor dem Effekt des Aufdrängens einer Problematik in Sicherheit wiegen, den naiv-egozentrische oder einfach nur unkonzentrierte Fragen hervorbringen können, und vor allem auch nicht vor der Rückwirkung, die auf diese Weise dem Befragten „in den Mund gelegt“ Antworten auf den Forscher haben können, der in seiner Interpretation unter Umständen ein Artefakt, das er selbst, ohne es zu merken, produziert hat, für bare Münze nimmt. So fragt beispielsweise ein bis dahin ebenso

zuvorkommender wie aufmerksamer Interviewer mir nichts, dir nichts einen Metallarbeiter, der ihm gerade erst gesagt hat, was für ein großes Glück es doch für ihn war, sein Leben lang im selben Betrieb bleiben zu können, ob er „persönlich bereit wäre, von Longwy wegzugehen“. Nach einem kurzen Moment des offenen Erstaunens erhält er eine Höflichkeitsantwort jenen Typs, wie sie der Interviewer und der eilige Kodierer des Meinungsforschungsinstituts wohl als Zustimmung vermerken werden: „Jetzt [*Tonfall des Erstaunens*]? Wozu? Weggehen... Ich sehe nicht, wozu das gut sein soll... Nein, ich glaube nicht, daß ich von Longwy Weggehen würde... Diese Idee ist mir noch nie in den Sinn gekommen... Schließlich arbeitet meine Frau ja noch. Vielleicht ist das der Grund, warum ich nicht... Aber von Longwy Weggehen... ich weiß nicht, vielleicht, warum nicht?... eines Tages... Man weiß ja nie... Aber das kommt mir noch nicht in den Sinn. Das ist mir noch nie in den Sinn gekommen, wo ich doch... Ich weiß nicht, warum nicht [*lacht*], ich weiß nicht, man weiß ja nie...“

interpretiert hat<sup>3</sup>. Doch das Universum derjenigen gesellschaftlichen Kategorien, die unter diesen optimalen Bedingungen der Vertrautheit in die Befragung einbezogen werden können, hat seine Grenzen (obwohl auch Positionshomologien reale Affinitäten zwischen dem Soziologen und bestimmten Kategorien von Befragten, etwa Richtern oder Sozialpädagogen, begründen können).

Deshalb haben wir uns dafür entschieden, viele verschiedene Interviewer einzusetzen und damit methodisch eine Strategie anzuwenden, die William Labov in seiner Untersuchung über die Sprache der Schwarzen in Harlem zuhelfe nahm: Um die Zwangseffekte der legitimen Sprache zu neutralisieren, hat er junge Schwarze darum gebeten, eine linguistische Untersuchung durchzuführen. Auf dieselbe Weise haben wir versucht, wann immer möglich, einen der Hauptverzerrungsfaktoren der Befragungsbeziehung zu neutralisieren, indem wir Personen, die vertrauten Zugang zu den Kategorien der Interviewpartner hatten, die wir in die Befragung einbeziehen wollten, in den Befragungstechniken ausgebildet haben.

Wenn ein junger Physiker einen anderen jungen Physiker interviewt (oder ein Schauspieler einen anderen Schauspieler, ein Arbeitsloser einen anderen Arbeitslosen usw.), mit dem er fast die Gesamtheit aller als Haupterklärungsfaktoren für seine Praktiken und seine Repräsentationen in Frage kommenden Eigenschaften teilt und mit dem er zutiefst vertraut ist, entspringen seine Fragen seinen Dispositionen, die objektiv mit denen des Befragten in Einklang stehen. Und selbst wenn er Fragen stellt, die auf größte Weise zu objektivieren versuchen, erscheinen sie seinem Gesprächspartner doch nicht bedrohlich oder aggressiv, weil dieser ganz genau weiß, daß beide Beteiligten im Hinblick auf das, was er auf die Fragen hin preisgeben soll, wesentliche Gemeinsamkeiten aufweisen und sie somit auch die Risiken dieser Preisgabe gemeinsam tragen. Der Interviewer seinerseits wird wohl kaum vergessen, daß den Befragten zu objektivieren für ihn bedeutet, auch sich selbst zu objektivieren. Davon zeugt das folgende Beispiel, wo der Interviewer hier und da seine Fragen korrigiert, indem er vom objektivierenden *Du* zu einem

3 Diese feed-back-Zeichen, die E. A. Schegloff response tokens nennt, also diese „Jaja“, „aha“, „selbstverständlich“, diese „oh“ und das zustimmende Kopfnicken, die Blicke, das Lächeln und all die informations receipts, körperliche und verbale Zeichen der Aufmerksamkeit, des Interesses, der Zustimmung, der Ermunterung und der Anerkennung, sind die Voraussetzung für den guten Fortgang des Austausches (das geht so weit, daß oft ein einziger Moment der Unaufmerksamkeit oder des Abschweifens des Blicks genügt, um beim Befragten eine Art Geniertheit hervorzurufen, wodurch er in seinen Äußerungen den roten Faden verliert); im richtigen Moment gesetzt, zeugen sie von der intellektuellen und emotionalen Anteilnahme des Interviewers.

auf ein unpersönliches Kollektiv verweisenden *man* wechselt und dann sogar zum *wir*, womit er klar und deutlich anzeigt, daß auch er selbst von der Objektivierung betroffen ist: „Das heißt also, das ganze Studium, das Du absolviert hast, das man absolviert hat, hat uns dazu gebracht, die Theorie zu lieben“. Die gesellschaftliche Nähe zur befragten Person erklärt zweifellos auch das Unbehagen, von dem fast alle Interviewer, die sich in einer solchen Situation befanden, berichten, und das sie in manchen Fällen das ganze Interview über, in anderen erst ab einem bestimmten Punkt der Analyse hatten: In all diesen Fällen neigt nämlich die Befragung dazu, zu einer Sozioanalyse zu zweit zu werden, in der der Forscher ebenso sehr wie derjenige, den er befragt, betroffen ist und auf dem Prüfstand steht. Doch die Analogie zu Labovs Strategie ist keine hundertprozentige: Es geht nicht nur darum, einen „natürlichen Diskurs“ einzufangen, der möglichst wenig vom Effekt der kulturellen Asymmetrie beeinflusst ist. Man muß diesen Diskurs auch auf eine solche Weise wissenschaftlich konstruieren, daß er die nötigen Elemente für seine eigene Erklärung liefert. Dies steigerte die Anforderungen, die an unsere Gelegenheits-Interviewer gestellt wurden, natürlich beträchtlich, und obwohl mit jedem von ihnen im voraus Gespräche geführt wurden, um alle Informationen zusammenzutragen, über die sie hinsichtlich des Befragten verfügten, und um in groben Zügen eine Befragungsstrategie festzulegen, mußte dennoch eine stattliche Anzahl der unter diesen Bedingungen geführten Interviews von der Veröffentlichung ausgeschlossen werden. Sie lieferten kaum mehr als soziolinguistische Daten, die nicht in der Lage sind, die Instrumente für ihre eigene Interpretation zu liefern<sup>4</sup>.

Abgesehen von diesen Fällen, in denen der Soziologe sozusagen einen passenden Stellvertreter für sich sucht und einsetzt, gibt es auch noch jene Befragungsbeziehungen, in denen er es zumindest

4 Einer der Hauptgründe für diesen Mißerfolg liegt zweifellos gerade in dem perfekten Einvernehmen zwischen Interviewer und Befragtem, welches der Tendenz der Befragten, alles zu sagen, nur nicht das Selbstverständliche, also das, was nicht der Rede wert ist (wie in den meisten Zeugnissen und historischen Dokumenten), freien Lauf läßt (so beispielsweise die SchauspielerIn, die – zweifellos, weil sie mit einem Schauspieler spricht – ein ganzes Bündel von Vorverständnissen hinsichtlich der Hierarchien zwischen den Genres, hinsichtlich der Regisseure und hinsichtlich der für das Feld des Theaters zu einem bestimmten Zeitpunkt konstitutiven Oppositionen unerwähnt läßt). Jede Befragung befindet sich also irgendwo zwischen zwei sicherlich nie erreichten Extremen: der totalen Übereinstimmung zwischen Interviewer und Befragtem einerseits – ein Fall, in dem dann nichts mehr gesagt werden könnte, weil nichts mehr in Frage gestellt würde und damit alles selbstverständlich wäre – und der totalen Divergenz andererseits, also dem Fall, in dem Verstehen und Vertrauen unmöglich würden.

teilweise selbst schafft, die soziale Distanz zu überwinden, und zwar dank eines Vertrauensverhältnisses zwischen ihm und dem Befragten und dank einer sozialen Aufrichtigkeit, welche einem freien und offenen Reden förderlich und durch die Existenz diverser sekundärer Solidaritätsbindungen gewährleistet ist, die ein wohlwollendes Verstehen garantieren: Familienbeziehungen, Jugendfreundschaften oder, wie einige Interviewerinnen berichten, die Komplizzinnenschaft zwischen Frauen haben es nicht selten ermöglicht, die mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen verknüpften Hindernisse zu überwinden, insbesondere die Furcht vor klassenspezifischer Verachtung, die, sobald der Soziologie als gesellschaftlich höher stehend empfunden wird, die ganz allgemeine, wenn nicht gar universelle Furcht vor der Objektivierung noch verstärkt.

### *Eine geistige Übung*

Aber alle Verfahren und Kniffe, die wir uns ausdenken konnten, um die Distanz zu reduzieren, haben ihre Grenzen. Auch wenn in der Transkription der Rhythmus, das Tempo der mündlichen Rede verloren geht, genügt es, im folgenden einige Interviews zu lesen, um den enormen Unterschied zu erkennen zwischen den Diskursen von Befragten, die meilenweit von den stillschweigenden Anforderungen der Interviewsituation entfernt waren und denen die Worte Brocken für Brocken entlockt werden mußten, und den Diskursen derer, die fast den Eindruck erweckten, als wären sie von vornherein auf das, was man von ihnen will, eingestellt (manchmal zu gut), zumindest so, wie sie es sich vorstellen. Letztere beherrschen die Situation so sehr, daß sie es manchmal sogar schaffen, dem Interviewer ihre Definition des Spiels aufzuzwingen.

Wenn man keine Möglichkeit hat, die sozialen Effekte der aus gesellschaftlicher Distanz erwachsenden Asymmetrie zu neutralisieren oder vorübergehend auszuschalten, kann man auf möglichst geringfügig von den Effekten dieser Befragungssituation gebrandmarkte Äußerungen nur zum Preis einer ständigen Konstruktionsarbeit hoffen. Diese Arbeit bleibt paradoxerweise umso unsichtbarer, je erfolgreicher sie ist und je eher sie zu einem Austausch führt, der alle äußeren Merkmale der „Natürlichkeit“ aufweist (verstanden als das, was normalerweise im gewöhnlichen Austausch des alltäglichen Lebens geschieht).

Auch wenn der Soziologe von seinem Interviewpartner gesellschaft-

lich noch so weit entfernt ist, kann er ihm dennoch das Gefühl geben, mit gutem Recht das zu sein, was er ist, wenn er ihm durch seinen Tonfall und vor allem durch den Inhalt seiner Fragen vermittelt, daß er sich *gedanklich in ihn hineinversetzen* kann, ohne jedoch dabei so zu tun, als bestehe die gesellschaftliche Distanz zwischen ihnen nicht (im Gegensatz zur populistischen Perspektive, deren blinder Fleck genau in ihrem eigenen Standpunkt besteht).

Sich gedanklich an den Ort zu versetzen, den der Befragte im Sozialraum einnimmt, um ihn von diesem Punkte aus zu fordern und von dort aus sozusagen Partei für ihn zu ergreifen (in dem Sinne, in dem Francis Ponge von „Parteiergreifung des Faktischen“ sprach), heißt eben nicht, das Selbst auf den anderen zu projizieren, wie die Phänomenologen meinen. Vielmehr geht es darum, ein *generelles und genetisches Verständnis* der Existenz des anderen anzustreben, das auf der praktischen und theoretischen Einsicht in die sozialen Bedingungen basiert, deren Produkt er ist: Eine Einsicht in die Existenzbedingungen und gesellschaftlichen Mechanismen, deren Wirkungen alle Mitglieder seiner Kategorie (die der Gymnasiasten, Facharbeiter, Richter usw.) betreffen, eine Einsicht in die untrennbar verwobenen psychischen und sozialen Prägungen, die mit der Position und dem biographischen Werdegang dieser Person im Sozialraum einhergehen. Der traditionellen Diltheyschen Unterscheidung muß man entgegenhalten, daß *Verstehen und Erklären eine Einheit bilden*.

Ein solches Verstehen ist mehr als ein wohlwollender Gemütszustand. Es äußert sich darin, daß ein Interview auf verständliche, ruhige und motivierende Art und Weise präsentiert und geführt wird, also so, daß der Befragte in dem Interview und generell in dieser Situation einen Sinn erkennen kann. Und es äußert sich auch und vor allem in der Fragestellung: genau wie die Antworten, die sie hervorbringt, leitet sich auch die Fragestellung von einer verifizierten Repräsentation der Bedingungen ab, in denen sich der Befragte befindet und deren Produkt er ist. Das heißt, der Interviewer hat nur dann eine gewisse Chance, seinem Gegenstand gerecht zu werden, wenn er ein enormes Wissen über ihn hat, welches er entweder im Laufe eines ganzen Forscherlebens oder, auf direktere Weise, im Laufe vorausgehender Gespräche mit dem Befragten selbst oder mit Informanten angehäuft hat. Die meisten der hier abgedruckten Interviews repräsentieren nur einen – wenn auch herausragenden – Moment in einer langen Reihe von Begegnungen und haben mit dem punktuellen, beliebigen und zufälligen Zusammentreffen zweier Menschen im Rahmen von Interviews, die auf die Schnelle

und von Interviewern durchgeführt werden, denen jede besondere Kompetenz fehlt, nichts gemeinsam.

Auch wenn diese beim Interviewer bereits vorhandene Information nur *ex negativo* zum Ausdruck kommt, insbesondere, indem man gewisse Vorsichtsmaßnahmen und Vorkehrungen trifft, die darüber entscheiden, ob der Befragte Vertrauen faßt und sich auf das Spiel einläßt, oder indem man gekünstelte und deplazierte Fragen vermeidet, ist sie es doch, die einen in die Lage versetzt, ständig neue, sinnvolle Fragen zu improvisieren, wahre *Hypothesen*, die sich auf eine intuitive und provisorische Repräsentation des dem Befragten eigenen Grundmotivs stützen, um ihn dazu zu bringen, sich noch vollständiger zu offenbaren.<sup>5</sup>

Auch wenn ein fundiertes Vorabwissen zwar möglicherweise ein theoretisches Äquivalent zu dem praktischen Wissen liefern kann, das aus Nähe und Vertrautheit erwächst, bliebe es doch unfähig, zu wirklichem Verstehen zu führen, ginge es nicht einher mit einer Aufmerksamkeit für das Gegenüber und einer hingebungsvollen Offenheit, wie man sie im täglichen Leben nur selten findet. Denn eigentlich neigen wir dazu, den mehr oder weniger ritualisierten Äußerungen über das mehr oder weniger allgemeine Elend nur eine Aufmerksamkeit zu schenken, die ungefähr so leer und formell wie das „Wie geht es Ihnen?“ ist, welches zu diesen Äußerungen geführt hat. Wir kennen alle diese Erzählungen von Erbschafts- oder Nachbarschaftskonflikten, von Schulschwierigkeiten und beruflicher Konkurrenz, die wir über Wahrnehmungskategorien aufnehmen, welche uns einen sparsamen Umgang mit Gedanken, Interesse und Betroffenheit, kurz: Verständnis erlauben, indem sie das Persönliche auf das Unpersönliche, den Schicksalsschlag eines einzelnen auf „Unter ferner liefen“ reduzieren. Selbst wenn man alle Reserven professioneller Wachsamkeit und persönlicher Sympathie mobilisiert, fällt es einem schwer zu vermeiden, daß die Aufmerksamkeit

5 In diesem wie in allen anderen Punkten könnten wir uns sicherlich verständlicher machen, wenn wir einige Beispiele für äußerst typische Fehler anführen könnten, die fast immer auf Unbewußtes oder Unwissen zurückzuführen sind. Hingegen sind einige der Vorzüge einer Befragung, die auf ihre eigenen Effekte achtet, dazu verdammt, unbeachtet zu bleiben, weil sie sich vor allem in Abwesenheiten manifestieren. Dies ist der Grund, warum wir weiter unten einige administrative Befragungen analysiert haben: Sie sind regelrechte Prüfungen in Lebenskunst, in denen der in seinen institutionellen Vorannahmen und ethischen Gewißheiten verhaftete Interviewer die Fähigkeit des Befragten mißt, ein „angemessenes“ Verhalten an den Tag zu legen. Als Kontrastfolie machen sie deutlich, welche Fragen ein auf Vorabwissen basierender Respekt zu stellen verbietet, weil sie mit einer adäquaten Repräsentation der Situation der befragten Person oder der Handlungsphilosophie, der sie sich in ihrer Praxis verpflichtet fühlt, nicht kompatibel sind.

nachläßt – denn dieses Nachlassen wird von der Illusion genährt, man habe das alles bereits gesehen und gehört –, und sich statt dessen auf die Einzigartigkeit einer Lebensgeschichte einzulassen und zu versuchen, die Lebensschicksale gleichzeitig in ihrer Einmaligkeit und in ihrer Allgemeinheit zu verstehen. Das unmittelbare, auf halber Strecke stehenbleibende Verstehen des abgelenkten und banalisierenden Blickes läßt die Anstrengung ermatten, welche es zu vollbringen gilt, um hinter diese allgemeinen Floskeln zu blicken, anhand derer ein jeder von uns sein kleines Elend wie das größte Unglück erlebt und davon berichtet. Da wir alle „Ichs“ zu sein glauben und wie alle anderen den Anspruch auf Einzigartigkeit erheben, ist es zweifellos ganz besonders schwierig, dem philosophisch stigmatisierten und literarisch verrufenen „man“ mit seinen hoffnungslos „unauthentischen Mitteln“, welche wir alle zu benutzen versucht sind, zuzuhören. Auch auf die Gefahr hin, sowohl strenge Methodologen als auch eingefleischte Hermeneuten zu schockieren, möchte ich frei heraus sagen, daß das Interview als eine Art *geistiger Übung* angesehen werden kann, die darauf abzielt, über die *Selbstvergessenheit* zu einer *wahren Konversion des Blickes* zu gelangen, den wir unter den gewöhnlichen Umständen des täglichen Lebens auf die anderen richten<sup>6</sup>. Diese Offenheit, die bewirkt, daß man die Probleme des Befragten zu seinen eigenen zu macht, diese Fähigkeit, ihn zu nehmen und zu verstehen, wie er ist, mit seiner ganz besonderen Bedingtheit, ist eine Art *intellektueller Liebe*: ein Blick, der diese Bedingtheit anerkennt, ähnlich wie die „Liebe zu Gott“, bzw. zur natürlichen Ordnung, die für Spinoza die höchste Form der Erkenntnis darstellte.

Die meisten der „Voraussetzungen für den glücklichen Verlauf“ des Interviews werden freilich gar nicht wahrgenommen. Indem der Interviewer mit dem Befragten in eine vollkommen außergewöhnliche Kommunikationssituation eintritt, die von den – vor allem zeitlichen – Zwängen befreit ist, die auf den meisten Austauschbeziehungen des täglichen Lebens beruhen, und indem er ihm Alternativen eröffnet, die ihn dazu bringen oder es ihm erlauben, sein Unbehagen, seine unerfüllten Bedürfnisse und Wünsche zur Sprache zu bringen, die er manchmal erst durch dieses Zur-Sprache-Bringen entdeckt, trägt er dazu bei, die Bedingungen für das Zustandekommen eines außergewöhnlichen Diskurses zu schaffen, der sonst nie hätte gehalten werden können, aber dennoch bereits da war und nur auf

6 Man könnte hier Epiktet oder Marc Aurel zitieren, die von der Haltung sprechen, mit Wohlwollen all das in sich aufzunehmen, was auf dem letzten Grund aller Dinge beruht, eine fröhliche Zustimmung (prosthesis) gegenüber der natürlichen Welt.

günstige Umstände wartete, um sich zur Geltung zu bringen.<sup>7</sup> Die Befragten nehmen sicherlich nicht alle diese Zeichen des Eingehens auf sie (welches sicherlich mehr als nur eine einfache intellektuelle Konversion erfordert) bewußt wahr. Dennoch scheinen einige von ihnen, vor allem einige der Mittellosesten, diese Situation als eine ganz besondere Gelegenheit zu empfinden, um Zeugnis abzulegen, sich Gehör zu verschaffen, um ihre Erfahrung von der privaten in die öffentliche Sphäre zu tragen; und auch als eine Gelegenheit *sich zu erklären*, und zwar im weitesten Sinne des Wortes, also ihre eigene Sichtweise von sich selbst und der Welt zu konstruieren, und jenen Punkt Handeln verständlich und gerechtfertigt ist, und zwar

- 7 Die „sokratische“ Arbeit der Unterstützung beim Zum-Ausdruck-Bringen versucht, Angebote zu machen, ohne etwas aufzuzwingen, Vorschläge zu formulieren, die manchmal auch explizit als solche präsentiert werden (wollen Sie damit vielleicht sagen, daß...) und darauf ausgerichtet sind, den Äußerungen des Befragten, seinen Zweifeln und seiner Suche nach dem richtigen Ausdruck vielfältige und offene Anschlußmöglichkeiten zu bieten.

### *Der Widerstand gegen die Objektivierung*

Man sollte nicht dem Glauben erliegen, allein durch die Tugend der Reflexivität könne der Soziologe die stets höchst komplexen und vielfältigen Effekte der Interviewbeziehung jemals vollständig kontrollieren. Dies ist umso weniger der Fall, als die Befragten selbst, bewußt oder unbewußt, in das Spiel eingreifen und versuchen können, ihre Definition der Situation durchzusetzen und in diesem Austausch, bei dem das Bild, das sie von sich haben und vermitteln wollen, auf dem Spiel steht, den Spieß zu ihren Gunsten umzudrehen. Den Rahmen hierfür bildet eine Situation, in der sie, wie es der Gegenstand der Umfrage will, das, „woran es hapert“, zur Sprache bringen sollen, wodurch

sie sich unmittelbar all den Vorurteilen aussetzen, die so lange auf dem Unglück und dem Leid lasten, wie es letzteren nicht gelingt, in die legitimen Formen des Ausdrucks legitimen Elends zu schlüpfen, die von Politik, Recht, Psychologie und Literatur zur Verfügung gestellt werden. So produzierte beispielsweise in vielen Interviews (besonders mit Mitgliedern des Front national) die soziale Beziehung zwischen dem Befragten und dem Interviewer äußerst starke Zensureffekte, die durch die Präsenz des Tonbandgerätes noch verstärkt wurden. Letzteres ist zweifellos der Grund dafür, daß viele Meinungen uneingestehbar werden (außer in Form von Versprechen oder kleinen Bemerkun-

gen, die den Befragten unbenutzt entweichen). Viele Interviews tragen zahlreiche Spuren der Arbeit, die der Befragte geleistet hat, um die der Situation immanenten Widersprüche zu beherrschen, indem er zeigt, daß er fähig ist, seine Objektivierung selbst in die Hand zu nehmen und in bezug auf sich selbst den reflexiven Standpunkt einzunehmen, der potentiell schon in der Absicht der Untersuchung angelegt ist.

Eine der subtilsten Arten und Weisen, der Objektivierung Widerstand zu leisten, findet man bei denjenigen Befragten, die, indem sie ihre gesellschaftliche Nähe zum Interviewer einsetzen, eher unbewußt als bewußt versuchen, sich gegen die Objektivierung zu schützen, indem sie das Spiel scheinbar mitspielen und den Anschein einer Selbstanalyse vermitteln. Diese vorgetäuschte bereitwillige Objektivierung, diese Entmystifizierung, die auf halber Strecke stehenbleibt und deshalb doppelt mystifizierend wirkt und all die angenehmen Seiten des klaren Durchblicks vorspiegelt, ohne irgendetwas Wesentliches in Frage zu stellen, ist allem Anschein zum Trotz meilenweit von der teilnehmenden Objektivierung entfernt, im Rahmen derer der Interviewer den Befragten in seiner zugleich schmerzhaften und lohnenden Bemühung unterstützt, die gesellschaftli-

chen Determinanten seiner Meinungen und Handlungen mit all ihren noch so schwer einzugestehenden und auf sich zu nehmenden Aspekten an die Oberfläche zu bringen.

Ich möchte hierfür nur ein einziges Beispiel zitieren: „Ich fühle so ein Unbehagen, das bewirkt, daß ich nicht weiß, wo ich mich situieren soll (...), ich weiß nicht mehr so genau, wo ich gesellschaftlich eigentlich stehe... Das liegt vielleicht daran, daß auf der Ebene der Anerkennung durch die anderen... (...). Ich werde mir so langsam bewußt, wie sehr sich je nach der gesellschaftlichen Position, die du besetzt, der Blick des anderen vollkommen ändern kann, und das ist schon ziemlich verwirrend. Es war nicht einfach für mich, mehrere verschiedene gesellschaftliche Positionen zu haben, manchmal gelang es mir nicht sonderlich gut, mich damit zurecht zu finden, vor allem in bezug auf den Blick der anderen“ usw. usf.

Es kann passieren, daß solche Äußerungen, die ein offensichtliches Eingeständnis mit einer scheinbaren Erklärung über-tünchen, bei dem Interviewer, der sich in ihnen wiedererkennt, weil sie auf der Grundlage von Denkinstrumenten und Ausdrucksformen konstruiert sind, die den seinen sehr nahe kommen, eine Art intellektuellen Narzismus hervorrufen, der sich

mit populistischer Verwunderung kombinieren oder dahinter verstecken kann.

Wenn also die Tochter eines Einwanderers mit großer Selbstverständlichkeit von den Schwierigkeiten spricht, die für sie aus der Zerrissenheit ihres Lebens resultieren, und dies gegenüber einem Interviewer, der in einigen ihrer Äußerungen bestimmte Aspekte seiner eigenen Erfahrung mit prekären Lebenslagen wiederfindet, schafft sie es paradoxerweise, die Grundlage ihrer höchst stilisierten Sichtweise ihres Lebens vergessen zu machen, nämlich ihr Studium der Literaturwissenschaft, welches ihr ermöglicht, ihrem Gesprächspartner ein doppeltes Geschenk zu machen: einen Diskurs, der einerseits seiner Vorstellung von einer benachteiligten Bevölkerungsgruppe möglichst nahe kommt und der andererseits in seiner formalen Ausgestaltung jedes aus gesellschaftlicher und kultureller Differenz resultierende Hindernis aus dem Weg räumt. Es ist wohl besser, an dieser Stelle alles zu zitieren, sowohl die Fragen als auch die Antworten:

„Interviewer — Diese Bewußtwerdung stellte sich also bei deiner Ankunft in Frankreich ein. Aber was genau ist dir da bewußt geworden?

Befragte — Mir ist die Realität bewußt geworden, in dem Sinne, als die Dinge damals begannen,

Gestalt anzunehmen. Erst da habe ich die Trennung meiner Eltern real erlebt. Wirkliche Bedeutung hat sie für mich erst von dem Moment an bekommen, als ich von dort, wo ich mit meinen Eltern, also mit meiner Mutter und ihrer Familie gelebt habe [*in Marokko, wo die Mutter nach der Trennung geblieben ist*], hierher gekommen bin, wo ich dann endlich meinen Vater zu Gesicht bekam. Das ist jetzt das erste Mal, daß wir wirklich zusammen leben. Selbst als er noch mit meiner Mutter verheiratet war, spielte sich sein gesellschaftliches Leben hier [*in Frankreich*] ab, sie sahen sich also sehr selten, somit sahen auch wir uns selten. Ich hatte das Gefühl, das ist jemand, den ich zum ersten Mal wirklich kennenlerne (...). Er trat in dem Moment in mein Leben, als ich zu ihm zog. Von daher bedeutet, mir bewußt geworden zu sein, also, daß die Trennung eine Bedeutung annahm. Man wird sich bewußt, daß man mit dem Vater, den man hat, niemals zusammengelebt hat (...). Und dann wurde ich mir auch einer anderen Umgebung bewußt. Es brach eine neue Zeit an einem neuen Ort an (...). Du weißt, daß du von deiner Mutter zu deinem Vater ziehst. Und in gewisser Weise empfindest du das auch als aufregend, doch Stück für Stück wird das, was geschehen ist, real und erscheint in einem

ganz bestimmten Licht. Das ist dann nicht mehr die gleiche Umgebung, das sind nicht mehr dieselben Menschen, nicht mehr dieselbe Zeit, derselbe Ort. Für mich begann damals eine ziemlich unklare Periode, wenn du so willst, von dem Moment an, als es darum ging, daß zwischen zwei Welten, die für mich radikal getrennt waren, eine Brücke entstehen mußte. Ich bin eine Weile bei dieser Trennung verharret, die weit mehr war als eine Trennung von Mutter und Vater“. Und etwas später sagt sie: „Ich habe das Gefühl, in etwas verwurzelt zu sein. Und daß sich mir jetzt die Frage stellt, ob ich darin weitermachen möchte oder ob ich versuchen soll, mich vollständig daraus zu befreien. Offen gesagt glaube ich nicht so richtig an diese Möglichkeit. Also werde ich wohl immer irgendwie zwischen den Stühlen sitzen. Aber eigentlich interessiert es mich auch nicht, so oder so zu sein. Ich habe Lust, diesen Art Durchzug, dieses Zwischenzwei-Stühlen beizubehalten. Ich weiß nicht.“

Wie wir sehen, wird hier das Interview zum Monolog, die Befragte stellt sich selbst die Fragen, antwortet weit ausholend und ohne Luft zu holen und bringt den Interviewer (dem das offensichtlich sehr entgegenkommt) dazu, nicht nur ihre

Problematik, sondern auch ihren Stil zu übernehmen („Fühlst du dich hier entfremdet?“, oder auch: „Worin besteht deine größte Unzufriedenheit?“). Damit schließt sie de facto jede Befragung über all jene objektiven Gegebenheiten ihres Werdeganges aus, die nicht in das Selbst-Porträt passen, wie sie es zu entwerfen versteht.

In dieser Austauschbeziehung täuscht jeder ein wenig den anderen, indem er sich selbst täuscht: der Interviewer hält sich an die „Authentizität“ dieses Zeugnisses der Befragten, weil er glaubt, hier erfolgreich die reine, eindringliche und unverstellte Rede entdeckt zu haben, das, was anderen nicht zu sehen oder hervorzubringen gelungen ist (bestimmte, mehr oder weniger stilisierte Formen des Bauern- oder Arbeiterdiskurses können in ähnlicher Weise dazu verführen); die Befragte spielt die Person, die bei dieser Begegnung erwartet wird, also die Einwanderin, und sichert sich so, ohne das offen einfordern zu müssen, die Anerkennung des literarischen Wertes ihrer Worte, die gleichzeitig das aufrichtige Zeugnis einer inneren Zerrissenheit und die Suche nach dem Heil in der stilistischen Form sind.<sup>8</sup>

zu allererst für sie selbst<sup>9</sup>. Manchmal kommt es sogar vor, daß sie – weit davon entfernt, nur Instrumente in den Händen des Interviewers zu sein – in gewisser Weise selbst das Interview führen, und daß die Dichte und Intensität ihrer Diskurse sowie der Eindruck einer gewissen Erleichterung, ja sogar Erfüllung, den sie oft dabei erwecken, als *Wohltat des Sich-Aussprechens* empfunden wird. Man kann hier also gewissermaßen von einer *zugleich provozierenden und unterstützten Selbstanalyse* sprechen. Nicht selten hatten wir das Gefühl, daß die befragte Person die gebotene Gelegenheit ergriff, sich Fragen über sich selbst zu stellen und die Angebote und Aufforderungen, die in unseren Fragen und (stets offenen, vielfältigen und häufig auf ein schweigsames Warten reduzierten) Anregungen enthalten waren, für ein klärendes und aufdeckendes Abarbeiten, gewinnbringend und schmerzhaft zugleich, zu nutzen. Manchmal kamen dabei lange zurückgehaltene oder unterdrückte Erfahrungen und Gedanken mit einer unglaublichen Ausdruckskraft zur Sprache.

### *Eine realistische Konstruktion*

Es mag vorkommen, daß ein auf diesem Weg erreichtes Einvernehmen zwischen den Zielvorstellungen und Verbindlichkeiten des Interviewers und den Erwartungen des Befragten als wahres Wunder

- 8 Diese Logik des Doppelspiels in der gegenseitigen Bestätigung der Identitäten findet in der Face-to-face-Situation der Befragungsbeziehung ein besonders förderliches Terrain, und sie ist nicht nur in den (ziemlich zahlreichen) „mißlungenen“ Interviews am Werk, die wir herausnehmen mußten. Auch könnte ich hier literarische Werke zitieren, die dies meiner Ansicht nach ebenfalls in vollkommener Weise illustrieren, wie dieser neuere Roman von Nina Bouraoui (*La voyeuse interdite*, Paris, Gallimard, 1990) und, allgemeiner gesprochen, bestimmte neuere Formen populistischer Literatur, die scheinbar gleichzeitig die Anforderungen an ein echt soziologisches Zeugnis und jene an einen echt literarischen Roman erfüllen, im Grunde aber keinem von beiden gerecht werden, weil ihr eigener Standpunkt ihr blinder Fleck ist. Aber das Beispiel par excellence scheint mir der Roman von David Lodge, *Small World* (New York, Warner Books, 1984) zu sein, eine mystifizierende Demystifizierung, die alle Gemeinplätze einer gefälligen, nur scheinbar hell-sichtigen und wirklich narzistischen Repräsentation präsentiert, wie sie die Akademiker so gerne von sich und ihrem Universum haben und vermitteln. Logischerweise hatte der Roman im universitären und darüber hinaus in all jenen Milieus, die mit dem Universitätsstudium in Berührung gekommen sind, einen immensen Erfolg.
- 9 So habe ich immer wieder beobachtet, daß der Befragte mit einer sichtbaren Befriedigung ein Wort oder einen Satz wiederholte, mit Hilfe dessen er sich über sich selbst, also über seine Position, klar geworden war (so beispielsweise das Wort „*Sicherung*“, das ich benutzt hatte, um die schwierige Position eines Befragten in der Hierarchie seiner Institution zu bezeichnen, und das durch seine Konnotationen gut auf die extremen Spannungen anspielte, durch die er hindurchgehen mußte).

erlebt wird, es ist aber alles andere als das. Diese regelrechte Unterwerfung unter das Gegebene setzt einen Konstruktionsakt voraus, der auf der praktischen Beherrschung der gesellschaftlichen Logik beruht, aufgrund derer dieses Gegebene konstruiert wird. So wird man beispielsweise das, was in dem scheinbar vollkommen banalen Gespräch zwischen drei Gymnasiastinnen gesagt wird, nur dann wirklich verstehen, wenn man die drei Heranwachsenden nicht, wie es in vielen Tonband-Soziologien der Fall ist, auf ihre Vornamen reduziert, sondern es schafft, aus ihren Worten die Struktur der objektiven gegenwärtigen und vergangenen Beziehungen zwischen ihrem Werdegang und der Struktur der schulischen Einrichtungen, die sie besucht haben, und damit die Struktur und Geschichte des Bildungssystems, die darin zum Ausdruck kommt, herauszulesen. Entgegen dem, was eine in naiver Weise personalisierte Sichtweise der Einzigartigkeit der gesellschaftlichen Individuen glauben machen möchte, ist es vonnöten, die den situationsbedingten und im Rahmen einer punktuellen Interaktion hervorgebrachten Äußerungen immanenten Strukturen an die Oberfläche zu bringen, um auf das Wesentliche dessen, was die Idiosynkrasie eines jeden dieser jungen Mädchen ausmacht, sowie auf die ganz einzigartige Komplexität ihres Agierens und Reagierens zurückzukommen. Eine so verstandene Gesprächsanalyse<sup>10</sup> liest in den Diskursen nicht nur die aktuelle Struktur der Interaktion als marktmäßigem Austausch, sondern auch die unsichtbaren Strukturen, die sie organisieren, also in unserem besonderen Fall die Struktur des gesellschaftlichen Raumes, in den die drei jungen Mädchen von Beginn an hineingestellt waren, und die Struktur des schulischen Raumes, innerhalb dessen sie unterschiedliche Werdegänge durchlaufen haben, welche, auch wenn sie der Vergangenheit angehören, weiterhin ihre Sichtweise ihrer schulischen Vergangenheit und Zukunft sowie ihre Sichtweise von sich selbst und dem, was ihnen in höchstem Maße eigen ist, lenken<sup>11</sup>.

10 Die also mit einem ganz anderen Sinn versehen ist, als wenn man die Art und Weise, das Gespräch zu führen, also zum Beispiel die Eröffnungs- und Abschlußstrategien, zum Gegenstand macht, und dabei von den gesellschaftlichen und kulturellen Eigenschaften der Gesprächsteilnehmer abstrahiert.

11 Ich hätte hier auch das Beispiel des Interviews mit einem jungen Gymnasiasten, Sohn von Einwanderern, anführen können, der, im Sinne Goodmans, eine Exemplifizierung der Analyse der Transformationen des Bildungssystems darstellt, welche zu einer drastischen Zunahme der intern Ausgegrenzten geführt haben. Der Befragte ist, nach wie vor in den Begriffen Goodmans, die perfekte „Stichprobe“ dieser neuen Kategorie von Gymnasiasten.

Entgegen der Illusion, man könne durch das Ausschalten des Beobachters Neutralität erzeugen, gilt es also paradoxerweise einzugehen, daß alles „Spontane“ konstruiert ist, aber in einer *realistischen Konstruktion*. Um dies verständlich oder wenigstens spürbar zu machen, werde ich eine Anekdote erzählen, die zeigt, daß Forschung die Realitäten, die sie auf Tonband aufzeichnet, nur dann an die Oberfläche bringen kann, wenn sie sich auf eine Vorabkenntnis der Realitäten stützt. In einer Befragung, die wir zum Wohnungsproblem durchgeführt haben, wollten wir die abstrakte Wirklichkeitsferne von Fragen nach den Vorlieben der Befragten, besonders im Hinblick auf den Kauf und das Mieten von Wohnungen, vermeiden, und ich hatte mir deshalb überlegt, die Befragten zu bitten, ihre verschiedenen, aufeinanderfolgenden Wohnungen aufzuzählen, die Bedingungen zu nennen, unter denen sie die Wohnungen bekommen hatten, sowie von den Ursachen und Beweggründe für die Wahl und das spätere Verlassen dieser Wohnungen, von den Veränderungen, die sie daran vorgenommen hatten, usw. zu berichten. Die so konzipierten Interviews waren in unseren Augen auf eine äußerst „natürliche“ Weise abgelaufen und hatten Aussagen von einer unerwarteten Offenheit hervorgebracht. Lange Zeit später habe ich ganz zufällig in der Metro ein Gespräch zwischen zwei ungefähr vierzigjährigen Frauen mitangehört. Eine von ihnen war gerade in eine neue Wohnung eingezogen und erzählte die Geschichte der verschiedenen Wohnungen, in denen sie nacheinander gewohnt hatte. Und ihre Gesprächspartnerin verhielt sich exakt so, als ob sie die Regeln befolgen würde, die wir für das Führen unserer Interviews aufgestellt hatten. Hier die Transkription des Gesprächs, die ich kurz darauf aus dem Gedächtnis angefertigt habe: „– Das ist das erste Mal, daß ich in eine Neubauwohnung einziehe. Es ist wirklich toll ... – Die erste Wohnung, die ich in Paris hatte, war in der Rue Brancion, das war eine Altbauwohnung, die seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr renoviert worden war. Da mußte man alles neu machen, denn alles war krumm und schief. Und die Decken haben wir gar nicht mehr hingekriegt, so schwarz waren die. – Das ist natürlich eine Menge Arbeit... – Davor, als ich noch bei meinen Eltern gewohnt habe, hatten wir eine Wohnung ohne fließend Wasser. Das war dann später schon toll, mit den zwei Kindern ein Badezimmer zu haben. – Bei meinen Eltern war das genauso. Aber man war trotzdem nicht dreckig. Aber dennoch, es ist so viel einfacher ... – Danach haben wir in Créteil gewohnt. Das war ein modernes Gebäude, aber es war schon an die zehn Jahre alt ...“ Und so fuhr sie auf natürliche Weise in ihrer Erzählung fort, lediglich unterbrochen von Interventionen,

die, indem in zustimmendem oder fragendem Ton der letzte Satz wiederholt wurde, entweder einfach nur „den Empfang bestätigen“, das Interesse manifestieren oder das Einverständnis mit dem geäußerten Standpunkt bestätigen sollten („Das ist schon hart, wenn man den ganzen Tag im Stehen arbeiten muß...“ oder: „Bei meinen Eltern was das genauso...“). Diese Anteilnahme, mit der man sich in das Gespräch einbringt und damit auch seinen Gesprächspartner dazu bewegt, sich einzubringen, ist das, was ein gewöhnliches Gespräch oder auch das Interview, wie wir es praktiziert haben, von einem Interview, in dem der Interviewer in seinem Bemühen um Neutralität jedes persönliche Sich-Einbringen vermeidet, am allerdeutlichsten unterscheidet.

Zwischen dieser Form der Mäeutik und dem Aufdrängen einer Problematik, wie es viele Meinungsumfragen in einer Illusion von „Neutralität“ mit ihren unnatürlichen und gekünstelten Fragen vollziehen, liegen Welten, wobei letztere die Artefakte, die sie zu erheben glauben, eigentlich erst produzieren – gar nicht zu reden von Fernsehinterviews, in denen den Befragten Aussagen abgenötigt werden, die einzig und allein Produkt der Aussagen sind, die das Fernsehen über sie macht<sup>12</sup>. Die erste Differenz ist das Bewußtsein einer Gefahr, welches auf dem Wissen um die Labilität dessen, was man Meinungen nennt, beruht: Tief verankerte Dispositionen stehen in Gestalt verschiedener Ausdrucksformen zur Verfügung und können in ziemlich verschiedenen vorgefertigten Formulierungen wiedererkannt werden (z.B. in den vorformulierten Antworten des geschlossenen Fragebogens oder in genau darauf abzielenden politischen Äußerungen). Das bedeutet, daß nichts einfacher und in gewissem Sinne „natürlicher“ ist, als das Aufdrängen oder „In-den-Mund-Legen“ einer Problematik. Dies beweisen die Meinungsverdrehungen, wie sie von Meinungsumfragen so oft und mit der ganzen Unschuld des Unbewußten produziert werden (womit sie sich bestens als Instrumente einer rationalen Demagogie eignen), sowie, allgemeiner gesprochen, Demagogen jeder Couleur, die immer emsig darum bemüht sind, den scheinbaren Erwartungen der Individuen entgegenzukommen, welche nicht immer in der Lage sind, zu erkennen, was ihnen wirklich fehlt<sup>13</sup>. Dieser Effekt des Aufdrängens

12 Ich halte es für notwendig, hier auf die Analysen hinzuweisen, die ich an anderer Stelle in systematischerer Weise ausgeführt habe (vgl. insbesondere „Die öffentliche Meinung gibt es nicht“, Soziologische Fragen, Frankfurt am Main, Suhrkamp, S. 212–223).

13 Diese Reflexionen sind vor allem für diejenigen gedacht, die lehren, daß Kritik an Meinungsumfragen Kritik an der Demokratie ist.

einer Problematik, der unter dem Deckmantel der „Neutralität“ auftritt, ist umso gefährlicher, als die Veröffentlichung von auf diese Weise „in den Mund gelegten“ Meinungen dazu beiträgt, deren gesellschaftliche Existenz zu schaffen und abzusichern, wodurch die Meinungsumfrager scheinbar bestätigt werden, was wiederum ihre Glaubhaftigkeit und ihr Ansehen stärkt.

Ebenso kann man auch beobachten, wie die empiristische Repräsentation von Wissenschaft dadurch eine Stärkung erfährt, daß die harte Erkenntnis fast immer einen aus einer prinzipiellen Stellungnahme oder Positionsergreifung resultierenden Bruch mit dem Selbstverständlichkeiten des Alltagsdenkens, gemeinhin mit dem gesunden Menschenverstand gleichgesetzt, voraussetzt. Denn es genügt, alles einfach von selbst laufen zu lassen, sich jeglicher Intervention und Konstruktion zu enthalten, um genau in die Falle zu tappen: dann läßt man nämlich den Vorabkonstruktionen und dem automatischen Effekt der gesellschaftlichen Mechanismen, die bis in die elementarsten wissenschaftlichen Operationen hinein am Werk sind (z.B. die Konzeption und die Formulierung der Fragen, die Definition der Kodierungskategorien usw.), freien Lauf. Lediglich um den Preis einer aktiven Denunziation der stillschweigenden Vorannahmen des gesunden Menschenverstands kann es gelingen, den Effekten all der Repräsentationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, denen die Befragten und die Interviewer pausenlos ausgesetzt sind, entgegenzuwirken. Dabei denke ich besonders an diejenigen Repräsentationen, die die geschriebene Presse und vor allem das Fernsehen produzieren und die manchmal gerade den Mittellosesten in Form von sorgfältig aufbereiteten Aussagen aufgedrängt werden, so daß diese dann glauben, sie entsprächen ihrer eigenen Erfahrung.

Die gesellschaftlichen Akteure haben die Weisheit hinsichtlich dessen, was sie sind und was sie tun, nicht mit Löffeln gefressen; genauer gesagt, sie haben nicht notwendigerweise Zugang zum Ursprung ihrer Unzufriedenheit oder ihrer Malaise, und auch die spontansten Erklärungen können, ohne jegliche Verschleierungsabsicht, etwas ganz anderes zum Ausdruck bringen als das, was sie scheinbar sagen. Die Soziologie weiß (und das unterscheidet sie von einer Wissenschaft ohne Gelehrte, wie sie die Meinungsumfragen darstellen), daß sie für sich Instrumente finden muß, um – zunächst in den Fragen selbst – alle Vorabkonstruktionen, alle Vorverständnisse in Frage zu stellen, die ebenso sehr im Interviewer wie im Befragten

wohnen und die bewirken, daß die Befragungsbeziehung häufig nur auf der Basis eines Einvernehmens im Unbewußten entsteht<sup>14</sup>.

Sie weiß auch, daß selbst die spontansten und damit die scheinbar authentischsten Meinungsäußerungen, mit denen sich der eilige Interviewer der Meinungsforschungsinstitute und deren Auftraggeber zufriedengeben, einer Logik gehorchen können, die derjenigen, die die Psychoanalyse an den Tag bringt, sehr ähnelt. Das ist beispielsweise bei jener Form der Ausländerfeindlichkeit der Fall, wie man sie manchmal bei Landwirten und kleinen Geschäftsleuten findet, die überhaupt keine direkte Erfahrung mit Einwanderern haben: die scheinbare Undurchsichtigkeit und Absurdität, die diese Ausländerfeindlichkeit der verstehenden Interpretation entgegengesetzt, läßt sich nur durchdringen, wenn man sieht, daß sie in Form einer Art *Verlagerung* eine Lösung für die eigenen Widersprüchlichkeiten dieser Art Kapitalisten mit Proletariereinkommen und für ihr Erleben des Staates bietet, den sie für eine inakzeptable Umverteilung verantwortlich machen. Die realen Ursachen ihres Mißbehagens und ihrer Unzufriedenheit, die so auf Umwegen zum Ausdruck kommen, können nur dann bewußt und damit auch explizit gemacht werden, wenn daran gearbeitet wird, die vergrabenen Dinge in jenen ans Tageslicht zu bringen, die diese Dinge erleben, aber nichts darüber wissen, andererseits jedoch mehr darüber wissen als irgend jemand sonst.

Ähnlich einem Geburtshelfer kann der Soziologe sie bei dieser Arbeit unterstützen, sofern er über ein fundiertes Wissen hinsichtlich der Lebensumstände, deren Produkt sie sind, sowie hinsichtlich der gesellschaftlichen Effekte, die die Befragungsbeziehung und dadurch seine Positionen und seine Grundeinstellungen ausüben können, verfügt. Doch der Wunsch, die Wahrheit zu entdecken, welcher für die wissenschaftliche Zielsetzung konstitutiv ist, entbehrt jeder praktischen Wirkungskraft, wenn er nicht in Form eines „Berufes“ aktualisiert wird, welcher das inkorporierte Produkt aller vorausgehenden Forschungen ist und nichts mit abstraktem

14 Anhand einer detaillierten Analyse der Antworten auf eine Umfrage zu Politikern (Giscard. Chirac. Marchais usw.), welche nach dem Modell des „chinesischen Spiels“ konzipiert war (wenn X ein Baum wäre. ein Tier wäre usw.) habe ich gezeigt, daß die Befragten in ihren Antworten unwissentlich diejenigen Klassifikationsschemata (stark/schwach, starr/nachgiebig, erhaben/gemein) angewandt haben. die auch die Fragebogenverfasser, nicht weniger unwissentlich, in ihren Fragen zugrundegelegt haben. Dabei zeugt die Sinnlosigkeit ihrer Kommentare zu den veröffentlichten statistischen Übersichten davon. daß sie weit davon entfernt waren, die Daten zu verstehen, die sie selbst produziert haben, geschweige denn die Operation, durch die sie sie produziert hatten (vgl. P. Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M. 1987, Suhrkamp, S. 842–863).

oder rein intellektuellem Wissen zu tun hat: dieser Beruf ist eine wirkliche „Disposition, nach der Wahrheit zu streben“ (*hexis tou altheuein*, wie Aristoteles in der *Metaphysik* sagt), die die Fähigkeit verleiht, in der konkreten Feldforschung, unter dem Druck der Befragungssituation, Strategien der Selbstpräsentation, angemessene Erwiderungen, Zustimmungsbekundungen, passende Fragen usw. zu improvisieren, und zwar auf eine solche Weise, daß der Befragte darin unterstützt wird, seine Wahrheit zu veräußern, bzw. besser: sich von ihr zu befreien<sup>15</sup>.

### *Die Risiken der Niederschrift*

Dieselbe Disposition ist auch bei der Konstruktionsarbeit, der das auf Band aufgenommene Interview unterzogen wird, am Werk – was es uns erlaubt, in der Betrachtung der Transkriptions- und Analyseverfahren etwas schneller voranzuschreiten. Es ist klar, daß auch die wörtlichste Verschriftlichung bereits eine wirkliche *Übersetzung* oder zumindest eine Interpretation ist (allein schon die Zeichensetzung, beispielsweise die Stelle, an der ein Komma gesetzt wird, kann über den gesamten Sinn eines Satzes entscheiden). Geht man so vor, wie es hier vorgeschlagen wird, das heißt, bricht man mit der spontanphilosophischen Illusion von einem Diskurs, der „von selbst spricht“, muß sich die Verschriftlichung bewußt der Pragmatik der Niederschrift bedienen (besonders durch das Hinzufügen von Titeln und Untertiteln, bestehend aus Sätzen, die den Interviews entnommen sind), um die Aufmerksamkeit des Lesers auf aus soziologischer Sicht wichtige Aspekte zu lenken, die einer nicht entsprechend ausgerüsteten oder oberflächlichen Wahrnehmung entgehen würden.

Das Protokoll, das der Autor der Transkription von dem auf Band aufgenommenen Diskurs anfertigt, ist zwei Arten von Ansprüchen

15 Hier ist nicht der Ort, um all die Paradoxien des wissenschaftlichen Habitus zu analysieren, welcher einerseits eine Arbeit voraussetzt, die darauf abzielt, die gesellschaftlich konstituierten Grundeinstellungen mit dem Ziel ihrer Neutralisierung bewußt zu machen und auszureißen (oder besser, sie zu „ent-inkorporieren“), und andererseits eine Arbeit – und ein Training –, das darauf abzielt, die bewußt definierten Prinzipien verschiedener Methoden zu inkorporieren, also quasi „unbewußt“ zu machen, wodurch sie praktisch verfügbar gemacht werden. (Der Gegensatz zwischen bewußtem und unbewußtem „Wissen“, auf den wir hier zum Zwecke der Vermittlung zurückgreifen, ist in Wirklichkeit vollkommen künstlich und trügerisch: denn die Prinzipien der wissenschaftlichen Praxis können gleichzeitig – zu je nach Zeitpunkt und nach dem „Niveau“ der Praxis unterschiedlichen Graden – im Bewußtsein präsent sein und im praktischen Vollzug als inkorporierte Dispositionen funktionieren.

unterworfen, die sich häufig schwer miteinander vereinbaren lassen: Um dem Anspruch gerecht zu werden, möglichst nah an dem zu bleiben, was während des Interviews in jeglicher Weise manifestiert wird und was sich nicht auf das tatsächlich auf Band Aufgenommene reduzieren läßt, müßte man eigentlich versuchen, dem Diskurs das zurückzugeben, was ihm die Verschriftlichung und die gewöhnlichen, sehr begrenzten und armseligen Instrumente der Zeichensetzung tendenziell nehmen, was gleichzeitig aber seinen ganzen Sinn und Zweck ausmacht. Doch der Anspruch auf Lesbarkeit, der sich aus der Bezugnahme auf ein mögliches Zielpublikum mit höchst unterschiedlichen Erwartungen und Kompetenzen ergibt, verbietet die Publikation einer phonetischen Transkription, die sich aus all den Anmerkungen zusammensetzt, die nötig sind, um dem Diskurs all das wiederzugeben, was beim Übergang vom Gesprochenen zum Geschriebenen verlorengegangen ist, also die Stimme, die Aussprache (besonders die gesellschaftlich signifikanten Variationen), die Betonung, der Sprachrhythmus (jedes Interview hat sein besonderes Tempo, das mit dem der Lektüre nicht übereinstimmt), die Mimik und Gestik sowie sämtliche körperliche Ausdrucksformen usw.<sup>16</sup> Transkribieren heißt also immer auch schreiben im Sinne von neu schreiben<sup>17</sup>: Gleich dem Übergang vom Geschriebenen zum Gesprochenen, der im Theater vollzogen wird, erzwingt auch der Übergang vom Gesprochenen zum Geschriebenen durch diesen Wechsel des Mediums Ungenauigkeiten, die zweifellos die Voraussetzung für wahre Genauigkeit sind. Die wohlbekannten Widersprüche der po-

16 So wissen wir beispielsweise, daß die Ironie, die häufig aus der gewollten Nicht-übereinstimmung zwischen körperlicher und verbaler Symbolik oder zwischen verschiedenen Ebenen des verbalen Ausdrucks entsteht, bei der Transkription fast unausweichlich verloren geht. Genauso ist es mit Ambiguitäten, Doppeldeutigkeiten, Unsicherheiten oder Unklarheiten, die für die gesprochene Sprache so charakteristisch sind, die die Niederschrift aber fast unumgänglich auflöst, besonders durch die Zeichensetzung. Dann ist da aber auch noch die ganze Information, die in den Eigennamen liegt (welche wir fast immer streichen mußten, um die Anonymität der Befragten zu wahren) - Namen von Personen, Orten oder Institutionen - die, ist man mit dem jeweiligen Universum vertraut, so vielsagend sein können, weil sich an ihnen strukturierende Schließungen und Ausschließungen festmachen. Daß jene Schauspielerin den Namen einer Boulevard-Schauspielerin mit dem einer großen klassischen Dramatikerin verwechselt hat, gewinnt beispielsweise erst durch den Gegensatz zwischen experimentellem Theater und Boulevardtheater einen Sinn. Durch diesen wirklich signifikanten Versprecher verrät sie für denjenigen, der in der Lage ist zu verstehen, die ganze Wahrheit eines Scheiterns, das auf eine falsche Weichenstellung bei der Wahl zwischen zwei Wegen zurückzuführen ist.

17 Vgl. P. Encrevé, „Sa voix harmonieuse et voilee“, *Hors cadre*, 3, 1985, S. 42–51. (Von allen Interviews (182 an der Zahl) wurde eine vollständige (nicht phonetische) Transkription erstellt; zusammen mit den jeweiligen Bandaufnahmen wurde diese Transkriptionen archiviert).

pulären Literatur machen uns deutlich, daß diejenigen, die für gewöhnlich nicht die Chance dazu haben, nur dann wirklich zu Wort kommen, wenn man ihre Worte auch so beläßt, wie sie sind. Da gibt es Verzögerungen, Wiederholungen, abgebrochene oder mit Gesten zu Ende gebrachte Sätze, Blicke, Seufzer oder Ausrufe, es gibt die mühsamen Exkurse und die Zweideutigkeiten, die die Transkription unausweichlich auslöscht, die Bezugnahmen auf konkrete Situationen, auf Ereignisse, die mit der besonderen Geschichte einer Stadt, einer Fabrik oder einer Familie verknüpft sind, usw. (und die der Betreffende umso eher zur Sprache bringt, als ihm sein Gegenüber vertrauter, also vertrauter mit seinem Umfeld ist).

Paradoxerweise mußten wir uns gerade im Namen des Respekts gegenüber dem Autor manchmal dafür entscheiden, den Text um die einen oder anderen ausufernden Ausführungen, konfuse Sätze, verbalen Füllsel oder sprachlichen Ticks (die „Hm“ und die „Äh“) zu erleichtern. Sie verleihen dem gesprochenen Diskurs zwar seine ganz besondere Färbung und erfüllen in der Kommunikation eine eminent wichtige Funktion, indem sie zum Beispiel den Fortgang einer Ausführung signalisieren, die ins Stocken geraten ist, oder an die Aufmerksamkeit des Gesprächspartners appellieren, in manchen Fällen jedoch verwickeln und verwirren sie die Transkription in einem solchen Maße, daß sie sie für jemanden, der die Originaldiskurse nicht gehört hat, vollkommen unlesbar machen. Außerdem haben wir uns erlaubt, die Transkription immer dann von allen rein informativen Äußerungen (über die schulische Laufbahn, die Ausbildung, den Beruf usw.) zu befreien, wenn wir diese Informationen in den einführenden Text hineinnehmen konnten. Aber wir haben niemals weder ein Wort durch ein anderes ersetzt noch die Reihenfolge der Fragen oder den Ablauf des Interviews verändert, und alle Unterbrechungen wurden vermerkt.

Die Exemplifizierung, Konkretisierung und Symbolisierung, die die transkribierten Interviews vollziehen, verleiht ihnen mitunter eine dramatische Intensität und emotionale Kraft, die der von literarischen Texten nahe kommt. Dadurch sind sie in der Lage, wie eine Offenbarung zu wirken, besonders für diejenigen, die mit dem Befragten diese oder jene persönliche Eigenschaft teilen. Ähnlich den Gleichnissen im prophetischen Diskurs liefern sie ein Äquivalent, das konzeptuellen und abstrakten Analysen zugänglicher ist: sogar über die scheinbar noch so besonderen Züge einer Aussage (die Betonung, die Aussprache usw.) veranschaulichen sie objektive Strukturen, die herauszuarbeiten sich die wissenschaftliche Arbeit

bemüht<sup>18</sup>. Sie können berühren und bewegen, Gefühle ansprechen, ohne Sensationslust zu schüren, sie können den Blick und die Art, über etwas zu denken, verwandeln, was häufig die Voraussetzung für Verstehen ist.

Die Kehrseite jedoch der emotionalen Kraft kann in der Ambiguität, ja sogar der Verwirrung durch symbolische Effekte liegen. Kann man von rassistischen Äußerungen auf eine solche Weise berichten, daß derjenige, der sie macht, verständlich wird, ohne daß man jedoch Rassismus legitimiert? Wie soll man Rechenschaft über seine Äußerungen ablegen, ohne sich seiner Vernunft zu beugen, ohne ihm Recht zu geben? Oder noch banaler: Auf welche Weise soll man die Frisur einer kleinen Angestellten thematisieren, ohne einen Rassismus der Klassen anzuheizen, wie soll man den Eindruck vermitteln, den diese Frisur für das durch den Kanon der legitimen Ästhetik geschulte Auge erweckt, ohne diesen Eindruck zu bestätigen – ein Eindruck, der doch gleichzeitig Teil ihrer unausweichlich objektiven Wahrheit ist?

Wir sehen, die Intervention des Forschers ist genauso schwierig wie notwendig. Dadurch, daß er die Verantwortung für die Veröffentlichung von Diskursen übernimmt, die, wie Benveniste beobachtet, an sich schon in eine „pragmatische Situation“ eingebunden sind, „die eine gewisse Absicht, den Gesprächspartner zu beeinflussen, impliziert“, setzt er sich dem Umstand aus, zum Vermittler ihrer symbolischen Wirkkraft zu werden, vor allem aber riskiert er, dem Spiel der Lektüre, also der spontanen – um nicht zu sagen ungezügelt – Konstruktion, der jeder Leser notwendigerweise das Gelesene unterzieht, freien Lauf zu lassen. Dieses Spiel ist besonders gefährlich, wenn es bei Texten zur Anwendung kommt, die ursprünglich nicht geschrieben wurden und sich deshalb nicht im voraus schon gegen befürchtete oder unerwünschte Lektüren verteidigen, sowie insbesondere bei Äußerungen, die von Gesprächspartnern gemacht wurden, die weit davon entfernt sind, wie Bücher zu reden, und die, wie auch die sogenannte populäre Literatur, deren „Naivität“ und „Unbeholfenheit“ Produkte des gebildeten Blickes sind, aller Wahr-

18 Obwohl der Diskurs des Postangestellten einerseits genau das sagt, was er sagt, sagt er gleichzeitig wesentlich mehr aus, wenn man ihn mit dieser abstrakten Kälte einer konzeptuellen Sprache mit der Analyse des gesellschaftlichen Werdegangs von Angestellten, die nicht aus der französischen Hauptstadt stammen und die häufig dazu gezwungen sind, den Zugang zu ihrem Beruf oder das Fortkommen in ihrer Karriere mit einem langen Pariser Exil zu bezahlen, verknüpft: „Wie bekannt, gibt es durchaus Zwänge in bezug auf den Wohnsitz; so ist bei bestimmten Karrieren für den Zugang zum Beruf – z.B. dem eines Postscheckbeamten – oder berufliches Weiterkommen ein mehr oder minder langes ‚Exil‘ Voraussetzung.“ (P. Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt a. M. 1987, Suhrkamp, S. 207).

scheinlichkeit nach vor den Augen der meisten Leser, selbst derer mit den besten Absichten, keine Gnade finden.

Würde man sich, um der Freiheit des Lesers nur ja keine Grenzen zu setzen, dafür entscheiden, dem allem seinen freien Lauf lassen, würde das bedeuten zu vergessen, daß, was man auch tut, jede Lektüre bereits durch Interpretationsschemata, wenn nicht erzwungen, so doch gelenkt ist. So haben wir festgestellt, daß Leser, die nicht eingeführt wurden, die Berichte wie Eingeständnisse eines Freundes oder wie die Äußerungen (oder den Klatsch) über Dritte lasen, was ihnen die Gelegenheit bot, sich zu identifizieren, aber auch sich abzugrenzen, zu richten, zu verurteilen oder in der Bestätigung gemeinsamer Werte einen moralischen Konsens zu betonen. Der politische Akt ganz besonderer Art, der darin besteht, durch die Veröffentlichung das an die Öffentlichkeit zu bringen, was dort normalerweise keinen Zugang hat, zumindest nicht *in dieser Form*, würde dann in gewisser Weise verkehrt und vollständig seines Sinnes beraubt.

Es schien uns deshalb unumgänglich, bei der Präsentation der Transkripte mit Titeln und Untertiteln und vor allem in Form des Vorworts zu intervenieren. Dieses Vorwort soll dem Leser die Instrumente liefern, die er für eine verstehende Lektüre benötigt, welche in der Lage ist, die Verhältnisse zu reproduzieren, deren Produkt der Text ist. Den standhaften und entgegenkommenden Blick, der nötig ist, um sich von der einzigartigen Bedingtheit, von der jedes einzelne Interview zeugt, durchdringen zu lassen, und den wir für gewöhnlich großen literarischen oder philosophischen Texten vorbehalten, kann man im Zuge einer Art *Demokratisierung der hermeneutischen Haltung* auch den alltäglichen Erzählungen von alltäglichen Abenteuern entgegenbringen. Wie Flaubert gelehrt hat, gilt es zu lernen, Yvetot desselben Blickes zu würdigen wie Konstantinopel: also beispielsweise zu lernen, der Heirat einer Gymnasiallehrerin mit einem Postangestellten dieselbe Aufmerksamkeit und dasselbe Interesse entgegenzubringen wie der literarischen Erzählung von einer Mißheirat, den Äußerungen eines Metallarbeiters die gleiche andächtige Aufnahme zu gewähren wie sie eine bestimmte Lektüretadtition den vollendetsten Formen der Poesie oder Philosophie vorbehält<sup>19</sup>.

19 Die Rezeption des soziologischen Diskurses hat natürlich viel der Tatsache zu verdanken, daß er – wie der Journalismus, von dem ihn aber ansonsten alles unterscheidet – die Gegenwart des Jetzt und Hier oder die „Aktualität“ behandelt. Man weiß, daß die Hierarchie der historischen Untersuchungen in einem direkten Zusammenhang zur Entfernung von ihren Objekten in der Zeit steht. Und ganz sicher würde man der Transkription einer Bibelauslegung des Bischofs von Créteil, so reich

Wir haben uns deshalb bemüht, dem Leser die nötigen Instrumente zu liefern, um den Äußerungen, die er lesen wird, jenen Blick entgegenbringen zu können, der dem Befragten gerecht wird, indem er ihm seinen Daseinsgrund und seine Notwendigkeit zurückgibt; oder genauer gesagt, damit er sich an einem Punkt im gesellschaftlichen Raum situieren kann, von dem aus all die Blicke des Befragten auf diesen Raum geworfen wurden, an jenem Ort also, an dem dessen Sicht der Welt evident und notwendig, also *taken for granted* wird. Aber am größten sind die Gefahren zweifellos dann, wenn der öffentliche Autor des Textes die Botschaften, die ihm anvertraut wurden, umrahmen muß. Er ist gezwungen, sich ohne Unterlaß darum zu bemühen, die Beziehung zwischen dem Subjekt und dem Objekt des Schreibens, oder besser die Distanz, die zwischen ihnen liegt, zu kontrollieren. Er muß sich um die Objektivität einer „historischen Aussage“ bemühen, die, wie es Benveniste ausdrückt, die Tatbestände ohne Intervention des Erzählers objektiviert, ohne jedoch in die kühle Distanz eines Krankenhausprotokolls zu verfallen. Er muß versuchen, alle nötigen Elemente für die objektive Wahrnehmung der Person des Befragten zu liefern, sich gleichzeitig aber aller verfügbaren sprachlichen Mittel bedienen (wie die freie indirekte Rede oder das *als ob*, das Flaubert so gerne benutzte), um zu vermeiden, daß eine objektivierende Distanz zum Befragten aufgebaut wird, die ihn auf die Anklagebank setzen oder gar an den Pranger stellen würde. Und bei all dem muß er sich gleichzeitig kategorisch verbieten (und das ist eine weitere Funktion des *als ob*), sich vollständig in dieses alter ego – welches, ob man will oder nicht, immer ein Objekt bleibt – hineinzusetzen und sich zum Subjekt seiner Weitsicht zu machen. Hier bedeutet Strenge die ständige Kontrolle des Standpunkts, welche in Details der Niederschrift zum Ausdruck kommt (beispielsweise in der Tatsache, nicht *das* Gymnasium, sondern *sein* Gymnasium zu schreiben, um anzuzeigen, daß der Bericht über das,

sie auch an rhetorischen Subtilitäten und theologisch-politischer Klugheit sein mag, nicht die gleiche Aufmerksamkeit widmen wie einem Text von Adalbéron von Laon, der auch noch in Latein geschrieben ist, und einer zweifellos apokryphen Äußerung von Olivier Lefevre, dem Gründer der Ormesson-Dynastie, einen höheren Wert beimessen als dem journalistischen Interview mit dem letzten seiner Nachkommen. Nichts entgeht der Logik des akademischen Unbewußten, das diese Aufteilung der Aufmerksamkeit je nach Respekt und Gleichgültigkeit lenkt, und der Soziologe, der es geschafft hätte, diese Voreingenommenheiten bei sich selbst zu überwinden, hätte zweifellos umso größere Schwierigkeiten, auch nur ein Minimum an angemessener Beachtung für seine Dokumente und Analysen zu finden, als die Tages- und Wochenzeitungen voll von Sensationsberichten über die Notlage der Lehrer und die Wut der Krankenschwestern sind, Berichte, die im übrigen besser dafür geeignet sind, dieser Art von erwünschtem Wohlwollen, das man einer guten Sache entgegenbringt, Befriedigung zu verschaffen.

was in dieser Einrichtung geschieht, vom Standpunkt des befragten Lehrers und nicht von dem des Forschers aus formuliert ist). Solche Details können, sofern sie nicht schlicht und einfach übersehen werden, wie simple stilistische Feinheiten oder journalistische Kniffe erscheinen, aber gerade in ihnen bestätigt sich immer wieder aufs neue der Unterschied zwischen, wie es Roland Barthes ausdrückt, „der Stimme der Person“ und „der Stimme der Wissenschaft“ sowie die Weigerung, unbewußt vom einen ins andere zu gleiten<sup>20</sup>.

Der Soziologe muß wissen, daß das Besondere seines Standpunkts darin besteht, ein Standpunkt im Hinblick auf einen Standpunkt zu sein. Nur von diesem ganz besonderen Standpunkt aus, an den er sich selbst begeben muß, um (gedanklich) alle möglichen Standpunkte einnehmen zu können, kann er den Standpunkt seines Objektes re-produzieren und es, indem er es im sozialen Raum verortet, als solches konstituieren. Nur in dem Maße, wie er fähig ist, sich selbst zu objektivieren, kann er an dem Platz bleiben, der unauslöschlich der seine in der gesellschaftlichen Welt ist, und sich gleichzeitig gedanklich an den Ort begeben, an dem sich sein Objekt befindet (welches, zumindest in gewisser Weise, auch ein *alter ego* ist), und so dessen Standpunkt einnehmen, das heißt verstehen, daß er, wäre er, wie man so schön sagt, an dessen Stelle, zweifellos wie jener sein und denken würde.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Herbert von Halem-Verlags. Bourdieu, Pierre 2002: Verstehen. In: Pierre Bourdieu et al.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. 2. Auflage. Köln: Herbert von Halem-Verlag, Seite 799–822.

Die originale Rechtschreibung wurde beibehalten.

20 Diese Kontrolle des Standpunktes ist immer dann besonders notwendig und zugleich besonders schwierig, wenn die gesellschaftliche Distanz, die es zu überwinden gilt, nur ein winziger Restabstand im Naheliegenden ist. So beispielsweise bei der Lehrerin, deren Lieblingsaussprüche („Ich mache nur Schuldgefühle...“, „Beziehungsproblem“ usw.) einen gleichzeitig abstoßenden und der Wirklichkeit entfremdenden Effekt haben können, welcher verhindert, daß die wirkliche Tragweite des Trauerspiels, das sie zum Ausdruck bringen, nachempfunden werden kann – in diesem Fall wäre es nur zu leicht, einfach den Assoziationen der alltäglichen Polemik freien Lauf zu lassen, um karikierend ein Leben und einen Lebensstil zu kennzeichnen, die nur deshalb so inakzeptabel erscheinen, weil man befürchtet, sein eigenes Leben darin wiederzuerkennen.

## Autorinnen und Autoren

*Chafa Bouslimani*, M. A., geb. 1965, studierte Linguistik und Literatur an den Universitäten Grenoble und Stuttgart. Diplomarbeit „Lectures de l'exile“ an der Universität Stendhal, Grenoble. Redakteur in französischer Sprache. Lernsoftware-Autor beim Ernst Klett Verlag. Mitarbeit bei der Ausstellung „Passager de l'occident“, Landesbibliothek Stuttgart. Weiterbildung in Desktop Publishing bei Macromedia GmbH. Seit Oktober 2016 Mitarbeiter bei der „Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande“.

*Luise Janke*, geb. 1959, Abschluss als Einzelhandelskauffrau 1977 und anschließend 28 Jahre mit kleinen Unterbrechungen in diesem Beruf tätig gewesen. 2006 arbeitslos geworden und dann die nächsten elf Jahre in AGHs gearbeitet. Seit Dezember 2017 Mitarbeiterin bei der „Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande“.

*Friedrich Kern*, geb. 1966, Studium der Theater- und Musikwissenschaft mit Magisterabschluss. Danach Einstieg in den Journalismus, mehrere Jahre Redakteur bei „Trott-war – Die Straßenzeitung im Südwesten“. Seit 2007 in der Abteilung Presse und Medien beim Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH. Seit 2012 bei der „Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande“.

*Noémie Koenig* studiert, nach einem Jahr an der Sciences Po Bordeaux, im Bachelor Empirische Sozialwissenschaften an der Universität Stuttgart. Ihr Interesse an Technik- und Innovationssoziologie hat sie in ihrer Werkstudententätigkeit am Fraunhofer Institut für Angewandte Technikwissenschaften und am Institut für Arbeitswirtschaft und Innovationssoziologie vertieft.

*Robert Matanovic*, geb. 1968, nach dem Abitur und drei Semestern BWL-Studium an der Uni Augsburg, Studienabbruch trotz guter Noten wegen Geldmangel. Danach Ausbildung als Industriekaufmann mit einer sehr guten IHK-Auszeichnung als Abschluss. Von 1994 bis 2006 beschäftigt in der Frischdienst-Zentrale Süd, Bezug von Insolvenzgeld, 2007 Kündigung wegen Insolvenz der Firma. Von 2007 bis 2008 selbstständige Finanzberatung. Obwohl erfolgreich 2007 Einstellung der Fördergelder durch die Agentur für Arbeit, die für den Aufbau der Selbstständigkeit gedacht waren. Seit 2007 langzeitarbeitslos mit einer siebenmonatigen Unterbrechung in der Zeitarbeit. Seit Mai 2016 Mitarbeiter bei der „Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande“.

*Andreas Rammig*, geb. 1973, ist gelernter Schriftsetzer. 1999 Weiterbildung als staatlich geprüfter Informationsdesigner. Anschließend 16 Jahre selbstständig tätig als Freelancer in der Medienbranche. 2015 wurde er arbeitslos. 2016 bis 2018 arbeitete er beim Sozialunternehmen Neue Arbeit gGmbH in der „Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande“. Im September 2019 erfolgreicher Abschluss „Medienfachwirt-Digital“.

*Franz Schultheis*, ist Professor für Soziologie an der Universität St. Gallen. Er arbeitete zuvor viele Jahre mit Pierre Bourdieu in Paris zusammen und habilitierte sich bei ihm. Als Präsident der Stiftung Bourdieu editiert er dessen Gesammelte Schriften (Suhrkamp) und ist Herausgeber der Studien „Gesellschaft mit begrenzter Haftung“ und „Ein halbes Leben“ bei UVK.

*Martin Tertelmann*, geb. 1961, Berufsausbildungen zum Buch- und Offsetdrucker und Krankenpfleger. Langjährige Berufstätigkeit als Geschäftsführer in Marketing- und Kommunikationsagenturen und als freier Marketing- und Kommunikationsberater. Dozent an der Hochschule Ravensburg-Weingarten. Seit 2011 Pressesprecher im Sozialunternehmen Neue Arbeit und Leiter der Abteilung Presse

und Medien. Mitbegründer und Leiter der „Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande“.

*Jan Velimsky* (M.A.) studierte an der Universität Stuttgart zunächst Sozialwissenschaften (B.A.) und später Empirische Politik- und Sozialforschung (M.A.). Seit November 2018 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Zentrum für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung (ZIRIUS) der Universität Stuttgart und DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH in Forschungsprojekten tätig.

*Manuel Walter* (M.A.) studierte Sozialwissenschaften (B.A.) und Empirische Politik- und Sozialforschung (M.A.) an der Universität Stuttgart. Derzeit arbeitet er an seiner Promotion zu demokratischen Partizipationspräferenzen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen.

## Wir danken

allen Interviewten für die Einblicke in ihr Leben und ihre Bereitschaft, offen und ausführlich über ihre Haltung zum politischen Geschehen und zu gesellschaftlichen Entwicklungen zu erzählen. Den Interviewerinnen und Interviewern danken wir für ihr einfühlsames Engagement, ihre Geduld und ihre Neugier bei den Interviews:

- Burkhard Lenk
- C. H.
- D. F.
- Irina Kirschbauer
- Jens Thomann
- J. M.
- K. K.
- Manon Gröger
- M. M.
- M. W.
- Raymund Schmid
- Sebastian E.
- Silke Müller
- S. B.
- Susann Blank
- Tatjana Moloduschkina

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Träger für Beschäftigung und Qualifizierung, ohne die wir nicht in ganz Deutschland Interviewer/-innen und Menschen, die sich interviewen lassen, gefunden hätten:

- ArbeitsLebenZentrum im Kreis Minden-Lübbecke e. V.
- Aufbaugilde Heilbronn gGmbH
- Diakonisches Werk des Evang.-Luth. Dekanatsbezirks Rosenheime. V.
- Diakoniewerk Duisburg GmbH
- Diakonie Michaelshoven e. V., Köln
- Diakonisches Werk Freiburg
- Diakonisches Werk Main-Taunus, Flörsheim
- Die Wille gGmbH, Berlin
- Erlacher Höhe, Großlarch
- Familienzentrum Mobile, Bremen
- Hephata – Hessisches Diakoniezentrum e. V., Schwalmstadt
- Kinder- und Beratungszentrum Sauerland, Wiesbaden
- Kreisdiakonieverband im Landkreis Esslingen
- Netz-Werk e. V. Mittweida
- Neue Arbeit Saar gGmbH, Saarbrücken
- Neue Arbeit Thüringen e. V., Meiningen
- Rothenburger Projektschmiede e. V.
- Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH, Stuttgart
- Würzburger Arbeitslosentreff
- Verein für Sozialpsychiatrie e. V. – ZAK Esslingen

Wir danken den Förderern der DENKFABRIK – Forum für  
Menschen am Rande

**Diakonie**   
W ü r t t e m b e r g  
Spendenfonds

 Gefördert durch die  
**GlücksSpirale**  
VON  **LOTTO**

Die Denkfabrik wird durch das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe  
am Arbeitsmarkt“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales  
und durch die Unterstützung des Jobcenters Stuttgart gefördert.

 Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

**STUTTGART**   
**Jobcenter**



## „Gib mir was, was ich wählen kann.“

Demokratie ohne Langzeitarbeitslose?  
Motive langzeitarbeitsloser  
Nichtwähler/-innen

Eine explorative Studie, durchgeführt von der Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande, in Kooperation mit dem Evangelischen Fachverband Arbeit und soziale Integration und der Initiative Pro Arbeit.

Wissenschaftliche Begleitung durch Prof. Franz Schultheis.

Herbert von Halem Verlag, Köln  
356 Seiten, 8 Abbildung, Softcover  
Broschur: ISBN 978-3-86962-293-4, 28 Euro  
E-Book: ISBN 9783869622941, 23,99 Euro

Langzeitarbeitslose Nichtwähler/-innen sind wütend und enttäuscht. Sie fühlen sich als Bürger zweiter Klasse. Sie sind es leid von der Politik ignoriert zu werden. Sie empfinden Wahlen als sinnlos, weil „die da oben ohnehin machen, was sie wollen“. Sie sind, auch wenn sie nicht zur Wahl gehen, politisch interessiert, oft gut informiert und in ihren politischen Ansichten und Orientierungen differenziert. Sie wollen statt dem ewigen „Besser als nichts“ etwas Besseres. Sie wollen ein ganz normales Leben führen. Ihr Vertrauen in die Politik befindet sich auf dem Nullpunkt. Sie haben keine Illusionen, aber, und das ist eine wichtige Botschaft an Politik und Gesellschaft, sie haben die Tür noch nicht zugeschlagen. Das ist das Ergebnis der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann“ – Demokratie ohne Langzeitarbeitslose? Diese Studie ist ein neuer Ansatz und schließt die vorhandene wissenschaftliche Forschungslücke. Langzeitarbeitslose Menschen wurden dabei selbst zu Forschern und befragten „auf Augenhöhe“ langzeitarbeitslose Nichtwähler/-innen nach den Motiven ihrer Wahlenthaltung.  
[www.studie-nichtwaehler.de](http://www.studie-nichtwaehler.de)



Langzeitarbeitslose Nichtwähler aus einer gesellschaftlich verdrängten, prekären Parallelwelt kommen hier zu Wort. Hören wir Ihnen zu!

Die Berichte widerlegen die Mär vom Langzeitarbeitslosen, der sich in der sozialen Hängematte ein gutes Leben auf Kosten der Allgemeinheit macht. Sie zeigen: Das Existenzminimum Hartz IV ist keine soziale Hängematte. Es erlaubt keine menschenwürdige Existenz, sondern grenzt aus und macht krank. Davon erzählen die Abgehängten und Ausgegrenzten, die im gesellschaftlichen Abseits unter den sozialen Existenzbedingungen von Hartz IV leben müssen.

Die Schilderungen der Langzeitarbeitslosen, die sich vom Politikbetrieb und von der demokratischen Teilhabe abgewendet haben, zeigen prägnante Haltungen und Motive, die man auch bei anderen Bevölkerungsschichten finden kann. Wie unter einem Brennglas wird klar, welche Tendenzen es in der gesamten Bevölkerung gibt. Das besonders Wertvolle an dieser Studie ist, dass die Interviewten auch Wünsche und Lösungsvorschläge formulieren. Das macht sie für eine breite Diskussion interessant.

Denn die Demokratie bröckelt an den Rändern der Gesellschaft, das rüttelt an den Grundfesten unserer Gemeinschaft und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Buch bietet die Chance hinzuhören und gegenzusteuern.

ISBN 9783000633669



Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande  
Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH